

PROGNOSE FÜR 2008 UND 2009: INTERNATIONALE
FINANZKRISE BREMST WIRTSCHAFTSWACHSTUM

WIRTSCHAFTSCHRONIK

DIE REFORM DER MILCHMARKTORDNUNG DER EU –
HANDLUNGSOPTIONEN DER WICHTIGSTEN
AKTEURE

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM JAHR 2007:
KONJUNKTURAUFSCHWUNG ERREICHT SEINEN
HÖHEPUNKT

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidenten

em. Univ.-Prof. Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien
Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch
Mag.^a Renate Brauner, Vizebürgermeisterin und Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke
Mag. Anna-Maria Hochhauser, Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich
Rudolf Hundstorfer, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
Dr. Stephan Koren, Präsident des Fachverbandes der Banken und Bankiers
Dkfm. Ferdinand Lacina
Univ. Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche
Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank
Dr. Herbert Sausgruber, Landeshauptmann von Vorarlberg
Kommerzialrat Herbert Schimetschek, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank
Dr. Veit Sorger, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie
Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen
Ökonomierat Gerhard Wlodkowski, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

August Astl, Markus Beyrer, Gerhard E. Blum, Jürgen Bodenseer, Walter Boltz, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Franz Gasselsberger, Günther Goach, Rudolf Gruber, Franz Helbich, Hans Hofinger, Brigitte Jank, Johann Kalliauer, Dietrich Karner, Monika Kircher-Kohl, Christian Konrad, Rupert Lindner, Markus Mair, Werner Muhm, Michael Pistauer, Erwin Pröll, Claus Raidl, David Roberts, Wolfgang Ruttensdorfer, Ludwig Scharinger, Herwig van Staa, Gerhard Steger, Edeltraud Stöffinger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Thomas Weninger, Josef Wöhner

Goldene Förderer

A.I.C. Androsch International Management Consulting GesmbH, BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG, Böhler Uddeholm AG, Energie-Control GmbH, Infineon Technologies Austria AG, Oberbank AG, Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisenlandesbank Steiermark reg.GenmbH, Siemens AG Österreich

Wissenschaftlicher Beirat

Ray Barrell (NIESR), Jeroen C.J.M. van den Bergh (Vrije Universiteit, Amsterdam), Tito Boeri (Università Bocconi), Wolfgang Franz (ZEW), Jürgen von Hagen (ZEI), Geoffrey J. D. Hewings (Regional Economics Applications Laboratory), Claudia Kemfert (DIW, Humboldt Universität zu Berlin), Francis Kramarz (INSEE), Bruce Lyons (ESRC), Ruud A. de Mooij (CPB), Roberto Perotti (IGIER, Università Bocconi), Dirk Pilat (OECD), Werner Rothengatter (Universität Karlsruhe), Luc Soete (UNU-MERIT), Dennis J. Snower (Institut für Weltwirtschaft Kiel), Gerhard Untiedt (GEFRA)

Leiter: Prof. Dr. Karl Aiginger

Stellvertretende Leiter und Leiterin: Dr. Peter Mayerhofer, Dr. Karl Musil, Dr. Margit Schratzenstaller-Altzinger

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Josef Baumgartner, Gudrun Biffl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Rahel Falk, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Werner Hölzl, Peter Huber, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Thomas Leoni, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Ina Matt, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Ina Meyer, Ulrike Mühlberger, Klaus Nowotny, Gerhard Palme, Michael Peneder, Hans Pitlik, Wilfried Puwein, Andreas Reinstaller, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Susanne Sieber, Franz Sinabell, Egon Smeral, Sandra Steindl, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Maria Bauer, Marc Eulert, Gabriela Hötzer, Julia Hudritsch, Christine Kautz, Christine Korlath, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Leopold Schehwendter, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Ilse Schulz, Gerhard Schwarz, Monika Skrobanek, Kristin Smeral, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Sabine Fagner, Stefan Fuchs, Ursula Glauningner, Lucia Glinsner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttman, Andrea Hartmann, Eva Jungbauer, Thomas Jungbauer, Christine Kaufmann, Katharina Köberl, Brigitte Klose, Dietmar Klose, Irene Langer, Christa Magerl, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Eva Sokoll, Martha Steiner, Andrea Sutrich, Maria Thalhammer, Karolina Trebicka, Roswitha Übl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Gabriele Wellan

Wissenschaftliche Konsulenten

René Böheim, Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffemayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy

Herausgeber: Karl Aiginger
Chefredakteur: Franz Sinabell
Redaktion: Ilse Schulz
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 220,00 • Preis pro
Heft: € 22,00 • Downloadpreis
pro Artikel: € 15,00

Univ.-Doz. tit.aö.Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Matthias Schneider verstorben

Am 25. März 2008 verstarb Univ.-Prof. Dr. Matthias Schneider, eine der prägenden Persönlichkeiten des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, im 71. Lebensjahr.

Matthias Schneider schloss sein Studium an der Universität für Bodenkultur 1961 ab und übte dort danach die Tätigkeit eines Assistenten aus. 1963/64 arbeitete er als Forschungsassistent an der Iowa State University. 1964 trat er in das WIFO ein und nahm seine Arbeit im Agrarreferat auf. Im Laufe seiner Tätigkeit gelang es ihm durch Forschungsarbeit auf höchstem wissenschaftlichen Niveau, dieses zu einem zentralen Referat des Hauses auszubauen. Seine fachliche Expertise fußte neben einer ausgezeichneten Kenntnis der Landwirtschaft, ihrer Organisation und Struktur auf einer gründlichen und systematischen wissenschaftlichen Analyse, die auch vor- und nachgelagerte Sektoren mit einschloss. Die Entwicklung und Etablierung der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in Österreich zählt zu Matthias Schneiders wissenschaftlichen Leistungen mit einer breiten und nachhaltigen Wirkung.

Darüber hinaus aber – hier in einer wichtigen Tradition des Instituts stehend – intensivierte er die Verbindung zu den Trägern der nationalen wie internationalen Landwirtschaftspolitik. Die Politikberatung erlangte in seiner Arbeit eine solche Bedeutung, dass er sich zu einer "agrarpolitischen Institution" Österreichs entwickelte. Notorisch wurde sein jährlicher Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft; die jeweiligen Landwirtschaftsminister schätzten und nutzten seinen Rat.

Besonderes Gewicht erlangte seine Tätigkeit im Zusammenhang mit den EU-Beitrittsverhandlungen Österreichs sowie mit der Osterweiterung. Dass das Burgenland die Möglichkeiten der Ziel-1-Region ausschöpfen konnte, geht in hohem Maße auf seine Initiative zurück. Seine nationale Bedeutung lässt sich an den zahlreichen ihm verliehenen Auszeichnungen ermesen, seine internationale durch die Ernennung zum Sonderberater der Europäischen Kommission von 1995 bis 1997.

Neben seiner Tätigkeit am WIFO habilitierte er sich 1979 an der Universität für Bodenkultur und hielt dort seit dieser Zeit laufend Lehrveranstaltungen ab. Da ihm jegliche Eitelkeit fremd war, verschwieg er eher alle diese Verdienste.

Über seine sachliche Tätigkeit hinaus stellte er seine Arbeitskraft dem Institut aber auch in anderen Funktionen zur Verfügung. So übte er von 1977 bis 1980 die Funktion eines Betriebsratsobmannes aus und übernahm 1981 bis 1984 Aufgaben in der Institutsleitung. 2003 beendete er seine Arbeit im Haus.

Das Bild Matthias Schneiders wäre unvollständig, wollte man seine spezifischen Charakterzüge übersehen. Da war zunächst seine absolute, unbestechliche wissenschaftliche Ehrlichkeit. Er publizierte die Ergebnisse seiner Forschungsarbeiten ohne Rücksicht darauf, ob dadurch bestimmte Interessen beeinträchtigt werden könnten. Auf Kritik oder Interventionen reagierte er damit, dass er stets seine Bereitschaft zur Änderung der Aussagen bekundete, wenn ihm Fehler in seiner Studie nachgewiesen werden könnten.

Diese Geradlinigkeit seines Denkens bestimmte aber auch den privaten Bereich seines Lebens. Soziale Gerechtigkeit war ihm ein hohes Ziel. Wenn sich aus seinen Studien die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen ergab, dann setzte er sich energisch für deren Realisierung ein. Sein Gerechtigkeitssinn manifestierte sich jedoch nicht nur in gesellschaftlichen Problemen, sondern ebenso in individuellen Fällen. Bekannt wurde seine vielfältige Unterstützung von Flüchtlingen.

Da es ihm trotz seiner langjährigen, glücklichen Ehe mit seiner Frau Agnes nicht beschieden war, selbst Kinder zu haben, widmete er sich intensiv seinen Nichten und Neffen sowie deren Kindern.

Ein hervorragender Wissenschaftler, ein bemerkenswerter Mensch; das Institut für Wirtschaftsforschung weiß, was es ihm verdankt.

Felix Butschek, Franz Sinabell

Inhalt

221 ■ **Internationale Finanzkrise bremst Wirtschaftswachstum.
Prognose für 2008 und 2009**

Markus Marterbauer

Die österreichische Wirtschaft wird heuer real um 2,1% wachsen – deutlich weniger als in den beiden Vorjahren, in denen die Expansion fast 3½% betragen hat. Im kommenden Jahr dürfte sich die Ausweitung der Produktion weiter abschwächen und nur noch 1,7% betragen. Besonders die Prognose für das Jahr 2009 unterliegt allerdings derzeit einer außergewöhnlich großen Unsicherheit, da Dauer und Ausmaß der internationalen Finanzkrise nicht abgeschätzt werden können. Die Kreditkrise hat bereits merkliche realwirtschaftliche Auswirkungen in den USA gezeigt, die Weltwirtschaft und auch der Euro-Raum werden sich davon nicht abkoppeln können.

Damit wird sich auch in Österreich nach starkem Jahresbeginn 2008 das Wachstum von Export, Industrieproduktion und Investitionen verlangsamen. Von der Konsumnachfrage kann keine stabilisierende Wirkung ausgehen, da der starke Preisauftrieb (2009: +2,9%) einen Anstieg der Nettorealeinkommen pro Beschäftigten verhindert. Das Wachstum der Beschäftigung wird sich nach außerordentlich hohen Werten zu Jahresbeginn 2008 konjunkturbedingt langsam abschwächen, für das kommende Jahr muss bereits wieder mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

236 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Internationale Konjunkturindikatoren: Wechselkurse • Weltmarkt-Rohstoffpreise
Kennzahlen für Österreich: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 • Zahlungsbilanz • Tourismus • Außenhandel • Zinssätze • Landwirtschaft • Sachgütererzeugung • Bauwirtschaft • Binnenhandel • Verkehr • Bankenstatistik • Arbeitsmarkt • Preise und Löhne • Staatshaushalt • Soziale Sicherheit • Umwelt • Entwicklung in den Bundesländern

249 **Wirtschaftschronik. I. Quartal 2008**

Angelina Keil

255 **Die Reform der Milchmarktordnung der EU – Handlungsoptionen
der wichtigsten Akteure**

Franz Sinabell, Erwin Schmid

Die Europäische Kommission plant, die Beschränkung des Milchangebotes durch die Milchquotenregelung über das Jahr 2015 hinaus nicht fortzusetzen. Ein Bündel von nationalen und EU-weiten Maßnahmen soll die Anpassung der Milchbetriebe an die veränderte Situation erleichtern. Die Lockerung der Angebotsbeschränkung wird in einigen EU-Ländern, darunter Österreich, eine Produktionsausweitung zur Folge haben und tendenziell preisdämpfend wirken.

Inhalt

265 **Österreichs Wirtschaft im Jahr 2007: Konjunkturaufschwung erreicht seinen Höhepunkt**

Marcus Scheiblecker et al.

Im Jahr 2007 hielt der Aufschwung in Österreich an. Das BIP stieg real um 3,4%, die Wachstumsrate lag damit abermals über 3%. Zur kräftigen Exportsteigerung trat eine verstärkte Investitionsnachfrage. Der Konsum der privaten Haushalte blieb allerdings schwach – eine Besonderheit des aktuellen Konjunkturzyklus. Dank der guten Konjunktur wurde die Beschäftigung erheblich ausgeweitet, und die Arbeitslosigkeit ging deutlich zurück.

Summaries

234 Financial Market Crisis Weighing on Economic Growth. Economic Outlook for 2008 and 2009

264 Reform of the EU's Dairy Regime – Options for the Key Players

327 The Austrian Economy in 2007: Business Cycle Reaches Its Peak

Online-Zugriff

■ <http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?&fid=23965>

Alle Artikel seit 1998 im Volltext online verfügbar (PDF) • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Markus Marterbauer

Internationale Finanzkrise bremst Wirtschaftswachstum

Prognose für 2008 und 2009

Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft schwächt sich heuer auf real 2,1% ab. Dies ist primär die Folge der Krise des internationalen Finanzsystems, die von den Immobilienmärkten der USA ausgegangen ist. Dauer und Ausmaß der Krise können derzeit noch nicht vollständig abgeschätzt werden. Deshalb ist auch die Prognose für den Anstieg des BIP im Jahr 2009 (+1,7%) mit sehr hohen Risiken verbunden. Das Wachstum von Export, Industrieproduktion und Investitionen schwächt sich erheblich ab. Die Zunahme der Konsumnachfrage beschleunigt sich nicht, auch wegen des starken Preisauftriebs (+2,9%). Heuer nimmt die Beschäftigung noch deutlicher zu als erwartet, für 2009 muss bereits wieder mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 26. März 2008. • E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft wuchs 2006 und 2007 real um fast 3½% pro Jahr. Auch Anfang 2008 entwickelte sie sich günstig, die Unternehmen wiesen eine hohe Auslastung auf, und die Beschäftigungszuwächse waren außerordentlich groß. Für das 1. Halbjahr kann deshalb noch ein Anstieg des BIP um real etwa 2½% gegenüber dem Vorjahr erwartet werden. Doch die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft haben sich nachhaltig verschlechtert:

- Ausgehend vom Einbruch der Immobilienmärkte entstand in den USA eine schwere Bankenkrise, für die derzeit trotz massiver Bemühungen der Wirtschaftspolitik keine Entspannung absehbar ist. Das Wirtschaftswachstum kam beinahe zum Erliegen, es dürfte im Jahresdurchschnitt 2008 real nur 1% betragen. Damit fehlt der Weltwirtschaft ein wichtiger Nachfragemotor.
- Dies kann durch die lebhaft expandierende Inlandsnachfrage in den Schwellenländern nicht ausgeglichen werden, deren Inlandsnachfrage sich zwar merklich erhöht hat, die aber ebenso unter der internationalen Nachfrageabschwächung leiden. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft dürfte sich von real 11½% (2007) auf 8½% (2009) verlangsamen.
- Die Liquiditäts- und Solvenzkrise hat auch das europäische und das asiatische Finanzsystem erfasst. Die Kreditkonditionen wurden ungünstiger, und im Unternehmenssektor erhöhte sich die Unsicherheit. Im Euro-Raum wirkt die markante Aufwertung, für die sich noch kein Ende abzeichnet, besonders dämpfend. Das Wirtschaftswachstum wird im Prognosezeitraum zwar höher sein als jenes der USA, allerdings real nur 1,6% (2008) bzw. 1,3% (2009) betragen.

Aufgrund der deutlichen Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen erwartet das WIFO, dass sich das Wachstum nach günstigem Jahresbeginn auch in Österreich verlangsamt. Der Anstieg des Exports von Gütern und Dienstleistungen dürfte sich auf real 5% abschwächen. Damit wird auch der mehr als zwei Jahre dauernde Boom in der heimischen Industrie abflauen. Die Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich schon im Konjunkturaufschwung der letzten Jahre viel weniger dynamisch als erwartet, nun wachsen sie kaum noch. Etwas stärker steigen die

Bauinvestitionen; sie profitieren in den Bereichen Infrastruktur und Wohnbau von der Nachfrage der öffentlichen Hand. An die zur Überhitzung neigende Expansion der letzten zwei Jahre schließt allerdings auch dieser Sektor nicht an.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte kann die Konjunktur nicht stabilisieren. Sie wächst seit sieben Jahren schwächer als gewohnt, doch trotz höherer Lohnrunden kann neuerlich keine Beschleunigung erwartet werden. Die Einkommenszuwächse werden durch den Preisauftrieb kompensiert. Die Inflationsrate erreicht heuer 2,9%, getragen von der kräftigen Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln (sie sind jeweils für etwa ein Drittel des Preisauftriebs maßgebend). Die Nettoeinkommen je Beschäftigten sinken deshalb leicht (-0,1%). Für die unteren Einkommensgruppen ergeben sich wegen des hohen Anteils von Nahrungsmitteln, Wohnen und Energie an ihrem Warenkorb und der schwächeren Nominallohnzuwächse deutliche Realeinkommensverluste. Zusammen mit der hohen "gefühlten Inflation" – die Preise der Güter des täglichen Bedarfs steigen rascher als jene dauerhafter Güter – bewirkt dies eine merkliche Dämpfung der Konsumausgaben. Diese steigen real um 1,6%, und zwar nur unter der optimistischen Annahme eines leichten Rückgangs des Sparanteils am verfügbaren Einkommen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 2,3	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7
Nominell		+ 4,4	+ 3,9	+ 5,1	+ 5,8	+ 4,8	+ 3,9
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real		+ 2,4	+ 3,1	+ 8,8	+ 7,1	+ 3,0	+ 2,8
Handel, real		+ 1,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,5
Private Konsumausgaben, real		+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 0,1	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,8	+ 2,2	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾		- 1,4	+ 0,7	+ 2,1	+ 6,3	+ 2,0	+ 1,0
Bauten		+ 1,3	+ 0,1	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,3	+ 2,3
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 12,5	+ 3,2	+ 6,8	+ 8,1	+ 5,7	+ 5,7
Nominell		+ 13,9	+ 5,4	+ 9,5	+ 10,1	+ 6,7	+ 6,2
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 11,7	+ 2,8	+ 3,8	+ 8,1	+ 5,8	+ 5,7
Nominell		+ 12,5	+ 5,9	+ 8,0	+ 9,2	+ 7,3	+ 6,5
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾	Mrd. €	+ 4,94	+ 5,02	+ 6,31	+ 8,27	+ 8,55	+ 8,61
	in % des BIP	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9
Sekundärmarktrendite ⁵⁾	in %	4,2	3,4	3,8	4,3	4,1	4,0
Verbraucherpreise		+ 2,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,3
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁶⁾		4,8	5,2	4,7	4,4	4,2	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁷⁾		7,1	7,3	6,8	6,2	5,9	6,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁸⁾		+ 0,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 1,2	- 1,6	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Neue Berechnungsmethode. – ⁵⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁶⁾ Labour Force Survey. – ⁷⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁸⁾ Ohne Präsenzdienster, ohne Personen mit Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldbezug, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Personen in Schulung.

Zu Jahresbeginn wurde die Zahl der Beschäftigten ungewöhnlich kräftig ausgeweitet (+100.000 gegenüber dem Vorjahr). Darin spiegeln sich verzögerte Auswirkungen der guten Konjunkturlage von Mitte 2007 und die günstigen Wetterverhältnisse, die eine rege Bautätigkeit und eine gute Wintersaison im Tourismus ermöglichten, allerdings auch administrative Veränderungen: Seit 1. Jänner müssen Beschäftigte bereits vor Arbeitsbeginn bei der Sozialversicherung gemeldet werden. Aus diesem Grund könnte in manchen Branchen die Zahl der offiziell Beschäftigten sprunghaft gestiegen sein; eine Quantifizierung dieses Effekts ist aber nicht möglich. Mit dem starken Anstieg der Beschäftigung ging ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit einher. Im Jahresverlauf wird sich die Abschwächung der Konjunktur auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen. Für den Winter 2008/09 muss bereits wieder mit einer Zunahme der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl gerechnet werden. Im Jahr 2009 dürfte die Zahl der registrierten Arbeitsuchenden durchschnittlich 224.000 erreichen, um

12.000 mehr als heuer. Die Arbeitslosenquote wird laut Eurostat 4,3% der Erwerbspersonen bzw. 6,2% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode betragen.

Das kräftige Wirtschaftswachstum der letzten zwei Jahre hatte eine Halbierung des Budgetdefizits zur Folge: Der Maastricht-Saldo lag im Jahr 2007 allerdings noch bei -0,7% des BIP. Die bevorstehende Konjunkturabschwächung wird das Wachstum der Abgabeneinnahmen mit Verzögerung dämpfen und damit keine weitere Verringerung des Budgetabgangs erlauben. Reaktionen der öffentlichen Haushalte auf Konjunkturschwankungen in Form einer Verbesserung des Budgetsaldos bei guter Konjunktur und einer Ausweitung des Budgetdefizits in Phasen schwacher Wirtschaftsentwicklung sind ein unverzichtbares Element einer stabilisierungsorientierten Budgetpolitik.

Derzeit können Ausmaß und Dauer der Krise des internationalen Finanzsystems nicht abgeschätzt werden, die vorliegende Prognose ist deshalb mit besonders hoher Unsicherheit behaftet. Sie unterstellt eine Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung zu Jahresende und eine vorsichtige Erholung im Jahr 2009. Das Wachstum des BIP wird 2009 schwächer als real 1,7% ausfallen, falls die Liquiditäts- und Solvenzkrise im internationalen Finanzsystem länger anhält und die Realwirtschaft sich erst mit Verzögerung belebt. Von der starken Wirtschaftsdynamik in den asiatischen Schwellenländern, die auch eine hohe Sparquote aufweisen, könnte hingegen ein stabilisierender Effekt auf die Weltwirtschaft ausgehen.

Nach einem fünf Jahre dauernden Boom, in dem die Weltwirtschaft im Durchschnitt um real fast 5% p. a. wuchs, verlangsamt sich die Expansion nun. Das WIFO erwartet im Prognosezeitraum eine Ausweitung des weltweiten BIP um weniger als 4% pro Jahr. Den Ausgangspunkt für die Abschwächung bildet die Wirtschaftskrise in den USA: Die Immobilienblase ist geplatzt, und die Aktienmärkte verzeichneten eine deutliche Korrektur nach unten. Das Finanzsystem der USA befindet sich in einer schweren Krise, die wegen der engen Verflechtung der internationalen Kapitalmärkte auch auf andere Wirtschaftsregionen ausstrahlt.

Dennoch ist derzeit keine weltweite Wirtschaftskrise wahrscheinlich. Zwar ist die Entwicklung in den Schwellenländern direkt und indirekt eng mit jener der Nachfrage in den USA verbunden, und das Wirtschaftswachstum wird sich deshalb auch dort schrittweise etwas abkühlen, allerdings haben sich die Binnennachfrage in den Schwellenländern und die Handelsbeziehungen zwischen ihnen jüngst merklich verstärkt. So steigt in China die Konsumnachfrage der privaten Haushalte kräftig, ebenso die staatlichen Infrastrukturinvestitionen. Dies wirkt der Abschwächung der Auslandsnachfrage entgegen. Die Expansion der chinesischen Wirtschaft, von der in den letzten Jahren ein wichtiger Nachfragesog für die Weltwirtschaft ausging, dürfte von real 11½% im Jahr 2007 auf 8½% im Jahr 2009 gebremst werden. Russland und andere erdölexportierende Volkswirtschaften profitieren vom hohen Rohölpreis. In Indien spielt die Binnennachfrage eine tragende Rolle für die Wirtschaftsentwicklung.

Die Verlangsamung der Expansion der Weltwirtschaft und damit der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen schlägt sich bislang nicht in einer Stabilisierung der Rohstoffpreise nieder. Vielmehr erreichen die Weltmarktnotierungen für Rohöl neue Höchststände. Auch die Preise metallischer Industrierohstoffe und Agrargüter steigen weiter kräftig. Hier spiegeln sich die anhaltende Nachfrage aus den Schwellenländern, in der Teuerung der Nahrungsmittel auch Angebotsausfälle. Zudem ist eine Verlagerung des Spekulationskapitals von Immobilien- und Aktienmärkten auf die Rohstoffmärkte zu beobachten. Das WIFO unterstellt für die Prognose einen durchschnittlichen Preis von Rohöl der Marke Brent von 95 \$ und einen Anstieg der Rohstoffpreise (ohne Erdöl) um 13% auf Euro-Basis.

Abkühlung der Weltwirtschaft

Die internationale Finanzkrise bremst weltweit das Wirtschaftswachstum. In den asiatischen Schwellenländern und den rohstoffexportierenden Ländern bleibt die Konjunktur aber kräftiger als in den Industrieländern.

Finanzkrise weitet sich aus

Die internationale Finanzkrise verschärft sich weiter, in den Industrieländern leiden Banken und Hedgefonds unter Liquiditätsproblemen. Ein Ende der Krise setzt eine Stabilisierung auf den Hypothekarmärkten der USA voraus, diese zeichnet sich derzeit aber nicht ab.

Das Zentrum der Kreditkrise sind die Hypothekarmärkte in den USA. Im Bereich der Hypotheken mit minderer und mittlerer Bonität ("Subprime" und "Alt-A") erhöhten sich die Zahlungsausfälle stark. Dieses Problem wird sich in den kommenden Monaten weiter verschärfen, da für viele in den Jahren 2004 und 2005 vergebene Hypothekarkredite die Phase günstiger Bedingungen ("teaser rates") ausläuft. Selbst die Bewertung von Hypothekarkrediten erstklassiger Bonität hat sich deutlich verschlechtert. Dies löst bei den Banken besonders in den USA, aber auch weltweit einen großen Bedarf an Abschreibungen aus, weil diese Kreditverträge in neue Anlageformen gebündelt und international vertrieben wurden. Mehrere Banken glichen den hohen Abschreibungsbedarf durch eine Kapitalzufuhr – z. B. durch verschiedene ausländische Staatsfonds – aus.

Jüngst verschärfte sich die Gefahr von Zusammenbrüchen von Banken und Hedgefonds neuerlich. Weltweit traten in den letzten Monaten immer wieder gefährliche Liquiditätskrisen auf, die sich in hohen Zinssätzen auf den Interbankenmärkten niederschlugen. Die Notenbanken reagierten bislang erfolgreich. Sie stellten Liquidität in umfangreichem Ausmaß zur Verfügung, und die Fed senkte auch massiv die kurzfristigen Zinssätze. Damit konnte bislang ein noch tiefergehender Einbruch auf den Finanzmärkten verhindert werden, allerdings wurde dadurch noch keine Stabilisierung erreicht. Das wird erst dann gelingen, wenn die Preisrückgänge auf den Immobilienmärkten der USA abebben und die Hypothekarkrise ausläuft. Damit wird nicht vor 2009 gerechnet.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>						
Welt	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,7	+ 3,9	+ 3,6
OECD insgesamt	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,6
USA	+ 3,6	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,4
Japan	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,3
EU 27	+ 2,5	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,6
Euro-Raum (15 Länder) ¹⁾	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,3
Neue EU-Länder ²⁾	+ 5,5	+ 4,7	+ 6,4	+ 6,0	+ 5,3	+ 5,0
China	+ 10,1	+ 10,2	+ 11,1	+ 11,4	+ 9,5	+ 8,5
Welthandel, real	+ 10,5	+ 7,2	+ 8,7	+ 5,8	+ 5,3	+ 5,0
Marktwachstum Österreichs ³⁾	+ 9,4	+ 7,5	+ 11,0	+ 7,6	+ 5,8	+ 5,7
<i>Weltmarkt-Rohstoffpreise⁴⁾</i>						
Insgesamt	+ 18,5	+ 28,5	+ 19,7	+ 3,7	+ 14	+ 3
Ohne Rohöl	+ 18,1	+ 5,6	+ 22,0	+ 9,5	+ 13	+ 5
Erdölpreis Brent, \$ je Barrel	38,2	54,4	65,1	72,5	95,0	97,0
Wechselkurs ⁵⁾ \$ je Euro	1,243	1,245	1,256	1,371	1,60	1,60

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Belgien, Deutschland, Frankreich, Finnland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien, Zypern. – ²⁾ Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn. – ³⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁴⁾ HWWI-Index, Euro-Basis. – ⁵⁾ Monatsdurchschnitte.

Seit Jahresbeginn erfolgten deutliche Korrekturen auf den internationalen Aktienmärkten, die Kurse gingen auf Euro-Basis um etwa ein Fünftel zurück. Die Immobilienpreise sinken nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Ländern, in denen sie in den letzten Jahren durch Spekulation kräftig gestiegen sind, etwa in Spanien, Irland oder Großbritannien. Die Kombination aus niedrigen Aktienkursen und sinkenden Immobilienpreisen dämpft die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Diese Vermögenseffekte sind jedoch traditionell im angelsächsischen Raum deutlich größer als in Kontinentaleuropa. Die Realwirtschaft wird zudem durch die Verknappung und Verteuerung von Krediten getroffen; das verschlechtert die Finanzierungskonditionen für Investitionen. Bei hoher Unsicherheit über den weiteren Wirtschaftsgang neigen die Unternehmen dazu, geplante Investitionsprojekte vorerst aufzuschieben.

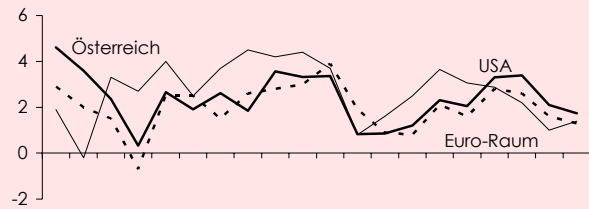
Die Finanzkrise äußert sich besonders deutlich auf den Devisenmärkten. Der Dollar verliert gegenüber dem Euro und dem Yen massiv an Wert – allein seit Jahresbeginn 2008 wertete der Dollar gegenüber dem Euro um 7% ab, gegenüber Anfang 2007 um 16%. Die Stärke des Euro dämpft einerseits die negativen Wirkungen der Rohstoffverteuerung, beeinträchtigt andererseits jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der

europäischen Exporteure merklich. Angesichts des Wachstumseinbruchs in den USA und der markanten Unterschiede zwischen der Zinspolitik von Fed und EZB wird die Dollar-Schwäche anhalten. Das WIFO unterstellt für den Prognosehorizont einen Euro-Wechselkurs von 1,60 \$.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

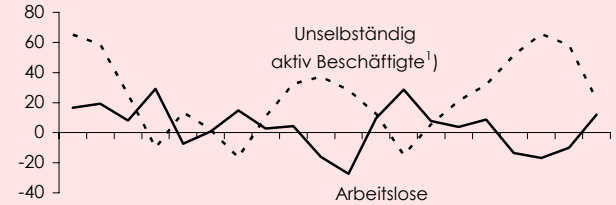
Wirtschaftswachstum

In %



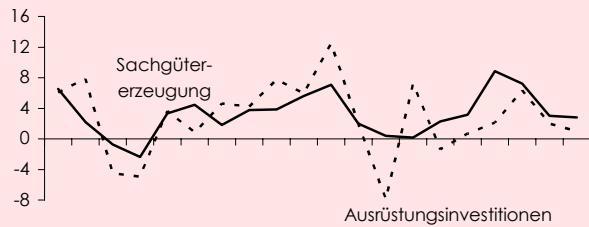
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



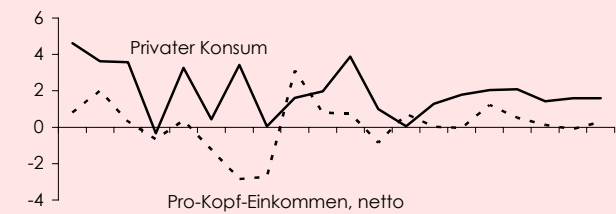
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



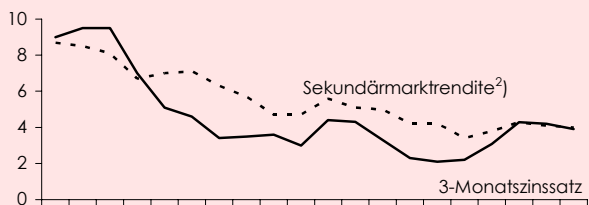
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



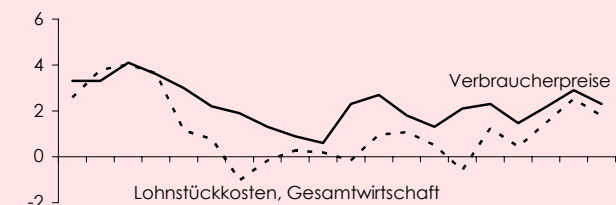
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



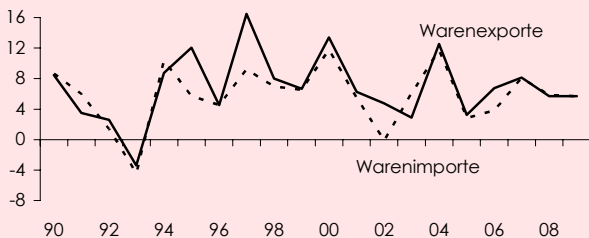
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



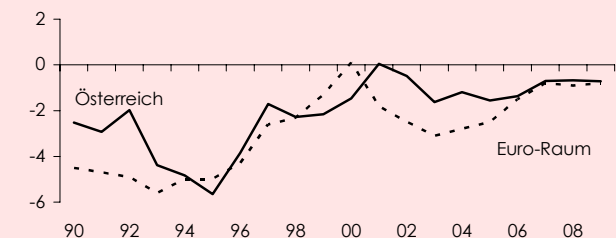
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Präsenzdienere, ohne Personen mit Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldbezug, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Wirtschaftskrise in den USA

In den USA wächst die Wirtschaft nicht mehr. Das Risiko einer weiteren Verschärfung der Finanz- und Bankenkrise ist erheblich. Geld- und Budgetpolitik wirken stark expansiv.

Die Wirtschaft der USA expandierte Ende 2007 fast nicht mehr, das BIP erhöhte sich im IV. Quartal 2007 real um nur 0,2% gegenüber dem Vorquartal, gegenüber dem Vorjahr bedeutete das einen Anstieg um 2,5%. Zwar wurden Export und gewerbliche Bauinvestitionen zügig ausgeweitet, die bremsenden Faktoren gewannen allerdings an Gewicht: Die Wohnbauinvestitionen blieben um 19% unter dem Vorjahreswert und um fast ein Drittel unter ihrem Höchststand von Ende 2005. Der Baubeginn für Ein- und Mehrfamilienhäuser und die Baubewilligungen lagen zu Jahresbeginn um etwa 30% unter dem Niveau des Vorjahres. Auf einen weiteren Rückgang der Wohnbautätigkeit deutet auch der anhaltende Rückgang der Hauspreise hin (laut Case-Shiller-Index IV. Quartal -8% gegenüber dem Vorjahr). Die negativen Vermögenseffekte werden sich gemeinsam mit dem Rückgang der Beschäftigung seit Jahresbeginn in einer merklichen Dämpfung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte niederschlagen.

Das reale BIP dürfte zumindest in den ersten zwei Quartalen 2008 nicht mehr wachsen. Im III. Quartal werden die Steuerschecks im Ausmaß von fast 1% des BIP wirksam. Die expansive Fiskalpolitik wird die verfügbaren Einkommen beleben. Allerdings ist schwierig abzuschätzen, wie stark diese zusätzlichen Einkommen in den privaten Konsum fließen oder zu einer Erhöhung des Sparens genutzt werden. Das WIFO unterstellt eine Stabilisierung der Konjunktur ab Jahresmitte. Die Zinspolitik der Fed ist merklich expansiv – die Leitzinssätze wurden von 5¼% Mitte 2007 auf zuletzt 2¼% gesenkt. Unter diesen Bedingungen dürfte das BIP in den USA heuer real um 1% und 2009 um 1½% expandieren. Allerdings kann der Konjunkturéinbruch noch stärker ausfallen und länger dauern, falls sich die Krise auf den Finanzmärkten weiter verschärft. Selbst wenn sich die Konjunktur festigt, ist kein dynamischer Aufschwung zu erwarten. Nach dem Ende des Kreditbooms wird die Sparquote der privaten Haushalte mittelfristig merklich steigen. Dies dämpft die Konsumnachfrage und das Wirtschaftswachstum.

Konjunktur im Euro-Raum zu Jahresbeginn noch robust

Die Binnennachfrage ist im Euro-Raum zu verhalten, um die bevorstehende Abschwächung der internationalen Konjunktur und den bremsenden Effekt der Euro-Stärke ausgleichen zu können.

Im Euro-Raum wuchs die Wirtschaft im IV. Quartal 2007 saisonbereinigt real um 0,4% gegenüber dem Vorquartal bzw. um 2,2% gegenüber dem Vorjahr. Seit dem Frühsommer 2007 zeigen die Konjunkturumfragen der Europäischen Kommission eine Eintrübung der Vertrauensindikatoren in der Industrie. Der Eingang an neuen Aufträgen vor allem aus dem Ausland schwächte sich merklich ab. Dennoch lag der Auftragsbestand in der Sachgütererzeugung Anfang 2008 noch über dem langjährigen Durchschnitt, besonders in Deutschland. Damit waren die Industrieunternehmen relativ gut ausgelastet. Die Nachfrageschwäche in den USA wirkt zunehmend dämpfend. Dies kann kaum durch zusätzliche Aufträge aus den Schwellenländern ausgeglichen werden.

Die Konsumnachfrage entwickelte sich im Jahr 2007 enttäuschend, der Anstieg dürfte gegenüber dem Vorjahr real nur etwa 1½% betragen haben. Das Weihnachtsgeschäft brachte einmal mehr nicht den erhofften Impuls. Dazu trug auch bei, dass der Zuwachs der Einkommen deutlich hinter dem Preisauftrieb zurückblieb. Die Pro-Kopf-Löhne erhöhten sich im IV. Quartal im Euro-Raum um 2½%, die Verbraucherpreise hingegen um 2,9%. Die verfügbaren Realeinkommen der Haushalte stiegen wegen der Zunahme der Beschäftigtenzahl. Zu Jahresbeginn beschleunigte sich der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex auf 3¼%. Eine Belebung des Wachstums der Konsumnachfrage scheint trotz rückläufiger Arbeitslosigkeit deshalb auch heuer kaum möglich. Zwar dürften das Auslaufen der Effekte der Mehrwertsteuererhöhung und die etwas günstigere Arbeitsmarktlage in Deutschland wieder ein vorsichtiges Wachstum der Konsumnachfrage erlauben, in anderen Ländern muss hingegen mit einem deutlich schwächeren Anstieg als zuletzt gerechnet werden. In Spanien drückt der Einbruch des Immobilienmarktes die Wohnbauinvestitionen und die Konsumnachfrage, das Wachstum des BIP dürfte sich von real fast 4% auf 2% halbieren. Allerdings erlaubt der markante Budgetüberschuss umfangreiche antizyklische Maßnahmen. In Italien ging der Indikator des Verbrauchervertrauens besonders stark zurück. Die Wirtschaft dürfte schon im 2. Halbjahr 2007 kaum noch gewachsen sein, und auch für heuer zeichnet sich eine Stagnation des BIP ab.

Das relativ starke Wirtschaftswachstum des vergangenen Jahres hatte im Euro-Raum einen kontinuierlichen Rückgang der Arbeitslosenquote zur Folge, sie betrug im Jänner 2008 saisonbereinigt 7,1% der Erwerbspersonen. Der Rückgang könnte sich im 1. Halbjahr 2008 fortsetzen, da der Arbeitsmarkt mit Verzögerung auf eine Abschwächung der Konjunktur reagiert. Bereits 2009 muss allerdings mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Angesichts des über den Zielwerten der Europäischen Zentralbank liegenden Preisauftriebs einerseits und der internationalen Finanzkrise, der Euro-Aufwertung und der bevorstehenden Konjunkturabschwächung andererseits steht die Geldpolitik vor einer schwierigen Aufgabe. Das WIFO unterstellt für die Prognose, dass der Hauptfinanzierungssatz erst im 2. Halbjahr 2008 gesenkt werden wird. Dann dürfte sich auch die Inflation etwas entspannen.

Das Wirtschaftswachstum wird sich im Euro-Raum nach relativ günstigem Jahresbeginn im weiteren Verlauf merklich abschwächen. Dauer und Ausmaß der Verlangsamung sind derzeit schwierig zu bestimmen. Die vorliegende Prognose unterstellt den Tiefpunkt der Konjunktur für das Jahresende 2008. Das Wirtschaftswachstum würde somit heuer real 1,6% und im Jahr 2009 1,3% betragen. Allerdings ist das Risiko hoch, dass die Konjunkturabschwächung länger anhält.

Die Wirtschaft der neuen EU-Länder ist von der internationalen Finanzkrise und der Abschwächung des Weltwirtschaftswachstums zunächst weniger betroffen. Die Konjunktur wird vor allem von der kräftigen Expansion der Konsumnachfrage und der Investitionen getragen. Das reale Wirtschaftswachstum sollte sich daher von gut 6% im Jahr 2007 auf nur etwa 5% im Jahr 2009 verringern. In Tschechien, der Slowakei und Polen bleibt es recht robust. In Ungarn beschleunigt es sich sogar, weil die dämpfenden Effekte der rigiden Budgetpolitik allmählich abklingen.

Die Inflationsraten erhöhten sich zuletzt kräftig. Dies ist in manchen Ländern auf eine Überhitzung der Konjunktur und den merklichen Anstieg der Lohnstückkosten zurückzuführen, aber auch ein Ergebnis der starken Verteuerung von Nahrungsmitteln auf dem Weltmarkt – die Ausgaben für Nahrungsmittel haben einen wesentlich höheren Anteil am Warenkorb als in Westeuropa. Ein weiteres Risiko liegt in der raschen Zunahme der Verschuldung der privaten Haushalte. Der Kreditboom beflügelte zwar in den letzten Jahren die Konsumnachfrage und die Bauinvestitionen, nun rücken aber zunehmend die Risiken von Kreditausfällen in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Besorgnis. Dies gilt besonders für Rumänien und Bulgarien, teils auch für die baltischen Länder: In diesen Ländern weist die Leistungsbilanz einen Abgang von deutlich mehr als 10% des BIP auf. Diese massiven makroökonomischen Ungleichgewichte machen die Volkswirtschaften anfällig für Turbulenzen auf den internationalen Kapitalmärkten.

Die österreichische Wirtschaft wird heuer real um 2,1% wachsen, deutlich weniger als in den zwei Jahren zuvor, aber neuerlich rascher als im Durchschnitt des Euro-Raums. Die Konjunktur dürfte im 1. Halbjahr 2008, getragen von guter Auslastung der Industriebetriebe und der unternehmensnahen Dienstleistungen, noch günstig verlaufen. Der Anstieg des BIP wird etwa 2½% betragen. Allerdings wird sich die Abschwächung der internationalen Konjunktur zunehmend im heimischen Export, in der Industrieproduktion und den Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte kann die Dämpfung der Auslandsnachfrage wegen der ungenügenden Zuwächse der Realeinkommen nicht ausgleichen. Zwar fiel die Herbstlohnrunde höher aus als in den letzten Jahren, die Einkommensteigerungen werden aber von der Inflation kompensiert, die im Jahresdurchschnitt 2008 2,9% betragen wird.

Für 2009 erwartet das WIFO derzeit einen Anstieg des realen BIP um 1,7%. Dies ist allerdings nur unter der Annahme möglich, dass sich die Konjunktur in Europa ab Anfang 2009 wieder stabilisiert. Weil Intensität und Dauer der internationalen Finanzkrise derzeit nicht abgeschätzt werden können, ist das Risiko der vorliegenden Prognose

Kräftige Binnen- nachfrage in den neuen EU-Ländern

Die starke Konsum- und Investitionsnachfrage stabilisiert die Wirtschaft der ostmitteleuropäischen Länder im internationalen Konjunkturabschwung. Erhebliche Risiken liegen aber in der hohen Verschuldung der privaten Haushalte und im raschen Preisanstieg.

Große Risiken für heimische Konjunktur im Jahr 2009

Die österreichische Wirtschaft zeigte sich zuletzt in guter Verfassung, sowohl Kapazitätsauslastung der Unternehmen als auch Beschäftigung waren hoch. Die internationale Finanzkrise wird das Wachstum vor allem im 2. Halbjahr 2008 bremsen. Die Dauer der Konjunkturabschwächung kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

besonders hoch. Das Wirtschaftswachstum könnte im Jahr 2009 deutlich schwächer verlaufen als hier unterstellt. Damit fiel auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten noch ungünstiger aus.

Das Wachstum der Produktion wird gemäß der vorliegenden Prognose vor allem im Jahr 2009 unter dem Wachstum des Trend-Outputs bleiben. Dieses schätzt das WIFO mit unterschiedlichen Verfahren der Berechnung des Potentials auf real +2,2% bis +2,7%.

Exportindustrie erfolgreich

Die starke Expansion der Weltwirtschaft begünstigte die heimische Exportindustrie in den letzten Jahren sehr. Nun beginnt sich das Ausfuhr- und Produktionswachstum merklich abzuschwächen.

Der Export boomte in den letzten Jahren. Im Jahr 2007 lag die Güterausfuhr real um 8% über dem Niveau des Vorjahres und um etwa 60% über jenem des Jahres 2000. Österreichs Wirtschaft profitiert von einem Konjunkturaufschwung bei den Handelspartnern besonders, da gut die Hälfte der produzierten Güter exportiert wird und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen aufgrund der kräftigen Steigerung der Arbeitsproduktivität besonders hoch ist. Allerdings beeinträchtigt auch eine Abschwächung der internationalen Konjunktur die heimische Produktion merklich. Das Marktwachstum dürfte sich, gemessen am Anstieg der Importe der Handelspartner, von 7½% im Vorjahr auf 5¼% im Prognosezeitraum verringern.

Die internationale Konjunkturdämpfung trifft Österreich mit Verzögerung, denn die direkten Effekte sind gering: Zwar sind die Exporte in die USA bereits rückläufig, sie haben allerdings nur einen Anteil von 5%. Wichtiger sind indirekte Effekte, die etwa von einer Verringerung des deutschen Exports ausgehen. Zudem bewirkt die markante Aufwertung des Euro eine Erhöhung des real-effektiven Wechselkurses im Handel mit Industriewaren um 2,5% im Jahr 2008 (nach +0,8% 2007). Deshalb muss mit leichten Marktanteilsverlusten gerechnet werden. Diese waren schon im Jahr 2007 in den USA und in Deutschland zu beobachten, wurden aber im Gesamtergebnis durch Gewinne in Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien und – auf Basis weniger gut gesicherter Daten – auch in Bulgarien kompensiert. Die Marktanteilsverluste dürften sich heuer vor allem in den USA fortsetzen. Das WIFO rechnet im Prognosezeitraum mit einem Anstieg des realen Warenexports um 5,7% pro Jahr. Einem starken Rückgang der Ausfuhr in die USA steht ein noch kräftiges Wachstum der Nachfrage in den neuen EU-Ländern und in den Schwellenländern gegenüber.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	3,84	3,86	3,86	3,86	- 0,3	+ 0,5	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	46,24	49,50	50,99	52,42	+ 8,8	+ 7,1	+ 3,0	+ 2,8
Energie- und Wasserversorgung	6,09	6,04	6,10	6,16	+ 8,2	- 0,8	+ 1,0	+ 1,0
Bauwesen	16,35	16,88	17,27	17,66	+ 4,7	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,3
Handel ²⁾	26,76	26,95	27,38	27,79	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	8,60	8,77	8,94	9,08	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15,01	15,62	16,01	16,33	+ 4,6	+ 4,0	+ 2,5	+ 2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	10,43	10,76	10,87	10,98	+ 4,8	+ 3,2	+ 1,0	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	36,40	38,40	39,55	40,34	+ 2,2	+ 5,5	+ 3,0	+ 2,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,99	12,02	12,14	12,26	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	29,95	30,17	30,56	30,81	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	211,45	218,65	223,28	227,21	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,8
Bruttoinlandsprodukt	233,55	241,45	246,53	250,81	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Entwicklung der Sachgütererzeugung ist sehr eng mit jener des Güterexports verbunden. In den letzten zwei Jahren wurde die Wertschöpfung real um 17% ausgedehnt. Der Produktionsindex der Sachgütererzeugung lag 2007 um 34% über dem Niveau des Jahres 2000. Österreich gehört damit zu den EU-Ländern mit der kräftigsten Steigerung der Industrieproduktion, noch vor Deutschland. Hingegen stagniert die Produktion etwa in Frankreich oder Italien seit Jahren. Zum Jahreswechsel 2007/08 entwickelte sich die heimische Industrie günstig: Die Bestände an Aufträgen waren um gut ein Zehntel höher als im Vorjahr, die Unternehmen dürften hohe Gewinne erzielt haben. Wegen der gedämpften Dynamik des Warenexports wird sich im weiteren Jahresverlauf allerdings auch das Wachstum der Sachgütererzeugung verlangsamen. Das WIFO rechnet für 2008 mit einem Produktionsanstieg von real 3%. Dies wird sich mit Verzögerung auch auf die Beschäftigung auswirken. Im Jahr 2007 wurden in der Industrie 15.000 neue Arbeitsplätze geschaffen (+2,6%), auch zu Jahresbeginn 2008 war noch eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Für die nächsten Quartale muss mit einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gerechnet werden, 2009 wird die Zahl der Industriebeschäftigten um 7.000 geringer sein als im Vorjahr.

Übersicht 4: Produktivität

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,5
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2
Sachgütererzeugung						
Produktion ²⁾	+ 2,3	+ 3,2	+ 8,8	+ 7,2	+ 3,0	+ 2,8
Beschäftigte ³⁾	- 0,6	- 0,8	+ 0,2	+ 2,6	+ 0,3	- 1,2
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 2,1	+ 4,6	+ 8,4	+ 4,2	+ 3,0	+ 4,0
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	+ 0,8	- 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,3	± 0,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2005: bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr (unbereinigt: -2,1%). – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Zu Herstellungspreisen

	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Konsumausgaben insgesamt	171,32	174,20	177,38	179,95	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5
Private Haushalte ¹⁾	129,69	131,53	133,64	135,78	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6
Staat	41,63	42,66	43,73	44,17	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0
Bruttoinvestitionen	49,48	52,70	53,83	55,05	+ 3,7	+ 6,5	+ 2,1	+ 2,3
Bruttoanlageinvestitionen	48,94	51,29	52,41	53,32	+ 3,8	+ 4,8	+ 2,2	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	21,77	23,15	23,61	23,85	+ 2,1	+ 6,3	+ 2,0	+ 1,0
Bauten	27,15	28,14	28,79	29,45	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,3	+ 2,3
Inländische Verwendung	220,55	225,60	229,88	233,65	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,6
Exporte	134,71	145,59	153,19	160,78	+ 7,5	+ 8,1	+ 5,2	+ 5,0
Reiseverkehr	13,80	14,08	14,62	15,13	+ 0,5	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,5
Minus Importe	121,69	129,68	136,50	143,61	+ 5,6	+ 6,6	+ 5,3	+ 5,2
Reiseverkehr	7,62	7,74	7,90	8,06	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt	233,55	241,45	246,53	250,81	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7
Nominell	257,90	272,77	285,84	296,88	+ 5,1	+ 5,8	+ 4,8	+ 3,9

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Die Verringerung der Kapazitätsauslastung dürfte die Unternehmen zu Vorsicht in der Investitionstätigkeit veranlassen. Im WIFO-Investitionstest vom Herbst 2007 meldeten die Sachgütererzeuger eine Halbierung des beabsichtigten Investitionswachstums gegenüber dem Vorjahr. Wegen der größeren Unsicherheit über die Lage der Weltwirtschaft könnten zudem weniger Projekte tatsächlich umgesetzt werden. Das WIFO

rechnet mit einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um real 2% im Jahr 2008. Beunruhigend erscheint, dass im jüngsten Konjunkturaufschwung der Jahre 2005 bis 2007 trotz guter Exportkonjunktur und günstiger Gewinnlage die Ausrüstungsinvestitionen nur halb so rasch wuchsen wie in der Hochkonjunktur 1997 bis 2000¹⁾.

Eine Abschwächung des Exportwachstums dämpft die Entwicklung der Importe – der Importgehalt der Ausfuhr beträgt etwa ein Drittel. Dazu kommt eine deutliche Verlangsamung der Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen, die zu 80% importiert werden. Der Warenimport wird 2008 und 2009 real etwa gleich rasch wachsen wie der Export. Nominell weist die Einfuhr höhere Wachstumsraten auf, die Terms-of-Trade verschlechtern sich.

Hohe Inflation verhin- dert Realeinkommens- zuwächse

Die Inflation verfestigt sich, getrieben von hohen Nahrungsmittel- und Energiepreisen, bei etwa 3%. Damit stagnieren die Nettoeinkommen pro Kopf der Beschäftigten.

Die Inflationsrate verharrte in den letzten Monaten aufgrund der anhaltenden Verteuerung von Nahrungsmitteln, Wohnen und Treibstoffen auf über 3% (Februar 3,2%). Etwa zwei Drittel des Preisanstiegs gehen auf die Bereiche Energie und Nahrungsmittel zurück und sind primär international bestimmt. Rohöl der Marke Brent kostete im Februar mit gut 95 \$ je Barrel um 60% mehr als vor einem Jahr. Der HWWI-Index für Nahrungsmittel zeigt für Jänner und Februar 2008 auf Dollarbasis einen Anstieg um mehr als 50% gegenüber dem Vorjahr. Die hohen Rohstoffpreise ergeben sich aus einem stetigen Anstieg der Nachfrage vor allem der asiatischen Schwellenländer, aus einer Verknappung des Nahrungsmittelangebotes wegen der Dürre in Australien und aufgrund der wachsenden Nachfrage nach Rohstofffonds.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,0
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	- 0,0	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7
Netto	- 0,0	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	- 0,6	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,8
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 0,7	- 0,0	- 4,2	- 1,8	+ 0,8	- 0,8
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber den Handelspartnern	+ 2,0	+ 0,8	- 2,4	- 0,4	+ 0,4	- 1,1
Gegenüber Deutschland	+ 2,4	+ 2,6	- 1,5	+ 1,2	+ 0,5	- 0,4
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 1,5	- 0,6	+ 0,2	+ 1,2	+ 2,6	± 0,0
Real	+ 1,1	- 0,9	- 0,5	+ 0,8	+ 2,5	+ 0,1

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Für die kommenden Monate zeichnet sich keine markante Entspannung des Preisauftriebs auf Verbraucherebene ab. Das WIFO rechnet heuer mit einem Anstieg der Preise von verarbeiteten Nahrungsmitteln um 7%, der Auftrieb der Energiepreise dürfte noch etwas darüber liegen. Die Verteuerung der Rohstoffe beschleunigt auch die Inflation industriell-gewerblicher Waren, der Preisauftrieb erhöhte sich auf über 2%. Hingegen steigen die Dienstleistungspreise – sie machen fast die Hälfte des VPI-Gewichtes aus – mäßig. Unter der Annahme einer schrittweisen Beruhigung des Auftriebs der internationalen Rohstoffpreise im Jahresverlauf erwartet das WIFO eine Inflationsrate von 2,9% im Jahr 2008 und 2,3% im Jahr 2009.

¹⁾ Siehe dazu Ederer, St., Marterbauer, M., Scheiblecker, M., "Konjunkturaufschwung 2005/2007 kürzer als im letzten Zyklus", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(3), S. 175-189, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31581&typeid=8&display_mode=2.

Trotz der höheren Abschlüsse in der Herbstlohnrunde (Pro-Kopf-Löhne brutto durchschnittlich +3¼%) steigen die Nettoreallöhne heuer nicht (-0,1%). Die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte erhöhen sich nur, weil die Zahl der Beschäftigten zunimmt. Sie dürften 2008 im Durchschnitt um 1,1% höher ausfallen als ein Jahr zuvor.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte entwickelte sich auch im Jahr 2007 sehr enttäuschend (real nur +1,4%). Für das Jahr 2008 kann keine Erholung erwartet werden, denn die verfügbaren Realeinkommen wachsen nur halb so rasch wie im Vorjahr. Überdies ist der Preisanstieg für Güter des täglichen Bedarfs besonders stark. Die "gefühlte" Inflation ist deshalb höher als die statistisch ausgewiesenen Werte und dürfte dämpfend auf die Konsumbereitschaft wirken. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Konsumnachfrage wird auch dadurch beeinträchtigt, dass die unteren Einkommensgruppen, deren Konsumneigung besonders hoch ist, wegen des hohen Anteils von Nahrungsmitteln, Wohnen und Energie an ihrem Warenkorb durch die Inflationsbeschleunigung besonders hart getroffen werden.

Konsum weiterhin schwach

Die langjährige Konsumschwäche kann nicht überwunden werden. Sie wird von geringen Einkommenszuwächsen, ungleicher Verteilung und der hohen Inflation bestimmt.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 4,0	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,3
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,9	9,3	9,7	10,3	10,1	9,8
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 5,0	+ 4,7	+ 4,5	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,5
	In %					
Inflationsrate						
National	2,1	2,3	1,5	2,2	2,9	2,3
Harmonisiert	2,0	2,1	1,7	2,2	2,9	2,3
"Kerninflation" ³⁾	1,6	1,5	1,3	1,9	2,2	2,1

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Das WIFO erwartet einen Anstieg des Konsums der privaten Haushalte um real 1,6% – dies allerdings nur unter der optimistischen Annahme eines leichten Rückgangs des Sparanteils am verfügbaren Einkommen auf 10%. Damit bliebe die Konsumnachfrage zum achten Mal in Folge unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Konsumschwäche ist somit eines der mittelfristigen Probleme der heimischen Wirtschaftsentwicklung.

Die Bauwirtschaft expandierte im jüngsten Konjunkturaufschwung kräftig und bildete einen wichtigen Motor für die Gesamtwirtschaft. Im Jahr 2007 wurde die Produktion real um 3,3% ausgeweitet. Die hohe Auslastung der Kapazitäten schlug sich in einem merklichen Preisauftrieb nieder (zuletzt etwa +5% gegenüber dem Vorjahr). Die Baubeschäftigung stieg markant. Zu Jahresbeginn 2008 dürften dazu nicht nur das milde Wetter, sondern auch die neuen Bestimmungen über die Anmeldung von Beschäftigten bei der Sozialversicherung beigetragen haben.

Die Bauunternehmen melden im WIFO-Konjunkturtest weiterhin eine gute Auftragslage, im Tiefbau waren die Betriebe zu Jahresbeginn sogar optimistischer als zuletzt, auch wegen der geplanten Steigerung der Investitionen in das Schienennetz. Die starke Nachfrage veranlasst die Länder zu einer Ausweitung des geförderten Wohn-

Bauwirtschaft gut ausgelastet

Die Baukonjunktur klingt nach zwei guten Jahren nur langsam ab, da die Investitionen der öffentlichen Hand die sich abzeichnenden Ausfälle im Geschäfts- und Industriebau ausgleichen.

baus. Ungünstiger sind die Aussichten für den Industriebau, hier wird sich die Abschwächung der Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen. Das WIFO rechnet insgesamt mit einer allmählichen Abkühlung der Baukonjunktur, das Wachstum der Wertschöpfung dürfte mit real +2¼% aber über jenem der Gesamtwirtschaft liegen.

Tourismus expandiert kräftig

Nach einer erfolgreichen Wintersaison sind die Aussichten für die Tourismuswirtschaft auch für den weiteren Jahresverlauf positiv.

Die bisherige Wintersaison verlief in der Tourismuswirtschaft günstig. Sowohl die Nächtigungen inländischer als auch die der ausländischen Gäste wurden kräftig gesteigert. Zudem erhöhten sich die Umsätze je Nächtigung weiter merklich – ein Ausdruck der erfolgreichen Qualitätsstrategie der Tourismuswirtschaft. Das WIFO erwartet auch für das gesamte Jahr 2008 einen deutlichen Anstieg des Reiseverkehrsexports auf 17,7 Mrd. € (real +3,8%). Entgegen vielen Erwartungen wird dazu die Veranstaltung der Fußball-Europameisterschaft kaum beitragen, da sie eher eine Substitution von Besuchen im tourismusstarken Monat Juni bewirken wird. Jedoch könnte sie das Image Österreichs auf den internationalen Märkten verbessern sowie dazu beitragen, neue Kundensegmente zu erschließen.

Die günstige Entwicklung im Tourismus schlägt sich in der Beschäftigung der Branche nieder, sie lag im Jahr 2007 bei 211.000, um 1,3% mehr als ein Jahr zuvor. Allerdings sind die Einkommen in dieser Branche weiterhin niedrig.

Starke Ausweitung der Beschäftigung

Zu Jahresbeginn wurden mehr neue Arbeitsplätze geschaffen, als Konjunktur und Wetter hätten erwarten lassen. Das dürfte auch administrative Ursachen haben.

Die Zahl der Beschäftigten stieg zu Jahresbeginn stark. Sie lag um 100.000 über dem Niveau des Vorjahres. Damit war der Zuwachs um mehr als ein Drittel höher als im Herbst 2007. Diese Entwicklung ist ungewöhnlich. Zwar reagiert der Arbeitsmarkt mit einer Verzögerung von gut einem halben Jahr auf den Konjunkturverlauf, und die Situation Anfang 2008 spiegelt damit die gute Konjunktur von Mitte 2007 wider. Auch könnte die Diskussion um einen möglichen Facharbeitskräftemangel manche Unternehmen dazu veranlasst haben, auf das Nachlassen der Auftragseingänge nicht unmittelbar mit Kündigungen zu reagieren. Doch beide Faktoren erklären kaum den Anstieg der Beschäftigung gegenüber dem Herbst 2007. Das Wetter war wohl in diesem Winter besonders beschäftigungsfreundlich, da es sowohl eine rege Bautätigkeit als auch eine gute Saison im Tourismus ermöglichte.

Der starke Anstieg der Beschäftigung dürfte allerdings auch statistisch-administrative Ursachen haben: Seit Jahresbeginn müssen neu eingestellte Arbeitskräfte bei der Sozialversicherung bereits vor dem Arbeitsbeginn angemeldet sein. Dies könnte besonders in Bauwirtschaft und Tourismus einen sprunghaften Anstieg der offiziellen Beschäftigungszahlen ausgelöst haben; eine Quantifizierung dieses Effekts ist aber nicht möglich. Die Einschätzung der jüngsten Arbeitsmarktdaten wird auch dadurch erschwert, dass aufgrund der Umstellung auf die neue ÖNACE-Gliederung keine aktuellen Branchendaten zur Beschäftigung vorliegen.

Das WIFO rechnet nun damit, dass die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2008 um 58.000 (+1,8%) über dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Im Jahresverlauf sollte die Beschäftigungsdynamik allerdings aufgrund der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums nachlassen. Die Zahl der Arbeitsplätze in Industrie und Bauwirtschaft wird nur mehr verhalten steigen, somit auch jene der Vollzeitarbeitsplätze. Beschäftigungszuwächse dürfte vor allem der Dienstleistungssektor verbuchen; hier überwiegt die Teilzeitarbeit. Dennoch sollte der kräftige Anstieg der Beschäftigung auch im Jahr 2008 einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um durchschnittlich 10.000 ermöglichen.

Für 2009 muss mit einer Trendwende auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden. Das Beschäftigungswachstum schwächt sich markant ab (+22.000) und reicht nicht mehr aus, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Damit wird nach einem Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen erstmals seit drei Jahren wieder ein Anstieg zu beobachten sein. Das WIFO rechnet derzeit mit einem Zuwachs um 12.000 auf 224.000 im Jahresdurchschnitt 2009. Dadurch erhöht sich die Arbeitslosenquote wieder auf 6,2% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,3% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 25,1	+ 37,2	+ 55,9	+ 66,9	+ 62,0	+ 24,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 21,1	+ 31,9	+ 51,5	+ 65,5	+ 58,0	+ 22,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in % + 0,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7
Inländer	+ 9,2	+ 20,0	+ 35,0	+ 43,6	+ 38,0	+ 12,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 11,9	+ 11,9	+ 16,5	+ 21,9	+ 20,0	+ 10,0
Selbständige ³⁾	+ 4,0	+ 5,3	+ 4,4	+ 1,4	+ 4,0	+ 2,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 34,4	+ 15,6	+ 18,5	+ 15,5	+ 19,8	+ 20,2
15- bis 59-Jährige	+ 35,6	+ 48,5	+ 52,8	+ 17,0	+ 10,2	+ 13,7
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 28,9	+ 45,9	+ 42,4	+ 50,0	+ 52,0	+ 36,0
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	+ 3,8	+ 8,8	- 13,5	- 16,9	- 10,0	+ 12,0
Stand	in 1.000 243,9	252,7	239,2	222,2	212,2	224,2
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,8	5,2	4,7	4,4	4,2	4,3
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,4	6,5	6,1	5,6	5,3	5,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	7,1	7,3	6,8	6,2	5,9	6,2
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	62,3	62,8	63,6	64,6	65,4	65,6
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾⁸⁾	67,8	68,6	70,2	71,4	72,1	72,3

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Präsenzdienler, ohne Personen mit Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldbezug, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁸⁾ Geänderte Erhebungsmethode.

Das starke Wirtschaftswachstum im Aufschwung 2005 bis 2007 schlug sich auch in den öffentlichen Haushalten nieder. Dank kräftigen Wachstums der Einnahmen an Abgaben – vor allem der Lohnsteuer, der Sozialversicherungsbeiträge, der Kapitalertragsteuern und der Körperschaftsteuer – konnte das öffentliche Defizit in der Maastricht-Abgrenzung halbiert werden, von 1,6% des BIP im Jahr 2005 auf 0,7% im Jahr 2007.

Für 2008 ist keine weitere Verbesserung des Finanzierungssaldos zu erwarten. Zwar dürften die Steuereinnahmen zunächst noch rege wachsen, doch wird die bevorstehende Konjunkturabschwächung ihre Dynamik bremsen, vor allem jene der Gewinnsteuern und der von den Löhnen abhängigen Abgaben. Zudem wirken eine Reihe von zusätzlichen Ausgaben defiziterhöhend, etwa jene, die zur Verbesserung der sozialen Absicherung und der Kinderbetreuung getätigt wurden.

Finanzierungssaldo –3/4% des BIP

Nach der konjunkturbedingten Verbesserung des Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren zeichnet sich nun eine Stabilisierung des Defizits bei 3/4% des BIP ab. Ein schärferer Konjunkturreinbruch würde allerdings auch den Staatshaushalt belasten.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 1,2	- 1,6	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Laut VGR	- 1,3	- 1,7	- 1,5	- 0,8	- 0,8	- 0,8
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
In %						
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz						
	2,1	2,2	3,1	4,3	4,2	3,9
Sekundärmarktrendite ²⁾	4,2	3,4	3,8	4,3	4,1	4,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	+ 1,5	- 0,7	+ 0,2	+ 1,1	+ 2,6	± 0,0
Real	+ 1,0	- 1,0	- 0,6	+ 0,8	+ 2,5	± 0,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Financial Market Crisis Weighing on Economic Growth

Economic Outlook for 2008 and 2009 – Summary

Economic growth in Austria is set to decelerate to an average 2.1 percent in volume this year. This is primarily the consequence of the international financial crisis that originated from US real estate markets. Scope and duration of that crisis can still not be reliably assessed at present. The projection for GDP growth in 2009 of 1.7 percent is therefore subject to considerable risk. Exports, industrial output and investment are slackening markedly. Private consumption is not gaining momentum, partly because of inflation accelerating to 2.9 percent. While employment this year is rising even faster than expected, the decline in unemployment is likely to reverse as from 2009.

In 2006 and 2007, Austrian real GDP growth attained nearly 3½ percent per year. Activity remained lively also in early 2008, with companies enjoying a high degree of capacity utilisation and job creation remarkably strong. For the first semester, demand and output are thus likely to still rise by 2½ percent above the year-earlier level. Nevertheless, the global economic environment has weakened in a lasting way:

- A slump on real estate markets triggered a severe banking crisis in the USA which has so far not been defused despite massive policy intervention. Economic growth has almost stalled, with a modest 1 percent being expected for 2008 as a whole. A key factor for global demand has thereby ceased to operate.
- This shortfall can hardly be offset by continued lively expansion in the emerging markets which are likewise affected by slower global demand growth even if domestic demand is rising briskly. Growth in China is likely to moderate from 11½ percent in 2007 to 8½ percent in 2009.
- The liquidity and solvency crisis has spilt over to European and Asian financial markets. Credit conditions have deteriorated and business confidence has weakened. In the euro area, the appreciation of the common currency is weighing on activity, a levelling-off not yet being in sight. GDP growth, though exceeding that of the USA, is expected to decelerate to 1.6 percent in 2008 and 1.3 percent in 2009.

Because of the substantial clouding of the external environment, WIFO expects GDP growth to slow also in Austria from the healthy pace observed until early this year. Exports of goods and services are projected to abate to 5 percent annual growth, thereby calming also the 2-year-long boom in manufacturing industry. Already in the cyclical upturn of the last years, investment in machinery and equipment was less buoyant than anticipated; meanwhile, the expansion has virtually come to an end. Somewhat more lively is investment in construction which in the areas of infrastructure and residential building benefits from higher government spending. Even there, though, the momentum that in the last two years had been at the verge of overheating, has slackened significantly.

Private household demand is not able to stabilise overall business activity. Although having expanded unusually slowly over the last seven years, an acceleration can still not be expected, despite higher wage settlements, since nominal income gains are neutralised by higher inflation. Headline inflation will rise to 2.9 percent this year, driven by massive hikes for energy and food, each accounting for about one-third of the year-on-year increase of the overall price level. Net real earnings per employee will therefore edge down by 0.1 percent.

The lower income brackets will suffer marked losses in their real income because of their lower gains in nominal wages and the high share of food, housing and energy costs in their consumption basket. Together with the high rate of "perceived inflation" – as prices of daily items rise faster than those of durable consumer goods – this will weigh heavily on consumer spending. The latter is projected to rise by 1.6 percent in volume, and that only under the optimistic assumption of a slight decline in the household saving ratio.

At the beginning of the year, employment growth was unusually strong, with 100,000 new jobs being added from last year. This mirrors the lagged effects of lively business activity around mid-2007 as well as favourable weather conditions which supported construction activity and tourism during the winter season. However, a statistical effect may also be involved: since 1 January last, newly-hired employees have to be registered with the social security administration already before taking up work; for this reason, official employment figures may have jumped in some branches, but the size of such an effect cannot be quantified. The strong employment gain has been accompanied by a further decline in unemployment. In the course of the year, the cyclical slowdown will also become visible on the labour market. As from the winter 2008-09, seasonally-adjusted jobless figures are likely to head up again. In 2009, registered unemployment is projected to average 224,000, up by 12,000 from this year. The jobless rate is expected at 4.3 percent of the labour force according to Eurostat, or 6.2 percent of the dependent labour force following the conventional national definition.

Owing to the strong momentum of economic activity over the last two years, the general government deficit has been cut by half, but the balance in Maastricht terms still stood at -0.7 percent of GDP in 2007. The imminent cyclical slowdown will dampen revenue growth with a lag, thereby preventing a further reduction of the deficit. The reaction of the budget balance to cyclical variations, i.e., move towards surplus in the upswing and towards deficit in the downturn, is an indispensable element of a stability-oriented fiscal policy.

Since neither the scope nor the duration of the international financial market crisis can be adequately assessed at present, the present projections are subject to a particularly large margin of uncertainty. It is assumed that the slowdown of activity will come to a halt towards the end of this year and give way to a tentative recovery in 2009. GDP growth in 2009 will drop below the projected 1.7 percent, if the liquidity and solvency crisis in the international financial system becomes protracted and the pick-up of the real economy is delayed. However, buoyant activity in Asian emerging markets, which also exhibit high saving ratios, may have a stabilising effect on the global economy.

The English version of the WIFO Economic Outlook will be published in "Austrian Economic Quarterly".

Für das Jahr 2009 hat der Bund noch keinen Haushaltsvoranschlag vorgelegt und die geplanten Einsparungen aus der Verwaltungsreform der Gebietskörperschaften bislang nicht konkretisiert. Deshalb muss der Ausblick auf den Staatshaushalt vage bleiben. Die Staatseinnahmen werden primär von der Konjunktur bestimmt; aufgrund der merklichen Verlangsamung des Wachstums unterstellt das WIFO einen Maastricht-Saldo von unverändert $-0,7\%$ des BIP. Sollte die Wirtschaftsentwicklung ungünstiger ausfallen als hier angenommen, so würde das Defizit steigen. Eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums um 1 Prozentpunkt verschlechtert den Finanzierungssaldo kurzfristig um etwa $\frac{1}{4}\%$ des BIP.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cqi-bin/tabellen/tabhome.cqi>).

Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU
- Übersicht 4: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 10: Cash-Prinzip
- Übersicht 11: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 12: Übernachtungen
- Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 16: Warenexporte
- Übersicht 17: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 23: Produktion
- Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung

Verkehr

- Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 27: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenantrag

Preise und Löhne

- Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 32: Tariflöhne
- Übersicht 33: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 34: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung von Pensionen
- Übersicht 38: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

Umwelt

- Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 41: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 42: Tourismus
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Übersicht 46: Arbeitslosenquote

Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2005	2006	2007	2007				2007				2008	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober-ber	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
OECD insgesamt	6,7	6,1	5,6	5,7	5,6	5,6	5,5	5,6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
USA	5,1	4,6	4,6	4,5	4,5	4,7	4,8	4,7	4,8	4,7	5,0	4,9	4,8
Japan	4,4	4,1	3,8	4,0	3,8	3,8	3,8	4,0	4,0	3,8	3,8	3,8	3,9
Kanada	6,8	6,3	6,0	6,1	6,1	6,0	5,9	5,9	5,8	5,9	6,0	5,8	5,8
EU	8,9	8,1	7,1	7,4	7,2	7,1	6,8	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,7
Euro-Raum	8,8	8,2	7,4	7,6	7,5	7,4	7,2	7,3	7,3	7,2	7,2	7,1	7,1
Deutschland	10,6	9,8	8,4	8,7	8,5	8,3	8,0	8,2	8,1	8,0	7,8	7,6	7,4
Frankreich	9,3	9,2	8,3	8,7	8,5	8,2	7,9	8,1	8,0	7,9	7,9	7,8	7,8
Italien	7,7	6,8	6,1	6,1	6,0	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	.	.
Spanien	9,2	8,5	8,3	8,1	8,1	8,3	8,6	8,3	8,5	8,6	8,7	8,8	9,0
Niederlande	4,7	3,9	3,2	3,5	3,3	3,1	2,9	3,0	2,9	2,9	2,8	2,8	2,7
Belgien	8,4	8,3	7,4	7,8	7,7	7,2	7,1	7,1	7,1	7,1	7,0	7,0	6,9
Österreich	5,2	4,7	4,4	4,5	4,5	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3	4,2	4,1	4,1
Portugal	7,6	7,6	8,0	8,2	8,1	8,0	7,6	7,9	7,7	7,6	7,6	7,5	7,5
Finnland	8,4	7,7	6,9	7,1	6,9	6,9	6,6	6,8	6,7	6,6	6,5	6,4	6,2
Griechenland	9,9	8,9	8,3	8,6	8,4	8,2	7,9	8,2	7,9	7,9	7,9	.	.
Irland	4,3	4,4	4,4	4,3	4,5	4,6	4,4	4,5	4,3	4,4	4,6	4,7	4,9
Luxemburg	4,5	4,8	4,7	4,9	4,7	4,7	4,6	4,7	4,7	4,6	4,6	4,6	4,7
Großbritannien	4,8	5,3	5,3	5,5	5,3	5,2	5,0	5,2	5,1	5,0	5,0	.	.
Schweden	7,3	7,0	6,1	6,6	6,2	5,8	5,8	5,9	5,9	5,9	5,7	5,6	5,6
Dänemark	4,8	3,9	3,8	4,1	3,9	3,9	3,2	3,8	3,3	3,2	3,1	.	.
Schweiz ¹⁾	3,8	3,3	2,8	3,0	2,8	2,7	2,6	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5
Norwegen	4,6	3,5	2,6	2,7	2,6	2,5	2,5	2,6	2,5	2,5	2,4	.	.
Polen	17,7	13,8	9,6	10,8	9,9	9,3	8,6	9,0	8,9	8,6	8,2	8,3	8,0
Ungarn	7,2	7,5	7,4	7,2	7,1	7,3	7,8	7,3	7,7	7,8	7,9	7,6	7,6
Tschechien	7,9	7,1	5,3	5,8	5,5	5,1	4,9	5,0	5,0	4,9	4,7	4,7	4,6
Slowakei	16,3	13,4	11,1	11,5	11,4	11,2	10,4	11,1	10,6	10,4	10,3	10,1	9,9

Q: Eurostat, OECD. – 1) Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2005	2006	2007	2007				2007				2008	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezemb- er	Jänner	Februar
				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,5
USA	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 4,0	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,4	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,0
Japan	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0
Kanada	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,8
Harmonisierter VPI													
EU	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,5
Euro-Raum	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3
Deutschland	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9
Frankreich	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,2
Italien	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,1
Spanien	+ 3,4	+ 3,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 4,0	+ 2,7	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,4
Niederlande	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,0
Belgien	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,6
Österreich	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,1
Portugal	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,9
Finnland	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,5	+ 3,3
Griechenland	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,5
Irland	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,5
Luxemburg	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 4,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,2
Großbritannien	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	.
Schweden	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,9
Dänemark	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,3
Schweiz ¹⁾	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4
Norwegen	+ 1,5	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,9	- 0,3	- 0,3	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,9	+ 3,1
Polen ¹⁾	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,0	+ 3,4	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,9	+ 4,2	+ 4,3
Ungarn ¹⁾	+ 3,6	+ 3,9	+ 8,0	+ 8,5	+ 8,6	+ 7,6	+ 7,1	+ 6,4	+ 6,8	+ 7,1	+ 7,4	+ 7,1	+ 6,9
Tschechien ¹⁾	+ 1,9	+ 2,6	+ 3,0	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 3,0	+ 4,2	+ 5,2	+ 5,5	+ 7,5	+ 7,5
Slowakei ¹⁾	+ 2,7	+ 4,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,8	+ 4,0

Q: Statistik Austria, OECD. – 1) Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die Sachgütererzeugung in der EU

	2005				2006				2007				2008
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen												
Auftragsbestände	- 12	- 20	- 18	- 16	- 15	- 4	+ 0	+ 1	+ 2	+ 7	+ 4	+ 1	- 1
Exportauftragsbestände	- 12	- 20	- 18	- 16	- 12	- 4	+ 0	+ 0	+ 1	+ 5	+ 2	+ 0	- 1
Fertigwarenlager	+ 9	+ 13	+ 12	+ 10	+ 11	+ 7	+ 5	+ 5	+ 6	+ 5	+ 5	+ 7	+ 7
Produktionserwartungen	+ 9	+ 6	+ 6	+ 9	+ 8	+ 13	+ 14	+ 15	+ 15	+ 16	+ 15	+ 13	+ 13
Verkaufspreiserwartungen	+ 11	+ 2	+ 0	+ 3	+ 6	+ 8	+ 10	+ 12	+ 13	+ 12	+ 13	+ 12	+ 15

Q: Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssatz

	2005	2006	2007	2007			2008	2007			2008		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezemb- er	Jänner	Februar	März
				In %									
USA	3,5	5,2	5,3	5,3	5,4	5,0	.	5,1	5,0	5,0	3,8	3,1	.
Japan	0,0	0,2	0,7	0,6	0,7	0,8	.	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	.
Kanada	2,8	4,2	4,6	4,4	4,9	4,8	3,9	4,9	4,8	4,8	4,3	3,9	3,6
Euro-Raum	2,2	3,1	4,3	4,1	4,5	4,7	4,5	4,7	4,6	4,8	4,5	4,4	4,6
Großbritannien	4,7	4,8	6,0	5,7	6,3	6,3	5,7	6,2	6,4	6,3	5,6	5,6	5,9
Schweden	1,7	2,3	3,6	3,4	3,6	4,0	4,2	3,8	4,0	4,1	4,1	4,2	4,2
Dänemark	2,2	3,1	4,3	4,2	4,5	4,6	4,5	4,6	4,6	4,7	4,5	4,4	4,5
Schweiz	0,8	1,6	2,6	2,5	2,8	2,8	.	2,8	2,8	2,8	2,7	2,8	.
Norwegen	2,2	3,1	5,0	4,6	5,2	5,8	6,0	5,7	5,8	6,0	5,8	5,9	6,2
Polen	5,2	4,2	4,8	4,4	4,9	5,5	5,9	5,2	5,6	5,7	5,7	5,9	6,2
Ungarn	7,1	7,0	7,9	8,1	7,8	7,6	.	7,6	7,5	7,6	7,8	.	.
Tschechien	2,0	2,3	3,1	2,8	3,3	3,8	4,0	3,5	3,7	4,1	4,0	3,9	4,0

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2005	2006	2007	2007			2008	2007			2008		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezemb- er	Jänner	Februar	März
				In %									
USA	4,5	4,9	4,8	5,0	4,9	4,5	4,4	4,8	4,4	4,4	4,3	4,4	4,3
Japan	1,4	1,7	1,7	1,7	1,7	1,6	1,4	1,7	1,5	1,5	1,4	1,4	1,3
Kanada	4,1	4,2	4,3	4,4	4,5	4,2	3,7	4,4	4,1	4,0	3,9	3,8	3,5
Euro-Raum	3,4	3,9	4,3	4,4	4,5	4,3	4,1	4,4	4,3	4,4	4,2	4,1	4,1
Deutschland	3,4	3,8	4,2	4,4	4,3	4,2	3,9	4,2	4,1	4,3	3,9	3,9	3,9
Frankreich	3,4	3,8	4,3	4,4	4,4	4,3	4,0	4,3	4,2	4,4	4,0	4,0	4,1
Italien	3,5	4,0	4,5	4,6	4,6	4,5	4,3	4,5	4,4	4,6	4,2	4,2	4,3
Spanien	3,4	3,8	4,3	4,4	4,4	4,3	4,1	4,3	4,3	4,4	4,1	4,0	4,1
Niederlande	3,3	3,8	4,3	4,4	4,4	4,3	4,0	4,3	4,2	4,4	4,0	4,0	4,1
Belgien	3,4	3,8	4,3	4,4	4,5	4,4	4,2	4,4	4,3	4,4	4,1	4,1	4,3
Österreich	3,4	3,8	4,3	4,4	4,4	4,3	4,1	4,4	4,2	4,3	4,2	4,1	4,0
Portugal	3,4	3,9	4,4	4,5	4,5	4,5	4,2	4,5	4,4	4,5	4,2	4,2	4,3
Finnland	3,3	3,7	4,3	4,4	4,4	4,3	4,0	4,3	4,2	4,4	4,0	4,0	4,1
Irland	3,3	3,7	4,2	4,3	4,4	4,3	4,2	4,3	4,1	4,4	4,2	4,2	4,1
Luxemburg	3,4	3,9	4,6	4,6	4,7	4,6	.	4,6	4,6	4,7	.	.	.
Griechenland	3,5	4,1	4,5	4,5	4,7	4,5	4,4	4,6	4,4	4,6	4,4	4,3	4,4
Großbritannien	4,4	4,5	4,9	5,1	5,0	4,7	4,6	4,9	4,7	4,6	4,6	4,6	4,6
Schweden	3,3	3,7	4,2	4,3	4,3	4,3	4,0	4,3	4,2	4,3	4,0	4,0	4,0
Dänemark	3,3	3,8	4,3	4,4	4,4	4,3	4,1	4,3	4,2	4,5	4,1	4,1	4,2
Schweiz	2,1	2,5	2,9	3,0	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	3,1	2,9	3,1	3,0
Norwegen	3,7	4,1	4,8	4,9	4,9	4,8	4,4	4,9	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2005	2006	2007	2007			2008		2007			2008	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,24	1,26	1,37	1,35	1,37	1,45	1,50	1,42	1,47	1,46	1,47	1,47	1,55
Yen	136,87	146,06	161,24	162,82	161,88	163,80	157,75	164,95	162,89	163,55	158,68	157,97	156,59
Schweizer Franken	1,55	1,57	1,64	1,65	1,65	1,66	1,60	1,67	1,65	1,66	1,62	1,61	1,57
Pfund Sterling	0,68	0,68	0,68	0,68	0,68	0,71	0,76	0,70	0,71	0,72	0,75	0,75	0,77
Tschechische Krone	29,79	28,34	27,76	28,26	27,93	26,80	25,55	27,33	26,73	26,32	26,05	25,38	25,21
Estnische Krone	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65
Zypern-Pfund	0,58	0,58	0,58	0,58	0,58	0,58	.	0,58	0,58	0,59	.	.	.
Letfischer Lats	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70
Litauische Litas	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45
Ungarischer Forint	248,04	264,13	251,32	248,24	251,81	252,90	259,37	251,02	254,50	253,18	256,03	262,15	259,94
Maltesische Lira	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	.	0,43	0,43	0,43	.	.	.
Polnischer Zloty	4,02	3,90	3,78	3,80	3,79	3,66	3,57	3,71	3,66	3,60	3,61	3,58	3,54
Slowenischer Tolar	239,57	239,60
Slowakische Krone	38,60	37,21	33,78	33,74	33,59	33,42	33,04	33,62	33,23	33,40	33,55	33,08	32,50
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>													
Nominell	- 0,7	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,6	.	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,7	.
Industriewaren	- 0,6	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,6	.	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	.
Real	- 1,0	- 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,4	.	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	.	.
Industriewaren	- 0,9	- 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,5	.	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	.	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2005	2006	2007	2007			2008		2007			2008	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+ 28,4	+ 21,1	+ 13,5	+ 3,5	+ 10,2	+ 38,8	+ 56,2	+ 35,1	+ 44,7	+ 36,5	+ 54,9	+ 54,9	+ 58,6
Auf Euro-Basis	+ 28,5	+ 19,7	+ 3,7	- 3,6	+ 2,2	+ 23,4	+ 36,4	+ 19,7	+ 26,9	+ 23,8	+ 36,7	+ 37,3	+ 35,3
Ohne Energierohstoffe	+ 10,1	+ 25,2	+ 7,9	+ 11,6	+ 6,6	+ 0,2	+ 10,2	+ 2,4	- 1,5	- 0,3	+ 8,3	+ 12,8	+ 9,5
Nahrungs- und Genussmittel	- 0,2	+ 9,7	+ 14,3	+ 10,3	+ 20,1	+ 18,8	+ 34,0	+ 19,6	+ 13,2	+ 23,7	+ 28,0	+ 37,8	+ 36,3
Industrierohstoffe	+ 14,5	+ 31,1	+ 5,9	+ 12,0	+ 2,6	- 5,6	+ 2,5	- 2,8	- 6,2	- 8,0	+ 1,8	+ 4,6	+ 1,0
Energierohstoffe	+ 36,8	+ 17,7	+ 2,0	- 9,1	+ 0,5	+ 33,8	+ 49,0	+ 27,4	+ 39,8	+ 34,3	+ 50,9	+ 48,9	+ 47,3
Rohöl	+ 42,7	+ 18,6	+ 0,9	- 9,7	- 0,8	+ 32,0	+ 45,8	+ 26,0	+ 37,7	+ 32,5	+ 50,0	+ 44,0	+ 43,7

Q: Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2006			2007		
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
<i>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</i>													
Land- und Forstwirtschaft	- 2,0	+ 4,0	- 1,9	- 0,3	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,7	- 0,2	+ 0,3	- 6,4	+ 4,9	+ 6,3
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 0,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 8,8	+ 7,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 7,8	+ 9,9	+ 9,3	+ 7,5	+ 6,4	+ 5,3
Energie- und Wasserversorgung	+ 4,6	+ 5,6	- 0,2	+ 8,2	- 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 13,3	+ 5,8	- 7,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,1
Bauwesen	+ 5,7	+ 0,5	+ 1,8	+ 4,7	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 5,5	+ 7,6	+ 11,1	+ 4,4	+ 1,4	- 0,3
Handel ²⁾	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 2,2	+ 0,6	- 0,5	+ 0,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,5	- 0,7	+ 3,3	- 4,4	+ 1,7	+ 4,2	+ 8,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 1,0	+ 2,8	+ 2,5	+ 4,6	+ 4,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 4,9	+ 5,0	+ 4,7	+ 3,4	+ 4,2	+ 3,9
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 5,6	+ 5,9	+ 0,7	+ 4,8	+ 3,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,0	- 0,2	- 2,6	+ 3,7	+ 4,7	+ 7,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 0,9	+ 4,8	+ 3,6	+ 2,2	+ 5,5	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 3,2	+ 5,2	+ 5,5	+ 6,3	+ 4,9
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 0,4	- 0,4	+ 2,2	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,3	+ 1,4	- 0,4	- 0,2	+ 0,5	+ 1,1
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,8	+ 1,5	+ 3,3	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,7
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,4	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,1
Gütersteuern	- 0,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,1	+ 2,9	.	.	+ 0,4	- 1,7	+ 4,2	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,4
Gütersubventionen	+ 3,8	+ 2,5	+ 8,5	+ 9,7	+ 1,2	.	.	+ 9,5	+ 6,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,1
<i>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</i>													
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8
Private Haushalte	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,2
Staat	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,8
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 6,6	+ 1,2	- 1,3	+ 3,7	+ 6,5	+ 2,1	+ 2,3	+ 4,6	+ 1,4	+ 11,6	- 1,2	+ 8,2	+ 9,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 4,4	+ 3,8	+ 10,1	+ 3,9	+ 5,0	+ 1,6
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 7,2	- 1,4	+ 0,7	+ 2,1	+ 6,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,0	- 1,9	+ 8,9	+ 3,2	+ 10,1	+ 3,5
Bauten	+ 4,9	+ 1,3	+ 0,1	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,3	+ 2,3	+ 6,0	+ 7,8	+ 12,1	+ 4,5	+ 1,7	+ 0,2
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,6	+ 3,5	+ 1,1	+ 2,9	+ 1,8
Exporte	+ 2,3	+ 8,2	+ 6,2	+ 7,5	+ 8,1	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,8	+ 8,4	+ 8,5	+ 9,0	+ 8,1	+ 6,8
Importe	+ 5,3	+ 6,8	+ 5,0	+ 5,6	+ 6,6	+ 5,3	+ 5,2	+ 4,6	+ 5,6	+ 9,1	+ 5,0	+ 7,6	+ 4,8

Q: Statistik Austria, WIFO. 2008 und 2009: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. – ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2006		2007				
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
<i>Nominell</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,8	+ 4,9	+ 5,9	+ 4,9	+ 3,9	+ 4,0	+ 5,0	+ 6,4	+ 5,3	+ 6,0	+ 6,0	
Arbeitnehmerentgelte	+ 2,0	+ 2,0	+ 3,6	+ 4,3	+ 4,8	+ 5,4	+ 3,8	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,8	+ 4,5	+ 5,0	+ 5,0	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,3	+ 7,5	+ 4,7	+ 7,4	+ 6,5	+ 4,4	+ 4,2	+ 6,8	+ 7,8	+ 6,5	+ 6,3	+ 6,5	+ 6,8	
Abschreibungen	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,2	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,9	+ 5,0	
Nettonationaleinkommen	+ 2,8	+ 4,5	+ 3,8	+ 5,0	+ 6,1	+ 5,0	+ 3,9	+ 4,0	+ 5,1	+ 6,7	+ 5,3	+ 6,1	+ 6,2	
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 2,8	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,9	+ 6,1	+ 5,1	+ 3,9	+ 3,6	+ 5,1	+ 6,6	+ 5,4	+ 6,3	+ 6,0	
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 1,4	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,6	+ 3,6	.	.	+ 1,7	+ 2,8	+ 4,5	+ 3,4	+ 3,9	+ 2,8	
Abschreibungen	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,9	.	.	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,4	
Nettonationaleinkommen	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,8	+ 3,8	.	.	+ 1,7	+ 3,0	+ 4,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 2,7	
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,7	.	.	+ 1,3	+ 3,0	+ 4,7	+ 3,6	+ 4,2	+ 2,5	
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>														
BIP real je Erwerbstätigen	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,9	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,0	
BIP nominell	Mrd. €	226,18	236,15	245,33	257,90	272,77	285,84	296,88	65,30	66,79	64,97	68,04	69,13	70,63
Je Einwohner	in €	27.862	28.888	29.797	31.140	32.797	34.264	35.468	7.879	8.049	7.822	8.184	8.308	8.482

Q: Statistik Austria, WIFO. 2008 und 2009: Prognose. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 10: Cash-Prinzip

	2003	2004	2005	2005				2005					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 0,97	- 0,78	+ 0,27	+ 1,07	+ 0,82	- 1,94	+ 0,32	- 2,01	+ 0,20	- 0,14	- 0,85	- 0,41	+ 1,59
Warenzahlungen	- 3,82	- 2,69	- 3,48	- 0,98	- 0,33	- 1,24	- 0,92	- 0,68	+ 0,05	- 0,61	- 0,34	- 0,57	- 0,01
Dienstleistungen	+ 5,41	+ 5,87	+ 7,64	+ 3,29	+ 1,66	+ 0,82	+ 1,86	+ 0,02	+ 0,17	+ 0,63	+ 0,59	+ 0,34	+ 0,94
Einkommen	- 0,98	- 1,43	- 1,81	- 0,69	- 0,03	- 0,69	- 0,41	- 1,13	+ 0,28	+ 0,17	- 0,89	+ 0,04	+ 0,44
Laufende Transfers	- 1,59	- 2,53	- 2,07	- 0,55	- 0,48	- 0,83	- 0,20	- 0,22	- 0,29	- 0,32	- 0,21	- 0,22	+ 0,22
Vermögensübertragungen	- 0,31	- 0,27	- 0,17	- 0,03	- 0,06	- 0,07	- 0,01	- 0,01	- 0,03	- 0,03	- 0,00	+ 0,02	- 0,02
Kapitalbilanz	+ 0,95	+ 3,62	+ 1,48	- 1,40	- 0,15	+ 1,99	+ 1,04	+ 1,53	- 0,54	+ 1,00	+ 1,24	- 0,19	- 0,01
Statistische Differenz	+ 0,33	- 2,57	- 1,58	+ 0,37	- 0,61	+ 0,03	- 1,36	+ 0,49	+ 0,36	- 0,83	- 0,39	+ 0,59	- 1,56

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 11: Accrual-Prinzip

	2001	2002	2003	2004	2005	2004			2005				
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 4,13	+ 0,75	- 0,48	+ 1,08	+ 3,24	+ 2,28	+ 0,19	- 1,50	+ 0,11	+ 2,30	+ 0,38	- 0,91	+ 1,47
Güter	- 1,40	+ 3,76	+ 0,97	+ 2,50	+ 2,33	+ 0,61	+ 1,26	+ 0,60	+ 0,03	+ 0,61	+ 0,90	+ 0,31	+ 0,51
Dienstleistungen	+ 2,06	+ 0,62	+ 1,65	+ 1,90	+ 4,14	+ 2,29	+ 0,03	- 0,87	+ 0,44	+ 2,68	+ 0,43	- 0,25	+ 1,28
Einkommen	- 3,44	- 1,69	- 1,05	- 1,07	- 1,11	- 0,40	- 0,33	- 0,27	- 0,08	- 0,42	- 0,41	- 0,19	- 0,09
Laufende Transfers	- 1,35	- 1,95	- 2,04	- 2,25	- 2,12	- 0,23	- 0,77	- 0,96	- 0,28	- 0,57	- 0,54	- 0,78	- 0,23
Vermögensübertragung	- 0,59	- 0,39	+ 0,01	- 0,27	- 0,19	- 0,06	- 0,05	- 0,10	- 0,07	- 0,05	- 0,07	- 0,03	- 0,05
Kapitalbilanz	+ 4,18	- 3,45	- 0,50	- 0,57	- 0,74	- 1,49	+ 0,33	+ 1,11	- 0,52	- 2,04	+ 0,87	+ 0,41	+ 0,02
Direktinvestitionen im Ausland	- 3,51	- 6,17	- 6,32	- 6,68	- 8,06	- 1,26	- 1,36	- 0,68	- 3,39	- 1,64	- 1,38	- 1,93	- 3,11
Direktinvestitionen in Österreich	+ 6,61	+ 0,38	+ 6,33	+ 3,13	+ 7,27	+ 0,99	+ 0,71	+ 0,73	+ 0,70	+ 1,06	+ 1,79	+ 0,80	+ 3,63
Portfolioinvestitionen	+ 6,33	- 4,35	+ 4,03	- 1,07	- 10,93	+ 2,73	- 1,21	- 0,98	- 1,61	+ 0,47	- 5,67	- 4,93	- 0,80
Sonstige Investitionen	- 7,26	+ 5,30	- 5,66	+ 2,99	+ 10,44	- 4,04	+ 1,17	+ 1,84	+ 4,02	- 1,33	+ 5,24	+ 6,22	+ 0,31
Offizielle Währungsreserven	+ 2,07	+ 1,81	+ 1,80	+ 1,56	+ 0,38	+ 0,54	+ 0,66	- 0,01	+ 0,37	- 0,13	+ 0,61	+ 0,04	- 0,14
Statistische Differenz	+ 0,54	+ 3,09	+ 0,96	- 0,23	- 2,32	- 0,74	- 0,47	+ 0,49	+ 0,48	- 0,22	- 1,19	+ 0,53	- 1,44

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 12: Übernachtungen

	2005	2006	2007	2007				2007			2008		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
In allen Unterkunftsarten	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,7	- 2,5	+ 2,4	+ 3,2	+ 7,2	- 1,2	+ 2,8	+ 9,3	+ 9,5	+ 5,3	+ 8,4
Inländer	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,7	- 2,9	+ 4,3	+ 3,6	+ 7,4	- 1,5	+ 5,1	+ 8,3	+ 9,5	+ 6,9	+ 5,0
Ausländer	+ 2,1	- 0,5	+ 1,3	- 2,3	+ 1,4	+ 3,0	+ 7,1	- 1,1	+ 1,6	+ 10,3	+ 9,4	+ 4,9	+ 9,2
Aus Deutschland	+ 0,1	- 4,4	- 1,3	- 6,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 6,0	- 3,3	+ 0,9	+ 9,5	+ 8,3	+ 3,0	+ 2,8
Aus den Niederlanden	+ 2,7	+ 0,9	+ 3,7	- 1,6	+ 9,7	+ 9,1	+ 11,2	+ 1,8	+ 3,9	+ 4,1	+ 12,8	- 1,9	+ 15,4
Aus Italien	+ 2,1	+ 1,1	- 3,1	- 12,8	- 7,0	- 0,4	+ 2,6	- 6,9	- 10,4	+ 37,4	- 3,4	- 4,5	+ 17,0
Aus der Schweiz	- 1,4	+ 1,8	+ 3,4	- 1,9	+ 5,9	+ 5,7	+ 5,5	+ 4,8	+ 5,4	+ 8,2	+ 4,1	+ 7,8	- 10,7
Aus Großbritannien	+ 5,2	+ 5,1	+ 3,8	+ 7,9	+ 4,3	+ 0,3	- 3,0	- 0,1	+ 2,4	+ 9,0	- 6,2	- 3,2	+ 1,9
Aus den USA	- 2,0	+ 7,8	- 2,6	- 2,7	- 3,6	- 3,2	+ 0,0	- 1,4	+ 3,1	+ 2,5	- 5,5	- 10,3	- 6,6
Aus Japan	+ 6,6	- 4,7	- 15,5	- 5,3	- 16,9	- 16,5	- 19,2	- 16,1	- 25,0	- 9,5	- 19,4	- 10,4	+ 0,3

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	2003	2004	2005	2006	2007	2006				2007			
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Exporte	14.548	14.822	15.463	15.877	16.561	4.900	3.576	4.208	3.193	4.848	3.719	4.481	3.513
Einnahmen i. e. S.	12.337	12.327	12.371	12.936	.	4.298	2.707	3.392	2.538	4.189	2.906	3.734	.
Personentransport	2.211	2.495	3.093	2.941	.	601	869	816	655	659	814	747	.
Importe	11.401	10.861	11.093	12.086	12.681	2.075	3.549	3.771	2.691	2.179	3.690	3.959	2.853
Ausgaben i. e. S.	10.398	9.592	9.771	10.628	.	1.754	3.157	3.350	2.367	1.844	3.317	3.564	.
Personentransport	1.003	1.269	1.321	1.457	.	321	391	421	324	334	373	395	.
Saldo	3.147	3.962	4.370	3.791	3.880	2.825	28	437	502	2.670	29	522	660
Ohne Personentransport	1.939	2.736	2.599	2.308	.	2.544	- 450	42	172	2.345	- 412	170	.

Q: OeNB, WIFO. Bis 2004: endgültig, 2005: vorläufig revidiert, 2006 und 2007: vorläufig. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	2002	2003	2004	2005	2006
			Mio. €		
<i>Touristische Nachfrage</i>					
Ausgaben ausländischer Besucher	12.965	13.246	13.612	14.360	14.769
Übernachtende Touristen	11.472	11.745	12.089	12.738	13.047
Tagesbesucher	1.493	1.501	1.523	1.621	1.722
Ausgaben inländischer Besucher	11.357	11.700	11.993	12.702	13.263
Urlaubsreisende	8.869	9.098	9.431	9.942	10.321
Übernachtende Touristen ¹⁾	5.535	5.747	5.855	6.096	6.441
Tagesbesucher	3.334	3.351	3.576	3.846	3.880
Geschäftsreisende	2.488	2.601	2.563	2.760	2.941
Übernachtende Touristen	1.139	1.224	1.105	1.316	1.484
Tagesbesucher	1.349	1.377	1.457	1.444	1.457
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	882	888	903	922	955
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	25.203	25.834	26.508	27.984	28.987

Q: Statistik Austria, WIFO. 2002 bis 2005: revidiert, 2006: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract.type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006
			Mio. €			Anteile am BIP in %				
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>										
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA										
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	12.218	12.413	12.502	12.786	13.049	5,5	5,5	5,3	5,2	5,1
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	13.216	13.435	13.452	13.653	13.981	6,0	5,9	5,7	5,6	5,4
			Mio. €			Beitrag zum BIP in %				
<i>TSA-Erweiterungen</i>										
Direkte und indirekte Wertschöpfung										
Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.626	19.050	19.635	20.684	21.357	8,4	8,4	8,3	8,4	8,3
Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort	15.842	16.391	17.237	17.425	19.082	7,2	7,2	7,3	7,1	7,4
Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	34.468	35.441	36.872	38.109	40.439	15,6	15,7	15,6	15,5	15,7

Q: Statistik Austria, WIFO. 2002 bis 2005: revidiert, 2006: vorläufig. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 16: Warenexporte

	2006	2007	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2007				
	Mrd. €	Dezember ¹⁾	Anteile in %	Dezember ¹⁾				Dezember ¹⁾	August	September	Oktober	November	Dezember
								Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Insgesamt	103,7	114,2	100,0	100,0	+ 13,9	+ 5,4	+ 9,5	+ 10,1	+ 9,6	+ 6,0	+ 14,8	+ 6,0	- 3,6
Intra-EU 27	74,9	82,6	72,2	72,3	+ 13,1	+ 4,8	+ 8,0	+ 10,4	+ 10,5	+ 6,6	+ 12,9	+ 5,0	- 5,3
Intra-EU 15	58,9	64,0	56,8	56,0	+ 12,5	+ 4,4	+ 6,2	+ 8,6	+ 9,0	+ 4,8	+ 10,3	+ 2,3	- 7,1
Deutschland	31,5	34,4	30,3	30,1	+ 15,4	+ 4,0	+ 4,5	+ 9,3	+ 7,6	+ 6,7	+ 10,0	+ 2,9	- 11,4
Italien	9,2	10,2	8,9	8,9	+ 8,9	+ 6,2	+ 12,8	+ 10,4	+ 17,1	+ 6,4	+ 11,9	+ 1,0	+ 4,3
12 neue EU-Länder	16,0	18,6	15,4	16,3	+ 15,5	+ 6,1	+ 15,2	+ 16,8	+ 15,1	+ 13,1	+ 22,3	+ 14,6	+ 0,7
MOEL 5	12,9	15,3	12,5	13,4	+ 14,8	+ 2,8	+ 13,5	+ 18,4	+ 13,2	+ 10,8	+ 21,7	+ 16,0	+ 2,1
Ungarn	3,5	4,0	3,4	3,5	+ 5,2	- 3,5	+ 8,8	+ 13,4	+ 5,4	+ 7,7	+ 12,4	+ 11,1	- 0,2
Tschechien	3,4	4,0	3,3	3,5	+ 14,1	+ 6,3	+ 15,7	+ 18,3	+ 12,1	+ 12,0	+ 20,8	+ 16,5	+ 14,1
Baltikum	0,4	0,5	0,4	0,4	+ 6,8	+ 76,6	- 18,4	+ 20,0	+ 13,2	+ 30,5	+ 22,7	- 2,0	- 5,2
Extra-EU 27	28,9	31,6	27,8	27,7	+ 16,1	+ 7,2	+ 13,7	+ 9,3	+ 7,5	+ 4,4	+ 20,2	+ 8,8	+ 0,7
Extra-EU 15	44,8	50,2	43,2	44,0	+ 15,8	+ 6,8	+ 14,2	+ 12,0	+ 10,2	+ 7,6	+ 21,0	+ 11,0	+ 0,7
Südosteuropa	2,2	2,6	2,1	2,2	+ 15,7	+ 4,1	+ 7,0	+ 16,6	+ 15,6	+ 6,3	+ 28,0	+ 6,4	+ 9,6
GUS	3,3	4,0	3,2	3,5	+ 16,5	+ 23,4	+ 33,0	+ 19,8	+ 10,4	+ 4,5	+ 24,7	+ 5,5	+ 19,5
Industriestaaten Übersee	9,6	9,5	9,3	8,3	+ 26,8	+ 2,8	+ 13,1	- 1,2	- 2,0	- 7,2	+ 8,0	- 0,7	- 9,0
USA	6,1	5,8	5,9	5,1	+ 29,9	+ 0,8	+ 14,4	- 5,6	- 2,9	- 9,4	+ 3,2	- 2,1	- 8,9
OPEC	1,8	2,2	1,8	1,9	+ 13,0	+ 21,8	+ 14,8	+ 19,6	+ 16,0	+ 30,3	+ 42,3	+ 41,6	+ 16,3
NOPEC	5,6	6,6	5,4	5,8	+ 18,8	+ 7,6	+ 16,6	+ 19,0	+ 15,7	+ 8,9	+ 33,6	+ 15,9	+ 12,4
Agrarwaren	6,5	7,0	6,2	6,1	+ 10,9	+ 11,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 12,3	+ 7,9	+ 15,7	+ 2,4	+ 6,6
Roh- und Brennstoffe	5,6	6,9	5,4	6,0	+ 26,1	+ 25,4	- 22,1	+ 21,5	+ 18,7	+ 28,0	+ 27,0	+ 26,5	+ 15,3
Industriewaren	91,6	100,3	88,3	87,9	+ 13,3	+ 3,5	+ 12,2	+ 9,5	+ 8,8	+ 4,7	+ 14,0	+ 4,9	- 5,3
Chemische Erzeugnisse	11,0	12,1	10,6	10,6	+ 2,6	+ 13,8	+ 17,9	+ 10,5	+ 2,8	+ 10,1	+ 17,5	+ 8,9	- 7,4
Bearbeitete Waren	24,2	27,5	23,3	24,1	+ 8,7	+ 9,5	+ 14,5	+ 13,6	+ 13,5	+ 8,2	+ 16,6	+ 6,2	+ 0,2
Maschinen, Fahrzeuge	43,7	47,3	42,1	41,4	+ 21,3	- 2,2	+ 10,7	+ 8,2	+ 10,1	+ 2,3	+ 13,0	+ 4,0	- 9,8
Konsumnahe Fertigwaren	12,3	12,8	11,9	11,2	+ 3,9	+ 5,8	+ 8,9	+ 4,3	+ 3,6	- 0,6	+ 8,2	+ 0,4	- 1,9

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Übersicht 17: Warenimporte

	2006	2007	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2007				
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
		Dezember ¹⁾		Dezember ¹⁾				Dezember ¹⁾	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezember
Insgesamt	104,2	113,8	100,0	100,0	+12,5	+5,9	+8,0	+9,2	+6,9	+9,5	+13,8	+5,7	+2,9
Intra-EU 27	77,8	84,8	74,7	74,5	+14,5	+3,0	+6,1	+9,0	+6,1	+4,9	+10,8	+3,8	+4,7
Intra-EU 15	66,3	72,1	63,6	63,3	+14,7	+3,2	+6,0	+8,7	+6,0	+5,2	+10,4	+3,1	+5,3
Deutschland	43,3	47,2	41,5	41,5	+17,9	+4,1	+6,2	+9,2	+7,1	+7,2	+11,8	+4,9	+9,0
Italien	7,2	7,8	6,9	6,9	+9,6	+2,5	+12,4	+8,9	+10,1	+1,9	+8,7	+1,4	-6,0
12 neue EU-Länder	11,5	12,7	11,0	11,2	+13,1	+1,9	+6,4	+10,7	+6,6	+3,2	+12,8	+7,7	+0,8
MOEL 5	10,4	11,7	9,9	10,3	+12,1	+1,7	+6,5	+12,7	+7,9	+5,1	+14,4	+11,1	+2,8
Ungarn	2,6	2,8	2,5	2,5	-0,9	-5,3	+5,0	+8,5	-2,9	+0,4	+4,3	+3,3	+9,1
Tschechien	3,4	3,6	3,2	3,2	+9,7	+10,5	+5,2	+8,5	+2,9	-6,2	+9,9	+8,3	-3,8
Baltikum	0,1	0,1	0,1	0,1	+8,4	-9,7	+11,0	+14,7	+13,1	+42,4	+61,5	+4,5	+9,9
Extra-EU 27	26,4	29,0	25,3	25,5	+5,9	+16,3	+14,0	+9,9	+9,1	+23,1	+23,4	+11,5	-2,1
Extra-EU 15	37,9	41,7	36,4	36,7	+8,3	+11,3	+11,6	+10,1	+8,3	+16,9	+20,0	+10,3	-1,2
Südosteuropa	1,0	1,1	0,9	1,0	+45,2	-4,1	+29,6	+10,8	+34,3	+7,7	+8,0	+7,0	-43,5
GUS	3,6	3,3	3,5	2,9	+22,4	+48,2	+4,6	-8,4	-14,6	-2,1	-4,6	+17,1	+14,0
Industriestaaten Übersee	6,8	7,1	6,5	6,2	+2,9	+6,6	+4,4	+3,9	+2,7	+0,7	+16,8	+9,4	-20,6
USA	3,5	3,7	3,3	3,3	-5,4	+7,3	+9,0	+8,1	+2,9	+11,8	+21,6	+22,8	-27,9
OPEC	1,8	2,1	1,7	1,9	+1,9	+23,8	+42,3	+18,1	-11,3	-3,4	+140,3	+35,8	+40,4
NOPEC	8,5	9,5	8,1	8,3	+17,8	+16,4	+20,8	+11,6	+18,7	+4,9	+5,4	+7,2	-0,6
Agrarwaren	6,2	7,0	5,9	6,1	+10,5	+7,1	+7,3	+12,2	+13,0	+15,4	+22,9	+12,1	+0,2
Roh- und Brennstoffe	16,3	16,1	15,6	14,1	+21,5	+37,2	+3,9	-1,2	-13,0	-9,6	+10,7	+11,0	+11,1
Industriewaren	81,7	90,8	78,4	79,8	+11,3	+1,0	+8,9	+11,1	+11,0	+12,7	+13,7	+4,3	+1,5
Chemische Erzeugnisse	11,9	12,7	11,4	11,2	+4,2	+12,5	+12,2	+7,5	+14,2	+10,3	+16,8	-1,2	-0,1
Bearbeitete Waren	17,7	20,0	17,0	17,6	+12,3	+3,6	+18,1	+13,3	+7,0	+3,6	+10,2	+0,8	-2,8
Maschinen, Fahrzeuge	37,6	41,3	36,1	36,3	+15,8	-4,1	+5,8	+9,9	+11,7	+10,8	+11,6	+5,6	+2,0
Konsumnahe Fertigwaren	14,4	15,9	13,8	14,0	+5,8	+3,5	+5,8	+10,5	+9,5	+24,6	+10,0	+6,3	-1,0

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. - ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: irene.langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2005	2006	2007	2007				2008	2007		2008		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar	März
	In %												
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	1,5	2,0	3,1	2,8	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Taggeldsatz	2,1	2,8	3,9	3,6	3,9	4,0	3,9	4,0	4,0	3,9	4,0	4,0	4,1
Dreimonatszinssatz	2,2	3,1	4,3	3,8	4,1	4,5	4,7	4,5	4,6	4,8	4,5	4,4	4,6
Sekundärmarktrendite													
Benchmark	3,4	3,8	4,3	4,0	4,4	4,4	4,3	4,1	4,2	4,3	4,2	4,1	4,0
Insgesamt	3,0	3,7	4,3	4,0	4,4	4,4	4,2	3,9	4,1	4,3	4,0	3,9	3,8
Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,2	4,9	6,2	5,8	6,1	6,5	6,5	.	6,4	6,5	6,4	6,4	.
Für Wohnbau: Über 10 Jahre	5,1	4,8	5,3	5,1	5,2	5,4	5,5	.	5,6	5,3	5,6	5,4	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	3,5	4,1	5,1	4,8	5,0	5,3	5,5	.	5,4	5,5	5,4	5,3	.
Über 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	2,9	3,6	4,7	4,4	4,6	4,9	5,0	.	4,9	5,1	4,9	4,9	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,1	1,3	1,8	1,7	1,7	2,0	2,0	.	1,9	2,0	1,9	1,8	.
In Schweizer Franken	1,9	2,6	3,6	3,3	3,5	3,8	3,8	.	3,7	3,8	3,8	3,8	.
Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	2,0	2,7	3,9	3,4	3,8	4,0	4,2	.	4,2	4,3	4,2	4,0	.
Über 2 Jahre	2,7	3,2	4,0	3,7	3,9	4,2	4,3	.	4,3	4,3	4,2	4,1	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	2,0	2,7	3,8	3,3	3,8	4,0	4,3	.	4,3	4,2	4,2	4,0	.
Über 2 Jahre	2,7	3,2	4,0	3,7	3,9	4,2	4,3	.	4,3	4,2	4,1	4,0	.

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/1996	2003	2004	2005	2006	2007	Ø 1994/1996	2003	2004	2005	2006	2007
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
Produktionswert												
Pflanzliche Erzeugung	2.357	2.300	2.374	2.262	2.410	3.018	2.821	2.643	2.714	2.264	2.410	3.019
Tierische Erzeugung	2.805	2.403	2.420	2.540	2.634	2.765	3.000	2.575	2.658	2.664	2.784	2.836
Übrige Produktion	455	529	529	515	504	518	455	529	529	515	504	518
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs												
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	5.617	5.233	5.323	5.317	5.548	6.301	6.276	5.747	5.902	5.442	5.698	6.373
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	2.442	2.050	2.130	2.167	2.306	2.689	3.107	2.564	2.709	2.292	2.455	2.760
Veränderung gegen das Vorjahr in %												
1.000 Jahresarbeitseinheiten												
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	196,8	169,8	168,1	165,0	159,9	157,8	.	-1,2	-1,0	-1,8	-3,1	-1,4
Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100						
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	95,4	100,2	97,4	105,6	114,8	100,0	103,7	111,1	110,0	121,4	135,0
Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	4,9	4,9	4,7	4,5	4,4	2,0	1,3	1,3	1,0	1,1	1,1

Q: Eurostat, NewCronos Datenbank, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. 2007: vorläufig; Stand Februar 2008. • E-Mail-Adresse: Dietermar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	2003	2004	2005	2006	2007				2007			
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber
	1.000 t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.617,0	2.618,7	2.670,4	2.659,8	+ 1,5	- 0,5	- 1,0	- 1,7	- 0,8	- 3,0	- 1,8	- 0,3
Marktleistung Getreide ¹⁾	.	2.609,2	2.441,1	2.244,6	2.423,2
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	189,7	186,3	198,1	196,7	+ 0,6	- 4,8	- 0,8	+ 1,8	+ 0,5	+ 5,8	- 0,1	- 0,5
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	10,0	9,1	8,7	8,4	- 1,5	- 9,9	- 3,8	+ 0,0	+ 0,4	- 1,2	- 6,6	+ 4,4
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	468,6	459,5	461,2	481,5	+ 3,5	+ 4,2	+ 4,9	+ 5,1	+ 2,9	+ 8,8	+ 3,0	+ 3,2
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	99,7	99,8	93,3	102,7	+ 9,3	+ 13,9	+ 11,0	+ 6,3	+ 11,8	+ 9,1	- 5,2	+ 14,6
	€ je t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	284,7	285,2	290,8	329,5	+ 3,1	+ 4,9	+ 15,6	+ 28,3	+ 23,5	+ 23,7	+ 30,7	+ 30,3
Qualitätsweizen ³⁾	.	113,5	99,3	110,1	.	+ 35,8	.	+ 40,0	+ 80,3	+ 37,5	+ 93,4	+ 76,8	+ 71,6
Jungtiere (R3) ⁴⁾	.	2.686,7	3.010,0	3.122,5	3.026,7	- 1,5	- 7,0	- 4,3	+ 0,4	- 2,3	- 1,6	+ 1,3	+ 1,6
Schweine (Kl. E.) ⁴⁾	.	1.427,5	1.450,0	1.510,0	1.379,2	- 8,8	- 11,0	- 9,7	- 4,9	- 7,5	- 7,3	- 5,6	- 1,4
Hühner bratfertig	.	1.935,8	1.918,3	1.921,7	1.970,8	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,1	+ 4,6	+ 5,2

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. – ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. – ³⁾ Ab Juli 2006 A-Konto-Zahlungen. – ⁴⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2006	2007	2007				2007				2007		
			I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitstägig bereinigt)													
Insgesamt	+ 7,6	+ 6,5	+ 11,0	+ 7,4	+ 5,5	+ 2,8	+ 4,9	+ 6,2	+ 6,4	+ 4,0	+ 4,0	+ 1,6	+ 3,0
Vorprodukte	+ 7,6	+ 8,9	+ 15,6	+ 10,9	+ 6,9	+ 3,6	+ 7,7	+ 9,7	+ 6,8	+ 4,4	+ 3,8	+ 2,9	+ 4,4
Kfz	+ 8,4	- 3,6	+ 1,1	- 6,5	+ 0,0	- 7,9	- 5,2	- 3,2	+ 8,5	- 1,8	- 1,6	- 11,4	- 10,3
Investitionsgüter	+ 8,5	+ 7,2	+ 11,0	+ 7,6	+ 6,1	+ 4,8	+ 4,1	+ 3,3	+ 9,6	+ 5,9	+ 7,4	+ 2,5	+ 4,7
Konsumgüter	+ 4,5	+ 3,5	+ 5,4	+ 4,2	+ 3,2	+ 1,7	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,4	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 0,9
Dauerhafte	+ 8,0	+ 2,9	+ 5,9	+ 0,9	+ 3,1	+ 2,4	- 1,3	+ 2,1	+ 5,1	+ 2,5	+ 2,0	- 1,2	+ 6,3
Nahrungs- und Genussmittel	+ 4,0	+ 4,6	+ 7,9	+ 5,0	+ 4,6	+ 1,7	+ 4,2	+ 6,1	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 0,2
Andere Nichtdauerhafte	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,3	+ 5,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 5,5	+ 3,8	+ 2,0	- 0,9	+ 2,1	+ 3,3	- 1,7
Beschäftigte	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3
Geleistete Stunden	+ 3,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,6	+ 3,5	+ 2,3	- 0,5	+ 4,6	+ 0,4	+ 0,6
Produktion je Beschäftigten	+ 4,4	+ 4,2	+ 8,7	+ 4,9	+ 3,3	+ 0,7	+ 2,5	+ 4,0	+ 4,3	+ 1,9	+ 1,8	- 0,5	+ 0,7
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 3,6	+ 4,7	+ 8,7	+ 5,2	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,4	+ 5,7	+ 3,6	+ 1,8	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,2
Auftragseingänge	+ 14,4	+ 5,5	+ 9,6	+ 2,1	+ 8,6	+ 2,1	- 1,9	+ 7,3	+ 11,5	+ 7,4	+ 8,8	- 0,1	- 2,3
Inland	+ 10,1	+ 6,1	+ 12,9	+ 1,7	+ 13,0	- 2,4	- 2,6	- 4,9	+ 6,0	+ 33,9	+ 5,7	- 3,0	- 10,1
Ausland	+ 16,3	+ 5,2	+ 8,2	+ 2,3	+ 6,6	+ 4,1	- 1,7	+ 12,6	+ 14,0	- 4,2	+ 10,2	+ 1,0	+ 1,1
Auftragsbestand	+ 13,4	+ 18,1	+ 26,4	+ 19,2	+ 14,4	+ 13,5	+ 13,5	+ 13,1	+ 14,0	+ 16,0	+ 12,9	+ 13,1	+ 14,5
Inland	+ 8,9	+ 20,6	+ 27,3	+ 20,1	+ 15,1	+ 20,4	+ 14,7	+ 11,7	+ 11,1	+ 22,4	+ 21,0	+ 19,4	+ 20,8
Ausland	+ 15,1	+ 17,2	+ 26,1	+ 18,8	+ 14,1	+ 11,0	+ 13,0	+ 13,6	+ 15,1	+ 13,6	+ 9,9	+ 10,7	+ 12,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Karolina.Trebicka@wifo.ac.at

Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2005				2006				2007				2008
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Q.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 25	- 32	- 32	- 26	- 19	- 14	- 7	- 4	- 3	- 3	- 6	- 6	- 15
Exportauftragsbestände	- 30	- 36	- 38	- 33	- 26	- 19	- 15	- 13	- 12	- 12	- 13	- 16	- 21
Fertigwarenlager	+ 9	+ 12	+ 13	+ 11	+ 7	+ 6	+ 4	+ 0	+ 1	+ 4	+ 4	+ 7	+ 8
Produktionserwartungen	+ 8	+ 10	+ 9	+ 11	+ 15	+ 19	+ 19	+ 19	+ 16	+ 16	+ 16	+ 15	+ 16
Verkaufspreiserwartungen	+ 5	+ 0	- 3	+ 3	+ 5	+ 11	+ 15	+ 17	+ 19	+ 12	+ 12	+ 13	+ 20

Q: WIFO-Konjunkturtest. • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 23: Produktion

	2005	2006	2007	2007				2007					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	+ 4,5	+ 14,5	+ 6,7	+ 21,3	+ 9,1	+ 3,7	+ 0,8	+ 7,2	+ 7,7	- 3,2	+ 3,3	- 0,3	- 0,9
Hochbau	+ 3,0	+ 13,7	+ 6,6	+ 25,4	+ 8,1	+ 2,3	- 0,2	+ 7,4	+ 4,0	- 3,9	+ 4,4	- 2,3	- 2,8
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 0,6	+ 27,1	+ 3,9	+ 27,7	+ 0,5	+ 0,4	- 1,6	+ 2,4	+ 5,7	- 6,1	+ 2,2	- 0,4	- 7,1
Tiefbau	+ 6,2	+ 13,9	+ 7,2	+ 14,8	+ 12,0	+ 5,6	+ 1,9	+ 6,4	+ 13,3	- 2,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,7
Bauwesen insgesamt ²⁾	+ 3,3	+ 17,7	+ 7,3	+ 16,3	+ 10,1	+ 5,3	+ 2,3	+ 8,3	+ 7,3	+ 0,6	+ 6,2	+ 0,2	+ 0,4
Baunebengewerbe	+ 2,8	+ 21,3	+ 8,8	+ 10,0	+ 13,0	+ 8,2	+ 5,7	+ 14,1	+ 8,0	+ 3,2	+ 10,7	+ 1,4	+ 5,4
Auftragsbestände	+ 18,3	+ 10,5	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,4	+ 5,4	+ 3,7	+ 5,1	+ 1,4	+ 3,7	+ 5,2	+ 7,4
Auftragseingänge	+ 9,5	+ 5,2	+ 9,0	+ 8,6	+ 17,2	+ 3,4	+ 7,4	+ 11,4	+ 18,2	- 15,6	+ 8,5	+ 6,1	+ 7,6

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. – ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Michael.Weingaertler@wifo.ac.at

Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

	2005	2006	2007	2007				2007			2008		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Baupreisindex ¹⁾													
Hoch- und Tiefbau	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,6
Hochbau	+ 2,8	+ 2,9	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,9
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 2,4	+ 2,8	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,6	+ 4,2	+ 3,9
Tiefbau	+ 0,1	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,2

Arbeitsmarkt

Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	+ 0,0	+ 2,0	+ 2,9	+ 8,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	- 0,5	+ 0,9	.	.
Arbeitslose	+ 1,4	- 6,5	- 11,6	- 18,5	- 9,7	- 5,3	- 1,9	- 5,0	- 3,8	+ 3,8	- 3,7	.	.
Offene Stellen	+ 6,3	+ 38,5	+ 2,0	+ 34,4	+ 4,1	- 8,7	- 12,6	- 12,4	- 16,9	- 10,6	- 4,0	- 2,5	- 7,9

Q: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Michael.Weingaertler@wifo.ac.at

Binnenhandel**Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung**

	2005	2006	2007	2007				2007			2008		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Nettoumsätze nominell	+ 2,3	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,7	+ 2,9	+ 1,4	+ 4,2	+ 1,4	- 0,3	+ 7,5	+ 3,3	+ 1,9	+ 8,5
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 0,3	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,7	- 1,2	+ 3,0	- 1,0	- 2,9	+ 7,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 6,8
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 3,1	+ 4,5	+ 4,1	+ 6,2	+ 3,5	+ 1,8	+ 5,0	+ 1,5	- 0,6	+ 7,8	+ 3,9	+ 3,1	+ 10,5
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,8	+ 6,4	+ 3,6	+ 0,6	+ 5,3
Nettoumsätze real	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,6	+ 0,6	- 1,4	+ 0,1	- 1,3	- 4,0	+ 2,8	- 0,7	- 1,9	+ 3,1
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 2,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,6	- 0,3	- 2,2	+ 0,6	- 1,6	- 4,1	+ 5,8	- 2,4	- 2,0	+ 3,4
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,2	+ 3,1	+ 0,6	- 2,0	- 0,3	- 2,0	- 5,8	+ 1,7	- 1,1	- 1,7	+ 3,6
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 3,3	+ 1,0	- 2,5	+ 2,0
Beschäftigte ¹⁾	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,4

Q: Statistik Austria; laut ÖNACE 1995, ab 2003 mit ÖNACE 2003 verkettet. – ¹⁾ Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr**Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr**

	2005	2006	2007	2007				2007			2008		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Güterverkehr													
Straße (in tkm)	- 2,8	+ 11,6
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	- 4,9	+ 4,9	+ 19,4	+ 21,5	- 2,0	+ 31,1	+ 36,4	+ 60,6	+ 0,0	+ 62,6	+ 37,5	+ 6,6	+ 17,2
Bahn (in tkm)	- 5,3	+ 4,8	.	+ 14,7	+ 3,1	- 1,5
Inlandverkehr	- 2,6	+ 3,3	.	+ 22,5	+ 11,2	+ 3,6
Ein- und Ausfuhr	- 5,1	+ 3,7	.	+ 9,3	- 5,0	- 8,2
Transit	- 8,9	+ 8,9	.	+ 20,6	+ 14,5	+ 9,3
Personenverkehr													
Bahn (Personenkilometer)	+ 2,1	+ 2,1
Luftverkehr (Passagiere)	+ 7,4	+ 5,8	.	+ 10,7	+ 7,1	+ 7,6	.	+ 8,6	+ 7,8	+ 12,9	+ 20,8	.	.
Neuzulassungen Pkw	- 1,1	+ 0,2	- 3,4	- 3,4	- 2,3	- 7,9	+ 0,1	- 7,4	- 9,3	+ 0,0	- 4,2	+ 6,2	- 2,4

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik**Übersicht 27: Einlagen und Kredite**

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2006		2007			
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %												
Einlagen insgesamt	+ 7,8	+ 1,2	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,7	+ 11,7	+ 5,8	+ 4,7	+ 5,7	+ 6,6	+ 8,6	+ 11,7
Spareinlagen	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,5	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,9	+ 3,5	+ 4,5
Termineinlagen	+ 31,8	- 13,8	- 13,4	+ 12,5	+ 9,1	+ 14,3	+ 51,5	+ 26,6	+ 14,3	+ 19,1	+ 22,7	+ 41,1	+ 51,5
Sichteinlagen	+ 8,2	+ 9,4	+ 18,0	+ 7,3	+ 12,2	+ 6,9	+ 10,4	+ 9,9	+ 6,9	+ 9,7	+ 8,4	+ 5,8	+ 10,4
Fremdwährungseinlagen	- 19,1	- 9,3	+ 4,9	+ 8,0	+ 34,2	+ 9,1	+ 32,3	- 1,2	+ 9,1	+ 8,4	+ 10,8	+ 23,0	+ 32,3
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 5,0	+ 4,7	+ 4,5	+ 3,6	+ 6,1	+ 4,5	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,6

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2006		2007			2008		2007			2008		
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,0
Arbeitslose	- 1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,5	- 2,4	- 6,3	- 1,2	- 0,4	- 0,6	- 1,9	- 3,3	- 2,5	+ 0,4
Offene Stellen	+ 6,9	+ 4,7	+ 1,8	- 0,0	- 2,9	+ 1,7	- 0,2	- 2,3	- 0,7	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,4
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,9	6,9	6,8	6,6	6,5	6,0	6,6	6,5	6,5	6,3	6,1	6,0	6,0
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,5	4,5	4,5	4,4	4,3	4,1	4,3	4,3	4,3	4,2	4,1	4,1	4,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. • E-Mail-Adresse: Stefan.Fuchs@wifo.ac.at

Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2005	2006	2007	2007			2008		2007			2008	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.230	3.281	3.344	3.336	3.416	3.354	3.362	3.374	3.357	3.331	3.333	3.363	3.389
Männer	1.741	1.765	1.798	1.803	1.848	1.801	1.785	1.827	1.810	1.764	1.760	1.784	1.811
Frauen	1.489	1.516	1.546	1.533	1.568	1.554	1.576	1.547	1.547	1.567	1.573	1.579	1.577
Ausländer	374	391	413	411	429	414	.	419	412	409	416	426	.
Sachgütererzeugung	573	574	589	585	601	592	.	595	594	586	.	.	.
Bauwesen	236	240	247	258	269	247	.	266	258	218	.	.	.
Private Dienstleistungen	1.305	1.337	1.373	1.356	1.404	1.375	.	1.371	1.366	1.389	.	.	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	307	329	349	347	359	355	.	359	358	348	.	.	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.110	3.162	3.227	3.219	3.300	3.238	3.246	3.257	3.240	3.215	3.218	3.247	3.273
Männer	1.727	1.750	1.784	1.788	1.834	1.787	1.771	1.813	1.797	1.752	1.747	1.770	1.798
Frauen	1.383	1.412	1.444	1.431	1.466	1.451	1.475	1.444	1.444	1.464	1.471	1.477	1.476
Arbeitslose	253	239	222	200	188	231	241	205	224	265	269	244	210
Männer	144	136	124	105	95	129	148	103	118	167	172	152	121
Frauen	108	103	98	95	92	102	93	102	106	99	97	92	90
Personen in Schulung ²⁾	49	58	53	55	45	51	55	54	54	44	52	58	56
Offene Stellen	26	33	38	42	42	34	37	38	33	32	34	37	39
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 31,7	+ 50,6	+ 63,2	+ 59,8	+ 54,9	+ 60,6	+ 91,8	+ 54,0	+ 54,8	+ 73,0	+ 87,9	+ 98,1	+ 89,3
Männer	+ 9,9	+ 24,2	+ 32,8	+ 30,4	+ 25,1	+ 25,4	+ 45,3	+ 23,0	+ 19,9	+ 33,2	+ 42,0	+ 51,1	+ 42,7
Frauen	+ 21,8	+ 26,4	+ 30,4	+ 29,3	+ 29,8	+ 35,2	+ 46,5	+ 31,0	+ 35,0	+ 39,8	+ 45,9	+ 47,1	+ 46,5
Ausländer	+ 11,9	+ 16,5	+ 21,9	+ 20,5	+ 20,8	+ 21,0	.	+ 21,0	+ 20,3	+ 21,6	+ 27,0	+ 29,4	.
Sachgütererzeugung	- 12,4	+ 1,1	+ 15,0	+ 15,1	+ 15,5	+ 14,9	.	+ 15,2	+ 14,6	+ 14,9	.	.	.
Bauwesen	+ 0,1	+ 4,8	+ 7,0	+ 5,9	+ 3,9	+ 0,7	.	+ 1,5	- 1,2	+ 1,9	.	.	.
Private Dienstleistungen	+ 29,1	+ 31,5	+ 35,8	+ 35,3	+ 34,1	+ 36,0	.	+ 31,7	+ 35,1	+ 41,0	.	.	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 13,0	+ 21,5	+ 20,1	+ 21,3	+ 18,9	+ 16,8	.	+ 16,7	+ 15,9	+ 17,7	.	.	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 31,9	+ 51,5	+ 65,5	+ 62,7	+ 58,7	+ 62,4	+ 93,6	+ 56,3	+ 56,6	+ 74,3	+ 90,3	+ 99,5	+ 90,9
Männer	+ 9,6	+ 23,0	+ 33,2	+ 31,3	+ 26,7	+ 26,3	+ 46,4	+ 24,3	+ 20,8	+ 33,8	+ 43,4	+ 51,7	+ 44,1
Frauen	+ 22,2	+ 28,5	+ 32,3	+ 31,4	+ 32,1	+ 36,1	+ 47,2	+ 32,0	+ 35,9	+ 40,6	+ 47,0	+ 47,8	+ 46,8
Arbeitslose	+ 8,8	- 13,5	- 16,9	- 13,3	- 10,4	- 10,6	- 28,9	- 9,8	- 8,1	- 13,8	- 26,5	- 32,8	- 27,3
Männer	+ 4,0	- 8,5	- 11,4	- 8,5	- 5,2	- 4,7	- 19,8	- 5,3	- 1,9	- 6,9	- 17,6	- 23,5	- 18,3
Frauen	+ 4,8	- 5,0	- 5,5	- 4,8	- 5,1	- 5,9	- 9,0	- 4,5	- 6,2	- 6,9	- 8,9	- 9,3	- 9,0
Personen in Schulung ²⁾	+ 5,9	+ 8,9	- 4,9	- 5,4	- 7,3	- 7,5	- 3,7	- 8,8	- 8,0	- 5,6	- 5,5	- 2,4	- 3,2
Offene Stellen	+ 2,4	+ 6,7	+ 5,3	+ 7,8	+ 4,8	+ 0,7	+ 2,8	+ 1,3	+ 0,9	- 0,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. – ²⁾ Bezug von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Stefan.Fuchs@wifo.ac.at

Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2005	2006	2007	2007			2008		2007			2008	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	+ 7,3	+ 6,8	+ 6,2	+ 5,7	+ 5,2	+ 6,4	+ 6,7	+ 5,7	+ 6,2	+ 7,4	+ 7,5	+ 6,8	+ 5,8
Männer	+ 7,7	+ 7,1	+ 6,5	+ 5,5	+ 4,9	+ 6,7	+ 7,7	+ 5,3	+ 6,1	+ 8,6	+ 8,9	+ 7,9	+ 6,3
Frauen	+ 6,8	+ 6,4	+ 6,0	+ 5,9	+ 5,6	+ 6,2	+ 5,5	+ 6,2	+ 6,4	+ 5,9	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,4
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	+ 16,5	+ 15,9	+ 15,8	+ 15,7	+ 16,9	+ 15,9	+ 14,6	+ 16,8	+ 16,1	+ 15,0	+ 14,6	+ 14,3	+ 15,0
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	964	727	582	475	443	674	654	541	672	836	790	658	533

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Stefan.Fuchs@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2005	2006	2007	2007				2007			2008		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Harmonisierter VPI	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,1
Verbraucherpreisindex	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,2
Ohne Saisonwaren	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,3	+ 1,9	+ 4,2	+ 2,6	+ 3,8	+ 3,6	+ 6,7	+ 3,4	+ 6,2	+ 6,3	+ 7,6	+ 7,6	+ 8,5
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 6,7	+ 0,3	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 4,8	+ 5,2
Bekleidung und Schuhe	- 0,0	- 0,3	+ 2,2	- 0,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 4,9	+ 4,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 5,1	+ 3,2	+ 3,9
Wohnung, Wasser, Energie	+ 5,3	+ 4,3	+ 4,6	+ 5,3	+ 4,9	+ 4,3	+ 4,1	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 2,4
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,8
Gesundheitspflege	+ 6,2	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,4
Verkehr	+ 3,1	+ 2,8	+ 0,3	- 0,0	- 1,4	- 0,7	+ 3,4	- 0,6	+ 1,6	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,4	+ 5,3
Nachrichtenübermittlung	- 8,4	- 6,1	- 3,3	- 1,6	- 2,9	- 3,0	- 5,9	- 3,3	- 4,5	- 6,6	- 6,7	- 8,7	- 5,6
Freizeit und Kultur	+ 0,4	- 2,2	+ 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,2	- 0,7
Erziehung und Unterricht	+ 2,0	+ 7,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2
Restaurants und Hotels	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,2	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,2
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,4
Großhandelspreisindex	+ 2,0	+ 2,9	+ 4,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,2	+ 6,5	+ 6,5	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,6	+ 8,3	+ 8,5
Ohne Saisonprodukte	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,1	+ 3,1	+ 2,6	+ 4,3	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,2	+ 8,0	+ 8,5

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 32: Tariflöhne

	2005	2006	2007	2007			2008		2007			2008	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
Beschäftigte	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,5
Arbeiter	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6
Angestellte	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,4
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7
Verkehr	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

Übersicht 33: Effektivverdienste

	2005	2006	2007	2007				2007			2007		2008	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Gesamtwirtschaft ¹⁾														
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,5	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,6	+ 5,0	+ 5,1	
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,1	+ 3,8	
Pro-Kopf-Einkommen														
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,9	
Je Arbeitnehmer, netto	+ 2,9	+ 2,1	
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	+ 1,2	+ 0,5	
Sachgütererzeugung														
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,9	+ 6,1	+ 5,0	+ 5,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,6	+ 5,8	+ 5,0	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,8	
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten														
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	
Stundenverdienste je Arbeiter														
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,4	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 3,0	+ 3,4	+ 0,3	+ 2,7	+ 2,7	
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,2	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,7	
Bauwesen														
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 1,6	+ 11,7	+ 4,8	+ 11,3	+ 4,2	+ 2,6	+ 3,4	+ 5,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 5,0	+ 2,4	+ 3,4	
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten														
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,6	- 0,3	+ 2,9	+ 4,0	+ 3,2	+ 2,5	+ 3,0	+ 4,6	+ 1,9	+ 0,9	+ 4,8	+ 2,5	+ 1,9	
Stundenverdienste je Arbeiter														
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,9	+ 3,9	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,9	+ 4,7	+ 2,1	
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,9	+ 4,1	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,7	+ 1,8	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,2	

Q: Statistik Austria. - ¹⁾ Laut ESVG 1995. - ²⁾ Referenzjahr 2000, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen. • E-Mail-Adresse: Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 34: Staatsquoten

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsausgaben	55,5	53,3	53,5	53,2	51,4	50,8	50,5	50,9	52,7	49,7	49,2	48,2
Abgabenquote Staat und EU	42,7	44,1	44,1	43,7	42,8	44,7	43,7	43,4	42,9	42,2	41,8	41,9
Finanzierungsaldo ¹⁾	- 3,9	- 1,8	- 2,3	- 2,2	- 1,7	0,0	- 0,6	- 1,4	- 3,7	- 1,5	- 1,5	- 0,5
Schuldenstand	67,6	63,8	64,3	66,5	65,6	66,1	65,9	64,7	63,8	63,5	61,8	59,1

Q: Statistik Austria, Stand 15. April 2008. - ¹⁾ Einschließlich Saldo der Währungsaustauschverträge. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Klose@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.993,3	2.008,0	2.015,2	2.042,0	2.069,3	2.095,2	754	771	787	805	820	847
Unselbständige	1.646,6	1.662,8	1.670,2	1.696,9	1.723,9	1.749,5	773	790	805	822	836	864
Arbeiter	976,3	978,0	973,4	981,4	992,5	1.002,8	616	626	635	648	657	676
Angestellte	627,8	642,8	655,4	674,5	691,0	707,0	1.008	1.029	1.047	1.066	1.085	1.120
Selbständige	346,6	345,2	345,0	345,1	345,4	345,7	663	681	699	719	736	762
Gewerbliche Wirtschaft	156,5	156,7	157,4	158,3	159,5	160,5	831	856	879	904	927	961
Bauern	189,8	188,1	187,3	186,5	185,9	185,2	519	531	543	557	567	589
Neuzuerkennungen insgesamt ¹⁾	97,1	101,3	96,0	111,7	113,9	112,5	783	793	841	853	796	839
Unselbständige	83,5	87,2	80,5	96,4	98,7	97,5	786	799	849	860	795	838
Arbeiter	45,7	48,6	42,9	52,4	57,2	56,6	565	576	622	657	584	617
Angestellte	36,0	36,9	36,0	42,3	39,9	39,5	1.058	1.087	1.115	1.108	1.091	1.147
Selbständige ¹⁾	13,6	14,1	15,5	15,3	15,2	15,0	763	760	799	808	804	844
Gewerbliche Wirtschaft	7,6	7,5	8,0	8,0	8,0	7,9	952	965	1.033	1.026	1.019	1.050
Bauern	6,1	6,6	7,5	7,2	7,2	7,0	528	525	548	565	567	612

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 1) Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.993,3	2.008,0	2.015,2	2.042,0	2.069,3	2.095,1	754	771	787	805	820	847
Direktpensionen	1.464,4	1.480,7	1.492,9	1.521,3	1.548,1	1.573,8	853	872	888	906	922	952
Invalidditätspensionen	381,2	385,5	388,1	406,4	418,7	429,7	731	752	771	796	812	839
Alle Alterspensionen ¹⁾	1.083,1	1.095,1	1.104,8	1.114,9	1.129,4	1.144,1	896	914	929	947	963	994
Normale Alterspensionen	860,8	885,4	912,0	950,0	989,2	1.021,2	816	832	849	876	900	937
Vorzeitige Alterspensionen	222,0	209,3	192,4	164,5	139,8	110,3	1.211	1.261	1.310	1.360	1.409	1.467
Lange Versicherungsdauer	123,2	120,9	118,2	111,7	107,9	94,2	1.314	1.370	1.418	1.447	1.467	1.475
Arbeitslosigkeit	15,4	14,7	13,6	9,7	5,7	2,0	716	729	738	753	760	784
Geminderte Arbeitsfähigkeit	82,9	73,4	60,3	42,9	26,1	13,8	1.151	1.190	1.228	1.271	1.311	1.342
Gleitpensionen	0,5	0,4	0,3	0,2	0,1	0,0	953	947	977	1.012	989	1.022
Korridorpension							1,1					1.321
Langzeitversicherte ²⁾							11,5					1.684
Witwen- bzw. Witwerpensionen	478,8	477,8	474,7	472,4	472,7	472,2	504	514	521	532	541	559
Waisenspensionen	49,7	49,5	47,6	48,3	48,5	49,1	246	253	259	265	270	279
Neuzuerkennungen insgesamt ³⁾	97,1	101,3	96,0	111,7	113,9	112,5	783	793	841	853	796	839
Direktpensionen	67,4	71,1	68,1	81,9	81,8	81,7	933	941	994	990	927	932
Invalidditätspensionen	21,7	22,9	22,1	33,5	30,9	29,9	900	865	891	908	805	696
Alle Alterspensionen ¹⁾	45,6	48,1	46,1	48,4	50,9	51,7	949	977	1.044	1.046	1.001	1.068
Normale Alterspensionen	18,2	18,4	17,0	19,1	22,0	21,5	473	469	542	542	485	550
Vorzeitige Alterspensionen	27,4	29,7	29,1	29,3	28,9	30,2	1.264	1.292	1.335	1.376	1.393	1.436
Lange Versicherungsdauer	21,5	25,4	26,1	28,7	28,9	17,5	1.366	1.376	1.408	1.388	1.393	1.284
Arbeitslosigkeit	3,0	3,2	2,9	0,4	0,01	0,00	706	684	699	673	551	1.427
Geminderte Arbeitsfähigkeit	2,8	1,0	0,2	0,05	0,01	0,01	1.094	1.109	964	876	533	833
Gleitpensionen	0,2	0,1	0,1	0,04	-	-	959	1.003	986	1.021	-	-
Korridorpension							1,1					1.317
Langzeitversicherte ²⁾							11,6					1.677
Witwen- bzw. Witwerpensionen	24,5	25,0	23,2	24,2	26,2	25,2	493	497	518	535	518	532
Waisenspensionen	5,3	5,3	4,7	5,5	6,0	5,6	207	213	214	220	220	223

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 1) Einschließlich Knappschaftssold. – 2) "Hacklerregelung". – 3) Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung von Pensionen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	58,7	59,1	59,0	58,5	59,0	59,0	57,3	57,4	57,3	56,9	57,1	56,9
Invalidditätspensionen	53,4	53,7	54,3	54,5	53,9	53,9	50,4	51,3	51,3	51,0	51,0	50,7
Alle Alterspensionen	62,2	62,8	62,7	62,8	63,4	63,2	59,4	59,3	59,0	59,2	59,5	59,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

Übersicht 38: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2001	2002	2003	2004	2005 ¹⁾	2006	2001	2002	2003	2004	2005 ¹⁾	2006
	Mio. €						In % des Pensionsaufwands					
Unselbständige	2.377,4	2.691,3	3.550,5	3.797,9	2.637,4	2.720,4	13,6	15,0	19,3	19,8	13,3	13,2
Gewerbliche Wirtschaft	738,1	1.039,3	1.019,5	1.038,6	708,7	656,7	41,9	57,1	54,5	53,5	35,4	31,4
Bauern	989,3	1.031,0	1.027,5	1.066,7	961,0	1.009,7	84,8	86,9	85,7	87,0	76,8	78,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 1) Ab 2005 nicht direkt vergleichbar, Pensionsharmonisierungsgesetz (BGBl. I/142/2004). • E-Mail-Adresse: Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	1990	1999	2000	CO ₂ -Emissionen		2003	2004	2005	Emissionsintensität	
				2001	2002				2005	2005
				Mio. t					kg je BIP ¹⁾	t je Einwohner
OECD	11.091,6	12.208,6	12.496,7	12.469,1	12.541,3	12.774,4	12.884,7	12.909,8	0,43	11,02
USA	4.850,5	5.529,5	5.700,6	5.623,0	5.652,6	5.712,3	5.791,6	5.817,0	0,53	19,61
EU 27	4.101,1	3.831,3	3.842,4	3.927,1	3.895,5	4.014,4	4.020,9	3.975,9	0,34	8,09
Deutschland	967,6	836,5	830,7	850,8	836,4	845,5	849,8	813,5	0,38	9,86
Österreich	57,8	63,4	63,7	68,0	69,8	75,4	75,5	77,2	0,31	9,37
Frankreich	355,4	379,6	379,3	387,4	378,6	387,2	386,7	388,4	0,23	6,19
Italien	398,4	421,7	425,8	427,2	434,0	452,8	450,5	454,0	0,30	7,76
Polen	349,4	305,4	292,9	291,5	281,1	291,9	296,2	295,8	0,62	7,75
Tschechien	154,0	108,5	118,1	118,4	115,2	117,5	118,8	118,1	0,65	11,54
China	2.243,9	3.090,1	3.077,4	3.122,9	3.346,5	3.870,8	4.587,2	5.100,6	0,63	3,89

Q: IEA. – 1) Zu Preisen von 2000, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Katharina.Koerberl@wifo.ac.at

Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Mio. €							
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.968	5.436	6.015	6.294	6.602	6.835	6.920	6.875
Energiesteuer ¹⁾	3.100	3.288	3.635	3.801	4.009	4.330	4.350	4.221
Transpösteuer ²⁾	1.364	1.625	1.821	1.920	1.994	1.931	1.989	2.042
Ressourcensteuer ³⁾	440	453	470	480	503	516	535	540
Umweltverschmutzungssteuer ⁴⁾	64	71	89	93	97	57	46	72
Anteile der Umweltsteuern in %								
An den Steuereinnahmen insgesamt (einschließlich Sozialabgaben)	5,7	6,0	6,2	6,5	6,7	6,7	6,7	6,4
Am BIP (nominell)	2,5	2,6	2,8	2,9	2,9	2,9	2,8	2,7

Q: Bundesrechnungsabschluss, Statistik Austria, WIFO-Datenbank, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Kfz-Steuer, Kfz-Zulassungssteuer Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. • E-Mail-Adresse: Katharina.Koerberl@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern**Übersicht 41: Bruttowertschöpfung**

	2002	2003	2004	2005	2006	2005		2006		2007			
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Wien	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,7	+ 4,6	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,8	+ 3,1
Niederösterreich	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,1	+ 4,8	+ 1,1	+ 2,2	+ 6,1	+ 3,6	+ 4,2	+ 5,3	+ 4,0	+ 3,8
Burgenland	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,0	+ 4,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 4,9	+ 4,6	+ 1,8	+ 5,2	+ 2,6	+ 3,1
Steiermark	- 1,7	+ 2,7	+ 3,5	+ 2,5	+ 4,2	+ 2,2	+ 3,1	+ 5,8	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,9
Kärnten	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 4,0	+ 1,0	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,4	+ 3,3	+ 6,1	+ 3,2	+ 4,2
Oberösterreich	- 0,2	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 4,6	+ 1,3	+ 2,0	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,8	+ 6,4	+ 6,1	+ 5,2
Salzburg	+ 0,5	+ 0,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,8	+ 3,3	+ 5,0	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,3
Tirol	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,6	+ 4,1	+ 1,4	+ 4,6	+ 2,3	+ 5,2	+ 4,6	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,3
Vorarlberg	+ 2,2	+ 0,4	+ 3,6	+ 2,8	+ 5,1	+ 2,1	+ 4,5	+ 5,2	+ 6,2	+ 6,3	+ 2,8	+ 5,2	+ 3,6
Österreich	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 4,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 4,8	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,3	+ 3,6	+ 3,7

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Tourismus

	2005	2006	2007	2007				2007				2008	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber		Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Übernachtungen													
Wien	+ 3,9	+ 6,7	+ 3,3	+ 0,7	- 0,5	+ 4,7	+ 7,5	+ 6,6	+ 4,9	+ 1,3	+ 15,1	+ 8,0	+ 16,1
Niederösterreich	+ 0,3	+ 4,0	+ 4,3	+ 1,3	+ 4,7	+ 4,4	+ 6,2	+ 6,2	+ 2,4	+ 3,0	+ 7,8	+ 9,4	+ 8,7
Burgenland	+ 6,3	+ 1,4	+ 4,8	+ 7,6	+ 2,9	+ 5,7	+ 3,5	+ 9,4	- 3,8	+ 3,5	+ 4,5	+ 2,3	+ 4,9
Steiermark	+ 2,1	+ 0,0	+ 3,1	- 2,1	+ 2,6	+ 5,2	+ 8,6	+ 4,8	+ 2,2	+ 4,4	+ 9,8	+ 12,3	+ 8,7
Kärnten	- 1,3	- 3,4	+ 4,0	+ 3,5	+ 7,3	+ 2,6	+ 6,7	+ 1,3	- 1,0	- 2,3	+ 11,6	+ 12,2	+ 7,5
Oberösterreich	- 0,1	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,6	+ 4,4	- 0,3	+ 3,0	+ 1,1	- 4,8	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,4	+ 8,8
Salzburg	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,7	- 2,7	+ 1,4	+ 2,5	+ 7,1	+ 3,6	- 3,3	+ 1,8	+ 11,5	+ 8,5	+ 3,4
Tirol	+ 2,0	- 1,5	+ 0,2	- 3,6	+ 0,7	+ 2,3	+ 7,3	+ 1,6	- 1,7	+ 4,7	+ 5,7	+ 8,9	+ 3,7
Vorarlberg	- 0,1	- 2,1	+ 2,2	- 5,3	+ 3,8	+ 8,6	+ 12,7	+ 3,8	- 7,3	+ 3,5	+ 14,5	+ 17,6	+ 7,5
Österreich	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,7	- 2,5	+ 2,4	+ 3,2	+ 7,2	+ 3,0	- 1,2	+ 2,8	+ 9,3	+ 9,5	+ 5,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2005	2006	2007	2007				2007					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Wien	+ 5,3	+ 7,2	- 1,1	+ 1,1	- 2,0	+ 0,2	- 3,3	+ 2,5	+ 8,5	- 7,7	+ 13,6	+ 0,0	- 16,8
Niederösterreich	+ 7,1	+ 12,2	+ 7,5	+ 6,5	+ 7,4	+ 6,5	+ 9,4	+ 8,7	+ 5,5	+ 5,3	+ 11,8	+ 8,7	+ 7,4
Burgenland	+ 6,9	+ 10,9	+ 3,8	- 3,9	+ 0,3	+ 10,8	+ 8,0	+ 10,9	+ 13,1	+ 8,7	+ 9,6	+ 5,4	+ 9,1
Steiermark	+ 6,4	+ 9,6	+ 2,6	+ 10,4	+ 5,1	+ 0,8	- 4,8	- 0,4	+ 8,8	- 4,1	+ 3,7	- 10,1	- 7,6
Kärnten	+ 8,2	+ 15,9	+ 6,0	+ 9,3	+ 7,3	+ 3,3	+ 4,5	+ 7,4	+ 2,1	+ 0,6	+ 5,0	- 0,7	+ 9,6
Oberösterreich	+ 5,3	+ 9,0	+ 9,7	+ 12,7	+ 10,2	+ 8,4	+ 7,9	+ 12,7	+ 8,8	+ 4,2	+ 12,9	+ 5,8	+ 4,5
Salzburg	+ 2,5	+ 13,3	+ 7,8	+ 12,2	+ 10,3	+ 5,7	+ 4,0	+ 15,9	+ 6,0	- 2,8	+ 7,4	+ 1,6	+ 2,8
Tirol	+ 8,3	+ 14,5	+ 6,5	+ 8,5	+ 6,8	+ 6,1	+ 4,6	+ 14,0	+ 6,9	- 1,7	+ 7,4	+ 1,1	+ 5,3
Vorarlberg	+ 7,3	+ 13,6	+ 10,7	+ 13,1	+ 11,6	+ 5,2	+ 13,0	+ 11,0	+ 5,3	- 0,3	+ 13,2	+ 12,4	+ 13,6
Österreich	+ 6,2	+ 10,9	+ 6,2	+ 9,0	+ 6,9	+ 5,1	+ 4,3	+ 8,2	+ 7,2	+ 0,4	+ 9,8	+ 2,1	+ 0,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2005	2006	2007	2007				2007					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Wien	- 1,0	+ 12,1	+ 8,5	- 0,5	+ 11,5	+ 10,0	+ 10,9	+ 10,4	+ 19,0	+ 1,7	+ 16,4	+ 3,9	+ 12,8
Niederösterreich	- 1,5	+ 24,7	+ 6,1	+ 23,4	+ 6,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 7,3	+ 7,3	- 5,6	+ 6,0	+ 2,1	- 5,9
Burgenland	+ 6,1	+ 19,2	+ 3,0	+ 28,8	- 0,7	- 1,3	- 1,1	+ 1,0	- 0,2	- 4,8	- 1,8	- 0,2	- 1,2
Steiermark	+ 4,7	+ 17,1	+ 1,5	+ 8,2	+ 3,0	- 0,7	- 1,2	+ 2,2	- 1,5	- 2,6	- 0,9	+ 1,9	- 4,8
Kärnten	+ 10,7	+ 18,4	+ 9,9	+ 11,6	+ 18,8	+ 17,7	- 4,0	+ 30,7	+ 11,9	+ 9,6	+ 6,3	- 5,7	- 11,8
Oberösterreich	+ 6,4	+ 13,8	+ 8,7	+ 29,8	+ 12,6	+ 3,5	+ 0,8	+ 5,6	+ 4,8	+ 0,2	+ 4,4	+ 1,2	- 3,4
Salzburg	+ 8,5	+ 21,0	+ 15,4	+ 33,0	+ 22,9	+ 11,8	+ 4,9	+ 10,7	+ 7,5	+ 17,3	+ 7,5	- 3,3	+ 10,2
Tirol	+ 3,1	+ 22,2	+ 7,5	+ 20,3	+ 10,4	+ 3,6	+ 3,1	+ 7,5	+ 4,3	- 0,7	+ 6,4	- 2,0	+ 5,0
Vorarlberg	+ 3,2	+ 23,2	+ 2,5	+ 16,5	+ 3,5	+ 1,2	- 5,3	+ 0,8	+ 2,9	+ 0,1	+ 0,1	- 12,6	- 3,1
Österreich	+ 3,3	+ 17,7	+ 7,3	+ 16,3	+ 10,1	+ 5,3	+ 2,3	+ 8,3	+ 7,3	+ 0,6	+ 6,2	+ 0,2	+ 0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	2005	2006	2007	2007				2007				2008	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar
	In 1.000												
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	731	739	750	736	751	758	755	757	759	757	749	747	752
Niederösterreich	515	524	534	515	537	548	537	548	545	540	525	524	530
Burgenland	83	84	86	81	87	89	85	89	87	86	82	81	83
Steiermark	431	438	448	434	449	460	450	460	456	453	442	444	451
Kärnten	191	194	198	188	199	208	196	204	199	197	192	191	193
Oberösterreich	543	554	569	553	568	580	573	577	577	576	567	567	571
Salzburg	214	219	223	223	219	228	223	225	220	220	227	229	231
Tirol	269	276	282	285	274	288	280	284	275	274	291	293	296
Vorarlberg	133	135	138	138	136	140	139	139	138	137	140	141	141
Österreich	3.110	3.162	3.227	3.153	3.219	3.300	3.238	3.282	3.257	3.240	3.215	3.218	3.247
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	81	78	72	81	68	67	73	67	68	70	80	78	73
Niederösterreich	43	40	37	48	31	32	38	31	31	35	49	49	43
Burgenland	8	8	7	11	6	6	7	5	5	6	11	11	10
Steiermark	35	33	32	42	28	26	32	25	27	30	41	42	38
Kärnten	18	17	16	22	13	12	18	12	15	17	22	22	20
Oberösterreich	28	26	22	29	18	19	23	18	18	20	29	30	26
Salzburg	12	11	10	11	10	7	11	8	11	12	9	11	10
Tirol	17	17	16	17	18	11	20	13	20	23	16	17	15
Vorarlberg	10	9	9	9	9	8	9	8	9	9	9	9	8
Österreich	253	239	222	270	200	188	231	186	205	224	265	269	244

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
	2005	2006	2007	2007	2007	2007	2007	2007	2007	2007	2007	2008	2008
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	+ 2,7	+ 7,3	+ 11,3	+ 12,6	+ 11,4	+ 9,7	+ 11,7	+ 10,8	+ 11,0	+ 8,4	+ 15,5	+ 16,7	+ 16,6
Niederösterreich	+ 6,8	+ 8,6	+ 10,5	+ 13,2	+ 9,5	+ 9,5	+ 9,8	+ 11,2	+ 9,9	+ 8,5	+ 11,0	+ 14,2	+ 17,0
Burgenland	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,5
Steiermark	+ 5,8	+ 7,1	+ 10,2	+ 11,7	+ 10,2	+ 9,8	+ 9,1	+ 11,4	+ 8,5	+ 8,5	+ 10,4	+ 15,1	+ 18,2
Kärnten	+ 2,0	+ 3,2	+ 4,0	+ 5,1	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 6,2	+ 6,2
Oberösterreich	+ 6,1	+ 10,8	+ 14,5	+ 18,9	+ 14,7	+ 11,9	+ 12,6	+ 11,7	+ 10,4	+ 12,5	+ 14,8	+ 17,7	+ 19,6
Salzburg	+ 1,7	+ 4,4	+ 4,4	+ 5,2	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,8	+ 4,4	+ 6,3	+ 6,8	+ 6,8
Tirol	+ 4,7	+ 6,5	+ 5,9	+ 6,3	+ 5,1	+ 5,6	+ 6,8	+ 6,0	+ 5,4	+ 6,8	+ 8,2	+ 8,6	+ 9,2
Vorarlberg	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,4
Österreich	+ 31,9	+ 51,5	+ 65,5	+ 78,2	+ 62,7	+ 58,7	+ 62,4	+ 63,8	+ 56,3	+ 56,6	+ 74,3	+ 90,3	+ 99,5
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	- 0,6	- 3,3	- 5,8	- 8,3	- 6,1	- 4,2	- 4,6	- 3,5	- 4,6	- 3,4	- 5,9	- 7,4	- 9,3
Niederösterreich	+ 2,1	- 2,3	- 2,9	- 6,8	- 2,3	- 1,5	- 1,1	- 1,5	- 1,0	- 0,7	- 1,6	- 4,2	- 6,0
Burgenland	+ 0,4	- 0,4	- 0,7	- 1,6	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,9	- 1,0
Steiermark	+ 2,1	- 2,1	- 1,2	- 3,6	- 0,1	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,1	- 1,1	- 3,7	- 4,7
Kärnten	+ 0,7	- 0,4	- 1,0	- 2,5	- 0,4	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 1,3	- 2,5	- 2,4
Oberösterreich	+ 1,8	- 2,3	- 3,4	- 7,3	- 2,9	- 1,8	- 1,4	- 1,6	- 1,5	- 1,0	- 1,7	- 3,8	- 4,4
Salzburg	+ 0,1	- 1,2	- 1,0	- 1,8	- 0,6	- 0,5	- 1,0	- 0,8	- 0,8	- 1,3	- 0,9	- 1,3	- 1,5
Tirol	+ 1,1	- 0,7	- 0,3	- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 1,7	- 1,9
Vorarlberg	+ 1,0	- 0,7	- 0,6	- 0,8	- 0,5	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,5	- 1,0	- 0,7	- 1,1	- 1,4
Österreich	+ 8,8	- 13,5	- 16,9	- 33,5	- 13,3	- 10,4	- 10,6	- 10,3	- 9,8	- 8,1	- 13,8	- 26,5	- 32,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 46: Arbeitslosenquote

	2005	2006	2007	2007				2007				2008	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Wien	9,7	9,3	8,5	9,6	8,1	7,9	8,5	7,9	7,9	8,2	9,4	9,2	8,6
Niederösterreich	7,4	6,9	6,3	8,2	5,3	5,4	6,5	5,2	5,3	5,9	8,2	8,3	7,3
Burgenland	9,0	8,5	7,6	11,2	5,8	5,8	7,8	5,3	5,7	6,7	11,1	11,8	10,7
Steiermark	7,3	6,8	6,4	8,4	5,6	5,2	6,5	5,0	5,3	6,0	8,1	8,4	7,6
Kärnten	8,2	7,9	7,3	10,2	5,9	5,1	8,3	5,5	6,9	7,9	10,0	10,1	9,1
Oberösterreich	4,7	4,3	3,6	4,9	3,0	3,0	3,7	2,9	3,0	3,3	4,7	4,8	4,2
Salzburg	5,1	4,5	4,0	4,6	4,1	3,0	4,4	3,2	4,5	5,0	3,8	4,4	4,0
Tirol	5,8	5,5	5,3	5,5	5,8	3,6	6,3	4,1	6,6	7,4	5,0	5,3	4,7
Vorarlberg	6,7	6,2	5,7	6,1	5,8	5,0	5,8	5,2	5,9	6,0	5,6	5,6	5,2
Österreich	7,3	6,8	6,2	7,6	5,7	5,2	6,4	5,2	5,7	6,2	7,4	7,5	6,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2008

Abgeschlossen am 7. April 2008. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Angesichts der Subprime-Krise reagiert die Notenbank der USA auf die drohende Abschwächung der Konjunktur und die starken Kurseinbrüche auf den Aktienmärkten mit der Senkung der Leitzinssätze in drei Schritten um insgesamt 200 Basispunkte auf 2,25%. Um die Liquiditätsversorgung nach dem Bekanntwerden großer Verluste einiger Geschäftsbanken zu gewährleisten, stellen die Notenbanken in den USA und in Europa zeitlich begrenzt zusätzliche Mittel zur Verfügung. Die "Economic Stimulation Act 2008", ein kurzfristig wirksames Konjunkturpaket im Ausmaß von 1% des BIP der USA, soll ein Abgleiten der USA in eine Rezession verhindern.

1. Jänner: Slowenien übernimmt nach Portugal den Vorsitz im Europäischen Rat. Malta und Zypern treten in die Währungsunion ein. Die Eurozone umfasst nun 15 der 27 EU-Mitgliedsländer.

13. Jänner: Die EU und 35 Länder in Afrika und im pazifischen Raum (AKP-Länder) schließen ein neues Handelsabkommen ab, das den WTO-Vereinbarungen entspricht. Das bisherige Abkommen, das Ende 2007 ausgelaufen ist, bevorzugte die früheren Kolonien von EU-Ländern.

17. Jänner: Als Folge der Subprime-Kreditkrise gibt die Investmentbank Merrill Lynch für das IV. Quartal 2007 Abschreibungen von 16,7 Mrd. \$ bekannt.

22. Jänner: Die Notenbank der USA senkt die Leitzinssätze um 75 Basispunkte. Nach dieser erheblichen Senkung betragen die Federal Funds Rate 3,5% und die Discount Rate 4%.

23. Jänner: Die Europäische Kommission verabschiedet ein Paket von Vorschlägen zur Umsetzung der vom Europäischen Rat eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz und zur Förderung des Einsatzes von erneuerbarer Energie¹). Das europäische Emissionshandelssystem (EHS), in das derzeit EU-weit rund 10.000 Industrieanlagen eingebunden sind und in dem bisher nur CO₂-Emissionen gehandelt wurden, soll auf weitere Treibhausgasemissionen ausgeweitet werden. Die handelbaren Emissionsrechte werden gegenüber dem Niveau von 2005 schrittweise bis 2020 um 21% gekürzt. Für die Stromerzeugung, den größten Emittenten, wird ab 2013 die vollständige Versteigerung von Zertifikaten gelten. Andere und neu hinzukommende Wirtschaftszweige wie die Luftfahrt werden schrittweise zur vollständigen Versteigerung von Zertifikaten übergehen. Ausnahmen werden für jene Sektoren gelten, in denen außerhalb der EU mit weniger strengen Auflagen bezüglich der CO₂-Emissionen produziert werden kann. Durch die Erweiterung des EHS werden rund 40% der Emissionen handelbar. Industrieanlagen mit einem Ausstoß von weniger als 10.000 t CO₂ pro Jahr sind nicht verpflichtet, am EHS teilzunehmen, sofern andere Maßnahmen

Ausland

EU: Präsidentschaft,
Währungsunion

EU: AKP-Handelsabkommen

Hypothekarkreditkrise:
Merrill Lynch

USA: Leitzinssatzsenkung

EU: Klimaschutzpaket

¹ Die EU setzt sich zum Ziel die gesamten Treibhausgasemissionen bis 2020 um wenigstens 20% gegenüber 1990 zu senken und die erneuerbaren Energien am EU-Energiekonsum um 20% zu erhöhen. Falls es zu einem globalen Klimaabkommen, einem Kyoto-Nachfolgeabkommen kommt, so wird das Treibhausgasemissionsziel auf 30% erhöht.

zur Emissionsreduktion geeigneter erscheinen (z. B. Steuern). Die Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel fließen den Mitgliedsländern zu und sollen zum Teil für umweltfreundliche Innovationen wie z. B. im Zusammenhang mit erneuerbarer Energie oder für die CO₂-Abscheidung und -speicherung verwendet werden. Für den Treibhausgasausstoß jener Bereiche, die nicht in das EHS fallen (Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft), sind für die Mitgliedsländer individuelle Ziele bis 2020 vorgesehen (Österreich –16% des Ausstoßes von 2005); neuen Mitgliedsländern wird dabei eine Schwankungsbreite von ±20% eingeräumt. Der Anteil erneuerbarer Energie am Energieverbrauch soll in der EU von derzeit 8,5% bis 2020 auf 20% angehoben werden; auch hier sind für jedes Land individuelle Raten vorgesehen. Der Anteil von Biotreibstoffen am Treibstoffverbrauch soll bis 2020 in allen Ländern mindestens 10% erreichen.

Hypothekarkreditkrise

25. Jänner: Ein Händler der französischen Bank Société Générale hat durch betrügerische Transaktionen mit Aktienderivaten einen Verlust von 4,9 Mrd. € verursacht. Wegen der Hypothekarkreditkrise hat die Bank bereits einen Verlust von 2 Mrd. € zu verzeichnen.

Single Euro Payments Area (SEPA)

28. Jänner: Mit der Einführung der Single Euro Payments Area (SEPA) wird der bargeldlose Zahlungsverkehr in Europa schrittweise vereinheitlicht. Mittels internationaler Kontonummer (IBAN) und internationalem Bankidentifikationscode (BIC) werden SEPA-Überweisungen spätestens am drittnächsten Werktag, ab 2012 am nächsten Werktag gutgeschrieben.

USA: Leitzinssatzsenkung

30. Jänner: Nach nicht einmal einer Woche senkt die Notenbank der USA neuerlich die Leitzinssätze, und zwar um 50 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 3%, die Discount Rate 3,5%.

Hypothekarkreditkrise: Westdeutsche Landesbank

8. Februar: Das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen stellt der Westdeutschen Landesbank 3 Mrd. € bereit, nachdem die Eigentümer (Land und Sparkassen) der Bank bereits im Jänner 2 Mrd. € an Kapital zugeführt haben, um die Verluste aus Spekulationen und dem Einfluss der Finanzmarktkrise auszugleichen.

G-7-Treffen

10. Februar: Bei ihrem Treffen in Tokio befassen sich die Finanzminister und Notenbankchefs der G 7 ausführlich mit der Subprime-Krise und den Problemen auf den Finanzmärkten. In der Schlusserklärung bekräftigen die G 7, dass die Weltwirtschaft stabil ist und man nicht mit einer Rezession in den USA rechne. Dennoch sehen die G 7 Risiken in einer weiteren Verschlechterung des Immobilienmarktes der USA, in der Verteuerung von Rohöl und anderen Rohstoffen sowie in einer weiteren Beschleunigung der Inflation. Allfällige Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte werden gegenseitig zugesichert, konkrete Vorschläge bleiben jedoch aus. Die erdölexportierenden Länder werden aufgefordert die Fördermengen zu erhöhen, und China sollte die Aufwertung seiner Währung beschleunigen.

Hypothekarkreditkrise: USA

12. Februar: Die sechs Finanzinstitute Bank of America, Chase, Citygroup, Countrywide, Washington Mutual und Wells Fargo verlängern die Frist zur Auslösung eines "Foreclosure"-Prozesses (Zwangsversteigerung) bei Zahlungsverzug von Prime-Hypotheken um 30 auf 120 Tage. Hypothekarkreditnehmer haben an diesem Angebot nur bedingt Interesse, solange der Wert der Immobilie über der Hypothekarschuld liegt.

EU: Frankreich

12. Februar: Der Ecofin-Rat fordert Frankreich auf, das Tempo der Budgetkonsolidierung und des Schuldenabbaus bis 2010 zu beschleunigen, um das Ziel der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung zu erreichen, jedoch nur unter der Bedingung, dass die Konjunkturlage dies erlaubt. Frankreich erwartet für die Jahre 2009 bis 2012 ein BIP-Wachstum von 2,5%.

Russland: Gaslieferungen

12. Februar: Russland und die Ukraine vereinbaren ein neues Modell der Gaslieferung. Ein Gemeinschaftsunternehmen von Nftogaz Ukrainy und Gazprom löst die bisherigen Zwischenhändler UkrGazEnergo und RosUkrEnergo ab. Die Schulden der Ukraine beim russischen Lieferanten müssen beglichen werden.

USA: Konjunkturpaket

13. Februar: In den USA tritt die "Economic Stimulation Act 2008" in Kraft. Über das vom Kongress beschlossene Konjunkturpaket im Umfang von 168 Mrd. \$ (etwa 1% des BIP) werden ab Mai 117 Mio. Privathaushalte Schecks erhalten. An Singles wer-

den zwischen 300 \$ und 600 \$, an Paare bis zu 1.200 \$ gezahlt, für jedes Kind zusätzlich 300 \$. Für diese Maßnahme werden 100 Mrd. \$ aufgewandt. Mit weiteren 50 Mrd. \$ sollen Investitionsanreize gesetzt werden. Unternehmen dürfen temporär bei der Anschaffung neuer Maschinen und Anlagen 50% des Wertes sofort abschreiben. Um den Immobilienmarkt zu entspannen und Refinanzierungen zu ermöglichen, wird die Obergrenze von Hypothekarkrediten, die zwischen 31. Juli 2007 und 31. Dezember 2008 bei den öffentlichen Immobilienfinanciers Fannie Mae und Freddie Mac abgeschlossen wurden, von 417.000 \$ auf 729.000 \$ angehoben.

13. Februar: Der Venezolanische Erdölkonzern Petroleas (PDVSA) stellt seine Lieferungen von Rohöl und Derivaten an Exxon Mobil ein. Im Gegenzug blockiert Exxon Eigentum der PDVSA im Ausland durch gerichtliche Embargos²).

15. Februar: In Deutschland wird in Razzien gegen mutmaßliche Steuerhinterziehung vorgegangen. Als Informationsgrundlage dienen der Steuerbehörde gekaufte Daten über Konten und Stiftungen in Liechtenstein, die von einem Angestellten der LGT-Bank in Liechtenstein entwendet wurden. Im Zuge der Ermittlungen wird der Direktor der deutschen Post, Klaus Zumwinkel, verhaftet.

23. Februar: Ungarn gibt die Bindung des Forint an den Euro auf, die seit 2001 mit einer Schwankungsbreite von 15% bestanden hat.

28. Februar: Aufgrund von Verstößen gegen wettbewerbsrechtliche Auflagen (überhöhte Lizenzgebühren für technische Informationen) verhängt die Europäische Kommission gegen den Softwarehersteller Microsoft eine Strafe von 899 Mio. €. Seit 2004 wurden gegen das Unternehmen Strafen im Ausmaß von 1,68 Mrd. € ausgesprochen³).

5. März: Die OPEC beschließt, die Fördermengen von 29,67 Mio. Fass Rohöl pro Tag beizubehalten, obwohl der Rohölpreis über 100 \$ je Barrel liegt. Einige Tage zuvor hat Präsident Bush an die OPEC appelliert, die Fördermengen auszuweiten.

7. März: Um den Banken mehr Liquidität zur Verfügung zu stellen, erweitert die Notenbank der USA die ausstehenden Mittel aus der "Term Auction Facility". In den zwei Auktionen im März werden nun jeweils 50 Mrd. \$ anstatt 30 Mrd. \$ zur Verfügung stehen. Weitere 100 Mrd. \$ werden in Form von Repurchase-Geschäften angeboten, bei denen jede Art von hypothekarisch gesicherten Papieren entgegengenommen werden.

11. März: Die EZB, die Bank of Canada, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank stellen Währungsswaps im Gesamtumfang von 200 Mrd. \$ zur Verfügung.

13.-14. März: Anlässlich der Frühjahrstagung in Brüssel leitet der Europäische Rat den zweiten Dreijahreszyklus (2008 bis 2010) ein und bestätigt die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der beschäftigungspolitischen Leitlinien. Die Mitgliedsländer werden aufgefordert, Investitionen in Wissen und Innovationen noch mehr zu forcieren, um das Ziel der Lissabon-Agenda für die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen von 3% des BIP zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern.

Einen Schwerpunkt setzt der Rat auf Klimawandel und Energie; die EU soll hier auch künftig weltweit eine führende Rolle spielen. 2009 soll in Kopenhagen im Rahmen der Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll eine Vereinbarung über den Klimawandel für die Zeit nach 2012 getroffen werden, die mit dem ehrgeizigen "2°-Ziel" der EU⁴) im Einklang steht. So soll bis Ende 2008 eine Einigung der EU-Länder über das im Jänner vorgelegte Gesetespaket zum Klimaschutz (siehe dazu weiter oben) zustande kommen. Noch vor der Kopenhagener Konferenz sollten die EU-Länder und das Europäische Parlament das Paket billigen. Der Rat sieht

Venezuela: Erdöllieferungen

Deutschland:
Steuerhinterziehung

Ungarn: Währung

EU: Microsoft

OPEC

USA: Notenbank
Liquiditätsbeschaffung

Währungsswaps

EU: Europäischer Rat

²) Siehe Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(7), S. 576, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=29621&typeid=8&display_mode=2.

³) Siehe Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(10), S. 792, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30281&typeid=8&display_mode=2.

⁴) Die EU will den globalen Temperaturanstieg gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung auf 2° Celsius begrenzen.

die Gefahr der Verlagerungen von CO₂-Emissionsquellen vor dem globalen Hintergrund wettbewerbsgeprägter Märkte für energieintensive Branchen und verweist auf internationale Verhandlungen über geeignete Maßnahmen. Die neue EHS-Richtlinie soll auf dieses Problem hin untersucht werden, um im Falle eines Scheiterns der internationalen Verhandlungen Maßnahmen einleiten zu können. Der Hohe Vertreter und die Europäische Kommission legen einen Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit vor.

Der Rat billigt den Zwischenbericht des Rates für Wirtschaft und Finanzen über die Stabilität der Finanzmärkte. Es wird als unerlässlich gesehen, dass Banken und Finanzinstitute unverzüglich ihre Risikopositionen offenlegen. Weitere Fortschritte werden für die Neuregelung der Finanzaufsicht und in der Bewältigung grenzüberschreitender Finanzkrisen angekündigt. In einer Erklärung zum "Barcelona-Prozess" stimmt der Rat im Grundsatz einer Union für den Mittelmeerraum zu. Die Kommission wird aufgefordert, Modalitäten zu unterbreiten.

USA: Leitzinssatzsenkung

18. März: Aufgrund der Anspannung auf den Finanzmärkten sowie zur Stärkung von privatem Konsum und Arbeitsmarkt senkt die Notenbank der USA zum dritten Mal seit Jahresbeginn die Leitzinssätze, und zwar um 75 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 2,25%, die Discount Rate 2,5%.

USA: Hypothekarkreditkrise

19. März: In den USA werden für die beiden staatsnahen Hypothekarfinanciers Fannie Mae und Freddie Mac die Eigenmittelbestimmungen gelockert. Die zuständige Aufsichtsbehörde (Ofheo) erwartet, dass damit 200 Mrd. \$ an zusätzlicher Liquidität geschaffen werden.

USA: JPMorgan Chase

24. März: JPMorgan Chase kauft 39,5% der New Yorker Investmentbank Bear Stearns. Die Bank verzeichnet aufgrund der Subprime-Krise Verluste von 3,2 Mrd. \$.

EU, USA: Luftfahrtsabkommen

30. März: Das Luftfahrtsabkommen zwischen der EU und den USA "Open Skies" tritt in Kraft. Bisher war das Anfliegen von Destinationen bilateral geregelt. Das neue Abkommen erlaubt EU-Fluggesellschaften, von jedem EU-Flughafen jede Destination in den USA sowie von dort aus auch Drittstaaten anzufliegen. Das Gleiche gilt für Fluglinien aus den USA im EU-Raum.

Österreich

Angesichts der relativ hohen Teuerungsrate im Dezember 2007 (3,5%) und in den ersten zwei Monaten 2008 (3,1%) werden verschiedene Ideen zur Inflationsbekämpfung diskutiert, etwa die Unterstützung Einkommensschwacher durch eine Einmalzahlung von 100 €; zudem soll überprüft werden, ob der Preisanstieg mit einem Mangel an Wettbewerb zusammenhängen könnte. Im März beschließt die Bundesregierung ein Antiinflationsspaket. Bis Oktober soll Einigung über die Steuerreform 2010 erzielt werden.

Arbeitsrecht

1. Jänner: Einige Änderungen des Arbeitsrechtes treten in Kraft:

- Die tägliche Normalarbeitszeit kann nunmehr bei außerordentlichem Arbeitsanfall mit Durchrechnungszeitraum über Kollektivvertrag auf 10 Stunden angehoben werden. Über Betriebsvereinbarung kann eine tägliche Normalarbeitszeit von 10 Stunden fixiert werden, wenn im Unternehmen entweder ein Gleitzeitmodell oder eine Viertageweche gilt.
- Zudem kann die pro Tag erlaubte Arbeitszeit unter zwei Voraussetzungen auf 12 Stunden erhöht werden: über Kollektivvertrag im Falle von Schichtarbeit, wenn dies als arbeitsmedizinisch unbedenklich eingestuft wurde, und in Sonderfällen über Betriebsvereinbarung. Hier gilt nunmehr eine Begrenzung auf 12 Stunden täglich bei höchstens 60 Wochenstunden. Dies ist höchstens drei mal acht Wochen jährlich möglich (d. h. jährlich insgesamt 24 Wochen) wobei dazwischen 2 Wochen liegen müssen.
- Für Mehrarbeitsstunden bei Teilzeitarbeit (jener Arbeitszeit, die zwischen der vertraglich vereinbarten Tagesarbeitszeit und der jeweiligen Vollarbeitszeit liegt) gebührt ein gesetzlicher Zuschlag von 25%, sofern die Mehrarbeitsstunden nicht innerhalb eines Quartals als Freizeit konsumiert werden. Der Zuschlag wird wie für Überstunden vom Normallohn berechnet.

- Unselbständig Beschäftigte müssen ausnahmslos vor Arbeitsantritt bei der Sozialversicherung angemeldet werden.

9. Jänner: Der für Februar angekündigte Börsengang der oberösterreichischen Energie AG (EAG) wird abgesagt. Jedoch werden 40% der EAG verkauft, und zwar an oberösterreichische Banken und Versicherungen (26%), den Tiroler Energieversorger TIWAG (8%), die Linzer Stadtwerke (4%) und an Beschäftigte der EAG (2%).

EAG Börsengang

12. März: Der Aufsichtsrat der AUA stimmt einer Beteiligung des saudiarabisch-österreichischen Geschäftsmannes Sheikh Mohamed Bin Issa Al Jaber zu. Nach einer Kapitalerhöhung um 57,120.000 neue Stückaktien wird Al Jaber 20% der Aktien zu jeweils 7,1 € kaufen. Der Kurs liegt bei 5,78 €. Da das Österreich-Konsortium (derzeit ÖIAG 42,75%, Bank Austria 7,25%, Raiffeisen und Vienna Insurance) an der Kapitalerhöhung nicht teilnimmt, wird Al Jaber dem Konsortium beitreten, um die luffahrt-rechtlich erforderliche Mehrheitsbeteiligung beizubehalten.

AUA Kapitalerhöhung

26. März: Der Ministerrat beschließt ein Antiinflationpaket. Ab 1. Juli 2008 entfällt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung für Einkommen bis 1.000 € und wird für Einkommen bis 1.350 € stufenweise gesenkt. Die jährlichen Kosten dieser Maßnahme werden auf 300 Mio. € geschätzt. Sie werden auf die Steuerreform 2010 (Gesamtumfang 3 Mrd. €) angerechnet. Die Pensionserhöhung für 2009 wird um 2 Monate auf 1. November 2008 vorgezogen. Eine Vermögenszuwachsbesteuerung zur Finanzierung des Gesundheitssystems ist geplant.

Antiinflationpaket

28. März: Gemäß der Budget-Notifikation an die Europäische Kommission betrug das gesamtstaatliche Defizit 2007 1,5 Mrd. € bzw. 0,5% des Bruttoinlandsproduktes. Ursprünglich war ein Defizit von 0,7% des BIP prognostiziert worden. Die Länder und Gemeinden erhöhten ihren Überschuss von 0,1% auf 0,2% des BIP. Die Schuldenquote erreichte mit 59,1% des BIP 2007 erstmals seit 1992 einen Wert unter 60%.

Budget-Notifikation

WORKING PAPERS

- 312/2008 **Competition-oriented Wage Policy and Its Effects on Aggregate Demand in the Netherlands**
Stefan Ederer
- 313/2008 **The Problem of Private Under-investment in Innovation: A Policy Mind Map**
Michael Peneder
- 314/2008 **Incomes Policies, Expectations and the NAIRU**
Wolfgang Pollan
- 315/2008 **Characteristics of Foreign R&D Strategies of Swiss Firms. Implications for Policy**
Heinz Hollenstein
- 316/2008 **A Decomposition of Austria's General Government Budget Into Structural and Cyclical Components**
Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Sandra Steindl, Thomas Url

Kostenloser Download: <http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?&fid=27840>

Franz Sinabell (WIFO), Erwin Schmid (Universität für Bodenkultur, Wien)

Die Reform der Milchmarktordnung der EU – Handlungsoptionen der wichtigsten Akteure

Vor dreißig Jahren wurde in Österreich die Milchquote eingeführt, um die Produktion zu drosseln und gleichzeitig hohe Erzeugerpreise im Inland zu ermöglichen. Die EG-Länder folgten diesem Beispiel im Jahr 1984. Gemäß einem Plan der Europäischen Kommission soll die Milchquotenregelung nicht über das Jahr 2015 hinaus fortgesetzt werden. Daraus ergeben sich für EU-Organen, die nationale Agrarpolitik sowie Betriebe in der Milcherzeugung und -verarbeitung unterschiedliche Handlungsoptionen. Die EU könnte neben der Ausweitung der Quote auch andere Maßnahmen setzen, etwa die Abgabe reduzieren, die Betriebe entrichten müssen, wenn die Quote überschritten wird. Die nationale Agrarpolitik kann die betriebliche Anpassung vor allem durch Maßnahmen des Programms der ländlichen Entwicklung erleichtern.

Begutachtung: Wilfried Puwein • Wissenschaftliche Assistenz: Dietmar Weinberger • E-Mail-Adresse: Franz.Sinabell@wifo.ac.at

Die Einführung der Milchquote im Jahr 1984 (Verordnung (EWG) Nr. 856/84) bedeutete eine Zäsur in der Gemeinsamen Agrarpolitik. Versuche, die Milchproduktion durch Einhebung einer Mitverantwortungsabgabe (de facto geringfügige Dämpfung der Erzeugerpreise) zu drosseln, waren zuvor gescheitert. Im Zuge der Quotenregelung wurde den einzelnen Mitgliedsländern eine garantierte Absatzmenge zugewiesen, die der Summe aus direkt vermarkteter und an Molkereien gelieferter Milch entsprach. Auf die Milcherzeuger konnte diese Menge ursprünglich einzelbetrieblich (Deutschland, Niederlande und Belgien) oder über die Molkereien (in den anderen Ländern) zugewiesen werden. Seit 1992 gelten nur noch einzelbetriebliche Referenzmengen. Lieferanten, die eine Referenzmenge überschreiten, haben eine prohibitiv hohe Abgabe zu entrichten ("Zusatzabgabe" oder "Superabgabe").

Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU im Jahr 1992 wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der eine kontinuierliche Rücknahme direkter Eingriffe in die Agrarmärkte der EU bewirkte. Das Marktgleichgewicht sollte nicht länger durch Mengengrenzung, sondern durch Senkung administrativ gesetzter Preise hergestellt werden. Für den Milchmarkt wurden erst in der Agenda-2000-Reform die entsprechenden Weichen gestellt: Es wurde beschlossen, ab dem Wirtschaftsjahr 2005/06 die Interventionspreise in drei Schritten zu senken, die Milchquote um 1,5% zu erhöhen und Betrieben mit Milchquoten Direktzahlungen zum Ausgleich der Preissenkung zu gewähren. Gemäß dem Beschluss in der Halbzeitbewertung der Agenda-2000-Reform im Jahr 2003 wird die Milchquote nicht nur bis 2008, sondern bis zum Jahr 2015 aufrechterhalten, die im Jahr 1999 geplante Senkung der Interventionspreise modifiziert und die Direktzahlungen an Milchquotenbetriebe ab 2007 in handelbare Zahlungsansprüche übergeführt (Sinabell – Schmid, 2003).

Die Europäische Kommission schlug seit der Einführung der Milchquotenregelung bei der periodischen Revision der Milchmarktordnung bisher durchwegs ihre Aufrechterhaltung vor. Dies wurde vom Agrarministerrat auch immer bestätigt (VO (EWG) Nr. 3950/92, VO (EG) Nr. 1256/1999 und zuletzt VO (EG) Nr. 1788/2003). Die Kommission plant nun, keinen Vorschlag zur Fortsetzung der Milchquotenregelung zu unterbreiten, und auch im Agrarministerrat spricht sich die Mehrheit dafür aus, die Regelung mit 31. März 2015 zu beenden. In Österreich spricht sich die Agrarpolitik im Gegensatz dazu für eine Aufrechterhaltung der Milchquotenregelung aus, und auch die

Das Ende der Milchquotenregelung in der EU

Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe lehnt ein Auslaufen der Quote ab (aiz, 2008, Kirner, 2007). Unter diesen Bedingungen ist es höchst unwahrscheinlich, dass die Begrenzung der Milcherzeugung in der EU fortgesetzt wird.

Die einzelnen Mitgliedsländer sehen derzeit verschiedene Varianten der individuellen Quotenübertragung vor (z. B. behördliche Zuteilung oder Kauf). Da Quoten nicht bloß eine Beschränkung der Produktionsmenge, sondern gleichzeitig ein Lieferrecht sind, hat die Quote einen Wert, wenn genügend Betriebe die Produktion ausweiten möchten. Dieser Wert entspricht der diskontierten Quotenrente und ist ein Kostenfaktor. Wenn die Quote wegfällt, wird er auf Null abgeschrieben – somit verändert sich die Vermögenssituation der Quotenbetriebe. Gleichzeitig wird die Kostenstruktur der milcherzeugenden Betriebe beeinflusst. Milchproduktionsbetriebe sind nicht unbedingt dieselbe Gruppe, da Quoten auch geleast werden können.

Quoten sind ein unentgeltlich zur Verfügung gestelltes Produktionsrecht und sie können daher ohne Kompensationsleistung entzogen werden. Eine langfristige Ankündigung des Ausstiegs aus der Milchquotenregelung ist angebracht, da damit für den Vermögensbestand vieler Milchproduktionsbetriebe weitreichende Folgen verbunden sind. Die Akteure auf dem Milchmarkt, vor allem die Milchproduktionsbetriebe, müssen ihre Pläne an die neue Situation anpassen und ihre Produktionsstruktur gegebenenfalls neu ausrichten.

In Österreich wurde die Milchquote bereits im Jahr 1978 eingeführt, also um sechs Jahre früher als in der EG. Allen Milchlieferbetrieben wurde eine Einzelrichtmenge zuerkannt, deren Höhe sich an den Lieferungen der zwei Jahre zuvor orientierte. Im Jahr 1978 betrug die Milchlieferleistung in Österreich 2,2 Mio. t, im Milchwirtschaftsjahr 2006/07 2,67 Mio. t (BMLF, 1979, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, 2007). Diese Steigerung war nur möglich, weil die Quote ausgeweitet und der Veränderung des Fettgehalts der angelieferten Milch Rechnung getragen wurde. Die Milchproduktion erfolgte in Österreich dreißig Jahre lang unter den Bedingungen eines strikten Angebotsregimes; der Übergang zu einem neuen System bringt daher zahlreiche Unsicherheiten mit sich.

Kennzahlen zur Milchmarktordnung der EU und zum Milchmarkt

Die Einführung der Mengensteuerung auf dem Milchmarkt war in den siebziger Jahren notwendig geworden, da der durch administrative Eingriffe gesteuerte Preis über dem Gleichgewichtspreis lag. Zwei Ursachen sind im Wesentlichen für diese Maßnahmen anzuführen:

- Nahezu alle EWG-Länder verfolgten das Ziel, durch relativ hohe Agrarpreise die Erzeugung zu stimulieren und somit eine ausreichende Versorgung aus heimischer Produktion sicherzustellen. Die Bekämpfung der Armut weiter Teile der Landbevölkerung war ein weiteres Ziel dieser Maßnahme.
- Im Zuge der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zählte der Agrarmarkt zu den ersten Märkten, die geöffnet wurden (die Zollunion für nichtlandwirtschaftliche Produkte wurde 1968 geschaffen, die in Stresa im Jahr 1958 beschlossene Gemeinsame Agrarpolitik war bereits 1962 etabliert worden). Nach Einführung der Gemeinsamen Agrarpolitik mussten Preisunterschiede zwischen den Beitrittsländern ausgeglichen werden, die sich aus dem unterschiedlichen administrativ bestimmten Niveau vor 1962 ergaben. Tendenziell wurde dabei das Preisniveau nach oben angepasst und durch das agrimonetäre System das Gefüge der Agrarpreise etwas von der Entwicklung der einzelnen Währungen abgekoppelt.

Die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse sah die Festlegung eines Richtpreises für Milch und von Interventionspreisen für die Milchprodukte Butter und Magermilchpulver vor. Die jährlich vom Rat der EU vor dem 1. August festgesetzten Preise für Milch und Milcherzeugnisse galten für ein Milchwirtschaftsjahr (beginnend mit 1. Juli). Das "Garantiemengenjahr" (jene Periode, für die eine Garantiemenge abgerechnet wird) beginnt jeweils am 1. April.

Die Mengenbegrenzung der Milcherzeugung bewirkte den Anreiz, wertbestimmende Inhaltsstoffe (in erster Linie Milchfett) zu steigern, ohne das Milchvolumen auszu-

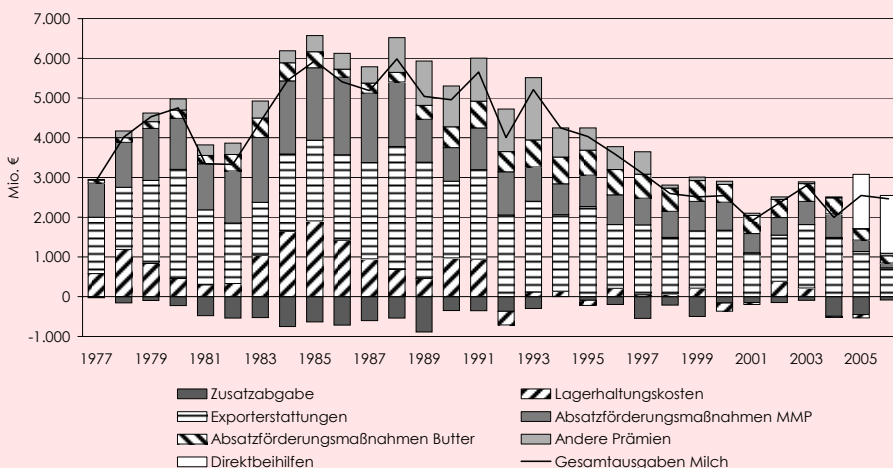
dehnen. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten wurde festgelegt, dass bei einem Anstieg des Fettgehalts der gelieferten Milch um 0,1 Prozentpunkt die Liefermenge rechnerisch um 1,8% erhöht wird ("Fettkorrektur"). Die korrigierte Milchmenge ist Grundlage für die Erhebung der Übermengen-Abgabe. Die EU-Milchquote ist daher eigentlich eine Milchfettquote.

Der inzwischen abgeschaffte Richtpreis war der vom Europäischen Rat für die Erzeuger angestrebte Preis für Milch mit einem Fettgehalt von 3,7%. Neben dem Richtpreis setzte der Ministerrat jährlich Interventionspreise¹⁾ für Butter und Magermilchpulver fest. Der Richtpreis für Milch und die Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver blieben seit dem Milchwirtschaftsjahr 1995/96 unverändert. Um die Absatzmöglichkeiten zu verbessern, wurden in der Agenda-2000-Reform beschlossen, sie ab dem Wirtschaftsjahr 2005/06 bis 2007/08 in drei Schritten von je 5 Prozentpunkten um insgesamt 15% abzusenken.

Die Einführung einer wirksamen Angebotsbeschränkung war in der EU notwendig geworden, weil die Kosten für den EG-Haushalt binnen kurzer Zeit sprunghaft gestiegen waren. Ausgehend von 3 Mrd. € im Jahr 1977 (davon 1,4 Mrd. € für Exportsubventionen) erhöhten sich die Ausgaben auf 5,9 Mrd. € im Jahr 1985, dem Jahr nach Einführung der Milchquoten. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Exportsubventionen 2 Mrd. €. Bis allerdings die Beschränkung wirkte und die großen Lagerbestände an Überschüssen abgebaut waren, verstrich noch einige Zeit. Erst ab dem Jahr 1991 nahmen die Ausgaben für die Milchmarktordnung kontinuierlich ab (Abbildung 1).

Die Direktzahlung an Milchquotenbetriebe, die 1999 beschlossen worden waren, wurde erstmals im Wirtschaftsjahr 2004/05 ausgezahlt. Das Volumen betrug knapp 1,4 Mrd. € (in Abbildung 1 für das Jahr 2005 ausgewiesen; davon gingen nach Österreich 32 Mio. €). Da die Prämie je Tonne Milch von 11,81 € im Wirtschaftsjahr 2004/05 auf 35,5 € je Tonne ab dem Wirtschaftsjahr 2006/07 stieg, gewannen die Direktzahlungen in den letzten Jahren deutlich an Gewicht. Wegen der hohen Preise von Milchprodukten auf dem Weltmarkt und wegen der guten Absatzmöglichkeiten überbrückten sich die Stützung der Exporte und die öffentlich finanzierte Lagerhaltung ab der zweiten Jahreshälfte 2007.

Abbildung 1: Haushaltsausgaben der EU für Milch und Milcherzeugnisse



Q: Europäische Kommission, GD Landwirtschaft, Die Lage der Landwirtschaft in der Europäischen Union (Gemeinschaft). Statistische und wirtschaftliche Informationen, verschiedene Jahrgänge; European Commission, Annexes to the Commission Staff Working Paper Accompanying the Financial Report from the Commission to the European Parliament and the Council on the European Agricultural Guidance and Guarantee Fund Guarantee Section, verschiedene Jahrgänge; Europäische Kommission, Finanzplanung und Haushalt, Haushaltspläne online (<http://eur-lex.europa.eu/budget/www/index-de.htm>).

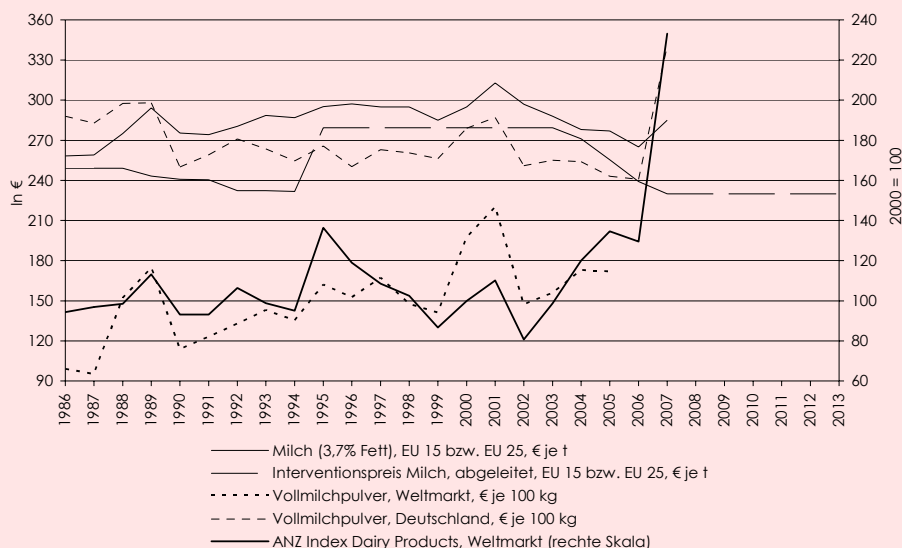
Die Erzeugerpreise für Milch entwickelten sich seit Einführung der Milchquote in der EU in der Regel parallel zu dem durch die Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver bestimmten Niveau. Milchprodukte waren innerhalb der EU praktisch

¹⁾ Interventionspreise sind jene Preise, zu denen Interventionsstellen die jeweiligen Erzeugnisse ankaufen.

immer deutlich teurer als auf dem Weltmarkt (vgl. Vollmilchpulver in Deutschland und auf dem Weltmarkt in Abbildung 2).

In der zweiten Jahreshälfte 2007 ergab sich eine bis dahin unbekannte Situation: Die Weltmarktpreise und die EU-Inlandspreise waren gleich. Damit waren günstige Voraussetzungen gegeben, den von der Europäischen Kommission geplanten "sanften Ausstieg" einzuleiten, und zwar durch den Vorschlag, die Beschränkung durch die Quoten zu lockern und die Garantiemenge um 2% auszudehnen (European Commission, 2007). Mit Wirkung vom April 2008 wurde dieser Vorschlag schließlich vom Agrarministerrat beschlossen.

Abbildung 2: Preisentwicklung auf dem Weltmilchmarkt und in der EU



Q: Europäische Kommission, GD Landwirtschaft, Die Lage der Landwirtschaft in der Europäischen Union (Gemeinschaft), Statistische und wirtschaftliche Informationen, verschiedene Jahrgänge; OECD, Datenbank im Internet (<http://stats.oecd.org/wbos/Default.aspx>); ZMP, Marktbilanz Milch, verschiedene Jahrgänge; ANZ New Zealand, Commodity price index (http://www.anz.com/nz/about/media/newslibrary.asp?Commodity_Price_Index); WIFO-Berechnungen.

Übersicht 1: Kennzahlen zur Kuhmilchproduktion in Österreich, der EU und weltweit

		1985	1990	1995	2000	2005	2007
Österreich							
Milchquote ¹⁾	Mio. t	2,27	2,25	2,78	2,75	2,75	2,75
Milchproduktion	Mio. t	3,78	3,35	2,99	3,23	3,11	.
Milchanlieferung	Mio. t	2,38	2,24	2,29	2,66	2,67	2,66
Selbstversorgungsgrad ²⁾	in %	.	105	99	99	100	.
EG bzw. EU							
Milchquote ¹⁾	Mio. t	107,81	103,54	117,44	118,39	137,39	142,94
Milchproduktion	Mio. t	124,98	118,92	121,11	121,19	142,98	.
Milchanlieferung	Mio. t	113,03	109,08	113,13	114,69	132,04	131,52
Selbstversorgungsgrad ²⁾	in %	117	115	113	108	115	108
Welt							
Milchproduktion	Mio. t	460,47	477,44	464,28	490,60	532,50	.
Anteil der EU an der Weltproduktion	in %	27,1	24,9	26,1	24,7	26,9	.

Q: ZMP, Marktbilanz Milch, verschiedene Jahrgänge; Statistik Austria, Schnellbericht Milchstatistik, verschiedene Jahrgänge; WIFO-Berechnungen; Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft, Berichte über die Lage der österreichischen Landwirtschaft; Europäische Kommission, Circa, Milch und Milchprodukte (<http://circa.europa.eu/Public/irc/agri/leit/home>). – ¹⁾ Wirtschaftsjahre, Summe aus den Garantiemengen für die Milchanlieferung (A-Quote) und den Garantiemengen für den Direktverkauf ab Hof (D-Quote), einschließlich der Übertragung von Garantiemengen zwischen A- und D-Quote, jedoch ohne Gemeinschaftsreserve; in Österreich vor 1995 Gesamttrichtermenge. – ²⁾ Berechnet zu Vollmilchäquivalenten; bis 1994 EU 12 (Deutschland einschließlich Ostdeutschlands; ausgenommen Garantiemengen), ab 1995 EU 15, ab 2004 EU 25, ab 2007 EU 27; Werte für 2007 geschätzt.

Langfristig bewirkt das Wachstum der Einkommen und der Bevölkerung eine kontinuierliche Ausweitung der Nachfrage nach Milch und Milchprodukten. Im Jahr 2001

betrug der jährliche Milchverbrauch pro Person weltweit 95 kg, im Jahr 2006 bereits 99 kg (ZMP, 2007). In der EU hatte die Beschränkung der Milchproduktion durch die Quote gemeinsam mit den Erweiterungsschritten zur Folge, dass sich Produktion und Nachfrage annäherten. Die hohen Überschüsse der achtziger Jahre konnten daher wirksam abgebaut werden. Aufgrund der Abkopplung vom Weltmarkt wird aber die Ausweitung der weltweiten Nachfrage nicht durch das Angebot aus der EU, sondern aus anderen Ländern befriedigt.

Die Beschränkung der Milchproduktion durch Quotensysteme ist eine in vielen Industrieländern verbreitete Maßnahme der Agrarpolitik. In einzelnen Ländern wurde die Quotenregelung jüngst beseitigt (Schweiz, Australien), während sie nach derzeitigem Kenntnisstand in anderen Ländern (z. B. Kanada) aufrecht bleiben wird.

In der Schweiz ergab sich im Rahmen der "Agrarpolitik 2011", die im Jahr 2004 beschlossen wurde, eine Änderung von mehreren Marktordnungen. Darunter fällt die Aufhebung der Milchkontingentierung mit 1. Mai 2009; dieses Datum kann jedoch in Abhängigkeit von der Lage auf dem Milchmarkt verschoben werden (*Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, 2005, BLW, 2005*). Ähnlich wie in der EU ist die Milchquote ein unentgeltlich eingeräumtes Lieferrecht, das ohne Anspruch auf Entschädigung entzogen werden kann. Gleichzeitig mit der Aufhebung der Produktionsbeschränkung werden staatliche Preisstützungen weitgehend beseitigt (abgesehen von einer Verkäsungszulage). Die eingesparten Mittel werden als Direktzahlungen an Produktionsbetriebe für Milchkühe gewährt (im Jahr 2006 wurden 443 Mio. sfr für die Förderung des Milchabsatzes aufgewandt, 2007 waren 366 Mio. sfr vorgesehen; *Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, 2005*). Erzeugergemeinschaften können bereits seit 2006 aus der Milchkontingentierung aussteigen, sofern die zusätzlich erzeugte Milch nicht im Inland abgesetzt wird. Im aktuellen Bericht zur Beurteilung der Schweizer Agrarpolitik wird diese Maßnahme als gute Möglichkeit zur Vorbereitung auf die Zeit nach der Kontingentierung gesehen, von der zahlreiche Organisationen Gebrauch machen (*BLW, 2007, S. 128ff*).

In Australien legte die Bundesregierung bereits im Jahr 1999 einen Plan zum Abbau von Eingriffen in den Milchmarkt vor (*Harris, 2005*). Die wichtigsten Elemente waren die Aussetzung der Gesetze zur administrativen Preissetzung und zur Milchquote in drei Ländern, die Abschaffung der Marktordnungsstelle auf Bundesebene, die Einführung eines Programms zur Erleichterung der Strukturanpassung und die Etablierung einer neuen Behörde zur Umsetzung dieses Programms.

Bereits ein Jahr später trat das Gesetz in Kraft, und die Quoten wurden ohne weitere Übergangsfristen abgeschafft. Das Programm zur Strukturanpassung, das aus einer Verbrauchsabgabe auf Milch finanziert wird, läuft jedoch acht Jahre und unterstützt Betriebe, die die Milchproduktion aufgeben und einen anderen betrieblichen Schwerpunkt etablieren wollen. Für jene Betriebe, die weiterhin Milch produzieren wollen, werden Investitionen gefördert. Daneben werden Prämien für die Milchlieferung gewährt, die jedoch nicht die Umsatzeinbußen aufgrund der Preissenkung ausgleichen. Aufgrund der Preisdiskriminierung, die vor der Reform bestanden hatte (für Milch für den heimischen Verbrauch und für jene für Exportprodukte galten unterschiedliche Preise), waren die landwirtschaftlichen Betriebe unterschiedlich betroffen: Jene, die für den Heimmarkt produzierten, erlitten große Preiseinbußen. Unmittelbar nach der Reform zogen sich viele Betriebe aus der Produktion zurück, die Mehrzahl der Betriebe steigerte jedoch die Milchproduktion. Die längerfristigen Auswirkungen sind schwierig zu beurteilen, da die Trockenperiode in den Jahren 2004 und 2005 die Milchproduktion stark in Mitleidenschaft zog.

In Kanada gilt eine Milchquotenregelung, die negative Einflüsse auf internationale Märkte weitgehend reduziert. Sie ist weit entfernt von einer liberalen Situation. Die Abschottung des Inlandsmarktes und die gleichzeitige Vermeidung von Überschüssen, die auf dem Weltmarkt abgesetzt werden müssten, erfordert ein sehr feines Mengensteuerungssystem. Dies ist in Kanada über Marktordnungsstellen gewährleistet, die auf der Ebene der einzelnen Provinzen operieren. Die Basis für die feine

Milchquoten in den Industrieländern

Steuerung sind laufende Marktbeobachtungen und rasche Änderungen der administrativ festgelegten Preise.

Im kalifornischen Modell wird Milch aufgrund einer Marktsegmentierung teils im Rahmen von Quoten, teils ohne Quoten produziert (Sumner – Wolf, 1996). Für Milch einer bestimmten Qualität (deren Preis reguliert ist) gelten Produktionsquoten, die zwischen den Betrieben gehandelt werden können. In anderen Qualitätsklassen gelten keine Produktionsbeschränkungen. Durch entsprechende Regulierung ist sichergestellt, dass keine nahen Substitute zur Qualitätsmilch mit Quotenmanagement produziert werden.

Handlungsoptionen bis zum Ende der Milchquotenregelung

Europäische Institutionen

Die Europäische Kommission hat wiederholt die Absicht bekräftigt, die Milchquotenregelung über das Jahr 2015 hinaus nicht fortzusetzen. Zudem besteht eine Selbstverpflichtung, mittelfristig auf Exporterstattungen zu verzichten, um das Gleichgewicht auf dem Weltmarkt nicht zu stören. Unter den bis vor einem Jahr geltenden Marktbedingungen hätte die Abschaffung der Quote einen Rückgang der Erzeugerpreise zur Folge gehabt. Derzeitig ist aber der Handlungsspielraum größer, da keine drängende Überschusssituation vorliegt.

Anders als in Australien wird eine allmähliche Anpassung an eine Situation ohne Milchquote angestrebt. Dazu eignen sich sowohl Maßnahmen zur Lockerung der Beschränkung als auch Schritte zur Senkung der Milcherzeugerpreise in der EU. Neben Senkung oder Abschaffung der Fettkorrektur im Verantwortungsbereich der Europäischen Kommission sind in der Übergangszeit bis zum Auslaufen der Quotenregelung folgende Szenarien möglich:

- *Anhebung der Quoten:* Denkbar ist etwa eine Anhebung für die EU insgesamt, für alle Mitgliedsländer individuell oder je Quotenbetrieb. Sie kann in jährlichen Schritten oder in einem Schritt erfolgen. Die Gesamtquote kann schließlich so groß sein, dass die Produktion in keinem Land limitiert wird. Die Beseitigung der Fettkorrektur würde ebenfalls eine Erhöhung der Quote bewirken, die Länder wären jedoch unterschiedlich betroffen. Für Österreich ergäben sich Vorteile, da die Überlieferung der nationalen Quote auf die Fettkorrektur zurückzuführen ist.
- *Handel mit Milchquoten:* Anders als in Österreich ist der individuelle Handel mit Quoten in anderen EU-Ländern nicht oder nur sehr schwer möglich. Durch Vorgaben der EU könnte er erleichtert werden. Darüber hinaus könnte auch der Handel mit individuellen Quoten zwischen den EU-Ländern ermöglicht werden.
- *Zusatzabgabe:* Der Überlieferung der Milchquote werden durch eine finanzielle Sanktion Grenzen gesetzt. Wenn die Zusatzabgabe entfällt, gilt zwar die Quote noch, ihre Überschreitung hat aber keine wirtschaftlichen Folgen. Nur für Betriebe mit sehr niedrigen Grenzkosten lohnt sich derzeit die Überlieferung. Eine Senkung der Zusatzabgabe hätte zur Folge, dass vor allem jene Betriebe die Produktion ausweiten, die das zu geringen Kosten tun können.
- *EU-weite Saldierung:* In einzelnen EU-Ländern wird die Quote nicht ausgeschöpft (z. B. Großbritannien), während in anderen Ländern (darunter Österreich) überliefert wird. Von einer Saldierung über die Länder hinweg könnten die Überlieferer profitieren.

Wird die Quotenregelung nicht verlängert, dann verringert sich der Wert der Quote ständig bis zum Auslaufen im April 2015. Durch die angeführten Schritte würde die Entwertung beschleunigt. Die Liberalisierung des Milchmarktes kann daneben durch weitere Maßnahmen vorangetrieben werden, vor allem durch außenhandelswirksame Anpassungen wie Zollsenkungen oder die Ausweitung von Importkontingenten und Zollquoten.

Ähnlich wie im Zuge der Reform der Zuckermarktordnung können Maßnahmen gesetzt werden, um die wirtschaftlichen Folgen einer Entwertung der Quoten abzufedern. Den Betrieben mit Milchquoten könnten weitere Transfers in Form eines Ergänzungsbetrags zur Milchprämie ("top-up") gewährt werden. Zur Erleichterung des Strukturwandels der Milcherzeugung könnte – wie in Australien – ein Restrukturierungsfonds eingerichtet werden. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass im Rahmen

des Programms der Ländlichen Entwicklung (der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik) spezifische Maßnahmen für den Milchbereich ergriffen werden.

Die Institutionen der EU werden die "sanfte Landung" wahrscheinlich durch weitere Aufstockung der Milchquoten für die einzelnen Mitgliedsländer anstreben. Als Begleitmaßnahme hat die Agrarkommissarin Fischer-Boel die Förderung der Milchproduktion im Bergland bzw. in benachteiligten Gebieten zur Diskussion gestellt. Wenn das primäre Ziel dieser Maßnahme die Aufrechterhaltung der Produktion ist, wird sie wohl an das Halten von Milchkühen geknüpft sein (wie in der Schweiz). Wenn Einkommensziele im Vordergrund stehen, dann sollte eine solche Prämie Bestandteil der handelbaren Zahlungsansprüche werden.

Die Betriebe müssen für ihre Entscheidungen möglichst bald wissen, welche Maßnahmen das Auslaufen der Quote begleiten. Vor allem muss geklärt werden, ob die Quote bis dahin lediglich ein Lieferrecht ist oder ob andere Rechte (z. B. Anpassungsprämien) daran geknüpft sind. Solche scheinbaren Details sind für die Liquidität und Preisbildung auf dem Quotenmarkt bis zum Jahr 2015 von höchster Bedeutung. Je rascher Klarheit über den angestrebten Modus herrscht, umso leichter fällt es Betrieben, sich auf die neue Situation einzustellen.

Der Handlungsspielraum der nationalen Agrarpolitik ist begrenzt. Eine auf Österreich beschränkte Fortsetzung der Milchmengenregelung ist nicht möglich. Wichtige Details der Umsetzung der Milchmarktordnung und des Quotenregimes können jedoch national festgelegt werden. Die in Österreich vorgesehene Saldierung der Quotenmenge schafft gute Voraussetzungen für eine flexible Anpassung an die meisten Schritte, die den EU-Organen offenstehen. Für die österreichische Agrarpolitik gibt es jedoch nicht *eine optimale Maßnahme*, sondern ein Bündel von Maßnahmen, die an mehreren Hebeln ansetzen.

- *Informations- und Administrationskosten:* Indem der Wert von Quoten sinkt, gewinnen Transaktionskosten innerhalb der Gesamtkosten des Quotenerwerbs an Gewicht. Der Quotenhandel ist in Österreich ohne großen bürokratischen Aufwand möglich. Aufgrund der geringen Markttransparenz sind die Suchkosten jedoch hoch. Sie könnten durch verbesserte öffentlich zugängliche Information (z. B. Quotenpreisnotierungen) verringert werden.
- *Spezialisierung:* Durch Spezialisierung können Kostenvorteile erzielt werden. In der Milchproduktion ist grundsätzlich eine Spezialisierung auf folgende Bereiche möglich: Futterwirtschaft, Melkverfahren, Aufzucht von Kalbinnen, Betreuung von trockenstehenden oder laktierenden Kühen. In Österreich werden Kühe überwiegend in Herden von 10 bis 19 Tieren gehalten, in den Niederlanden und in Dänemark dagegen in Herden von 50 oder mehr Tieren. Im Programm der Ländlichen Entwicklung sollten verstärkt Maßnahmen zur Erleichterung der Spezialisierung angeboten werden (z. B. durch ein geeignetes Bildungsangebot).
- *Etablierung zertifizierter Qualitätsprodukte:* Die Bewerbung von "Genusregionen" ist ein aktuelles Instrument der nationalen Agrarpolitik, um gegenüber den Konsumenten stärker die Vorteile von kurzen Transportwegen, von Frischeprodukten und regionalen Kreisläufen zu kommunizieren. Zur weiteren Absicherung dieser Strategie müssen allerdings vermehrt Produkte gemäß VO (EG) 510/06 (Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel) entwickelt werden (*Profeta – Balling – Enneking, 2006, von Schlippenbach – Gay, 2007*).

Abseits des Ordnungsrahmens der EU können weitere Maßnahmen ergriffen werden, um der Milchwirtschaft die Strukturanpassung zu erleichtern: Verbesserung der Markttransparenz durch Ausweisung der Milchpreise auf Ebene der Molkereien, Veröffentlichung der Quotenpreise, Stärkung von Vermarktungsinitiativen (z. B. Exportinitiative), Entwicklung von Ausbildungsprogrammen (Musterprojekte, Stärkung von Kenntnissen in Betriebswirtschaft und Marketing) oder Ausbau der Betriebshilfe zur Hebung der Lebensqualität in der Milchproduktion.

Agrarpolitik in Österreich

Betriebe in Milcherzeugung und -verarbeitung

Maßnahmen zur Kostensenkung, Verbesserung der Produktqualität, der Produktionsprozesse, der Betriebsführung und der Organisation sind notwendig, unabhängig davon, ob ein Quotensystem besteht oder nicht. Ein gravierender Einschnitt in das betriebliche Umfeld, wie das absehbare Auslaufen der Quotenregelung, sollte Anlass sein, die bisherigen betrieblichen Strategien zu überdenken.

Die Verarbeitungsunternehmen konnten sich seit dem EU-Beitritt Österreichs im Allgemeinen auf dem Gemeinsamen Markt gut behaupten. Bis zum Jahr 2000 war eine Konsolidierung mit starkem Rückgang der Beschäftigung (von 6.800 im Jahr 1995 auf etwas über 4.300 im Jahr 2000) und des Produktionswertes zu beobachten. Seither verbessert sich die Ertragslage in der Molkereiwirtschaft, und die Beschäftigung wurde gesteigert. Wie aktuelle Untersuchungen zeigen, sind aber weitere Schritte nötig, um auch künftig Wachstum zu ermöglichen. Ähnlich wie die Milcherzeugung ist die Milchverarbeitung im internationalen Maßstab sehr klein strukturiert. Zudem haben einzelne Unternehmen eine sehr geringe Eigenkapitalausstattung und eine niedrige Rendite (*Schlieckau – Paumann – Theussen, 2008*). Die in der Vergangenheit beobachtete Konzentration der Milchverarbeitung dürfte sich daher in naher Zukunft fortsetzen. Dabei zeichnet sich eine interessante Entwicklung ab: Größere Unternehmen wachsen überwiegend durch Übernahmen; gleichzeitig nimmt aber die Zahl der milchverarbeitenden Unternehmen zu, die in Produktnischen oder für spezifische Kundensegmente (z. B. Schulen, Spitäler und Altenheime) tätig sind.

Die Handlungsoptionen für milcherzeugende Betriebe lassen sich in folgende Gruppen zusammenfassen:

- verstärkte Kooperationen auf der betrieblichen Ebene und unter den Akteuren der österreichischen Milchwirtschaft,
- Verbesserung der betrieblichen Abläufe in der Milcherzeugung und -verarbeitung, Produkt- und Prozessinnovationen in der Verarbeitung,
- verstärkte Spezialisierung und gegebenenfalls Aufgabe der Milchproduktion.

Milch ist ein leicht verderbliches Produkt, es muss daher rasch verarbeitet werden, um die Qualitätsansprüche auf dem Markt zu erfüllen. Für die Milchverarbeitung dürfte die größte Herausforderung beim Übergang zu einem neuen System sein, dass die Versorgung mit dem Rohstoff Milch sichergestellt ist, um Lieferbeziehungen aufrechtzuerhalten und Kapazitäten auszulasten. Genossenschaften können durch abgestimmte Beteiligungsmodelle die Beziehung zu den Lieferbetrieben verstärken. Private Unternehmen haben ebenfalls Möglichkeiten, die Lieferantenbeziehungen zu stärken (z. B. durch Beteiligung an Investitionen), und es bedarf keiner staatlichen Eingriffe, die bestimmte Formen begünstigen würden.

Das Lieferrecht, also die Milchquote, ist in Österreich handelbar. Somit kann (und muss) ein Quotenbetrieb derzeit über mindestens zwei Parameter entscheiden – das Halten oder Verkaufen der Quote an sich und das Ausmaß, zu dem sie ausgenutzt oder überliefert wird. Im Fall der Überlieferung ist die Entscheidung schwierig, da die Abschläge im Vorhinein nicht bekannt sind. Ohne Quote besteht das Entscheidungsproblem vor allem darin, die optimale Produktionsmenge in Abhängigkeit vom Preis zu bestimmen. Neben der Entscheidung über die optimale Produktionsmenge tritt daher wahrscheinlich die Frage nach dem besten Abnehmer (Milchverarbeiter oder Erzeugerverband) in den Vordergrund. Spezialisierung, die Mitarbeit an Meisterringen und ähnlichen Netzwerken, die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung von Qualität und Hygiene und laufende Nachjustierungen der Produktionstechnik zählen zu den wichtigsten Handlungsoptionen für die Betriebe.

Betriebe, die die eigentliche Milchproduktion aufgeben wollen, müssen sich in den neuen Gegebenheiten ebenfalls zurechtfinden. Die Teilnahme an den Bildungsmaßnahmen im Rahmen des Programms der Ländlichen Entwicklung erleichtert die Orientierung. Da derzeit für die Milchquoten noch Erlöse erzielt werden können, kann die Umstellung der Produktion durch die Aufgabe der Milcherzeugung teilweise finanziert werden. Der Ausstieg und die Spezialisierung auf Bereiche wie das Aufziehen von Zuchttieren oder die extensive Weidehaltung können für Betriebe im Grünland Chancen sein. Eine solche Entwicklung bietet sich an, wenn bestehende

Anlagen genutzt werden können und die freiwerdende Arbeitskraft in anderen Tätigkeiten gewinnbringend eingesetzt werden kann.

Die Gemeinsame Agrarpolitik strebt vor allem die Erreichung von vier Zielen an: faire Preise für die Konsumenten, Steigerung der Produktivität in der Produktion, angemessene Einkommen für die in der Landwirtschaft Beschäftigten und Marktstabilität. Für den Milchsektor gibt es keine speziellen Ziele, die nicht bereits in den allgemeinen Zielen angesprochen wären.

Die schrittweise Liberalisierung des Milchmarktes wird zur Folge haben, dass sich die Milchbetriebe noch stärker spezialisieren, um Kostenvorteile zu erzielen. Die Beseitigung von wachstumshemmenden Produktionsbeschränkungen dürfte in der EU zur Steigerung der Produktivität in der Milchwirtschaft beitragen. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit verbessert daher auch die Aussichten, auf dem weltweit wachsenden Milchmarkt Absatzmöglichkeiten zu finden. Somit dürfte auch das Ziel fairer Preise für die Konsumenten besser zu erreichen sein.

Die Erreichung des Ziels der Marktstabilität (stabile Versorgung und stabile Preise) kann durch den Abbau der Mengensteuerung beeinträchtigt werden. Wie die Preisentwicklung im Jahr 2007 gezeigt hat, sind eine stärkere Fluktuation der Preise und höhere Unsicherheit über die Erlöse zu erwarten. Volatilere Preise sind eine absehbare Folge einer Verringerung von Markteingriffen. Auf Ebene der EU können Instrumente entwickelt werden, die das Preisrisiko in der Produktion verringern helfen (etwa Versicherungen oder langfristige Kontrakte mit garantierten Preiskomponenten).

In Österreich wird Milch vor allem in kleinen Betrieben unter erschwerten natürlichen Standortvoraussetzungen produziert. Die Milchproduktion konzentriert sich zunehmend in den Alpen, und zwar wegen der niedrigeren Opportunitätskosten. Regionen wie das Burgenland, das nördliche Niederösterreich, die Zentralräume um Linz und Wien haben als Standorte der Milchproduktion an Attraktivität verloren. In Österreich wurde die Milchquote in der Vergangenheit immer vollständig ausgenutzt und wurde auch häufig überschritten. Dies kann als Indiz für eine hohe Wettbewerbsfähigkeit der Milchproduktion im europäischen Vergleich interpretiert werden. Maßgebend sind dafür aber nicht die geringen Produktionskosten. Im Gegenteil zeigen internationale Vergleiche, dass Österreich neben der Schweiz zu den Ländern mit der ungünstigsten Kostenstruktur zählt, nicht zuletzt wegen der hohen Quotenkosten (Kirner, 2004). Vor allem die Maßnahmen des Programms der Ländlichen Entwicklung (der "zweiten Säule" der Gemeinsamen Agrarpolitik) tragen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei, da die Fixkosten dank der Förderungen nicht vollständig aus dem Produktionserlös finanziert werden müssen.

Bis zur zweiten Hälfte des Jahres 2007 herrschte unter den Beobachtern der Gemeinsamen Agrarpolitik weitgehend Konsens darüber, dass die Ausdehnung oder Abschaffung der Milchquoten eine Senkung der Agrarpreise in der EU bewirken würde. Preissteigerungen wurden zwar für möglich gehalten, aber als höchst unwahrscheinlich eingeschätzt (Grams, 2004). Eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie stützt diese Einschätzung. Sie kommt zum Ergebnis, dass die Abschaffung der Quoten die Preise um etwa 10% dämpfen dürfte. Die Ausweitung der Produktion um 5% reicht nicht aus, um die Erlösminderungen für die Landwirtschaft wettzumachen (Réquillart, 2008). Derzeit ist noch nicht zu erkennen, ob sich die Weltmarktpreise von Milchprodukten tatsächlich auf einem höheren Niveau als in der Vergangenheit stabilisieren werden. Sollte dies der Fall sein, dann dürfte die von der EU angestrebte "sanfte Landung" zum Ausstieg aus der Milchquotenregelung tatsächlich möglich sein. Falls sich die Marktsituation allerdings eintrübt und die Milchpreise auf dem Binnenmarkt sinken, dürfte der Übergang in das neue System schwieriger sein als derzeit absehbar.

aiz Pressedienst International, "Health Check und Milchquoten bestimmten EU-Agrarministerrat", 22. Jänner 2008, (11953).

Schlussfolgerungen

Literaturhinweise

- Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), Fragen im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Milchkontingentierung, Bern, 2005, <http://www.blw.admin.ch/themen/00005/00046/index.html?lang=de> (abgerufen am 28. 2. 2008).
- Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), Agrarbericht 2007, Bern, 2007.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (BMLF), Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1978, Wien, 1979.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Grüner Bericht 2007, Wien, 2007.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Milchbericht. Bericht zur Ausgestaltung der Milchmarktordnung und der flankierenden Maßnahmen nach dem Ausstieg aus der Milchkontingentierung ab Mai 2009, Bern, 2005.
- European Commission, "Dairy Market: Commission Proposes 2 Percent Increase in Milk Quotas From April 2008", RAPID Press Release, 2007, (IP/07/1913).
- Grams, M., Analyse der EU-Milchmarktpolitik bei Unsicherheit, Dissertation an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, 2004.
- Harris, D., "Industry Adjustment to Policy Reform – A Case Study on the Australian Dairy Industry", Rural Industries Research and Development Corporation, RIRDC Publication, 2005, (05/110).
- Kirner, L., "International Competitiveness of Austrian Milk Production – Results From the IFCN Network", Die Bodenkultur, 2004, 54(4), S. 221-229.
- Kirner, L., "Schriftliche Befragung von Milchbauern und Milchbäuerinnen", in Kirner, L., Rosenwirth, Ch., Schmid, E., Sinabell, F., Tribl, Ch., Analyse von möglichen Szenarien für die Zukunft des Milchmarktes in der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf die österreichische Milchwirtschaft, Studie der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien, 2007, S. 36-61.
- Profeta, A., Balling, R., Enneking, U., "Geschützte Herkunftsangaben – Status Quo und Entwicklung der Nutzung der Verordnung (EWG) 510/2006", Agrarwirtschaft, 2006, (8), S. 353-358.
- Réquillart, V., Economic Analysis of the Effects of the Expiry of the EU Milk Quota System, Institut d'Economie Industrielle, INRA, Toulouse, 2008, http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/milk/index_en.htm (abgerufen am 7. 4. 2008).
- Schlieckau, A., Paumann, Ch., Theussen, L., "Wie wettbewerbsfähig sind Österreichs Molkereien?", top agrar Österreich, 2008, (1), S. 8-12.
- Sinabell, F., Schmid E., "Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(6), S. 425-440, http://www.wifo.ac.at/wifo/jsp/index.jsp?fid=23923&id=24272&typeid=8&display_mode=2.
- Sumner, D. A., Wolf, C. A., "Quotas Without Supply Control: Effects of Dairy Quota Policy in California", American Journal of Agricultural Economics, 1996, 78(May), S. 354-366.
- von Schlippenbach, V., Gay, H., "Höhere Qualität bei Lebensmitteln durch gesetzlich geschützte Herkunftsangaben", die Wochenbericht, 2007, (24), S. 377-385.
- Wesselink, W., "Kein Land der Glückseligen", dlz agrarmagazin, 2007, (7), S. 132-135.
- Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP), Marktbilanz Milch 2007, Bonn, 2007.

Reform of the EU's Dairy Regime – Options for the Key Players: Summary

Thirty years ago, Austria introduced the milk quota regime in order to throttle production and keep domestic producer prices at a high level. The members of what was then the European Economic Community followed down the same road in 1984. The European Commission plans to discontinue the milk regime after 2015. The paper discusses the options available to EU bodies, national agricultural policy decision-makers, dairy farmers and the dairy industry. The EU could prepare for a "soft exit" by extending the quota and facilitating trade ability. At national level, agricultural policy could help reduce the adaptation costs of affected operators within the scope of the rural development programme.

Marcus Scheiblecker et al.

Österreichs Wirtschaft im Jahr 2007: Konjunkturaufschwung erreicht seinen Höhepunkt

Die österreichische Wirtschaft expandierte im Jahr 2007 um 3,4%. Damit stieg das Bruttoinlandsprodukt zum zweiten Mal in Folge real um mehr als 3%. Der Wachstumsimpuls ging abermals vom Export aus, während sich der Konsum der privaten Haushalte untypisch schwach entwickelte. Die Investitionsnachfrage sprang im Jahr 2007 an, ihre Dynamik blieb jedoch schwächer als in früheren Aufschwungphasen. Dank der guten Konjunktur war die Arbeitsmarktlage im Jahr 2007 sehr günstig: Die Beschäftigung wurde erheblich ausgeweitet, und die Arbeitslosigkeit ging anhaltend zurück.

Die einzelnen Kapitel dieses Berichts werden jeweils von den Autorinnen und Autoren gezeichnet.

Die Weltwirtschaft wuchs 2007 noch sehr dynamisch: Nach real +5% im Jahr 2006 nahm die Produktion um 4,7% zu. Allerdings ging im Jahresverlauf von den USA eine Verlangsamung der Expansionskräfte aus. Auch in Europa schwächte sich die Konjunktur gegen Jahresende etwas ab. Robust entwickelte sich die Wirtschaft hingegen in Asien.

Im Sommer 2007 wurde in den USA eine Finanzkrise offenkundig: Viele der in den letzten Jahren reichlich mit billigen Krediten versorgten privaten Haushalte gerieten mit dem Anstieg der Zinssätze in Zahlungsschwierigkeiten. Viele dieser vor allem über Hypotheken besicherten Kredite erwiesen sich als uneinbringlich und mussten über die Veräußerung von Immobilien beglichen werden. In der Folge verfielen die Grundstückspreise; das verringerte wieder die Deckungsgrundlage der noch ausstehenden hypothekarisch besicherten Forderungen. Aufgrund der verbreiteten Praxis der Verbriefung solcher Forderungen und des Handels mit diesen Wertpapieren auf den internationalen Finanzmärkten waren auch viele ausländische Investoren von diesen Geschehnissen betroffen. Die Banken agierten in der Kreditvergabe untereinander vorsichtiger. Einige Notenbanken sahen sich deshalb veranlasst, den Märkten zusätzliche Liquidität zur Verfügung zu stellen, um einer drohenden Kreditverknappung entgegen zu wirken.

Die privaten Haushalte hatten in den USA aufgrund ihrer hohen Vermögensbestände 2007 kaum mehr Ersparnisse aus dem laufenden Einkommen gebildet; nun verlor ihr Immobilienbesitz beträchtlich an Wert. Das Wachstum des privaten Konsums schwächte sich gegen Jahresende ab, jedoch ergab sich noch kein Rückgang. In der Folge verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in den USA von 2,9% im Jahr 2006 auf 2,2% im Jahresdurchschnitt 2007.

Im Verlauf des Jahres 2007 gewann der Euro gegenüber dem Dollar abermals erheblich an Wert und erreichte mit 1,49 \$ den höchsten Kurs seit seiner Einführung. Auch die Rohölnotierungen auf den internationalen Märkten folgten weiter dem Aufwärtstrend der letzten Jahre; sie verdoppelten sich innerhalb des Jahres 2007 nahezu. Gegen Jahresende war zudem eine deutliche Beschleunigung des Preisauftriebs von Agrarprodukten festzustellen. Dennoch stiegen die Weltmarktrohstoffpreise um nur 3,7%.

Im Jahr 2007 expandierte Chinas Wirtschaft weiterhin kräftig und erzielte abermals ein Wachstum von über 11%. Nach der teilweisen Aufhebung der Dollarbindung des Wechselkurses ergab sich im Jahresverlauf eine kontinuierliche leichte Aufwertung

des Renminbi gegenüber dem Dollar um etwas mehr als 5%. Dies dürfte aber die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Exportwirtschaft mittelfristig kaum belasten.

Die japanische Wirtschaft wuchs 2007 um 2,1%, nur wenig langsamer als im Jahr zuvor (+2,4%). Im Jahresverlauf war keine einheitliche Tendenz festzustellen: Zu Beginn und Ende des Jahres weitete sich das BIP kräftig aus, während es im II. Quartal zurückging (-0,4% saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) und im III. Quartal schwach blieb. Die hartnäckige Deflationsphase scheint überwunden zu sein, im Jahr 2007 war aber auch keine Inflation zu beobachten (Jahresinflationsrate 0%). Erst gegen Jahresende kam durch das Anziehen der Preise von Erdöl- und Agrarprodukten ein Preisauftrieb in Gang.

Europas Wirtschaft setzt 2007 Aufschwung fort

Sowohl im Euro-Raum als auch in der gesamten EU hielt das starke Wirtschaftswachstum 2007 an. Der Schwung ließ aber gegen Jahresende vorübergehend leicht nach.

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU im Jahr 2006 um 3% gestiegen war, verzeichnete sie im Jahr 2007 mit +2,9% ein ähnlich starkes Wachstum. Der lebhafte Außenhandel bildete neuerlich eine wichtige Stütze der Konjunktur. Der Export in die Länder außerhalb der EU 27 erhöhte sich nominell um 6,2%, der Import aus dieser Region um 5%. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden mit real +5,3% etwas schwächer ausgeweitet als im Jahr zuvor, und auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte erreichten mit knapp +2% nicht mehr ganz die Dynamik des Vorjahres.

Die Wirtschaft in den seit 2004 neu hinzugekommenen Mitgliedsländern wuchs mit +6% abermals stärker als im Durchschnitt der anderen EU-Länder. Im Euro-Raum war das Wachstum mit real 2,6% etwas schwächer als im Jahr zuvor (2,9%) und übertraf jenes der USA (2007: 2,2%). Die Konjunkturimpulse gingen auch hier vom Export und besonders den Ausrüstungsinvestitionen aus. Der Konsum der privaten Haushalte entwickelte sich hingegen unterdurchschnittlich. Dabei spielte der Sondereffekt der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in Deutschland eine Rolle. Im II. Quartal erreichte die Kapazitätsauslastung im Euro-Raum ihren Höhepunkt. Gegen Jahresende war eine leichte Verringerung der Wirtschaftsdynamik zu verzeichnen, das saisonbereinigte Wachstum gegenüber der Vorperiode verringerte sich von 0,7% im III. auf 0,4% im IV. Quartal. Im WIFO-Konjunkturtest beurteilten die Unternehmen gegen Ende 2007 ihre Auftragslage weiterhin als zufriedenstellend, allerdings verstärkte sich die Skepsis hinsichtlich der Entwicklung in naher Zukunft.

Im Jahresdurchschnitt 2007 betrug die Inflationsrate im Euro-Raum 2,1%. Sie war damit etwa gleich hoch wie 2006 (2,2%). Gegen Jahresende beschleunigte sich der Preisauftrieb jedoch aufgrund der starken Verteuerung von Rohöl und Agrarprodukten erheblich (November und Dezember jeweils 3,1%). Im 1. Halbjahr 2007 hob die EZB den Leitzinssatz zweimal um je 0,25 Prozentpunkte an. Seither blieb der Leitzinssatz trotz der Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Gegensatz zu den USA unverändert, jedoch sah sich die Notenbank mehrmals dazu veranlasst, zusätzliche Liquidität bereitzustellen.

Der Arbeitsmarkt reagierte in Europa deutlich auf die anhaltend gute Konjunkturlage. Im Durchschnitt des Euro-Raums stieg die Beschäftigung im Jahr 2007 um fast 2½ Mio. bzw. 1,7% (nach +1,6% im Jahr 2006). In der gesamten EU betrug die Zunahme rund 3½ Mio. bzw. 1,6% (2006 ebenfalls +1,6%). Gleichzeitig verringerte sich die Arbeitslosenquote im Euro-Raum von 8,2% auf 7,4% und im Durchschnitt der EU von 8,2% auf 7,1%.

Nach jahrelanger Stagnation expandierte die deutsche Wirtschaft 2007 zum zweiten Mal in Folge kräftig. Obwohl die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um 3 Prozentpunkte den privaten Konsum nach den Vorziehkäufen des Vorjahres dämpfte, erhöhte sich das BIP real um 2,5% (2006 +2,9%). Dank der guten internationalen Konjunktur wuchs die Exportwirtschaft abermals kräftig. Mit der Zunahme der Kapazitätsauslastung in der deutschen Wirtschaft wurden auch vermehrt Erweiterungsinvestitionen getätigt. Dadurch wurde die Investitionsnachfrage zur zweiten Säule des Aufschwungs.

Der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft, der 2005 eingesetzt hatte, hielt 2007 an. Die Wachstumsrate lag mit 3,4% abermals deutlich über 3% und war damit eine der höchsten im Euro-Raum. Im Jahresverlauf ließ die Dynamik allerdings immer mehr nach: Im I. Quartal erhöhte sich das BIP um Saison- und Arbeitstageeffekte bereinigt gegenüber der Vorperiode um 0,9%, im IV. Quartal um nur noch 0,6%.

Auch 2007 kamen die Wachstumsimpulse aus dem Ausland. Die Steigerung der gesamten Ausfuhr beschleunigte sich 2007 weiter auf über 8%. Die Zuwachsrate war für die Waren- und die Dienstleistungsexporte gleich hoch. Im Gegensatz zu den zwei Jahren zuvor verstärkte sich das Wachstum der Warenausfuhr in die EU 27, während jenes in die anderen Länder nachließ. Vor allem die Lieferungen in die anderen Länder der EU 15 gewannen an Dynamik. Das weist auf eine verstärkte Binnenorientierung der Konjunktur im Euro-Raum hin.

Die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar im Jahresverlauf 2007 wirkte sich noch wenig auf den heimischen Außenhandel aus. Erstmals wieder seit 2004 erhöhte sich der real-effektive Wechselkursindex, die Marktanteile konnten aber gehalten werden. Die relativen Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern sanken 2007 leicht, sodass sich die Wettbewerbsfähigkeit verbesserte.

Die Nachfrage nach Anlagegütern erhöhte sich 2007 real um 4,8% und somit stärker als im Jahr 2006 (+3,8%). Damit bildete sie nach dem Export die zweite Säule des Konjunkturaufschwungs. Innerhalb dieser Nachfragekomponente verlagerte sich die Investitionstätigkeit von den Bauten zu den Ausrüstungen.

Insgesamt expandierten die Bauinvestitionen real um 3,7%; dabei wuchsen die Wohnbauinvestitionen mit real +0,8% deutlich schwächer als die anderen Komponenten (+5,5%). 2006 war die Relation umgekehrt gewesen (Wohnbauinvestitionen real +6,3%, andere Bereiche +4,4%, insgesamt +5,1%).

Österreichs Wirtschaft 2007 erfolgreich

Nachdem Österreichs Wirtschaft bereits 2006 kräftig gewachsen war, verstärkte sich die Expansion 2007 neuerlich. Zum lebhaften Außenhandel kam nun auch eine rege Investitionsnachfrage. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entwickelten sich hingegen ungewöhnlich verhalten.

Die Investitionsnachfrage verstärkte sich 2007 weiter, erreichte aber nicht die in einem Konjunkturaufschwung übliche Dynamik.

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Real

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	+ 4,0	- 1,9	- 0,3	+ 0,5
Bergbau ¹⁾	+ 7,3	- 0,6	+ 9,5	+ 0,7
Sachgütererzeugung	+ 2,3	+ 3,2	+ 8,8	+ 7,2
Energie- und Wasserversorgung	+ 5,6	- 0,2	+ 8,2	- 0,8
Bauwesen	+ 0,5	+ 1,8	+ 4,7	+ 3,3
Handel ²⁾	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,8	+ 2,5	+ 4,6	+ 4,0
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 5,9	+ 0,7	+ 4,8	+ 3,2
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 4,8	+ 3,6	+ 2,2	+ 5,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	- 0,4	+ 2,2	+ 1,8	+ 0,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,5	+ 3,3	+ 1,9	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche⁵⁾	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,8	+ 3,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Während die Baunachfrage im Jahr 2007 also an Dynamik verlor, verstärkte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen (2007 real +6,3% nach 2006 +1,5%, 2005 +1%). Die Ausrüstungsinvestitionen sprangen im aktuellen Aufschwung relativ spät an, und auch ihre Steigerung blieb hinter der in früheren Aufschwungsphasen zurück. So war diese Nachfragekomponente im Jahr 2000 real um über 12% gestiegen, nachdem sie bereits in den zwei Jahren zuvor um jeweils über 5½% expandiert hatte.

Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen verteilte sich 2007 recht ungleich auf Fahrzeuge und Maschinen: Während die Nachfrage nach Maschinen real um 4,3%

zunahm (2006 +7%), stieg jene nach Fahrzeugen um 13,3%. Teilweise war dies eine Folge des starken Rückgangs um 13,7% im Jahr 2006.

Keine Belebung der Konsumnachfrage

Nachdem der Konsum der privaten Haushalte bereits in den Jahren zuvor real um nur jeweils rund 2% gewachsen war, belebte sich diese wichtige Nachfragekomponente auch 2007 nicht.

Die starke Ausweitung der Beschäftigung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit verbesserten 2006 und 2007 die Rahmenbedingungen für eine Ausweitung der Konsumnachfrage. Die Konsumentenumfragen spiegelten nun vermehrt Optimismus wider. Bis Mitte 2007 stützte sich die Verbesserung des Konsumklimas ausschließlich auf die günstigere Arbeitsmarktlage und die positive Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage. Erst dann stieg auch der Optimismus der Befragten hinsichtlich der eigenen finanziellen Lage. Obwohl damit eine entscheidende Voraussetzung für eine Zunahme der Ausgabenbereitschaft der Haushalte gegeben war, verstärkten sich die Konsumausgaben nicht.

Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Real

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,4
Staat	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5
Bruttoinvestitionen	+ 1,2	- 1,3	+ 3,7	+ 6,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,8
Ausrüstungen	- 2,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 6,3
Bauten	+ 1,3	+ 0,1	+ 5,1	+ 3,7
Inländische Verwendung	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,3
Exporte	+ 8,2	+ 6,2	+ 7,5	+ 8,1
Importe	+ 6,8	+ 5,0	+ 5,6	+ 6,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 3: Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	2007 Mrd. €	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	272,77	+ 5,8
Minus Exporte	159,00	+ 9,9
Plus Importe	140,56	+ 8,0
Inländische Verwendung	254,33	+ 4,6
Konsumausgaben insgesamt	196,19	+ 3,6
Private Haushalte ¹⁾	147,90	+ 3,5
Staat	48,29	+ 4,0
Bruttoinvestitionen	58,14	+ 8,1
Bruttoanlageinvestitionen	56,46	+ 6,4
Ausrüstungen	21,07	+ 4,4
Bauten	32,58	+ 7,6
Vorratsveränderung ²⁾	1,68	.
Statistische Differenz	- 0,01	.

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die Bruttoverdienste pro Kopf nahmen 2007 mit + 2,7% im gleichen Ausmaß zu wie 2006 – angesichts der hervorragenden Arbeitsmarktlage eine sehr geringe Ausweitung. Weil zudem die Inflation Ende 2007 scharf anzog, stagnierten die Nettorealeinkommen pro Kopf im Jahresdurchschnitt nahezu (+0,1%). Diese beiden Faktoren ließen den Konsum der privaten Haushalte im Jahr 2007 real um nur 1,4% steigen, deutlich schwächer als in den Jahren 2006 (+2,1%) und 2005 (+2,0%).

Übersicht 4: Verteilung des Nettonationaleinkommens

Zu laufenden Preisen

	2007 Mrd. €	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	131,14	+ 4,8
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	112,38	+ 6,5
Produktionsabgaben minus Subventionen	29,24	+ 7,0
Bruttoinlandsprodukt	272,77	+ 5,8
Primäreinkommen an die übrige Welt	27,79	+ 7,6
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	24,65	+ 9,3
Bruttonationaleinkommen	269,63	+ 5,9
Minus Abschreibungen	38,21	+ 4,7
Nettonationaleinkommen	231,42	+ 6,1
Laufende Transfers an die übrige Welt	6,58	+ 6,9
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	4,18	+ 6,5
Verfügbares Nettonationaleinkommen	229,02	+ 6,1

Q: WIFO.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>				
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3
Unselbständige ²⁾	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4
<i>Arbeitslosenquote³⁾</i>	7,1	7,3	6,8	6,2
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>				
Aktiv Erwerbstätige ⁴⁾	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1
Sachgütererzeugung ⁵⁾	- 0,6	- 0,8	+ 0,2	+ 2,6
Ausländische Arbeitskräfte	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,4	+ 5,6
Geleistete Arbeitszeit pro Kopf der Beschäftigten, Sachgütererzeugung	+ 0,8	- 0,6	+ 0,2	- 0,3
Beschäftigungsquote ⁴⁾	62,3	62,8	63,6	64,6
<i>Lohnstückkosten⁷⁾</i>				
Gesamtwirtschaft (VGR)	- 0,6	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,5
Sachgütererzeugung	- 0,7	- 0,0	- 4,2	- 1,8
<i>Produktivität</i>				
BIP pro Kopf der Erwerbstätigen (laut VGR)	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,2
Sachgütererzeugung				
Je Beschäftigten ⁵⁾	+ 2,9	+ 4,0	+ 8,6	+ 4,5
Je geleistete Beschäftigtenstunde	+ 2,1	+ 4,6	+ 8,4	+ 4,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. –
¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Präsenzdienler, ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulungen) + Selbständige + Arbeitslose. –
²⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte + Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Angebot ohne Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. 2005 bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr. – ⁶⁾ Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre). – ⁷⁾ Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

Auch 2007 zählte die Sachgütererzeugung zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereichen in Österreich. Die lebhaftere Nachfrage aus dem Ausland ermöglichte eine reale Ausweitung der Wertschöpfung um mehr als 7%, nach fast 9% im Vorjahr. Allerdings verlor die Entwicklung ab dem II. Quartal deutlich an Schwung: Im I. Quartal stieg die Wertschöpfung um Saison- und Arbeitstageffekte bereinigt gegenüber der Vorperiode real noch um rund 2%, in den folgenden Quartalen lag die Rate dagegen jeweils knapp unter 1%. Wie der WIFO-Konjunkturtest zeigt, wurde der höchste Kapazitätsauslastungsgrad um die Jahresmitte erreicht. Dies dürfte den

**Sachgütererzeugung
dank Exportdynamik
kräftig gesteigert**

Konjunkturrückgang der Sachgütererzeugung markieren. Dafür spricht auch die Entwicklung der Wachstumsraten, die etwa ein halbes Jahr zuvor ihren Höhepunkt erreichten.

Vor dem Hintergrund der guten Wirtschaftslage weiteten die Sachgütererzeuger ihre Arbeitskräftenachfrage deutlich aus, um drohenden Personalengpässen vorzubeugen. Die Beschäftigung stieg um rund 2½% und damit so stark wie seit langem nicht mehr.

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,3
Exportpreise Waren	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,8
Importpreise Waren	+ 0,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 1,1
Weltmarktrohstoffpreise (Euro-Basis)	+ 18,5	+ 28,6	+ 19,6	+ 3,7
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	+ 0,6	- 0,4	- 0,7	+ 0,3
Waren	+ 0,5	- 0,9	- 1,3	+ 0,7
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 3,5	+ 4,4	+ 4,9
Je Beschäftigungsverhältnis laut VGR	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Übersicht 7: Außenhandel, Zahlungsbilanz

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+ 13,9	+ 5,4	+ 9,5	+ 10,1
Real	+ 12,5	+ 3,2	+ 6,8	+ 8,1
Importe, Waren				
Nominell	+ 12,5	+ 5,9	+ 8,0	+ 9,2
Real	+ 11,7	+ 2,8	+ 3,8	+ 8,1
Terms-of-Trade	+ 0,5	- 0,9	- 1,3	+ 0,7
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. €	- 1,25	- 1,79	- 0,46	+ 0,40
In % des BIP	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1
Leistungsbilanz (Accrual ¹⁾)				
Mrd. €	+ 4,94	+ 5,02	+ 6,31	+ 8,27
In % des BIP	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 3,0

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Neue Berechnungsmethode.

In der Bauwirtschaft nahm die Wertschöpfung 2007 mit real +3,3% schwächer zu als im Jahr zuvor (+4,7%). Ihre Expansion wurde durch die verhaltene Wohnbaunachfrage gedämpft. Ähnlich wie in der Sachgütererzeugung war das I. Quartal 2007 noch von besonderer Dynamik geprägt – vor allem das milde Winterwetter ermöglichte eine Expansion der um Saison- und Arbeitstageffekte bereinigten Wertschöpfung um real 0,7%. In den Folgeperioden ging das Wachstum auf je ½% zurück.

Kräftig gesteigert wurde 2007 auch die Wertschöpfung der unternehmensnahen Dienstleistungen (Realitätenwesen real +5,5%, Verkehr und Telekommunikation +4%, Banken- und Versicherungswesen +3,2%). Unterdurchschnittliche Zuwächse wiesen der Handel (+0,7%), das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (+1,9%) und die Erbringung öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen auf.

Weitere Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Das nahezu unverändert kräftige Wirtschaftswachstum schlug sich 2007 in einer noch stärkeren Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt nieder als 2006. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt um 65.500 (+2,1%), nachdem 2006 bereits ein Anstieg um rund 51.500 (+1,7%) zu verzeichnen gewesen

war. Vor allem in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft stellten die Unternehmen zusätzliche Arbeitskräfte ein.

Zugleich ging die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen deutlich zurück, wenngleich nicht im selben Ausmaß (rund -17.000 Personen, -7,1%, 2006 -13.500, -5,3%). Dies ermöglichte einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,2% nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode (2006 6,8%, 2005 7,3%). Nach Eurostat-Berechnungsmethode betrug die Quote 2007 4,4%. Damit wies Österreich die fünftniedrigste Arbeitslosenquote unter den EU-Ländern auf.

Marcus Scheiblecker (Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at)
Statistik: Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at)

Die internationalen geld- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden seit Anfang dieses Jahrzehnts durch mehrere singuläre Faktoren bestimmt, deren Zusammenwirken in direkter Beziehung mit den Finanzmarkturbulenzen im Jahr 2007 steht.

Hypothekarkreditkrise erschüttert Funktionalität des internationalen Finanzsystems

Der heimische Arbeitsmarkt reagierte 2007 deutlicher auf den Konjunkturaufschwung als im Jahr zuvor. Das Beschäftigungswachstum beschleunigte sich abermals, und die Arbeitslosigkeit konnte verstärkt abgebaut werden.

Abbildung 1: Nominelle und reale langfristige Zinssätze



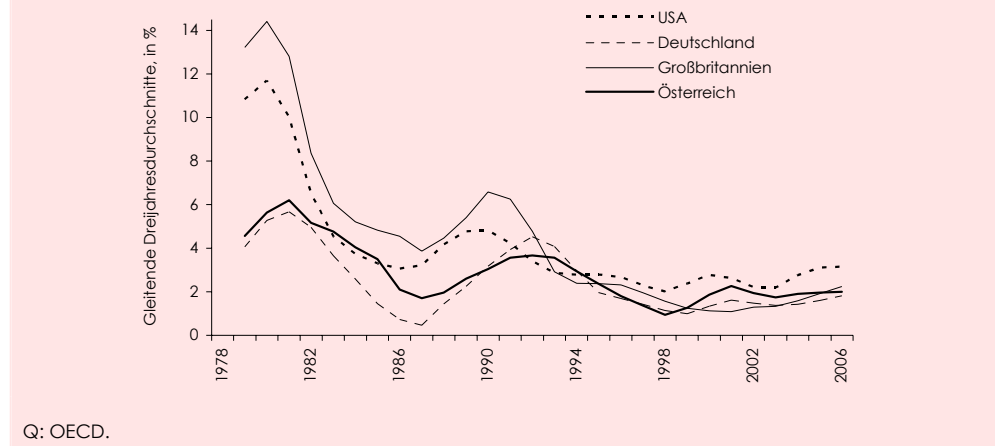
Q: OeNB, OECD.

Die ständige Verlangsamung des Preisauftriebs in den Industrieländern bewirkte seit Mitte der letzten Dekade einen signifikanten Rückgang der Inflationserwartungen und damit auch der langfristigen Zinssätze¹⁾. Die Preisdynamik auf den Gütermärkten hatte sich gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts bereits in einem Ausmaß verlangsamt, dass in einzelnen Industrieländern sogar eine Deflation drohte. Die langfristigen Zinssätze verharren seither in diesen Ländern nominell und real auf historisch niedrigem Niveau. Selbst der seit 2004 vollzogene Wechsel von einer akkommodie-

¹⁾ Die Verschärfung des Wettbewerbs auf den Gütermärkten, ausgelöst durch Deregulierung und Globalisierung, und eine vorrangig an Preisstabilität orientierte Geldpolitik brachten in den Industrieländern eine nachhaltige Verringerung der tatsächlichen und erwarteten Inflationsdynamik mit sich.

renden zu einer restriktiven Geldpolitik brachte insbesondere in den USA und in Europa keinen nachhaltigen Anstieg des langfristigen Zinsniveaus. Diese ungewöhnliche Entwicklung wurde durch einen deutlichen Überhang an Kapital und Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten gestützt. Ein Sparaufkommen, welches das realwirtschaftliche Investitionsvolumen im globalen Maßstab deutlich überstieg, und die dollarorientierte Währungspolitik einzelner großer aufstrebender Volkswirtschaften (z. B. China und Indien) sorgten für einen überdurchschnittlich starken und stetigen Liquiditätsstrom in das internationale Finanz- und Bankensystem²⁾.

Abbildung 2: Langfristige Inflationsdynamik



Günstige Rahmenbedingungen und neue Risikotransformöglichkeiten erzeugen Stabilitätsillusion

Neben der reichlichen Verfügbarkeit von liquidem Kapital wirkte sich auch die rasche Verbreitung von neuen Finanzinstrumenten, insbesondere in Form von Kreditderivaten und Verbriefungsprodukten, stark dämpfend auf Zinssätze und Risikobewertung aus³⁾.

Diese Konstellation von außerordentlich günstigen Markt- und Systembedingungen ließ die erwartete und tatsächliche Volatilität auf den internationalen Kredit- und Kapitalmärkten (und damit auch die von Investoren erwarteten Risikoprämien) auf ein ungewöhnlich niedriges Niveau sinken. Das Vertrauen in Stabilität, Liquidität und Effizienz des internationalen Finanzsystems war bei den meisten Marktteilnehmern gefestigt wie selten zuvor. Insbesondere von den neu entstandenen Märkten für Kreditrisikotransfer wurde eine nachhaltige Stärkung der Widerstandskraft des Banken- und Finanzsystems gegenüber adversen Schocks und Marktverwerfungen erwartet. Die verbesserte Allokation von Kreditrisiken durch effizientere Preisbildung und die breitere Streuung dieser Risiken in Form marktfähiger Kreditderivate wurden von Marktteilnehmern und Aufsichtsbehörden grundsätzlich positiv bewertet und als substantieller Beitrag zur Stärkung der Finanzierungs- und Liquiditätsfunktion des internationalen Finanzsystems angesehen. Die kräftige Beschleunigung des Kreditzyklus sowie eine ungewöhnlich markante Lockerung der Kreditstandards seit Anfang dieses Jahrzehnts wurden daher vor dem Hintergrund dieser neuen, vermeintlich gefestigten Marktstrukturen überwiegend als lediglich temporäre Anpassungsstörung unter neuen Systembedingungen gedeutet.

²⁾ Diese Länder halten vor allem überdurchschnittlich hohe Dollarreserven, um den Wechselkurs ihrer Währung gegenüber dem Dollar, der Währung ihres wichtigsten Handelspartners, nachhaltig und glaubhaft stabilisieren zu können.

³⁾ Kreditderivate sind Finanzprodukte, die eine Trennung von Kreditrisiko und Kreditfinanzierung ermöglichen. Sie zielen darauf ab, einzelne isolierte Kreditrisiken marktfähig und handelbar zu machen. Verbriefungsprodukte basieren hingegen auf einer Vielzahl von Kreditbeziehungen, die zu einem Sondervermögen zusammengefasst werden, bevor das Kreditrisiko separiert und handelsfähig gemacht wird. Das wichtigste Kreditderivat ist der "Credit Default Swap" (CDS), der zur Sicherung gegen Ausfallrisiken eingesetzt wird. Die "Asset Backed Securities" (ABS) zählen zu den gebräuchlichsten Verbriefungsinstrumenten: Sie bündeln eine Reihe von homogenen Kreditforderungen (z. B. Hypothekarkredite, Konsumkredite) und machen sie zu handelbaren und marktfähigen Titeln. Besonders dynamisch entwickelte sich der Markt für Collateralized Debt Obligations (CDO). CDO verbriefen zumeist heterogene Kreditforderungen an nichtfinanzielle Unternehmen.

Zunehmende Risikoindifferenz bei gleichzeitig hoher Renditenerwartung, günstige und vermeintlich stabile Finanzierungsbedingungen, vor allem aber die neuen Möglichkeiten der Risikostreuung durch Verbriefung und Transfer von Kreditrisiken bewogen seit Anfang dieses Jahrzehnts viele Banken, vor allem in den USA, vermehrt auch solchen Kundengruppen Kredite zu gewähren, die bisher als nicht oder nur sehr begrenzt kreditwürdig galten. Besonders dynamisch entwickelten sich dabei die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit einem "Non-investment-grade-Rating" (leveraged loans) und hypothekarisch besicherte Wohnbaukredite an private Haushalte mit weit unterdurchschnittlichem bzw. unregelmäßigem Einkommen (Subprime-Hypothekarkredite). Am stärksten weiteten die Banken in den USA die Neukredite im Subprime-Marktsegment in den Jahren 2004 bis 2006 aus⁴⁾.

Die massive "Vermarktung" dieser – vor allem aus systemischer Sicht – besonders risikoreichen Kredite durch komplexe (und oftmals mehrstufige bzw. intransparente) Verbriefungsprodukte und Kreditderivate überforderte jedoch Effizienz und Funktionalität der Märkte für Kreditrisikotransfer. Sie erwiesen sich als nicht gefestigt genug für die effiziente Intermediation und Verteilung dieser nur sehr schwierig zu bewertenden Kreditrisiken. Damit ging auch die grundsätzlich systemstabilisierende Wirkung dieser Finanzinnovationen verloren. Die Gefahren von versteckten systemischen Risiken ("tail risks") im Zusammenhang mit der Intermediation von Kreditrisiken, insbesondere von "Subprime-Risiken", aber auch mit dem überdurchschnittlich raschen Wachstum von sehr komplexen Kreditderivaten traten deutlich in den Vordergrund. Die hohe Konzentration in der Intermediation von Kreditrisiken wurde zur Gefahrenquelle für die Stabilität des gesamten Finanzsystems. Die große Komplexität des Handels mit Kreditderivaten, die hochentwickelte Risikomanagementsysteme und spezifisches Know-how voraussetzen, erlaubt nur wenigen großen internationalen Banken, sich erfolgreich als Intermediär von Kreditrisiken, die zumeist weltweit gehandelt werden, zu etablieren⁵⁾. Diese Banken übernehmen häufig auch die Rolle von Market-Makers und sind dadurch Basisrisiken ausgesetzt, die nur von Instituten mit hoher Bonität und großer Marktpräsenz effizient gesteuert werden können. Hohe Konzentration erzeugt jedoch oft nur Liquiditätsillusion; Leistungsstörungen eines einzigen großen Intermediärs können bereits eine systemische Liquiditätsverknappung auslösen. Obgleich die Wahrscheinlichkeit einer Störung aufgrund der Erfahrung und des Know-how der marktbeherrschenden Intermediärbanken bis unmittelbar vor dem Ausbruch der jüngsten Finanzkrise als gering erachtet wurde, war durchwegs klar, welchen großen und systemgefährdenden Schaden ein tatsächlicher Störfall zur Folge haben würde⁶⁾.

Die gravierenden Finanzmarktstörungen seit Anfang 2007 hängen u. a. mit der steigenden Tendenz der Banken zur Aufsichtsarbitrage eng zusammen. Damit werden stark eigenkapitalbindende Kreditrisiken vom regulierten Bankensektor zu weniger regulierten Finanzbereichen (z. B. Versicherungen, Hedgefonds usw.) verlagert. Diese Form der Regulierungsarbitrage birgt eine systemische Gefahr, wenn Risiken von Akteuren übernommen werden, die unerfahren im Kreditgeschäft bzw. im Umgang mit Kreditderivaten sind oder nur über eine geringe Eigenkapitalstärke zur Abdeckung von unerwarteten Verlusten verfügen. Banken bündelten zur Entlastung ihres regulatorischen Eigenkapitals Teile ihres Kreditexposures zu hoch bewerteten strukturierten Verbriefungsprodukten und übertrugen diese Nichtbanken-Akteuren, u. a. speziellen Zweckgesellschaften, die diese langfristigen Anlageformen vorwiegend kurzfristig (z. B. durch Emission kurzfristiger Commercial Papers) refinanzierten. Die Zweckgesellschaften setzten sich durch diese extreme Fristentransformation überaus hohen Liquiditätsrisiken aus, die von Banken durch Bereitstellung entsprechender Kreditlinien abgedeckt wurden. Liquiditätsprobleme der Zweckgesellschaften fallen damit, vor allem wenn sie durch Marktstörungen (z. B. durch "Austrocknung" des Marktes für Commercial Papers) verursacht werden, auf die betroffenen Banken zurück. Aus der

Hohe Renditenerwartungen erhöhen Nachfrage nach risikoreichen Anlageformen

Finanzinnovationen erleichtern Aufsichtsarbitrage

⁴⁾ Der Anteil der Subprime-Wohnbaukredite stieg in den USA in diesen Jahren von etwa 3% auf über 13% der neu vergebenen Hypothekarkredite.

⁵⁾ Hohe Konzentration in der Intermediation ist typisch für nahezu alle Derivatmärkte. Handelssysteme für Derivate benötigen eine hohe Auslastung, um Skalenerträge zu erzeugen.

⁶⁾ Siehe dazu u. a. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Credit Risk Transfer, Report by the Committee on the Global Financial System, Basel, 2003 (<http://www.bis.org/publ/cgfs20.pdf?noframes=1>).

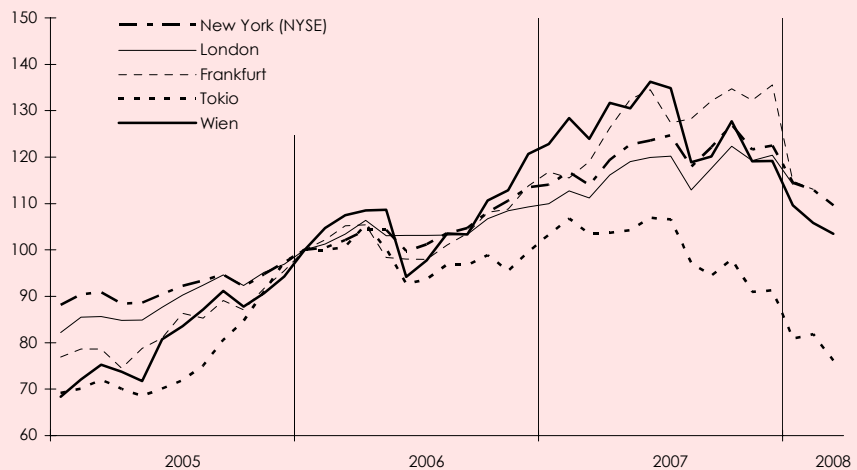
Komplexe Kreditderivate erschweren Umschuldung

Nähe einzelner Banken zu Hedgefonds und anderen Kapitalsammelstellen entstehen für diese aus Reputationsgründen zusätzlich implizite Verpflichtungen zur Liquiditätshilfe, gerade in Phasen mit Marktturbulenzen. Explizite und implizite Liquiditätslinien mit erheblichen potentiellen Finanzierungsverpflichtungen erzeugen daher vor allem bei starker Marktanspannung – wie seit Mitte 2007 – eine überdurchschnittliche Liquiditätspräferenz (bzw. Hortung von Liquidität) im Bankensektor.

Komplizierte Kontraktbeziehungen, wie jene aus dem Kreditrisikotransfer, erweisen sich dabei als äußerst hinderlich für eine geordnete und rasche Konsolidierung der Marktlage und damit für die rasche Wiederherstellung einer störungsfreien Liquiditätsversorgung im Finanzbereich. Die Vielfalt der Interessen, die vor allem die Revaluierung der Kreditderivate und die daraus resultierenden Umschuldungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen erschwert, verzögert die Marktanpassungsprozesse erheblich. Dies erhöht nicht nur die Ungewissheit über die Dauer der Marktverwerfungen, sondern auch über das Ausmaß des tatsächlichen direkten und indirekten Risikoexposures von Finanzinstitutionen und vertieft damit die Vertrauenskrise durch einen überdurchschnittlich hohen und ungewiss lang dauernden strategischen Liquiditätsaufbau im Bankensektor.

Abbildung 3: Internationale Börsenindizes

Jänner 2006 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD.

Neubewertung von Subprime-Risiken verursacht Liquiditätsschock im Bankensektor

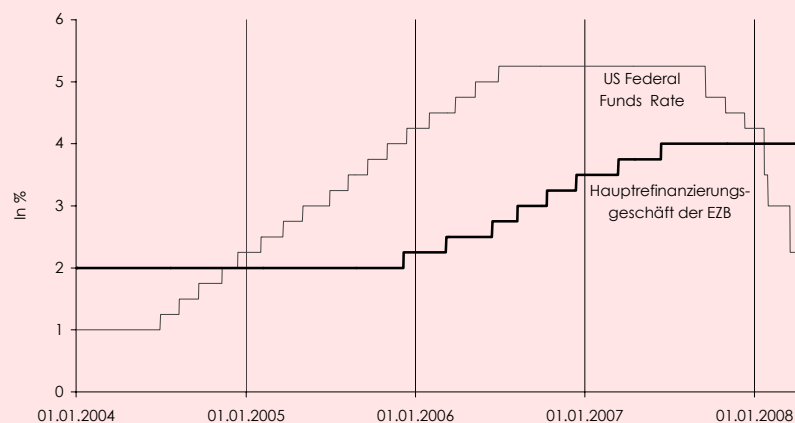
Die hohe Konzentration in der Intermediation von Kreditrisiken, die ungewiss hohen, latenten Finanzierungsverpflichtungen der Banken durch Verlagerung von Kreditrisiken in den Nichtbankensektor und die drohende Gefahr eines ungeordneten und mühsamen Anpassungsprozesses zur Revaluierung von Kreditderivaten verunsicherten die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte Anfang 2007 bereits so stark, dass eine längst überfällige und "von den Märkten" erwartete Korrektur auf dem Wohnungsmarkt der USA ausreichte, um eine Kaskade von Neubewertungen der Risiken auf nahezu allen Finanzmärkten auszulösen⁷⁾. Die anhaltende Unsicherheit über Ausmaß und Tiefe des Anpassungsbedarfs löste dann im Sommer 2007 den befürchteten Liquiditätszusammenbruch (liquidity meltdown) durch Hortung im Bankensektor aus.

Die dadurch verursachten massiven Störungen auf dem internationalen Geldmarkt werden seither durch gezielte und umfangreiche Maßnahmen der führenden Zentralbanken zur Liquiditätsstützung entschärft. Die Notenbank der USA versucht seit Sommer 2007 neben direkten Liquiditätshilfen auch durch deutliche Leitzinssatzsenkungen – von 5¼% auf nunmehr 2¼% – den Anpassungsprozess zu einem neuen Gleichgewicht im Finanzsektor zu beschleunigen. Das Eurosystem beschränkte sich

⁷⁾ Rating-Agenturen wird vorgeworfen, den Risikogehalt insbesondere von mehrfach gestaffelten Verbriefungsprodukten lange systematisch unterschätzt zu haben. Das überhastete und ungeordnete Down-Rating dieser Produkte verstärkte jedoch Misstrauen und Unsicherheit unter den Marktteilnehmern.

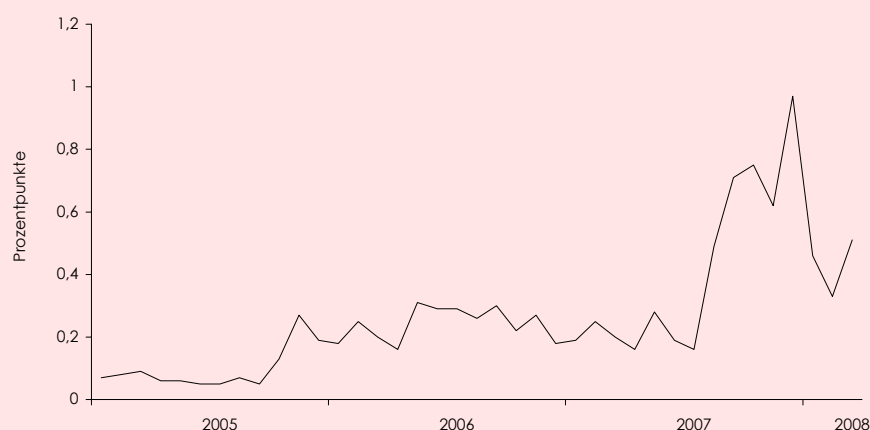
hingegen bisher auf die Bereitstellung von kurzfristigen Liquiditätlinien, nicht zuletzt um das Inflationsziel nicht zu gefährden. Die Europäische Zentralbank signalisierte mit einer zweimaligen Anhebung ihres Leitzinssatzes von 3½% auf zuletzt 4%, dass sie auch bei Marktturbulenzen dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet bleibt.

Abbildung 4: Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA



Q: EZB, Federal Reserve Board.

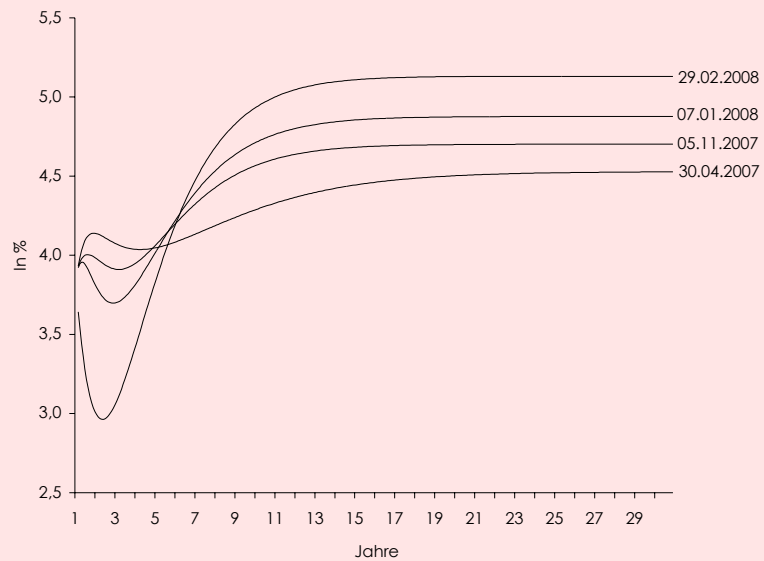
Abbildung 5: Differenz zwischen Taggeldsatz und Dreimonatssatz im Eurosystem



Q: OeNB.

Die liquiditätsstützenden Maßnahmen der Zentralbanken konnten zwar die Basisfunktionen des Geldmarktes – und damit die Funktionalität des gesamten Finanzsystems – aufrechterhalten und vor allem eine schockartige Übertragung auf die Realwirtschaft in den Industrieländern (etwa in Form von Kreditrationierung) verhindern. Die Verwerfungen im internationalen Finanzsystem ließen sich damit jedoch bisher nicht dauerhaft beheben. Die nach wie vor große Schwankungsbreite der mittel- bis längerfristigen Geldmarktsätze sowie die adverse Verformung der Zinsstrukturkurve bei Laufzeiten bis zu einem Jahr im Eurosystem spiegeln das anhaltend hohe Misstrauen unter den Banken wider. Die nur allmähliche Neuordnung der Risikopositionen, vor allem aus den direkten und indirekten Engagements auf Subprime-Märkten der USA, wird den notwendigen Anpassungsvorgang im Bankensektor bis weit in das Jahr 2008 hinein verzögern. Das internationale Finanzsystem bleibt daher weiterhin auf die Stabilitätskompetenz der führenden Zentralbanken angewiesen.

Abbildung 6: Entwicklung der Zinsstrukturkurve im Eurosystem



Q: EZB.

Österreichisches Bankensystem bleibt bisher von Finanzkrise größtenteils verschont

Trotz der internationalen Finanzkrise hielt das Wachstum der österreichischen Banken 2007 ungebrochen an. Die Bilanzsumme aller österreichischen Banken erreichte 900 Mrd. € und lag damit um knapp 13% über dem Ergebnis des Jahres 2006. Das überdurchschnittlich starke Bilanzsummenwachstum ist vor allem auf die dynamische Entwicklung der Auslandsaktiva zurückzuführen (fast +20%). Deren Anteil an der Bilanzsumme stieg damit auf 39%.

Übersicht 8: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

	2005	2006	2007	2005	2006	2007
		Mrd. €		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Aktiva						
Inländische Wertpapiere	60,1	58,2	59,6	+ 12,6	- 3,3	+ 2,4
Direktkredite	263,3	275,2	285,1	+ 4,7	+ 4,5	+ 3,6
An den öffentlichen Sektor	29,1	28,7	26,3	- 8,1	- 1,6	- 8,2
An Unternehmen	108,9	116,1	122,0	- 0,0	+ 6,5	+ 5,1
An private Haushalte	104,9	108,8	115,1	+ 10,7	+ 3,7	+ 5,8
Euro-Kredite	210,1	223,3	238,5	+ 3,1	+ 6,3	+ 6,8
Fremdwährungskredite	53,2	51,9	46,6	+ 11,2	- 2,4	- 10,3
Auslandsaktiva	245,9	293,5	351,0	+ 22,7	+ 19,4	+ 19,6
Passiva						
Sichteinlagen	58,1	62,0	68,5	+ 12,2	+ 6,9	+ 10,4
Termineinlagen	22,1	25,3	38,3	+ 9,1	+ 14,3	+ 51,5
Spareinlagen	136,9	139,8	146,1	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,5
Fremdwährungseinlagen	3,7	4,1	5,4	+ 34,2	+ 9,1	+ 32,3
Eigene Inlandsemissionen	84,1	97,2	121,1	+ 17,6	+ 15,4	+ 24,5
Auslandspassiva	234,8	259,3	273,4	+ 20,3	+ 10,4	+ 5,4
Bilanzsumme	725,7	797,8	899,5	+ 11,2	+ 9,9	+ 12,8

Q: OeNB.

Die gute Konjunktur sorgte 2007 für eine lebhaftere Nachfrage nach Krediten. Die Euro-Kreditvergabe stieg gegenüber dem Vorjahr um knapp 7%, die Fremdwährungskredite verzeichneten hingegen einen deutlichen Rückgang von mehr als 10% gegenüber 2006. Mit fast 90% der gesamten Fremdwährungskredite war hier der Schweizer Franken trotz einer Verringerung um knapp 6 Mrd. € die bedeutendste fremde Währung.

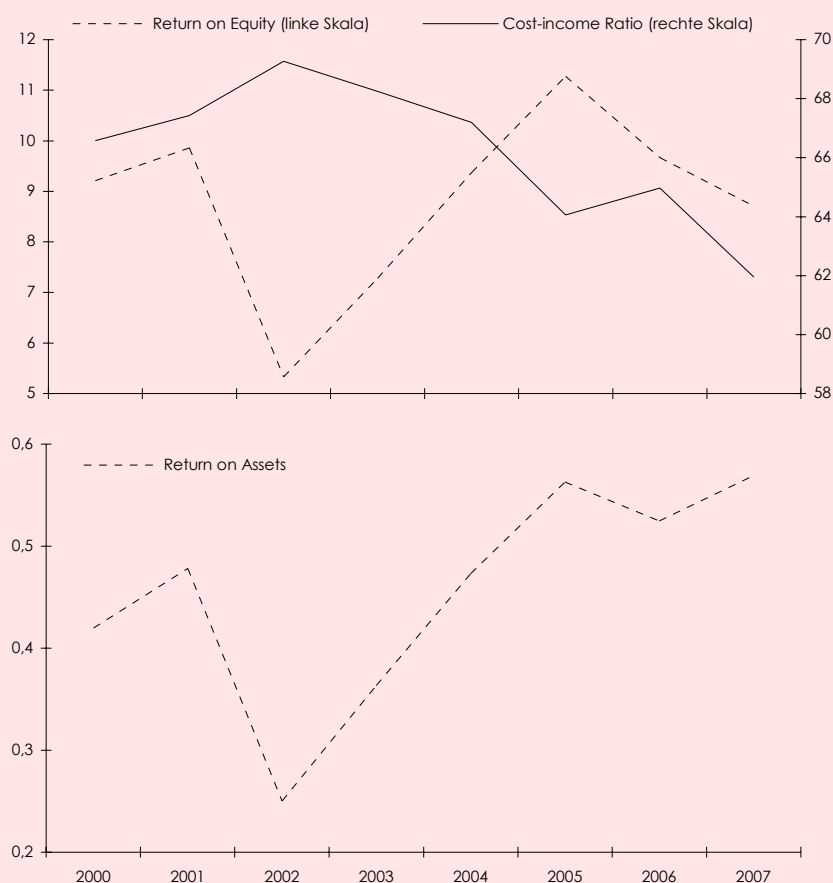
Die Unsicherheit auf den internationalen Finanzmärkten begünstigte vor allem das Wachstum der Einlagen bei den heimischen Banken; es übertraf die Vorjahresrate Ende 2007 mit knapp 12% beträchtlich. Am stärksten wurden mit über +51% die Ter-

mineinlagen ausgeweitet. Viele Marktteilnehmer schichteten Teile ihres Kapitals von volatilen Anlageformen in sichere Festgeldanlagen um, deren Ertragsmöglichkeiten zudem aufgrund der hohen Nachfrage der Banken nach Liquidität ab Mitte 2007 deutlich attraktiver wurden. Die Investmentfonds verloren 2007 knapp 7 Mrd. € an Veranlagungsvermögen in Form von Nettokapitalabflüssen; dem stand ein Kapitalzufluss durch Kursgewinne von lediglich 3,2 Mrd. € gegenüber.

Die Betriebserträge der Banken nahmen auch 2007 kräftig zu (über +5%). Die Steigerung der Nettozinserrträge (+3,2%) fiel 2007 wesentlich stärker aus als in den Vorjahren und war primär auf die erfolgreiche Auslandspräsenz der österreichischen Banken zurückzuführen. Um knapp 10% konnten die Nettoerträge aus dem Provisionsgeschäft gegenüber dem Vorjahresergebnis gesteigert werden. Aufgrund der hohen Dividendenausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen nahmen zudem die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen überdurchschnittlich zu (+22,3%).

Die zentralen Ertrags- und Effizienzkennzahlen des österreichischen Bankensystems verbesserten sich damit 2007 trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Der Return on Assets stieg auf knapp 0,6, und die Cost-income Ratio sank auf 62%, nicht zuletzt weil der Personalaufwand nahezu stagnierte. Der Return on Equity lag hingegen mit 8,7% aufgrund einer überdurchschnittlichen Aufstockung des Eigenkapitals (+34%) um 1 Prozentpunkt unter dem Vorjahresergebnis. Die Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken nach Basel I betrug 2007 knapp 18%.

Abbildung 7: Ertrags- und Kostenentwicklung der österreichischen Banken



Q: OeNB.

Die Konsolidierung des Bankstellennetzes kam 2007 zum Stillstand, die Zahl der Filialen erhöhte sich gegenüber 2006 sogar um 7 Bankstellen. Auch die Beschäftigung wurde (gemessen in Vollzeitäquivalenten) mit +2,6% deutlich stärker ausgeweitet als in den Vorjahren.

Die unmittelbaren Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Geschäftsentwicklung der österreichischen Banken halten sich bisher in engen Grenzen. Der Wertberichtigungsbedarf aus Wertpapieren und Beteiligungen belastete 2007 die österreichischen Banken mit 430 Mio. €; das entsprach lediglich 0,5% ihres Eigenmittelbestands. Allerdings ging aufgrund der Marktturbulenzen der Zinsvorteil Österreichs gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raums in einzelnen Kreditkategorien verloren: Wohnbaukredite verteuerten sich in Österreich 2007 überdurchschnittlich, da die Zinssätze wegen der zumeist variablen Konditionen an steigende Refinanzierungskosten rascher angepasst werden können als in Ländern, in denen Fixzinsvereinbarungen überwiegen.

Franz R. Hahn (Franz.Hahn@wifo.ac.at)

Statistik: Christa Magerl (Christa.Magerl@wifo.ac.at)

Exportwirtschaft nutzt günstige internationale Rahmenbedingungen

Der österreichische Export wuchs im Jahr 2007 erneut kräftig (real +8,1%). Maßgebend waren dafür die günstigen internationalen Rahmenbedingungen: Die Weltwirtschaft entwickelte sich wie in den Jahren zuvor äußerst dynamisch (2007 +4,7%), der Welthandel expandierte um 5,8%. Nominell verzeichnete Österreich vor diesem Hintergrund eine zweistellige Exportzuwachsrate (+10,1%), der Wert der Warenexporte erreichte 2007 114,2 Mrd. €. Ähnlich dynamisch wie die Ausfuhr entwickelten sich die Importe (real ebenfalls +8,1% gegenüber dem Vorjahr). Der Wert der Importe war mit 113,8 Mrd. € um 9,2% höher als 2006. Somit wurde erstmals seit 2002 und zum zweiten Mal seit 1953 ein Handelsbilanzüberschuss erzielt.

Übersicht 9: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export				Import				Saldo		Terms-of-Trade
	Werte Mrd. €	Veränderung	Real gegen in %	Preise das Vorjahr	Werte Mrd. €	Veränderung	Real gegen in %	Preise das Vorjahr	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr Mrd. €	In %
2004	89,8	+13,9	+12,5	+ 1,2	91,1	+12,5	+11,7	+ 0,7	- 1,3	0,8	+ 0,5
2005	94,7	+ 5,4	+ 3,2	+ 2,1	96,5	+ 5,9	+ 2,8	+ 3,0	- 1,8	- 0,6	- 0,9
2006	103,7	+ 9,5	+ 6,8	+ 2,6	104,2	+ 8,0	+ 3,8	+ 4,0	- 0,5	1,3	- 1,3
2007	114,2	+10,1	+ 8,1	+ 1,8	113,8	+ 9,2	+ 8,1	+ 1,1	0,4	0,9	+ 0,7
2007, I. Quartal	28,0	+13,1	.	.	27,9	+12,1	.	.	0,1	0,2	.
II. Quartal	28,6	+11,6	.	.	27,8	+ 7,5	.	.	0,8	1,0	.
III. Quartal	27,8	+10,0	.	.	28,5	+ 9,8	.	.	- 0,6	- 0,0	.
IV. Quartal	29,7	+ 6,1	.	.	29,6	+ 7,6	.	.	0,1	- 0,4	.

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Tendenziell ließ die ausgezeichnete Exportdynamik im 2. Halbjahr 2007 nach. Hauptgründe der Verlangsamung waren der anhaltende Wertgewinn des Euro und die Dämpfung der Wirtschaftslage in den USA durch die Immobilienkrise, die sich gegen Jahresende bereits abzeichnete. Die Importe verloren Ende des Jahres weniger an Dynamik.

Die Importpreissteigerung verlangsamte sich gegenüber den zwei Jahren zuvor erheblich. Wahrscheinlich dämpfte die beträchtliche Euro-Aufwertung 2007 die Preise importierter Rohstoffe, teils war auch die Abschwächung der Rohölverteuerung zu Jahresbeginn maßgebend. Auch die Exportpreise stiegen weniger als im Jahr davor. Neben der Abflachung des Preisanstiegs importierter Vorleistungen könnte das auch auf eine mäßige Anhebung der Exportpreise zurückgehen, die potentiellen Marktanteilsverlusten aufgrund der Euro-Aufwertung entgegenwirken sollte. Im Gegensatz zu den zwei Jahren zuvor verbesserten sich die Terms-of-Trade (das Verhältnis zwischen Exportpreisen und Importpreisen) aufgrund der verringerten Importpreissteigerung.

Vor allem wegen des anhaltenden Anstiegs des Euro-Kurses gegenüber dem Dollar erhöhte sich der real-effektive Wechselkurs 2007 um 0,8%, nachdem er 2006 leicht gesunken war. Längerfristig wirkt sich die Euro-Aufwertung negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporte außerhalb des Euro-Raums aus. Im Außenhandel mit den USA und mit Kanada ist bereits ein Rückgang des Exportwerts zu verzeichnen. Die Daten zum Export in die USA sind jedoch durch den "Klimt-Effekt" verzerrt (siehe dazu weiter unten), sodass die Entwicklung nicht preisbedingt sein muss. So wurde die Nachfrage nach österreichischen Waren in China – dessen Währung eng an den Dollar gebunden ist – laut vorläufigen Daten durch die Wechselkursentwicklung noch nicht beeinträchtigt. Der Export nach China entwickelte sich im Gegenteil sogar äußerst dynamisch (+33,3%). Für 2008 rechnet das WIFO allerdings mit einem deutlichen weiteren Anstieg des real-effektiven Wechselkurses.

Lohnstückkostenentwicklung weiter günstig, aber Anstieg des real-effektiven Wechselkurses

Übersicht 10: Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft

	Ø 1995/2000 Veränderung in % p. a.	2005 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2006	2007
Real effektiver Wechselkurs ¹⁾	- 2,4	- 1,0	- 0,6	+ 0,8
Lohnstückkosten der Industrie				
Österreich	- 3,5	- 0,0	- 4,2	- 1,8
Euro-Raum (13 Länder)	- 0,8	- 0,7	- 1,3	+ 0,2
Relative Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern ²⁾	- 3,9	+ 0,8	- 2,4	- 0,4
Produktivität (Stunden) ³⁾	+ 5,1	+ 4,6	+ 8,4	+ 4,2
Exportpreise	+ 0,8	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,8
Importpreise	+ 1,2	+ 3,0	+ 4,0	+ 1,1
Terms-of-Trade	- 0,4	- 0,9	- 1,3	+ 0,7

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Auf Basis relativer Preise. – ²⁾ Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde.

Die relative Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern verbesserte sich in der Sachgüterproduktion 2007 noch leicht (-0,4% gegenüber dem Vorjahr), wenn auch erheblich schwächer als 2006. Gegenüber dem wichtigsten Handelspartner Deutschland stiegen die relativen Lohnstückkosten 2007 um 1,2%. Für das Jahr 2008 dürften die relativen Lohnstückkosten gegenüber den wichtigsten Handelspartnern steigen, sodass sich die 2007 noch gute preisliche Wettbewerbsposition Österreichs verschlechtern dürfte.

Die Entwicklung der Marktanteile war 2007 regional unterschiedlich. Während laut vorläufigen nominellen Daten 2007 im Export nach Deutschland und in die USA Marktanteil verloren gingen, gewannen die Exportunternehmen in den MOEL 5 an Boden. In Tschechien, Polen, Ungarn und Slowenien folgten diese Marktanteilsgewinne auf einen Rückgang in den zwei Jahren davor. Tendenziell verflachten die Positionsgewinne im Jahresverlauf bis Juli 2007 (letzte verfügbare Daten) in den meisten Ländern oder Regionen bzw. die Marktanteilsverluste verstärkten sich. Für 2008 rechnet das WIFO aufgrund der angenommenen Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit leichten Marktanteilsverlusten.

2007 erhöhte sich die Exportquote erneut. Die Warenexporte machten zu laufenden Preisen (114,2 Mrd. €) bereits 41,9% des BIP aus. Langfristig gefördert wird die internationale Integration Österreichs durch die Ostöffnung und den EU-Beitritt. Im Jahr 1989 betrug die Exportquote erst 24,7%, im Jahr des EU-Beitritts (1995) lag sie sogar etwas darunter (24%). Die Bedeutung des EU-Beitritts und der Ostöffnung spiegelt sich auch in der Regionalstruktur der österreichischen Exporte. Österreichs wichtigste Absatzmärkte liegen in Europa, mit Ausnahme der USA, dem drittgrößten Handelspartner Österreichs. So gingen 83,4% aller Exporte in europäische Länder, 72,3% in die EU 27, die Exporte in die MOEL 21 erreichen bereits 21,5%. Eine ähnliche Regionalstruktur weisen die Importe auf (Europa 83,1%, EU 27 74,5%, MOEL ohne GUS Asien 14,3%): Zu den wichtigsten Beschaffungsmärkten gehören ebenfalls großteils europäische Länder; China nimmt die dritte, die USA die fünfte Stelle ein.

Marktanteilsgewinne in den benachbarten MOEL

Erneut Steigerung der Exportquote

Übersicht 11: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

	Anteile am Export der OECD			Anteile am Export des Euro-Raums		
	2006 In %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2007 ¹⁾ in %	2006 In %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2007 ¹⁾ in %
Intra-EU 27	2,95	+ 0,8	+ 2,6	4,28	+ 2,4	- 1,1
Intra-EU 15	2,60	+ 0,9	+ 1,4	3,81	+ 2,7	- 2,4
Euro-Raum (13 Länder)	2,99	+ 1,6	+ 1,8	4,33	+ 3,0	- 2,1
Deutschland	7,24	+ 0,5	- 1,9	10,94	+ 0,8	- 3,6
MOEL 5 ²⁾	6,47	- 8,6	+ 1,5	8,33	- 6,7	+ 1,6
Ungarn	8,53	- 8,8	+ 0,8	11,24	- 5,9	+ 4,1
Tschechien	7,03	+ 5,7	+ 4,4	8,17	- 4,5	+ 2,6
Slowakei	10,34	- 10,4	- 3,4	12,67	- 9,1	- 4,2
Polen	2,93	- 4,3	+ 3,7	4,12	- 2,8	+ 3,6
Slowenien	15,05	- 2,2	+ 1,9	16,90	- 2,3	+ 0,9
Bulgarien ³⁾	7,08	+ 2,6	+ 13,9	8,37	+ 0,3	+ 10,1
Rumänien ³⁾	7,87	+ 5,3	- 1,8	9,67	+ 3,6	+ 0,5
Extra-EU 27	1,11	+ 4,0	+ 6,4	3,32	+ 2,8	+ 2,0
Extra-EU 15	1,56	+ 3,2	+ 7,8	4,18	+ 1,5	+ 2,6
Südosteuropa ³⁾⁴⁾	11,21	- 6,4	- 2,4	14,24	- 7,1	+ 1,0
GUS	3,28	+ 2,7	+ 1,2	4,49	+ 1,9	+ 1,4
Industrielländer in Übersee	0,85	+ 5,1	+ 1,0	3,28	+ 4,9	- 1,6
USA	0,97	+ 6,3	- 2,4	3,07	+ 5,4	- 4,6
Entwicklungsländer	0,75	+ 10,8	+ 6,5	2,42	+ 10,4	+ 2,3
Insgesamt	2,03	+ 1,5	+ 4,1	3,96	+ 2,3	- 0,2

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. OECD: 24 Länder, Euro-Raum: 12 Länder. – ¹⁾ Jänner bis Juli. – ²⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ³⁾ Geschätzt, ohne Niederlande; Export nach Bulgarien: ohne Türkei. – ⁴⁾ Albanien, Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro.

Exporte in die neuen EU-Länder dynamisch

2007 entwickelte sich Österreichs Intra-EU-Export (+10,4%) etwas dynamischer als die Extra-EU-27-Exporte, aufgrund der kräftigen Steigerung der Exporte in die 12 neuen EU-Länder (+16,8%). Besonders erfolgreich waren die österreichischen Exportunternehmen in den benachbarten MOEL 5 (+18,4%). Nach Ungarn wurde um 13,4% mehr geliefert als im Vorjahr, nachdem die Ausfuhr in den letzten Jahren teils sogar gesunken war. Noch dynamischer entwickelten sich die Exporte in die anderen MOEL 5 (Slowenien +25,6%, Polen +22,3%, Tschechien +18,3%, Slowakei +15,8%). Erstmals überstieg der Anteil der Warenexporte nach Tschechien jenen der Exporte nach Ungarn; Tschechien rangierte damit an 7. Stelle der Exportrangliste. Die Exporte in diese Region lieferten somit 2007 einen bedeutenden Wachstumsbeitrag.

Beachtliche Wachstumsbeiträge kamen auch aus Deutschland – mit einem leicht unterdurchschnittlichen Exportwachstum (+9,3%), jedoch einem hohen Anteil an den Gesamtexporten – sowie aus Italien. Deutlich schwächere Wachstumsimpulse ergaben sich aus der mäßigen Steigerung der Exporte nach Frankreich (+4,1%), Großbritannien (+3%) oder in die Schweiz (+2,9%).

Gemäß der offiziellen Außenhandelsstatistik blieb der Export in die USA 2007 um 5,6% unter dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung ist jedoch durch den "Klimt-Effekt" überzeichnet: Die Übergabe der Klimt-Bilder ging im März 2006 mit etwa 250 Mio. € als Export in die Außenhandelsstatistik ein. Bereinigt um diesen Effekt ergibt sich für 2007 ein Rückgang von nur ungefähr 1,6%. Auch ohne den Sondereffekt ergab sich also gegenüber dem Vorjahr (2006 um "Klimt-Effekt" bereinigt +9,7%) eine deutliche Abschwächung. Sie dürfte bereits auf das Nachlassen der Importnachfrage aus den USA und die Dollarabwertung zurückzuführen sein. Auch die Exporte nach Kanada waren schwach rückläufig (-0,9%).

Insbesondere die Wachstumsmärkte Russland und China boten den österreichischen Exportunternehmen aber gute Expansionsmöglichkeiten (Russland +15%, China +33,3%). China nahm (nach der Stagnation 2006) bereits die 16. Stelle in der Rangfolge der bedeutendsten Exportmärkte Österreichs ein. Die Ausfuhr nach Russland erreichte zuletzt ein Volumen von 2,6 Mrd. €.

Übersicht 12: Regionalstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	2007 Anteile in %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2007 Anteile in %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2006 Mrd. €	2007
OECD ¹⁾	81,5	+ 8,0	84,3	+ 6,1	- 1,7	- 2,9
Intra-EU 27	72,3	+ 8,0	74,5	+ 6,1	- 3,0	- 2,2
Intra-EU 15	56,0	+ 6,2	63,3	+ 6,0	- 7,4	- 8,1
12 neue EU-Länder	16,3	+ 15,2	11,2	+ 6,4	4,4	5,9
MOEL 5 ²⁾	13,4	+ 13,5	10,3	+ 6,5	2,6	3,6
Ungarn	3,5	+ 8,8	2,5	+ 5,0	0,9	1,2
Tschechien	3,5	+ 15,7	3,2	+ 5,2	0,0	0,4
Baltikum	0,4	- 18,4	0,1	+ 11,0	0,3	0,4
Bulgarien, Rumänien	2,4	+ 25,0	0,8	+ 6,1	1,3	1,8
Euro-Raum (13 Länder)	52,7	+ 6,5	60,5	+ 6,1	- 8,5	- 8,6
Deutschland	30,1	+ 4,5	41,5	+ 6,2	- 11,8	- 12,8
Italien	8,9	+ 12,8	6,9	+ 12,4	2,1	2,4
Extra-EU 27	27,7	+ 13,7	25,5	+ 14,0	2,5	2,6
Extra-EU 15	44,0	+ 14,2	36,7	+ 11,6	7,0	8,5
Sonstiges Westeuropa	5,7	+ 7,3	5,4	+ 10,6	1,2	0,4
EFTA	4,9	+ 6,1	4,7	+ 13,2	1,1	0,3
Schweiz	4,0	+ 2,9	3,7	+ 8,7	0,9	0,3
Andere	0,8	+ 15,1	0,8	- 1,1	0,1	0,1
Industrieländer in Übersee	8,3	+ 13,1	6,2	+ 4,4	2,8	2,4
NAFTA	6,2	+ 14,2	3,9	+ 7,5	3,3	2,6
USA	5,1	+ 14,4	3,3	+ 9,0	2,7	2,0
Japan	1,0	+ 7,3	1,6	+ 2,4	- 0,8	- 0,7
Südosteuropa ³⁾	2,2	+ 7,0	1,0	+ 29,6	1,2	1,5
GUS	3,5	+ 33,0	2,9	+ 4,6	- 0,3	0,6
Entwicklungsländer	7,7	+ 16,2	10,2	+ 24,1	- 2,9	- 2,8
OPEC	1,9	+ 14,8	1,9	+ 42,3	0,0	0,0
NOPEC	5,8	+ 16,6	8,3	+ 20,8	- 2,9	- 2,8
China	1,4	+ 0,9	4,0	+ 26,7	- 2,5	- 2,9
6 dynamische Länder Asiens ⁴⁾	1,9	+ 18,3	2,0	+ 6,8	- 0,3	- 0,2
Südamerika	1,3	+ 25,8	1,1	+ 9,6	0,1	0,3
Insgesamt	100,0	+ 9,5	100,0	+ 8,0	- 0,5	0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ OECD einschließlich Mexikos, Südkoreas, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Polens. – ²⁾ Ungarn, Polen, Slowenien, Tschechien, Slowakei. – ³⁾ Albanien, Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro. – ⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

Exportzuwächse ergaben sich in fast allen Produktgruppen. Außerordentlich kräftig gesteigert wurden die Stahl- und Eisenexporte (+23,3%) sowie die Holzexporte (+18,3%). Nach dem besonders erfolgreichen Jahr 2006 wurden die Lieferungen von chemischen Erzeugnissen nochmals überdurchschnittlich ausgeweitet. Die leicht unterdurchschnittliche Performance der Warengruppe "Maschinen und Fahrzeuge" – mit einem Anteil von 41,4% die bedeutendste Warengruppe im österreichischen Export – war vor allem auf den Rückgang der Pkw-Exporte zurückzuführen. Hauptgrund hierfür dürfte die Einstellung einer Produktionslinie in Graz gewesen sein (laut Fachverband der Fahrzeugindustrie Österreichs verringerte sich die Fahrzeugproduktion gegenüber dem Höchststand 2006 von rund 275.000 Stück auf 230.000 im Jahr 2007). Die Abnahme der Pkw-Exporte schlug sich insbesondere im Handel mit Deutschland, den USA, mit Italien oder Großbritannien nieder. Trotz dieses Rückgangs wies die Handelsbilanz weiterhin einen Überschuss auf. Überdurchschnittlich gut entwickelten sich die Exporte der Autozulieferindustrie (Kfz-Motoren, Teile von Motoren oder andere Kfz-Teile, Zubehör).

Die Daten zum Import der Warengruppe "Maschinen und Fahrzeuge" enthalten den Import von fünf Eurofightern. Die Anschaffung dieser ersten Tranche der Abfangjäger dürfte die Entwicklung der Maschinen- und Fahrzeugimporte um gut 1 Prozentpunkt verbessert haben ⁸⁾.

Autozulieferindustrie erfolgreich, jedoch Rückgang der Pkw- Exporte

⁸⁾ Unter der Annahme eines Importwertes von 80 Mio. € pro Flugzeug.

Übersicht 13: Warenstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	2007 Anteile in %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2007 Anteile in %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2006 Mrd. €	2007
Nahrungsmittel	6,1	+ 11,2	6,1	+ 7,3	0,3	0,0
Rohstoffe	3,3	+ 12,4	4,4	+ 17,0	- 1,3	- 1,2
Holz	1,6	+ 8,3	1,0	+ 28,1	0,4	0,7
Brennstoffe	2,7	- 44,9	9,7	- 0,4	- 9,3	- 8,0
Chemische Erzeugnisse	10,6	+ 17,9	11,2	+ 12,2	- 0,9	- 0,6
Bearbeitete Waren	24,1	+ 14,5	17,6	+ 18,1	6,5	7,5
Papier	3,4	+ 6,8	1,6	+ 3,3	2,1	2,1
Textilien	1,4	+ 1,1	1,3	- 2,2	0,1	0,1
Eisen, Stahl	6,3	+ 8,9	3,9	+ 25,6	2,4	2,8
Maschinen, Fahrzeuge	41,4	+ 10,7	36,3	+ 5,8	6,1	5,9
Autozulieferindustrie	6,3	+ 8,6	5,3	+ 8,2	0,1	1,2
Pkw	5,4	+ 10,5	5,1	+ 1,6	1,6	0,4
Konsumnahe Fertigwaren	11,2	+ 8,9	14,0	+ 5,8	- 2,1	- 3,1
Insgesamt	100,0	+ 9,5	100,0	+ 8,0	- 0,5	0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Rohölverteuerung durch Dollarabwertung gedämpft

Aufgrund der großen Rohstoffnachfrage auf dem Weltmarkt, insbesondere von China und den anderen asiatischen Schwellenländern, stiegen 2007 sowohl der Rohölpreis als auch die Rohstoffnotierungen generell, wenn auch weniger deutlich als in den zwei Jahren zuvor. Gedämpft wurden die Erdöl- und Rohstoffimporte durch die deutliche Euro-Aufwertung. Während der Erdölimportpreis (Dollar je Barrel) gegenüber 2006 um 11,6% stieg, erhöhte sich der Importpreis (Euro je Tonne) um nur ungefähr 3%. Als rohstoffarmes Land ist Österreich auf Importe insbesondere von Energierohstoffen (Erdöl, Erdgas) angewiesen; Österreichs gesamte Brennstoff- und Energieimporte machten 2007 9,7% der gesamten Einfuhr bzw. 4,1% des BIP aus. 2007 gingen diese Anteile jedoch zurück. Die geringe Steigerung der Erdölimportwerte 2007 um 2,2% war ausschließlich auf Preissteigerungen zurückzuführen, die Importmenge sank. Der Import von Erdöl und Erdölzeugnissen verringerte sich auch gemessen am Wert (-2,5%).

Übersicht 14: Österreichs Energieimporte

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Mrd. €					
Brennstoffe, Energie	5,7	6,5	8,1	11,8	11,7	11,1
Erdöl und -erzeugnisse	3,3	3,5	4,6	6,1	7,4	7,2
Erdöl	1,6	1,5	1,7	2,5	3,0	3,1
	Anteile am Gesamtimport in %					
Brennstoffe, Energie	7,4	8,0	8,9	12,2	11,3	9,7
Erdöl und -erzeugnisse	4,2	4,4	5,0	6,3	7,1	6,3
Erdöl	2,1	1,9	1,9	2,6	2,9	2,7
	In % des BIP					
Brennstoffe, Energie	2,6	2,9	3,4	4,8	4,5	4,1
Erdöl und -erzeugnisse	1,5	1,6	1,9	2,5	2,9	2,6
Erdöl	0,7	0,7	0,7	1,0	1,2	1,1
	Importpreis Erdöl					
€ je t	196,4	196,2	229,8	316,5	388,1	399,6
\$ je Barrel	25,0	29,9	38,1	52,5	65,8	73,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Die Werte für 2005 dürften aufgrund des "Stromeffekts" überschätzt sein (Sieber, S., "Kapitel 6: Österreichs Warenhandel", in FIW, Österreichs Außenwirtschaft 2007, Wien, 2007, S. 124, <http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31060&typeid=8&displaymode=2>).

Erstmals seit 2002 und zum zweiten Mal seit 1953 war die österreichische Handelsbilanz positiv (+400 Mio. €). Erstmals seit der Auflösung der UdSSR ergab sich auch gegenüber Russland ein Handelsbilanzüberschuss (735,5 Mio. €). Er war einerseits auf den Rückgang der Importe aus Russland (-22,5%) zurückzuführen – die Brennstoff- und Energieimporte, die mehr als drei Viertel aller Russlandimporte umfassen, brachen (möglicherweise auch wegen des milden Winters 2006/07) um fast 30% ein –, andererseits jedoch auf die überdurchschnittlich kräftige Ausweitung der Exporte nach Russland (+15,0%), speziell in den traditionell bedeutenden Warengruppen "Maschinen und Fahrzeuge" (+15,5%), "chemische Erzeugnisse" (+12,9%), "bearbeitete Waren" (+16,9%) sowie "konsumnahe Fertigwaren" (+14,4%).

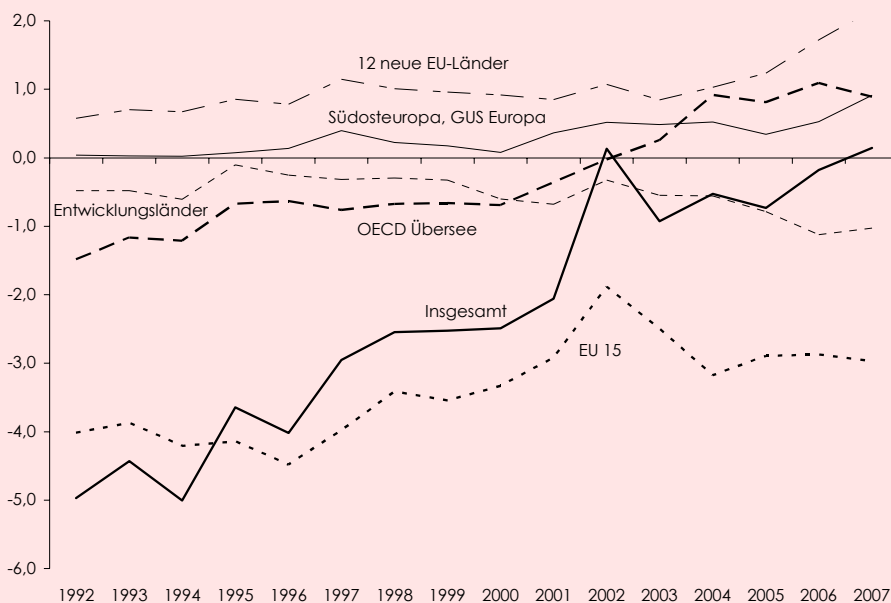
Teils erheblich verbesserte sich auch der Handelsbilanzsaldo gegenüber den anderen MOEL, mit Ausnahme der Slowakei und der Ukraine.

In Summe trug die Verbesserung der Handelsbilanz mit den MOEL um 2,76 Mrd. € maßgeblich zur Aktivierung der österreichischen Handelsbilanz bei. Hingegen verschlechterte sich der Saldo im Außenhandel mit Deutschland, der Schweiz, den USA und China 2007 etwas.

Handelsbilanz zum zweiten Mal seit 1953 positiv

Abbildung 8: Österreichs Handelsbilanz

Saldo in % des BIP



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Südosteuropa: Albanien, Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro.

Susanne Sieber (Susanne.Sieber@wifo.ac.at)
 Statistik: Gabriele Wellan (Gabriele.Wellan@wifo.ac.at)

Nach +5,4% im Jahr 2006 expandierte der Welttourismus – gemessen an den internationalen Touristenankünften – 2007 mit +6,1% neuerlich kräftig und erreichte mit 898 Mio. Ankünften erstmals die 900-Mio.-Grenze^{?)}. Damit expandierte der internationale Tourismus etwas weniger kräftig als im Durchschnitt seit 2003 (+6,8% pro Jahr). Längerfristig betrachtet befindet sich der Welttourismus in einer Phase sehr raschen Wachstums: In der Periode 1995/2000 waren mit +5% pro Jahr schwächere Zuwächse erzielt worden, und zwischen 2000 und 2003 hatten die Ankünfte stagniert (Abbildung 9).

Die stärksten Zuwächse der internationalen Ankünfte verzeichneten 2007 der Mittlere Osten (+13,4%), Asien und das pazifische Becken (+10,2%) sowie Afrika (+7,9%). Deut-

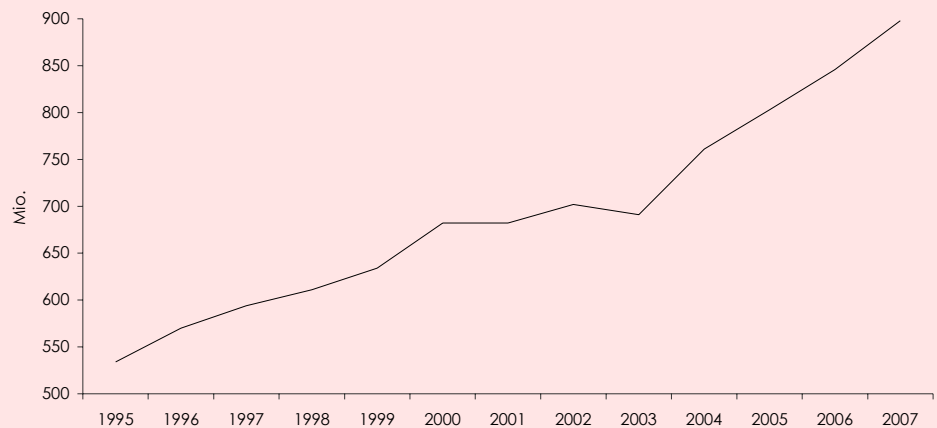
Wettbewerbsposition im Tourismus trotz Schneemangels leicht verbessert

^{?)} World Tourism Organization (UNWTO), World Tourism Barometer, 2008, 6(1).

lich schwächer expandierte der Tourismus in Amerika (einschließlich Karibik +4,7%) und Europa (+4,2%).

Das Wachstum des internationalen Tourismus entsprach 2007 in Europa mit 4,2% etwa dem Trend seit 2003 (+4,4% pro Jahr). Europa zählt mit 480 Mio. Ankünften weltweit zwar noch immer zu den größten Destinationen (Marktanteil 53,5%), langfristig gehen jedoch weiterhin Marktanteile verloren. Seit 1995 verringerte sich der Marktanteil Europas um insgesamt 4,4 Prozentpunkte oder um etwa 0,4 Prozentpunkte pro Jahr.

Abbildung 9: Entwicklung der internationalen Touristenankünfte weltweit

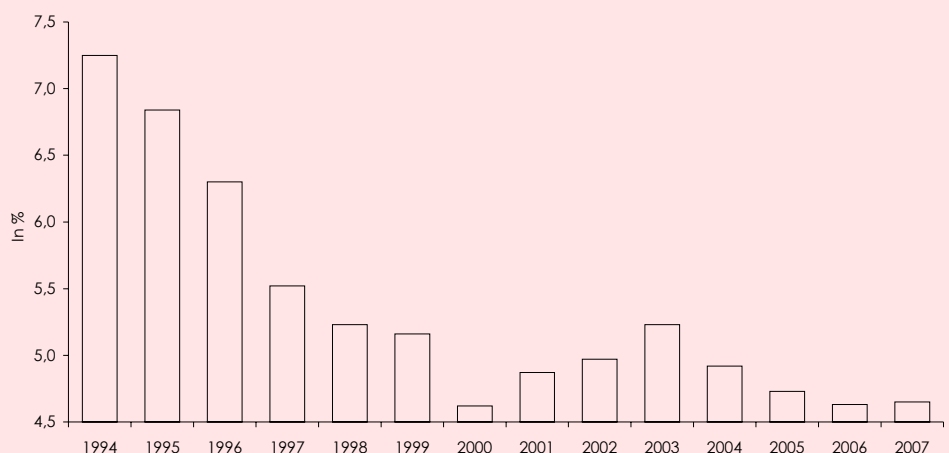


Q: World Tourism Organization (UNWTO).

Österreich verzeichnete im Jahr 2007 20,77 Mio. Ankünfte ausländischer Gäste; dies entspricht einer Steigerung von 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Die Einnahmen aus dem internationalen Tourismus (Tourismusexporte) erreichten 16,56 Mrd. € (+4,3%, real +1,6%).

Trotz des Schneemangels in der Wintersaison 2006/07 konnte Österreich seinen Marktanteil im internationalen europäischen Tourismus – gemessen an den Tourismusexporten auf Dollarbasis – im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber dem Vorjahr leicht steigern (4,7%, +0,1 Prozentpunkt). Somit lag der Wert auch etwas über dem historischen Tiefststand des Jahres 2000 (4,6%; Abbildung 10).

Abbildung 10: Österreichs nomineller Marktanteil am internationalen europäischen Tourismus



Q: IMF, OeNB, WIFO, wiw, UNWTO. Auf Dollarbasis, ohne internationalen Personentransport; 2007: Schätzung. Europa: EU 27, Norwegen, Island, Schweiz und Türkei.

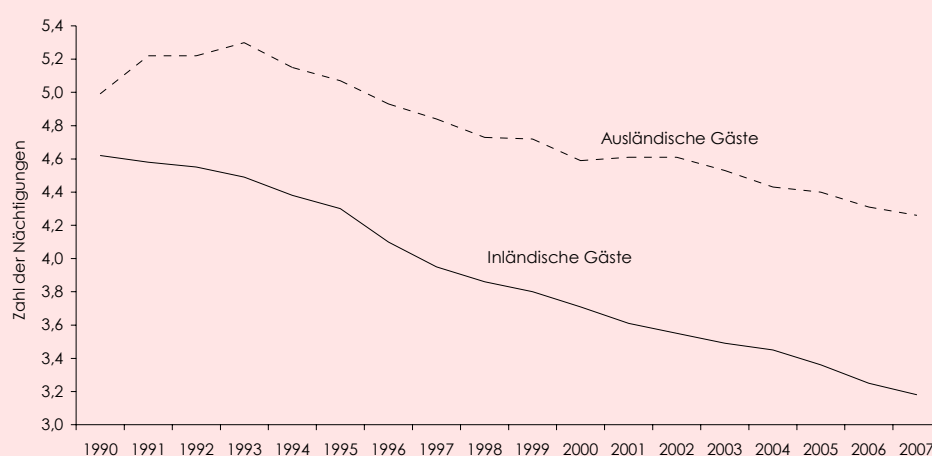
Relativ hohe Marktanteilsgewinne erzielten 2007 Polen, Schweden, Portugal und die Niederlande, während andere wichtige Destinationen – insbesondere Italien, die Türkei, Deutschland und Frankreich – relativ große Einbußen erlitten.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sank im Kalenderjahr 2007 aufgrund der anhaltenden Tendenz zu Kurzurlauben neuerlich (–1,5%), sodass trotz kräftiger Steigerung der Ankünfte (+3,3% auf 31,13 Mio.) die Nächtigungen (+1,7% auf 121,42 Mio.) nur leicht stiegen.

Während die Ankünfte inländischer Gäste deutlich zunahm (+5,0%, 2006 +5,2%), verringerte sich ihre Aufenthaltsdauer (–2,1%, 2006 –3,1%). Für Reisende aus dem Ausland ist diese Diskrepanz mit einer Steigerung der Ankünfte um 2,5% (2006 +1,6%) und einem Rückgang der Aufenthaltsdauer um 1,1% (2006 –2,1) deutlich geringer. Im Durchschnitt blieben 2007 inländische Gäste 3,2 Nächte, ausländische Gäste um mehr als eine Nacht länger (4,3 Nächte; Abbildung 11).

Aufenthaltsdauer nimmt weiter ab

Abbildung 11: Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen in Österreich



Q: Statistik Austria.

Im Kalenderjahr 2007 stieg die Zahl der Nächtigungen von inländischen Reisenden mit +2,7% stärker als die der ausländischen Gäste (+1,3%; Übersicht 15). Von den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsmärkten wurden insbesondere weniger Nächtigungen von Gästen aus Deutschland (–1,3%), Frankreich (–3,0%), Italien (–3,1%), Schweden (–2,3%), den USA (–2,6%) und Japan (–15,5%) verzeichnet. Kräftig gesteigert wurden dagegen die Übernachtungen von Gästen aus den 12 neuen EU-Ländern (+17,1%), während die Nachfrage aus der EU 15 stagnierte (–0,1%). Weiterhin steigende Tendenz hatten die Nächtigungen der Gäste aus Russland (+24,7%) und der Ukraine (+13,8%).

Die monetären Größen der Nachfrage entwickelten sich 2007 ähnlich wie die quantitativen: So stiegen die Ausgaben der inländischen Reisenden für Inlands- (+5,9%) und Auslandsaufenthalte (+4,9%) stärker als die Aufwendungen ausländischer Gäste in Österreich (+4,3%).

Die Verlagerung der Nachfrage zu qualitativ hochwertigen Unterkünften hält im österreichischen Tourismus an. Im Kalenderjahr 2007 erhöhte sich die Zahl der Nächtigungen in der gehobenen Hotellerie (3- bis 5-Stern-Betriebe) um 2,6%; dabei zog die Nachfrage inländischer Gäste mit +5,2% deutlich kräftiger an als jene der ausländischen Reisenden (+1,7%). In den anderen Unterkunftsarten stagnierten die Nächtigungen dagegen (+0,5%); nur in den Ferienwohnungen und -häusern nahmen sie um 2,3% zu.

Übersicht 15: Übernachtungen in Österreich nach der Herkunft

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2007	Ø 2000/ 2007
	In 1.000								Veränderung in % p. a.	
Insgesamt	113.686	115.111	116.804	117.967	117.251	119.242	119.403	121.417	+ 1,7	+ 0,9
Inland	31.021	31.335	30.859	31.561	31.329	31.501	32.130	32.998	+ 2,7	+ 0,9
Ausland	82.665	83.776	85.945	86.406	85.922	87.741	87.274	88.419	+ 1,3	+ 1,0
EU 27 ¹⁾	78.219	77.294	78.048	+ 1,0	.
EU 25 ¹⁾	77.920	76.842	77.291	+ 0,6	.
EU 15 ¹⁾	71.524	72.539	74.377	74.328	73.105	74.019	72.551	72.493	- 0,1	+ 0,2
Deutschland	52.334	52.786	53.499	52.805	50.987	51.028	48.792	48.151	- 1,3	- 1,2
Niederlande	7.376	7.682	8.221	8.518	8.454	8.686	8.765	9.087	+ 3,7	+ 3,0
Großbritannien	3.066	3.037	3.238	3.200	3.423	3.602	3.786	3.931	+ 3,8	+ 3,6
Italien	2.534	2.684	2.813	3.004	3.056	3.119	3.153	3.055	- 3,1	+ 2,7
Belgien und Luxemburg	2.216	2.265	2.388	2.481	2.510	2.637	2.685	2.755	+ 2,6	+ 3,2
Frankreich	1.461	1.443	1.562	1.612	1.736	1.664	1.753	1.701	- 3,0	+ 2,2
Dänemark	879	953	980	988	1.026	1.159	1.310	1.445	+ 10,3	+ 7,3
Schweden	678	650	649	627	661	695	727	711	- 2,3	+ 0,7
Spanien	452	469	437	469	560	632	660	678	+ 2,6	+ 6,0
Finnland	174	187	180	183	211	246	251	248	- 1,3	+ 5,2
Griechenland	169	171	178	196	195	225	254	270	+ 6,2	+ 6,9
Irland (Republik)	123	153	170	185	215	253	332	364	+ 9,4	+ 16,7
Portugal	62	57	61	60	71	73	82	98	+ 19,9	+ 6,7
12 neue EU-Länder	4.201	4.743	5.555	+ 17,1	.
10 neue EU-Länder (Beitritt 2004)	3.902	4.291	4.798	+ 11,8	.
MOEL 5	2.521	2.688	2.847	3.163	3.397	3.725	4.041	4.504	+ 11,4	+ 8,6
Ungarn	729	788	859	1.009	1.150	1.296	1.399	1.511	+ 8,0	+ 11,0
Tschechien	685	760	787	922	1.043	1.133	1.236	1.391	+ 12,5	+ 10,6
Polen	755	791	839	830	764	820	894	1.037	+ 16,0	+ 4,6
Slowenien	201	189	197	216	219	244	249	270	+ 8,2	+ 4,3
Slowakei	151	160	164	185	220	232	263	295	+ 12,2	+ 10,1
Estland	39	50	52	+ 4,1	.
Lettland	55	80	95	+ 18,8	.
Litauen	53	76	104	+ 36,8	.
Zypern	13	18	21	+ 15,1	.
Malta	16	25	22	- 12,8	.
2 neue EU-Länder (Beitritt 2007)	132	160	.	.	.	299	452	757	+ 67,5	+ 28,4
Bulgarien ²⁾	46	65	.	.	.	68	89	121	+ 35,9	+ 14,7
Rumänien ²⁾	86	95	.	.	.	230	363	636	+ 75,2	+ 33,2
Schweiz	2.892	3.092	3.284	3.540	3.564	3.514	3.579	3.701	+ 3,4	+ 3,6
Übersee	2.917	2.524	2.236	2.123	2.429	2.457	2.584	2.456	- 4,9	- 2,4
USA	1.876	1.580	1.341	1.249	1.417	1.389	1.498	1.458	- 2,6	- 3,5
Japan	584	528	482	457	531	566	539	456	- 15,5	- 3,5
Australien und Neuseeland	279	241	241	243	294	309	331	318	- 3,8	+ 1,9
Kanada	178	176	172	174	188	193	217	224	+ 3,7	+ 3,4
China	237	249	253	245	- 3,0	.
Indien bzw. Südasien ³⁾	58	48	58	49	61	71	88	89	+ 0,3	+ 6,3
Russland	530	631	787	+ 24,7	.

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Österreich. – ²⁾ November 2002 bis Oktober 2004: keine Erhebung. – ³⁾ Bis Oktober 2004: Indien, Pakistan, Afghanistan, Bangladesch, Butan, Sri Lanka, Iran, Malediven, Nepal; ab November 2004: Indien.

Wintersaison: trotz Schneemangels leichtes Umsatzplus

In der Wintersaison 2006/07 konnten die Umsätze trotz empfindlichen Schneemangels um knapp 1% gesteigert werden. Die Aufwendungen der inländischen Gäste steigen dabei stärker (+2,5%) als jene der ausländischen (+0,5%). Der Nachfragerückgang in der schneearmen Wintersaison 2006/07 traf vor allem Westösterreich: In den Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg sanken die Nächtigungen insgesamt um 2,4%, in der Steiermark wurde ein leichter Rückgang von 0,6% verzeichnet. Die wesentlich weniger vom Wintersport abhängigen anderen Bundesländer erzielten insgesamt eine Nächtigungssteigerung um 4,1%. Auch der relativ wetterunabhängige Städtetourismus erreichte mit +3,2% einen deutlichen Zuwachs (trotz der Sondereffekte von EU-Präsidentschaft und Mozart-Jahr im Jahr 2006, die insbesondere in Wien und Salzburg wirkten: Wintersaison 2005/06 +9,3% bzw. 14,5%), während die Nachfrage im ländlichen Raum um 1,4% geringer war als im Vorjahr. Unter den größeren Städten erzielten in der Wintersaison 2006/07 insbesondere Innsbruck (+3,3%) und Salzburg (+6,0%) überdurchschnittliche Zuwächse.

Folgen der globalen Erwärmung für den Wintertourismus

Unabhängig von der Nutzung der Expansionsmöglichkeiten birgt die große Abhängigkeit vom Wintersport für die Tourismuswirtschaft ein erhebliches Risiko, weil die globale Erwärmung die natürlichen Voraussetzungen für den Wintersport in den Alpen verschlechtert¹⁾:

Wegen der hohen Korrelation zwischen Temperatur und Dauer der Schneedeckenlage bedeutet ein signifikanter Anstieg der Temperatur gleichzeitig eine verkürzte Zeitspanne der geschlossenen Schneedecke. Ebenso würde sich die Schneedecke in größere Höhe verlagern.

Wichtige Effekte der Erwärmung wären eine stärkere Konzentration auf hochgelegene Gebiete und eine Saisonverkürzung. Der große Nachfragedruck würde die Festlegung von Besucherobergrenzen notwendig machen. Der Schisport würde damit den Charakter des Massensports verlieren und aufgrund der beträchtlichen Verteuerung zunehmend elitär werden. Der Erschließungsdruck würde steigen, sodass die Belastung ökologisch sensibler Gebiete zunähme.

Die möglichen Auswirkungen der Erwärmung reichen von der wintersportrelevanten Freizeit- und Sportartikelindustrie bis zur Leistungsbilanz, die vom Tourismus stark positiv beeinflusst wird. Durch den Temperaturanstieg wären vor allem die vielen alpinen Gebiete betroffen, die durch die Entwicklung des Wintertourismus einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor aufgebaut haben. Für diese bildet der Wintertourismus die Existenzgrundlage, da für andere Produktionsformen keine nennenswerten oder nur sehr begrenzte Möglichkeiten vorhanden sind.

Mit künstlicher Schneeproduktion kann der Entwicklung nur eingeschränkt entgegengewirkt werden. Da ein Großteil der österreichischen Wintersportorte auf relativ geringer Seehöhe liegt, sind Maßnahmen zu erarbeiten, die auch andere Standbeine als den Wintersport ins Auge fassen.

¹⁾ Smeral, E., Tourismusstrategische Ausrichtung 2015: Weichenstellung im österreichischen Tourismus für mehr Wachstum und Beschäftigung, WIFO, Wien, 2007, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=28918&typeid=8&display_mode=2.

Im Gegensatz zur Wintersaison konnte im Sommer 2007 mit +6,3% (real +3,7%) ein deutlicher Umsatzzuwachs erzielt werden. Österreich dürfte damit auch gemessen am europäischen Reiseverkehr Marktanteile gewonnen und so seine Wettbewerbsposition verbessert haben. Wahrscheinlich wurden aber die wegen des Schneemangels abgesagten oder verkürzten Winterurlaube zu einem Teil in der Sommersaison nachgeholt, wodurch die Entwicklung möglicherweise etwas begünstigt wurde.

Gegenläufig zur bisherigen Tendenz stieg die Zahl der Nächtigungen in der Sommersaison 2007 in den Städten (+1,4%) deutlich schwächer als im übrigen Österreich (+3,6%). Auch hier müssen aber die vor allem in den Städten Wien und Salzburg wirkenden positiven Sondereffekte des Jahres 2006 berücksichtigt werden (die EU-Präsidentschaft Österreichs ging mit 30. Juni 2006 zu Ende, während das Mozart-Jahr den Tourismus das ganze Jahr 2007 beeinflusste). Die Stadt Salzburg verzeichnete in der Sommersaison 2007 einen Rückgang von 6,1% gegenüber den Vergleichswerten des Vorjahres, Wien erreichte im Vergleich mit einem wesentlich höheren Trendwachstum nur eine schwache Steigerung von 2,5%. Kräftige Zuwächse wurden in Bregenz (+18,1%), Eisenstadt (+15,8%), Innsbruck (+4,9%) und Graz (+4,8%) realisiert.

Egon Smeral (Egon.Smeral@wifo.ac.at)
Statistik: Sabine Fragner (Sabine.Fragner@wifo.ac.at)

Schon wegen ihres Gewichtes von mehr als 54% des Bruttoinlandsproduktes ist die private Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für Verbrauchszwecke für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft von großer Bedeutung. Da das Konsumentenverhalten in der Regel längerfristig orientiert ist, erfüllt diese Nachfragekomponente darüber hinaus eine wichtige stabilisierende Funktion im Konjunkturverlauf: Nicht bei jeder Änderung des wirtschaftlichen Umfeldes werden die Verbrauchspläne umgestellt, sondern hauptsächlich dann, wenn diese Änderungen als dauerhaft angesehen werden. In Zeiten guter Konjunktur, wenn die Einkommen vorüberge-

Wettbewerbsposition in der Sommersaison verbessert

Starker Preisauftrieb dämpft Konsumnachfrage

Konsum- und Wirtschaftsentwicklung seit 2000

hend überdurchschnittlich zunehmen, weiten daher die privaten Haushalte ihre Ausgaben für Verbrauchszwecke nicht im vollen Ausmaß des Einkommenszuwachses aus. Die Konsumquote (Relation der Konsumausgaben zum Einkommen) sinkt. Umgekehrt steigt sie im Konjunkturabschwung, weil die Haushalte ihre Verbrauchsausgaben nicht so stark einschränken, wie es kurzfristig der Einkommensentwicklung entspräche. Durch die antizyklische Entwicklung der Konsumquote bildet die Konsumnachfrage einen wichtigen stabilisierenden Faktor im Konjunkturverlauf. Allerdings war diese stabilisierende Wirkung in Österreich – ähnlich wie im gesamten Euro-Raum – in der Abschwungphase 2001/2003 schwächer ausgeprägt als in der Rezessionsphase 1992/1994, und das Konsumwachstum fiel dadurch in Österreich in diesem Zeitraum um rund 1 Prozentpunkt niedriger aus.

Nicht nur die stabilisierende Wirkung der Konsumnachfrage hat sich in letzter Zeit verringert, auch ihr Expansionspfad wurde im Zeitraum 2000/2005 flacher. Im Bestreben, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht zuletzt durch Lohnzurückhaltung zu sichern, fielen die Einkommensteigerungen in Österreich – wie im Durchschnitt des Euro-Raums – relativ gering aus. Nach einer Untersuchung der OeNB¹⁰⁾ trug die gedämpfte Einschätzung der eigenen finanziellen Situation der privaten Haushalte insbesondere in den unteren Einkommensgruppen in dieser Zeit maßgebend zur Konsumschwäche bei. Außerdem disponierten die privaten Haushalte wegen hoher Unsicherheit bezüglich der Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung angesichts der Zunahme der Arbeitslosigkeit und wegen des getrübteten Vertrauens in die Zukunft vorsichtiger und reduzierten ihren Konsumanteil am verfügbaren Einkommen. Verstärkt wurde diese Entwicklung tendenziell durch die Steigerung der privaten Pensionsvorsorge, durch die längerfristig Konsumstandards gesichert werden sollen¹¹⁾. In der Periode 2000/2005 fiel daher das reale Konsumwachstum (+1,2%) deutlich geringer aus als in den Jahren 1995/2000 (+2,2%; Übersicht 16). Mit der starken Konjunkturbelebung beschleunigte es sich 2006 auf +2,1%.

Übersicht 16: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1995/2000	+ 3,6	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,6	+ 0,6
Ø 2000/2005	+ 2,9	+ 1,2	+ 3,0	+ 1,4	- 0,1
2006	+ 3,7	+ 2,1	+ 4,3	+ 2,7	- 0,6
2007	+ 3,5	+ 1,4	+ 4,3	+ 2,2	- 0,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

2007 verhaltene Einkommensentwicklung, Konsumquote sinkt weiter

Der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft hielt im Jahr 2007 an (BIP real +3,4%). Trotz guter Konjunktur stiegen die Einkommen der privaten Haushalte jedoch wegen der anhaltenden Lohnzurückhaltung nur mäßig (nominell +4,3%, real +2,2%). Durch die Beschleunigung des Preisaufliebs insbesondere gegen Jahresende wurde die reale Kaufkraft zusätzlich gedämpft und damit der Expansionspielraum der Konsumnachfrage weiter eingeschränkt.

Die privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck) gaben 2007 rund 150 Mrd. € für Verbrauchszwecke aus, um 3,5% mehr als ein Jahr zuvor. Nach Ausschaltung der Preissteigerung betrug der reale Konsumanstieg 1,4%. Er war damit knapp höher als im Durchschnitt der Jahre 2000/2005, jedoch deutlich geringer als 2006.

Die Konsumquote ging 2007 weiter zurück. Ein Grund dafür ist die oben aufgezeigte antizyklische Entwicklung dieser gesamtwirtschaftlichen Kenngröße. Dass der Rückgang so deutlich und stärker als 2006 ausfiel, hängt mit der hohen Inflation zusammen, insbesondere mit der stärkeren Verteuerung von Gütern des täglichen Bedarfs.

¹⁰⁾ Stix, H., Weak Consumption in Austria – Low Income Growth or Deteriorated Expectations, OeNB, Wien, 2007 (mimeo).

¹¹⁾ Kurzfristig verringert sich dadurch jedoch der Ausgabenrahmen der privaten Haushalte.

Inflation dämpft die realen Einkommen und Vermögenswerte der privaten Haushalte, die wichtigsten Determinanten der Konsumnachfrage, und damit auch die Verbrauchsausgaben. Steigen insbesondere die Preise der Güter des täglichen Bedarfs, so hat dies deutlichere Auswirkungen auf den privaten Konsum als eine Verteuerung von Gütern, die nur einmal innerhalb von mehreren Jahren angeschafft werden (z. B. dauerhafte Konsumgüter wie Pkw, Möbel, Elektrogeräte usw.), weil das Phänomen der Inflation täglich bewusst wird und einkommenschwache Schichten mit hoher Konsumneigung stärker betroffen sind¹²). Da sich 2007 vor allem Güter des täglichen Bedarfs verteuerten (IV. Quartal 2007: Milch, Käse, Eier +15,4%, Brot und Getreideerzeugnisse +7,7%), während einige dauerhafte Konsumgüter (IV. Quartal 2007: Datenverarbeitungsgeräte -18,7%, Foto-, Kino- und optische Geräte -3,6%) sogar billiger wurden, war die von den privaten Haushalten wahrgenommene Inflation höher als die tatsächliche und ihre eingeschätzte reale Kaufkraft dementsprechend geringer. Das wirkte sich negativ auf die Ausgaben aus – insbesondere gegen Jahresende, als sich die Inflation beschleunigte.

Gemessen an der Konjunktur- und der Trendkomponente schwächte sich die Konsumnachfrage im Jahresverlauf entsprechend ab. Das Wachstum der Trendzykluskomponente verlangsamte sich von 0,4% im Durchschnitt der ersten drei Quartale auf 0,3% im IV. Quartal. Nach Ausschaltung von Saisonschwankungen stagnierte die reale Nachfrage gegen Jahresende (IV. Quartal +0,1%) auf dem Niveau des Vorquartals. Auch im Vorjahresvergleich war das reale Wachstum im IV. Quartal (+1,2%) niedriger als im Durchschnitt der Vorquartale (I. bis III. Quartal +1,5%).

Übersicht 17: Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

	2005	2006	2005	2006	2007
			Mio. €	I. bis III. Quartal	
Geldvermögensbildung	19.075	18.460	15.105	13.501	14.924
Bargeld und Einlagen	5.386	6.372	4.831	3.950	9.843
Wertpapiere	1.520	1.252	1.226	822	2.587
Börsennotierte Aktien	1.658	2.157	1.510	2.135	- 1.031
Investmentzertifikate	3.761	2.431	2.284	2.058	238
Versicherungssparprodukte	5.668	5.137	4.235	3.399	2.828
Lebensversicherungen	4.748	4.107	3.536	2.773	2.393
Finanzierung	7.947	5.885	6.608	4.788	4.000
Nach der Laufzeit					
Kurzfristige Kredite	2.008	118	1.467	53	265
Langfristige Kredite	5.942	5.756	5.144	4.727	3.734
Nach dem Zweck					
Wohnbaukredite	4.657	4.174	3.304	3.018	3.938
Konsumkredite	2.167	593	2.182	751	- 48
Nach dem Kreditgeber					
Inländische Banken	7.325	5.155	6.081	4.206	4.027
Sonstige Kreditgeber	625	719	527	575	- 29
Finanzierungssaldo	11.127	12.575	8.498	8.711	10.926

Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

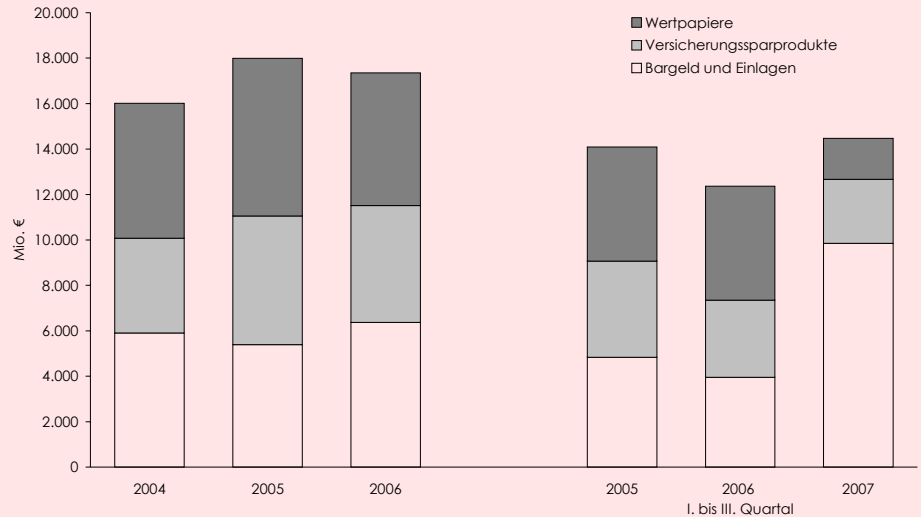
Die Schwäche der Konsumnachfrage spiegelt sich in einem erhöhten Sparaufkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck). Wie aus Übersicht 17 hervorgeht, nahm ihre Geldvermögensbildung nach Erhebungen der OeNB in den ersten drei Quartalen 2007 um knapp 15 Mrd. € zu, um gut 1,4 Mrd. € stärker als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Anstieg der Zinssätze. Im Gegensatz zu den letzten Jahren war die Nachfrage nach Bargeld und Bankeinlagen sehr rege (Abbildung 12); nach Angaben der OeNB wurden täglich fällige bzw. kurzfristig gebundene Sparformen

¹²⁾ Nach Ergebnissen der Konsumerhebung 2004/05 geben Haushalte des unteren Einkommensterzils 18,7% ihres Einkommens für Nahrungs- und Genussmittel aus, Haushalte des oberen Einkommensterzils jedoch nur 9,6%.

bevorzugt, und hohe Beträge gingen auf Sichtkonten. Diese Entwicklung zeugt von großer Unsicherheit: Man wartet ab und beobachtet die Marktentwicklung, bevor man längerfristig veranlagt.

Abbildung 12: Struktur der Veranlagungen des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

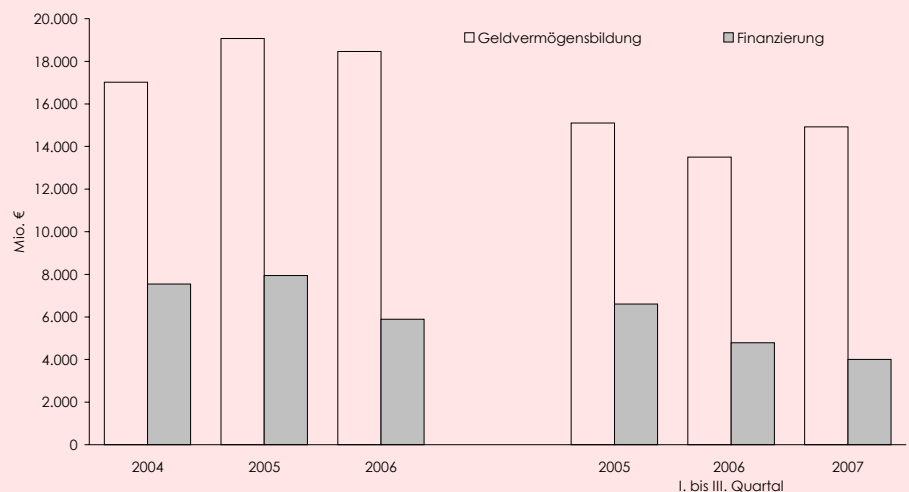


Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Nach Erhebungen der OeNB ist ein wichtiges Motiv für das Sparen der privaten Haushalte das Vorsorgemotiv. Die private Vorsorge gewinnt an Gewicht, wobei die Ansprüche aus Lebensversicherungen und gegenüber Pensionskassen einen Eckpfeiler bilden. In den letzten fünf Jahren betrug ihr Anteil an der gesamten Geldvermögensbildung rund 25%.

Abbildung 13: Vermögensaufbau und Verschuldung der privaten Haushalte

Transaktionen



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Der Anstieg der Zinssätze dämpfte die Kreditnachfrage 2007. Die Neuverschuldung ging im Durchschnitt der ersten neun Monate auf 4 Mrd. € zurück (2006 4,8 Mrd. €). Während Konsumkredite in den ersten neun Monaten 2007 per Saldo eingeschränkt wurden, waren Wohnbaukredite überdurchschnittlich gefragt; sie verteuerten sich

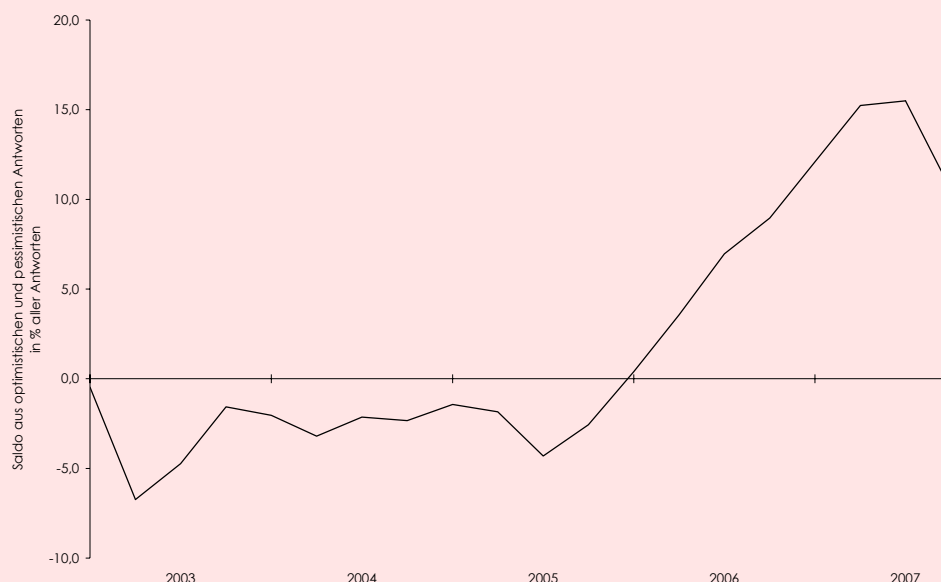
nach Angaben der OeNB wegen des starken Wettbewerbs weniger als Konsumkredite.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Geldvermögensbildung und der Verschuldung (Abbildung 13) stieg der Finanzierungssaldo der privaten Haushalte in den ersten neun Monaten 2007 auf knapp 11 Mrd. €, nach 8,7 Mrd. € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das belegt die hohe Sparneigung in dieser Zeitspanne.

Innerhalb der Konsumnachfrage war im Jahr 2007 erwartungsgemäß die konjunktur-reagible Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern lebhaft. Die Ausgaben für diese Güter reagieren stark auf Einkommenschwankungen, weil der hohe Preis je Kaufeinheit in der Regel eine Anspar- und/oder Verschuldungsphase der Haushalte erfordert. Der Anschaffungszeitpunkt ist zudem von Stimmungen und Erwartungen abhängig. Nach einer von der Europäischen Kommission geförderten Erhebung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) stieg der Vertrauensindex der österreichischen Haushalte¹³⁾ in den ersten drei Quartalen relativ deutlich und verschlechterte sich erst zu Jahresende. Die realen Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter übertrafen aufgrund dieser günstigen Rahmenbedingungen das Vorjahresniveau um 2,5%. Einem Rückgang der Pkw-Anschaffungen (-2,4%) stand ein starker Zuwachs der Ausgaben für die übrigen dauerhaften Güter (+5,2%) wie Möbel, Elektrogeräte, Computer usw. gegenüber.

Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter überdurchschnittlich gesteigert

Abbildung 14: Entwicklung des saisonbereinigten Vertrauensindex



Q: Eurostat. Arithmetisches Mittel der Salden aus optimistischen und pessimistischen Antworten in % aller Antworten zur künftigen finanziellen Situation des Haushalts, zur Möglichkeit Geld zu sparen, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit (mit umgekehrtem Vorzeichen). Saisonbereinigung mit dem von Eurostat entwickelten Programm Dainties.

Lebhaft ausgeweitet wurden die Konsumausgaben für Nachrichtenübermittlung sowie die Ausgaben im Ausland, während für Verkehr (Pkw) sowie insbesondere für Tabakwaren und alkoholische Getränke weniger aufgewandt wurde als im Vorjahr.

Mit Ausnahme des Kfz-Handels waren die Rahmenbedingungen für den österreichischen Handel im Jahr 2007 günstig. Der Boom in Außenhandel und Produktion sollte dem Großhandel zugute kommen, und die Zunahme der Konsumnachfrage sollte dem Einzelhandel eine geringfügige Umsatzsteigerung ermöglichen.

Mäßiger Geschäftsgang im Handel

¹³⁾ Arithmetisches Mittel der Salden aus optimistischen und pessimistischen Antworten zu den Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit (mit umgekehrtem Vorzeichen) sowie zum Sparen in den nächsten 12 Monaten.

Übersicht 18: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 1995/2000	Ø 2000/2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	- 0,6	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,1
Tabakwaren, alkoholische Getränke	+ 3,8	+ 0,4	+ 1,3	- 5,1
Bekleidung, Schuhe	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,6
Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 0,9	+ 1,4	- 0,1	+ 1,8
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	+ 0,2	- 0,5	+ 0,9	+ 2,4
Gesundheitspflege	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 2,3
Verkehr	+ 1,6	- 1,5	- 5,2	- 0,3
Nachrichtenübermittlung	+ 16,4	+ 8,2	- 5,9	+ 4,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 5,6	+ 1,9	+ 6,9	+ 1,1
Bildungswesen	+ 1,8	+ 1,6	- 5,0	+ 4,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 6,5	+ 7,0	+ 12,4	+ 2,0
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,5	+ 1,0	+ 5,5	+ 1,5
Ausgaben von Gebietsansässigen im Ausland	+ 0,3	- 2,0	+ 3,1	+ 3,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 2,0	+ 3,2	+ 3,3	- 0,5
Privater Konsum insgesamt	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,1	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 19: Entwicklung der Umsätze im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Nominell</i>				
2005	+ 2,3	- 0,3	+ 3,1	+ 2,2
2006	+ 3,6	+ 2,4	+ 4,5	+ 2,3
2007	+ 3,3	+ 1,0	+ 4,1	+ 3,0
1. Halbjahr	+ 3,8	+ 1,1	+ 4,8	+ 3,3
2. Halbjahr	+ 2,9	+ 0,9	+ 3,4	+ 2,7
I. Quartal	+ 4,7	+ 1,6	+ 6,2	+ 3,7
II. Quartal	+ 2,9	+ 0,7	+ 3,5	+ 2,9
III. Quartal	+ 1,4	- 1,2	+ 1,8	+ 2,1
IV. Quartal	+ 4,2	+ 3,0	+ 5,0	+ 3,3
<i>Real</i>				
2005	+ 0,1	- 2,2	+ 0,1	+ 1,5
2006	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,7
2007	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	+ 1,0
1. Halbjahr	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,8
2. Halbjahr	- 0,6	- 0,8	- 1,1	+ 0,4
I. Quartal	+ 2,6	+ 0,6	+ 3,1	+ 2,7
II. Quartal	+ 0,5	- 0,3	+ 0,6	+ 0,8
III. Quartal	- 1,4	- 2,2	- 2,0	+ 0,3
IV. Quartal	+ 0,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,4

Q: Statistik Austria.

Der Großhandel (ohne Kfz-Handel) setzte 2007 rund 94 Mrd. € um, nominell um 4,1% und real wegen des starken Preisauftriebs um nur 0,2% mehr als ein Jahr zuvor (Übersicht 19). Entgegen den Erwartungen ergab sich somit real kaum eine Zunahme. Allerdings dürfte die ausgewiesene Preisentwicklung nach oben verzerrt sein und der reale Zuwachs entsprechend unterschätzt. Dafür sprechen ein Vergleich mit Deutschland, Modellrechnungen sowie die resultierende Entwicklung der Produktivität: In der Vergangenheit hatten sich die Großhandelspreise in Österreich und Deutschland weitgehend parallel entwickelt, 2007 stiegen sie jedoch in Österreich wesentlich stärker; gemäß ökonomischen Berechnungen dürfte die Entwicklung um 1 bis 2 Prozentpunkte überzeichnet sein. Auch Modellprognosen, in denen Trend-, Konjunktur- und Saisoneinflüsse sowie Sondereffekte berücksichtigt wurden, liefern eine Überschätzung der Preissteigerungen im österreichischen Großhandel um gut 1 Prozentpunkt. Aufgrund des geringen realen Umsatzzuwachses und der Beschäftigungsentwicklung laut Vollerhebung des Hauptverbandes der österreichi-

schen Sozialversicherungsträger würde sich zudem ein unplausibel starker Rückgang der Produktivität ergeben.

Der Geschäftsgang des Einzelhandels hängt von der Entwicklung der (einzelhandelsrelevanten) Ausgaben der Gebietsansässigen und der Nicht-Gebietsansässigen in Österreich ab. Beide Komponenten nahmen 2007 nur mäßig zu, sodass der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) einen nur verhaltenen Geschäftsgang verzeichnete. Er setzte 2007 gut 43 Mrd. € um, nominell um 3% und real um 1% mehr als ein Jahr zuvor. In der zweiten Jahreshälfte schwächte sich der Geschäftsgang nicht zuletzt wegen der hohen Inflation deutlich ab.

Die geringe Pkw-Nachfrage und die Rohölverteuerung dämpften im Jahr 2007 die Entwicklung des Kfz-Handels. Mit 26 Mrd. € überstiegen die Umsätze das Vorjahresniveau nominell um 1%, real blieben sie aber um 0,3% darunter.

Übersicht 20: Preise und Beschäftigung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Preise (Ø 2000 = 100)</i>				
2005	+ 2,2	+ 2,0	+ 3,1	+ 0,7
2006	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,9	+ 0,6
2007	+ 2,8	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,9
1. Halbjahr	+ 2,2	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,5
2. Halbjahr	+ 3,5	+ 1,7	+ 4,6	+ 2,3
I. Quartal	+ 2,0	+ 1,0	+ 3,0	+ 0,9
II. Quartal	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,1
III. Quartal	+ 2,9	+ 1,0	+ 3,9	+ 1,8
IV. Quartal	+ 4,2	+ 2,5	+ 5,3	+ 2,9
<i>Beschäftigung</i>				
2005	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,9
2006	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,9
2007	+ 1,5	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,2
1. Halbjahr	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,6	+ 1,1
2. Halbjahr	+ 1,4	- 0,2	+ 2,2	+ 1,4
I. Quartal	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,0
II. Quartal	+ 1,6	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,3
III. Quartal	+ 1,3	- 0,2	+ 2,3	+ 1,1
IV. Quartal	+ 1,6	- 0,3	+ 2,1	+ 1,7

Q: Statistik Austria.

Insgesamt nahmen die Umsätze des österreichischen Handels 2007 nominell um 3,3% zu, real um 0,4%. Die Preise (Übersicht 20) stiegen um 2,8%, am stärksten im Großhandel (allerdings wie erwähnt statistisch überzeichnet). Die Beschäftigung nahm 2007 im Handel gemessen an der verhaltenen realen Entwicklung überraschend deutlich zu, insbesondere im Großhandel. Da die Beschäftigungsausweitung wahrscheinlich zu einem Gutteil Teilzeitstellen betraf, dürfte der Anstieg zu Vollzeitäquivalenten entsprechend geringer gewesen sein.

Michael Wüger (Michael.Wueger@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 2007 (auf Basis des Verbraucherpreisindex) 2,2% und war damit deutlich höher als im Jahr zuvor (1,5%). Der Jahresdurchschnitt verdeckt jedoch die Entwicklung im Jahresverlauf: Lag der Jännerwert noch bei 1,6%, so stieg die Teuerungsrate besonders im IV. Quartal stark und erreichte im Dezember mit 3,6% ihren Höchstwert.

Besonders die Verteuerung von notwendigen Produkten wie Nahrungsmitteln (Dezember 2007 +8,2% gegenüber dem Vorjahr), Haushaltsenergie (Elektrizität, Gas, Heizöl und andere Brennstoffe +6,6%) und Treibstoffen (+22,6%), die eine hohe Kauf-

**Inflation flammt
wieder auf**

frequenz aufweisen, ließ die gefühlte Inflation deutlich anziehen¹⁴). Die Preisindizes für die Warenkörbe des täglichen und des wöchentlichen Einkaufs stiegen um 8,3% bzw. 8,7%.

Neben diesen Produktgruppen wiesen die Bereiche Bekleidung und Schuhe (Durchschnitt September bis Dezember +4,8%), Materialien zur Wohnungsinstandhaltung und Reparatur (Durchschnitt 2007 +6,6%) sowie Wasserversorgung und andere Dienstleistungen für das Wohnen (+4,6%) ebenfalls stark überdurchschnittliche Preissteigerungen auf.

Eine deutliche Verteuerung notwendiger Güter trifft private Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional, da der Anteil von Nahrungsmitteln und Wohnen, Beleuchtung und Beheizung an den Ausgaben überdurchschnittlich hoch ist¹⁵).

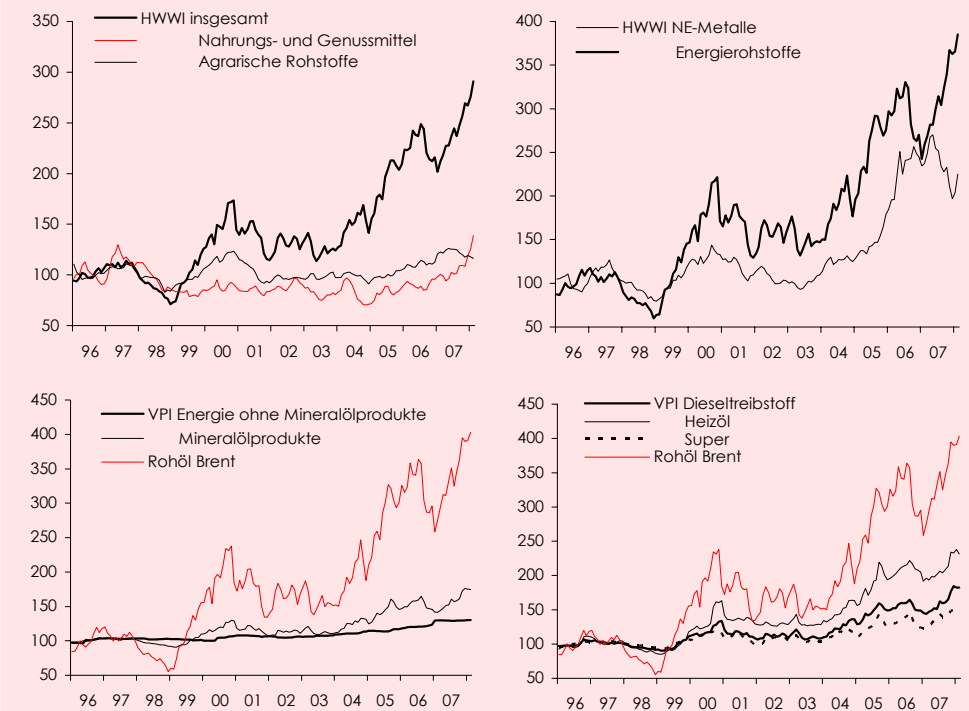
Wie in den Vorjahren wurden im Jahresdurchschnitt 2007 vor allem Geräte für die Nachrichtenübermittlung (Telefonapparate und Faxgeräte -8,4%), Geräte für Audiovision, Fotografie und Datenverarbeitung (-4,7%) sowie Luftpersonenverkehrsdienstleistungen (-24,7%) billiger.

Der Preisindex für Pensionistenhaushalte wies im Jahresdurchschnitt einen Anstieg von 2,6% auf (2006 +1,8%), um 0,4 Prozentpunkte höher als jener des VPI. Maßgebend für diesen Unterschied war der höhere Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel, Haushaltsenergie, Güter und Dienstleistungen aus den Bereichen pharmazeutische Erzeugnisse, Pflege- und Seniorenheime sowie private Krankenversicherung, die sich im Vergleich zum allgemeinen Preisauftrieb im Jahr 2007 ebenfalls überdurchschnittlich verteuerten. Zudem geben Pensionistenhaushalte weniger als der Durchschnittshaushalt für Kommunikation, Unterhaltungselektronik und EDV-Geräte sowie Flugtickets aus, deren Preise 2007 sanken.

Der Preisauftrieb betrug im Jahr 2007 2,2% und beschleunigte sich zum Jahresende auf 3,6%. Dazu trugen besonders die Ausgabengruppen Nahrungsmittel und Energie bei.

Abbildung 15: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise

1996 = 100, in €



Q: HWWI, Statistik Austria. HWWI . . . Weltmarktpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

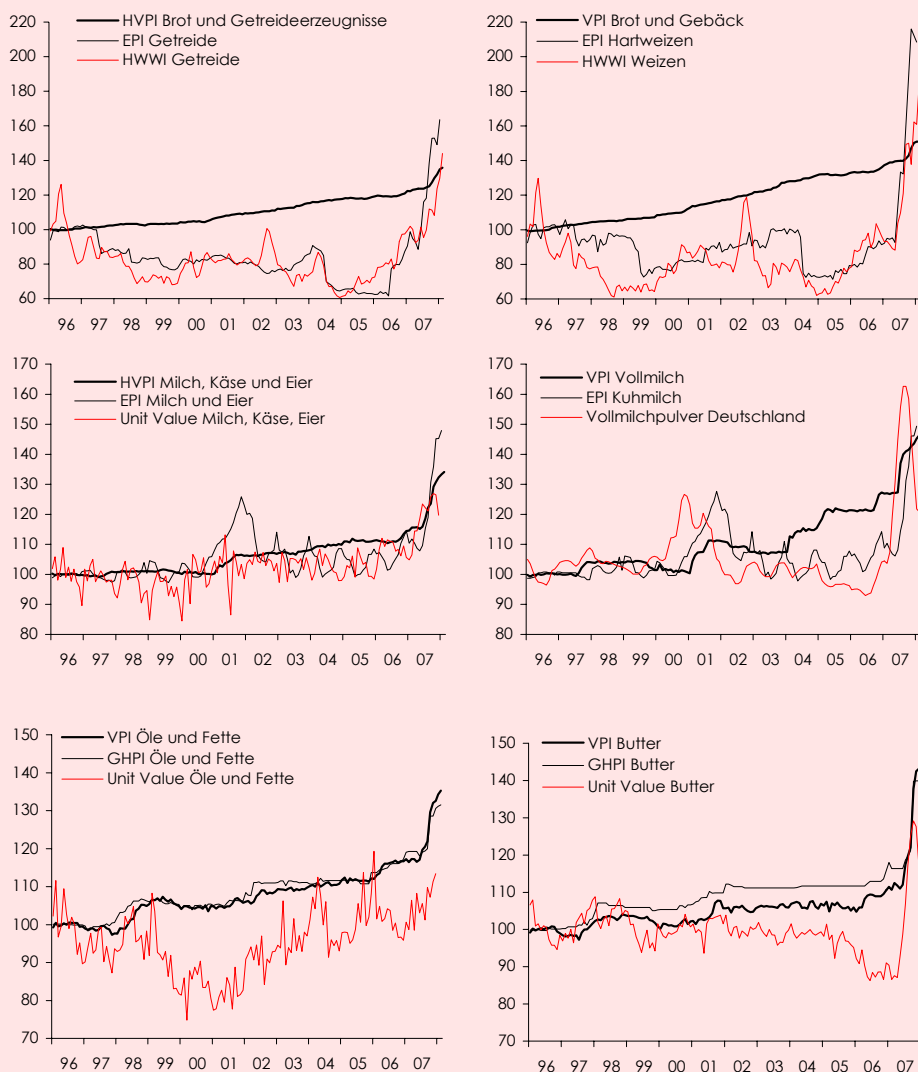
¹⁴) Zur gefühlten Inflation siehe Fluch, M., Stix, H., "Wahrgenommene Inflation in Österreich – Ausmaß, Erklärungen, Auswirkungen", Geldpolitik und Wirtschaft, 2005, (Q3/2005), S. 25-53, http://www.oenb.at/de/img/gewi_2005_q3_tcm14-32030.pdf.

¹⁵) Gemäß Konsumerhebung 2004/05 betrug der Ausgabenanteil der zwei Gütergruppen für das unterste Einkommensdezil 36,5% und für das oberste Einkommensdezil 30,7%.

Gemäß dem HWWI-Index erhöhten sich die Weltmarktpreise von Rohstoffen auf Euro-Basis um 3,5% (nach +19% im Jahr 2006). Der höchste Preisanstieg ergab sich für agrarische Rohstoffe (+11%) und Nahrungsmittel (+14,2%). Der Rohölpreis erhöhte sich im Vorjahresvergleich um nur 0,7%. Der Jahresdurchschnitt verdeckt jedoch die starke unterjährige Dynamik: Bis zum August lag der Erdölpreis unter den Werten des Vorjahres, und für zwei Drittel des Jahres war daher die Preisveränderung gegenüber dem Vorjahresmonat negativ. Gegen Jahresende stiegen die Rohölpreise aber stark (Dezember +32% gegenüber dem Vorjahr) – eine Tendenz, die im Jahr 2008 anhält (Abbildung 15). Die Weltmarktpreise für Getreideprodukte zogen im Jahresverlauf weiter an (Abbildung 16). Im Dezember waren Getreideprodukte auf dem Weltmarkt (in Euro) um 27% teurer als ein Jahr zuvor. Auch diese Entwicklung setzt sich im Jahr 2008 fort.

Abbildung 16: Preisindizes für ausgewählte Nahrungsmittel in Österreich

1996 = 100, in €



Q: ANZ, Eurostat, HWWI, Statistik Austria, Zentrale Markt- und Preisbestimmstelle Bonn. EPI ... Erzeugerpreisindex, GHPI ... Großhandelspreisindex, HVPI ... Harmonisierter Verbraucherpreisindex, HWWI ... Weltmarktpreisindex, VPI ... Verbraucherpreisindex, Unit-Value ... Index des Intra-EU-15-Exports der EU 15.

Bestimmend für die starke Verteuerung agrarischer Rohstoffe waren sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Faktoren. Die weltweite Zunahme der Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen und verarbeiteten Nahrungsmitteln wird vom Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen in (bevölkerungsreichen) Schwellenländern (China, Indien, Brasilien, Russland) und vom verstärkten Einsatz agrarischer Rohstoffe für die Erzeugung von Agrotreibstoffen angetrieben.

Steigende Inputkosten von Treibstoffen, Saatgut und Düngemitteln verteuern die Produktion. Durch Produktionsausfälle in bedeutenden Exportländern (Australien, EU, Ukraine), Exportbeschränkungen in wichtigen Produzentenländern (Argentinien, Russland, Kasachstan, China, Ukraine, Indien) und historisch niedrige Lagerbestände war das Angebot auf dem Weltmarkt zu gering, um die Preise stabil zu halten¹⁶⁾.

Die Erwartung einer Verteuerung von Rohstoffen und die Zunahme der Unsicherheit auf den Immobilien- und Aktienmärkten hatten eine Verlagerung der Finanzströme auf die Warenterminmärkte zur Folge. Zur Diversifikation von Anlage- und Spekulationsvermögen wurde zunehmend in derivative Finanzprodukte für Rohstoffe investiert. Dies verstärkte die Hausse der Futures-, Optionen- und Spot-Kurse von Commodities.

Der Auftrieb der Weltmarktpreise für Agrar- und Energierohstoffe hatte einen weltweiten Anstieg der Erzeuger- und Verbraucherpreise von Nahrungsmitteln (besonders Brot und Getreideprodukte, Milch, Käse, Eier, Öle und Fette) und Energie (vor allem Mineralölprodukten) zur Folge. In Österreich waren Nahrungsmittel und Energie ceteris paribus im Dezember für mehr als die Hälfte des Verbraucherpreisanstiegs bestimmend. Der größere Teil dieser Verteuerung war demnach durch internationale Faktoren verursacht.

Übersicht 21: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2004	2005	2006	2007	Dezember 2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,6
Kerninflationsrate des VPI ¹⁾	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,5
Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH)	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,9
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 5,0	+ 8,3
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 3,1	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 8,7
Gebühren und Tarife	+ 2,9 ²⁾	+ 4,4 ²⁾	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 4,1	+ 7,6
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 1,9	+ 6,7	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,1
Bekleidung und Schuhe	+ 0,5	+ 0,0	- 0,3	+ 2,1	+ 5,1
Wohnung, Wasser, Energie	+ 3,6	+ 5,3	+ 4,3	+ 4,6	+ 4,0
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 2,3
Gesundheitspflege	+ 0,2	+ 6,2	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,1
Verkehr	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 4,8
Nachrichtenübermittlung	- 1,4	- 8,4	- 6,0	- 3,3	- 6,7
Freizeit und Kultur	+ 1,3	+ 0,4	- 2,2	± 0,0	+ 1,3
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 2,1	+ 7,5	+ 1,9	+ 2,4
Restaurants und Hotels	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,8
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,9	+ 6,3
Verarbeitete Nahrungsmittel ⁴⁾	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,3	+ 3,8	+ 6,7
Energie	+ 6,4	+ 9,2	+ 6,2	+ 4,2	+ 13,5
Industriegüter	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,7	+ 2,7
Dienstleistungen	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ WIFO-Berechnungen. – ³⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ⁴⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Die internationale Rohstoffpreisentwicklung schlug sich auch im Großhandelspreisindex, vor allem in einem deutlichen Anstieg der Preise von Intermediärgütern nieder

¹⁶⁾ Siehe dazu Baumgartner, J., Sinabell, F., "Erzeugerpreise von Agrarprodukten und Nahrungsmittelpreise in Österreich. Entwicklungen am Beispiel von Getreide und Milch", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(12), S. 965-977; http://www.wifo.ac.at/wifa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30843&typeid=8&display_mode=2, und IWF, Commodity Market Developments and Prospects, World Economic Outlook, Chapter 1 (Global Prospects and Policies), Appendix 1.2, April 2008, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/01/pdf/c1.pdf>.

(+8,5%, Dezember 12,1%). Insgesamt zogen die Großhandelspreise um 4,1% an (2006 +2,9%).

Übersicht 22: Entwicklung der Rohstoff- und Großhandelspreise

	Ø 1997/2007	2005	2006	2007	Dezember 2007
	Veränderung in % p. a.	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>					
Dollarbasis	+ 10,1	+ 28,5	+ 20,9	+ 13,4	+ 36,5
Euro-Basis	+ 8,0	+ 28,7	+ 19,4	+ 3,5	+ 23,8
Ohne Energierohstoffe	+ 3,2	+ 10,1	+ 25,0	+ 8,0	- 0,3
Nahrungs- und Genussmittel	- 1,0	+ 0,1	+ 9,5	+ 14,2	+ 23,7
Industrierohstoffe	+ 5,3	+ 14,6	+ 30,9	+ 6,0	- 8,0
Agrarische Rohstoffe	+ 1,4	+ 1,3	+ 10,6	+ 11,0	+ 5,7
NE-Metalle	+ 7,6	+ 16,2	+ 57,3	+ 4,4	- 19,6
Energierohstoffe	+ 10,9	+ 37,0	+ 17,3	+ 1,8	+ 34,3
Rohöl	+ 11,7	+ 43,1	+ 18,2	+ 0,7	+ 32,5
<i>Index der Großhandelspreise</i>					
Konsumgüter	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 4,1	+ 6,6
Investitionsgüter	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,6
Investitionsgüter	- 1,0	- 0,4	- 1,5	- 3,4	- 4,3
Intermediärgüter	+ 3,3	+ 2,3	+ 5,9	+ 8,5	+ 12,1

Q: HWWI.

Übersicht 23: Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2004		2005		2006		2007		Dezember 2007	
	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,1
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 1,7	.	+ 2,0	.	+ 1,6	.	+ 2,1	.	+ 3,3	.
<i>COICOP-Gliederung</i>										
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 7,0	+ 4,8
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 1,8	+ 7,5	+ 6,3	+ 4,9	+ 0,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,5
Bekleidung und Schuhe	- 0,6	+ 0,7	- 1,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 2,2	+ 1,0	+ 5,2	+ 1,0
Wohnung, Wasser, Energie	+ 4,2	+ 2,5	+ 6,2	+ 4,7	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,6
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	- 0,1	+ 0,9	- 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,9
Gesundheitspflege	+ 1,1	+ 7,9	+ 4,9	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,3
Verkehr	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,3	+ 2,9	+ 3,2	+ 0,4	+ 2,4	+ 5,2	+ 5,5
Nachrichtenübermittlung	- 1,2	- 2,0	- 7,9	- 2,3	- 4,5	- 3,2	+ 4,5	- 1,9	- 7,7	- 2,3
Freizeit und Kultur	+ 0,5	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 2,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,1
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 3,4	+ 1,9	+ 3,1	+ 7,2	+ 2,9	+ 1,9	+ 7,8	+ 2,4	+ 9,4
Restaurants und Hotels	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,4
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3
<i>Sondergliederung</i>										
Unbearbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,0	+ 4,8	+ 3,1
Bearbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 2,2	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,8	+ 6,7	+ 5,1
Energie	+ 6,9	+ 4,5	+ 9,8	+ 10,1	+ 6,3	+ 7,7	+ 4,0	+ 2,6	+ 14,0	+ 9,2
Industriegüter	+ 0,3	+ 0,8	- 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,0
Dienstleistungen	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,5

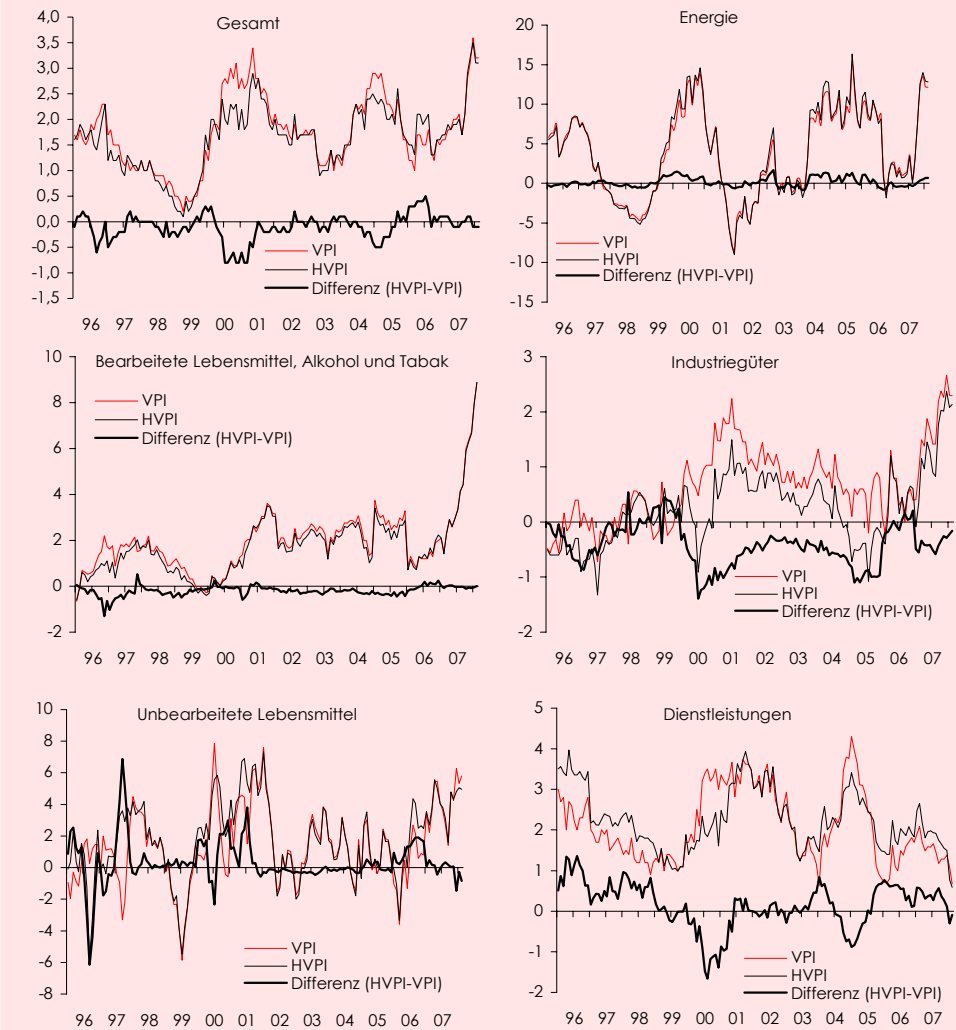
Q: Eurostat. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der für die EU-Länder nach weitgehend vereinheitlichter Methode erhoben wird, betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2007 2,2% und die Kerninflation (ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel) 1,9%. Der HVPI zu konstanten Steuersätzen zeigt einen Preisanstieg von 2,1%. Wären die Steueränderungen (die Anhebung der Mineralölsteuer im Juli) ausgeblieben, so wäre die Inflationsrate gemäß HVPI um 0,1 Prozentpunkt niedriger ausgefallen.

Mit einer Ausnahme zeigen der nationale Verbraucherpreisindex (VPI; Übersicht 21) und der HVPI (Übersicht 23) im Jahr 2007 nach Produktgruppen eine ähnliche Entwicklung (Abbildung 17). Nur für die Produktgruppe "Nachrichtenübermittlung" weichen die Indizes erheblich voneinander ab: Nach dem VPI sanken die Preise um 3,3%, der HVPI weist jedoch einen (wenig plausiblen) Preisanstieg von 4,5% aus. Zurückzuführen ist dieser Unterschied auf die Untergruppe "Telefonapparate und Telefaxgeräte", deren Preise laut HVPI von Dezember 2006 auf Jänner 2007 um 486(!) stiegen. Diese Rate hat ihre Ursache in der Berechnung des HVPI auf Basis eines Kettenindex.

Abbildung 17: Entwicklung der Verbraucherpreise (VPI und HVPI)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, Differenz in Prozentpunkten



Q: Eurostat, Statistik Austria. HVPI . . . Harmonisierter Verbraucherpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

Im Vergleich mit dem Durchschnitt des Euro-Raumes war die Inflationsdynamik in Österreich 2007 stärker ausgeprägt – gegenüber den Vorjahren eine untypische Entwicklung (Übersicht 23). Besonders Nahrungsmittel (Milch, Käse, Eier, Öle und Fette), Güter im Bereich "Wohnen, Wasser und Energie" (Elektrizität, Gas, Materialien zur Wohnungsinstandhaltung) sowie Bekleidung und Schuhe (ab September) verteuerten sich in Österreich überdurchschnittlich.

Lediglich im Bereich "Erziehung und Unterricht" war der Preisanstieg in Österreich deutlich niedriger. Die höhere Rate für den Euro-Raum insgesamt war auf die Einführung von Studiengebühren in fünf deutschen Bundesländern zurückzuführen.

Laut HVPI betrug die Inflationsrate im Durchschnitt des Euro-Raums 2,1% (2006 2,2%). In den einzelnen Ländern war die Preisdynamik zwar differenziert – so lag die Inflati-

onsrate in Finnland, den Niederlanden und Frankreich mit 1,6% unter dem Durchschnitt, in Irland (2,9%), Griechenland (3,0%) und Slowenien (3,8%) dagegen teils deutlich darüber –, die Dispersion der Inflation¹⁷⁾ verringerte sich im Jahr 2007 aber weiter.

Josef Baumgartner (Josef.Baumgartner@wifo.ac.at)
Statistik: Ursula Glauninger (Ursula.Glauninger@wifo.ac.at)

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter wurde im Jahr 2007 maßgeblich von den im Herbst 2006 erzielten Lohnabschlüssen bestimmt. Damals zeichneten die Konjunkturindikatoren ein günstiges Bild. Nachdem der Aufschwung in Österreich zu Jahresbeginn 2006 etwas an Dynamik verloren hatte, beschleunigte sich die Expansion ab dem II. Quartal wieder. Sowohl für 2006 als auch für 2007 wurde ein robustes Wirtschaftswachstum erwartet. Zugleich war die Inflation, nach einem Aufflammen im Vorjahr, wieder deutlich unter die 2%-Marke gesunken. Während sich die Arbeitnehmerseite durch den Konjunkturaufschwung und eine Besserung der Arbeitsmarktlage in ihrer Verhandlungsposition gestärkt sah, verwiesen die Arbeitgeber in ihrer Argumentation auf den Rückgang der Inflationsrate.

Die Herbstlohnrunde 2006 war von schwierigen Verhandlungen in der Metallindustrie und im Handel geprägt. In der Metallindustrie, die traditionell Signalwirkung für die anderen Sektoren hat, konnten sich die Tarifparteien erst in der vierten Verhandlungsrunde Anfang November auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter einigen. Sowohl die Mindest- als auch die Ist-Bezüge wurden um 2,6% angehoben, zudem wurde für alle Unternehmen mit positivem Betriebsergebnis eine Einmalzahlung von 100 € vereinbart. Aufgrund der guten Gewinnlage der Unternehmen und der Ausgestaltung der Einmalzahlung wurde die Zahlung fast ausnahmslos in der ganzen Branche schlagend. Die Verteilungsoption¹⁸⁾, deren Inanspruchnahme allerdings eine durchschnittliche Lohnsteigerung im Betrieb von 2,9% bedeutete, wurde nur von wenigen Betrieben genutzt. Insgesamt überschritten die Lohnerhöhungen die symbolisch wichtige Schwelle von 3% nicht (im Vorjahr waren die Kollektivvertragslöhne und -gehälter um 3,1% gestiegen). Das Anliegen der Arbeitgeberseite, Flexibilitätskomponenten in den Abschluss einzubauen und eine stärkere Differenzierung auf betrieblicher Ebene zuzulassen, wurde allerdings nur teilweise umgesetzt.

In der Folge stiegen die Entgelte auch in den anderen Branchen nominell etwas schwächer als im Jahr davor. Im Handel wurden die Löhne der 100.000 Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Gehälter der 550.000 Angestellten mit Jänner 2007 um 2,35% angehoben. Für 2006 hatten die Tarifpartner sowohl für die Handelsangestellten als auch – unter Berücksichtigung einer Mindesterhöhungsklausel von 31 € – für die Handelsarbeiter und -arbeiterinnen eine Erhöhung um 2,7% vereinbart. Nach einem Anstieg um 2,7% im Jahr 2006 erzielten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und jene der Gemeindebediensteten mit Jänner 2007 einen Zuwachs der Gehälter von Beamten und Vertragsbediensteten von 2,35%. Mit dem 1. Jänner traten auch zahlreiche andere erneuerte Kollektivverträge mit Lohnsteigerungen von knapp unter 2,5% in Kraft. So stieg die Entlohnung der Angestellten der Sozialversicherung um 2,34%, jene der Beschäftigten im pharmazeutischen Bereich und in den Apotheken um 2,35%. Für die ÖBB und den privaten Schienenverkehr betrug die Gehaltserhöhung 2,4%; im selben Ausmaß erhöhten sich auch die Einkommen der Beschäftigten in den Gesundheits- und Sozialberufen. Die Entgelte der Bankangestellten, die ebenfalls im Herbst verhandelt worden waren, stiegen dagegen mit Anfang Februar um 2,55% und somit um knapp ½ Prozentpunkt schwächer als 2006.

¹⁷⁾ Berechnet als gewichtete Standardabweichung der jährlichen Inflationsraten für 61 Produktgruppen und 12 Länder im Euro-Raum (ohne Slowenien).

¹⁸⁾ Eine "Verteilungsoption" gibt den Betrieben im Zusammenhang mit einem Lohnabschluss die Möglichkeit, einen Teil der Lohn- und Gehaltssteigerung nach Absprache mit dem Betriebsrat individuell zu verteilen. Üblicherweise wird entweder die Entlohnung der gesamten Belegschaft um einen gemeinsamen Prozentsatz angehoben, oder jener Betrag, der sich durch Anhebung der gesamten Lohn- und Gehaltssumme um diesen Prozentsatz ergibt, wird so aufgeteilt, dass die gesamte Belegschaft eine Steigerung um einen Teil dieses Satzes erhält und der Rest der Steigerungsrate zusätzlich einem Teil der Belegschaft zugute kommt.

Realeinkommen stagnieren trotz An- stieg der Lohn- und Gehaltssumme

Rückblick: Die Lohnab- schlüsse im Herbst 2006 und Frühling 2007

Zu Jahresbeginn 2007 waren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenüber dem Herbst 2006 weitgehend unverändert, auch die von den Tarifpartnern verhandelten Abschlüsse folgten der im Herbst vorgegebenen Linie. Die Mindestlöhne stiegen in der Textilindustrie um 2,3%, in der Holzindustrie um 2,4%. Im Mai wurde für 140.000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Hotel- und Gastgewerbe eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 2,5% wirksam; für die knapp 25.000 Angestellten in diesem Bereich einigten sich die Tarifparteien auf eine Rate von +2,3%. Im Vorjahr hatte die Steigerung für beide Berufsgruppen 2,55% betragen. Deutlich höher fielen die Abschlüsse in der chemischen Industrie und in der Mineralölindustrie aus: In der chemischen Industrie trat mit 1. Mai eine Anhebung der Mindestlöhne- und -gehälter um 2,85% in Kraft (die Ist-Löhne und -Gehälter wurden um 2,7% erhöht); in der Mineralölindustrie wurde zusätzlich zur Anhebung der Entgelte um 2,6% (jedoch mindestens 65 €) eine Einmalzahlung von 500 € vereinbart. Im Bausektor waren die neuen Kollektivvertragslöhne und -gehälter schon in der Frühlingslohnrunde 2006 festgelegt worden: Einer üblichen Praxis folgend, hatten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite auf einen zweijährigen Abschluss geeinigt. Die Lohnerhöhung betrug in Baugewerbe und -industrie 2,75%, die Angestelltengehälter wurden um 2,6% angehoben. Im Bauhilfs- und Baunebengewerbe war eine Steigerung um 2,65% vereinbart worden.

Übersicht 24: Lohnrunde 2007

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss Mindestlöhne Erhöhung in %	Ist-Löhne
<i>Bedienstete</i>			
Öffentlicher Dienst	Jänner	+ 2,35	
<i>Arbeiterinnen und Arbeiter</i>			
Allgemeines Gewerbe	Jänner	+ 2,22	
Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS)	Jänner	+ 2,4	+ 2,2
Mineralölindustrie	Februar	+ 2,6	+ 2,6 ¹⁾
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar	+ 2,55	+ 2,55 ²⁾
Graphisches Gewerbe	April	+ 2,4	+ 2,4
Textilindustrie	April	+ 2,3	+ 2,3 ³⁾
Bauwirtschaft	Mai	+ 2,6	
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai	+ 2,75	
Chemische Industrie	Mai	+ 2,85	+ 2,7
Papierindustrie	Mai	+ 2,3	+ 2,3
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai	+ 2,7	+ 2,7
Glasindustrie	Juni	+ 2,3	+ 2,1 ⁴⁾
Metallindustrie	November	+ 3,6	+ 3,5 ⁵⁾
<i>Angestellte</i>			
Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS)	Jänner	+ 2,4	+ 2,2
Handel	Jänner	+ 2,35	
Metallgewerbe	Jänner	+ 2,6	+ 2,4
Banken	Februar	+ 2,55	
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar	+ 2,55	+ 2,55 ²⁾
Graphisches Gewerbe	April	+ 2,4	+ 2,4
Textilindustrie	April	+ 2,3	+ 2,3 ³⁾
Holz- und Sägeindustrie	April	+ 2,4	+ 2,4
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+ 2,3	
Chemische Industrie	Mai	+ 2,85	+ 2,7
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai	+ 2,7	+ 2,7
Holz- und kunststoffverarbeitendes Gewerbe	Mai	+ 2,6	
Metallindustrie	November	+ 3,6	+ 3,5 ⁵⁾
Stein- und keramische Industrie	November	+ 3,0	+ 3,0 ⁶⁾

Q: Gewerkschaften. BAGS . . . Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe. –
¹⁾ Mindestens 65 € pro Monat und Einmalzahlung von 500 €. – ²⁾ Einmalzahlung von 200 €. – ³⁾ +2,1% bis +2,5%. – ⁴⁾ Mindestens 35 € pro Monat. – ⁵⁾ Prämie von 150 € bis 200 €. – ⁶⁾ Mindestens 55 € pro Monat bzw. +3,5% für niedrige Einkommen.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerbezüge in den einzelnen Branchen spiegelt sich auch in den aggregierten Daten des Tariflohnindex. Die Mindestlöhne erhöhten sich im Durchschnitt über alle Branchen um 2,4% und damit um rund 0,3 Prozentpunkte schwächer als im Vorjahr (laut Tariflohnindex 86; Übersicht 25)¹⁹⁾. Die Steigerung der

¹⁹⁾ Statistik Austria hat kürzlich den revidierten Tariflohnindex mit Basisjahr 2006 veröffentlicht. Mit der Revision wurde der Index um einige Bereiche erweitert und das Gewichtungsschema aktualisiert. Der neue Tariflohnindex, für den erstmals für das Jahr 2007 Ergebnisse vorliegen, weicht deshalb vom Tariflohnindex 1986 ab:

Tariflöhne im öffentlichen Dienst (+2,3%) blieb leicht hinter jener in der Privatwirtschaft (+2,4%) zurück. Im privaten Sektor stieg der Tariflohnindex in der Industrie und im Baugewerbe am stärksten (+2,7%). Im Baugewerbe war der Zuwachs für die Angestellten (+2,6%) etwas geringer als für die Arbeiter und Arbeiterinnen (+2,7%), in der Industrie umgekehrt die Steigerung für die Angestellten (+2,7%) etwas höher als für die Arbeiter und Arbeiterinnen (+2,6%). Im Tourismus entwickelten sich die Mindestentgelte unterdurchschnittlich (+2,3%), vor allem weil die Angestelltegehälter schwächer zunahm (+2,1%). Die mit Abstand geringste Steigerungsrate ergab sich für die Kollektivvertragsgehälter der Angestellten in den freien Berufen (+1,7%).

Übersicht 25: Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4
Gewerbe	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4
Baugewerbe	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
Industrie	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7
Handel	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3
Verkehr	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4
Tourismus	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4
Freie Berufe	.	.	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7
Land- und Forstwirtschaft	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4
Öffentlicher Dienst	.	.	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Angestellte und Verkehrsbedienstete. – ³⁾ Bedienstete.

Im Jahr 2007 wurde die Einkommensentwicklung durch die kräftige Zunahme der Beschäftigung deutlich gestärkt. Trotz niedrigerer Lohnabschlüsse entwickelten sich die Pro-Kopf-Einkommen mit derselben Rate wie 2006 (+2,7%); weil die Beschäftigung aber um gut 2% ausgeweitet wurde, nahm die Lohn- und Gehaltssumme mit +4,9% um ½ Prozentpunkt stärker zu.

Hohe Beschäftigungsdynamik stärkt Einkommensentwicklung

Übersicht 26: Löhne und Einkommen

	In €	2005	2006	2007
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto		+ 3,5	+ 4,4	+ 4,9
Löhne und Gehälter pro Kopf				
Brutto nominell		+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7
Brutto real ¹⁾		+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6
Netto nominell		+ 2,8	+ 2,1	+ 2,2
Netto real ¹⁾		+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1
<i>Bruttoverdienst pro Kopf</i>				
Sachgüterproduktion (ÖNACE)				
Pro Monat	2.812,19	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8 ²⁾
Pro Stunde	16,40	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,8 ²⁾
Industrie (Fachverbandsgliederung)				
Pro Monat	3.037,54	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,8 ²⁾
Pro Stunde	17,61	+ 3,4	+ 2,7	+ 3,0 ²⁾

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik. – ¹⁾ Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – ²⁾ Jänner bis November 2007.

Mit +2,7% stiegen 2007 die Leistungseinkommen pro Kopf der Arbeitnehmer um gut ¼ Prozentpunkt rascher als die tariflichen Mindestlöhne. Die Lohndrift war damit seit 2000 erstmals positiv, nachdem das Wachstum der Effektivverdienste in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts durch die Zunahme von Teilzeit- und geringfügiger Be-

Die durchschnittliche Steigerung der Bruttomindestlöhne und -gehälter betrug 2007 laut Tariflohnindex 2006 2,2%. Um die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu gewährleisten, wird im vorliegenden Bericht noch der Tariflohnindex 1986 herangezogen.

schäftigung auf Kosten von Vollzeitarbeitsplätzen deutlich hinter der Tariflohnentwicklung zurückgeblieben war und die Lohndrift in den Jahren 2005 und 2006 gerade noch Null erreichte.

Nach der vorläufigen Rechnung stieg aber der Deflator des privaten Konsums 2007 mit gut +2% stärker als im Vorjahr, sodass trotz gleicher Nominallohnentwicklung der Zuwachs der Bruttoeinkommen mit +0,6% um ½ Prozentpunkt schwächer war als 2006. Nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge stagnierten die Nettoeinkommen 2007 (+0,1%), nachdem sie 2005 durch die Einkommenssteuerreform um 1,1% und 2006 um 0,5% zugenommen hatten.

In der Sachgütererzeugung insgesamt und in der Industrie laut Fachverbandsgliederung erhöhten sich die Bruttomonatsverdienste nur wenig stärker (+2,8%); da aber die Arbeitsstunden pro Kopf der Beschäftigten zunahm, stiegen die Stundenverdienste um etwa ¼ Prozentpunkt schwächer (Sachgütererzeugung +2,5%, Industrie +2,6%).

Ausblick: Die Herbstlohnrunde 2007 und die ersten Abschlüsse 2008

Die Herbstlohnrunde 2007 stand im Zeichen eines gespaltenen Konjunkturbildes: Dem hohen Wirtschaftswachstum in Österreich stand eine Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen im Gefolge der Konjunkturabschwächung in den USA und der weltweiten Finanzkrise gegenüber. Zugleich waren erste Anzeichen einer Inflationsbeschleunigung zu erkennen. Die Verhandlungen zwischen den Tarifparteien gestalteten sich schwierig, die Forderungen der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberseite lagen anfangs weit auseinander. In der Metallindustrie strebten die Gewerkschaften neben einer kräftigen Anhebung der Löhne und Gehälter auch die Anerkennung eines Anspruchs der Beschäftigten auf Bildungsfreistellung an. Die Arbeitgeber forderten erneut höhere Flexibilität in der Lohnsteigerung und gewinnabhängige Komponenten der Lohnfindung. Nach etlichen Verhandlungsrunden einigten sich die Tarifparteien auf eine mehrstufige Lösung, die die höchste nominelle Lohnerhöhung seit 2000 bedeutete: Die Mindestlöhne und -gehälter wurden um 3,6% angehoben; der Mindestlohn liegt damit in der Branche derzeit bei 1.402 €. Die Ist-Entlohnungen erhöhten sich um 3,5%, 0,3% davon konnten durch Betriebsvereinbarung individuell im Betrieb verteilt werden. Zusätzlich wurde eine nach der Höhe des Betriebserfolgs gestaffelte Einmalzahlung vereinbart. In Betrieben, deren Jahresüberschuss vor Zinsen und Steuern (EBIT) Null oder negativ war, fiel keine Zahlung an, bei einem EBIT von weniger als 6% betrug die Einmalzahlung 150 €, in allen anderen Betrieben 200 €. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite einigten sich auch auf einen Anspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung von einer Woche pro Jahr, allerdings nur für Prüfungsvorbereitung im zweiten Bildungsweg.

Die Verhandlungen, die im Herbst dem Abschluss der Metallindustrie folgten, erzielten ebenfalls vergleichsweise hohe Lohnsteigerungen. Im Handel einigten sich die Sozialpartner auf eine Erhöhung der Bezüge für Arbeiter und Arbeiterinnen bzw. Angestellte um 3,1% und mindestens 43 € bzw. 45 €; das entsprach einer durchschnittlichen Erhöhung um 3,3%. Im Metallgewerbe stiegen mit Anfang 2008 die Mindestbezüge um 3,5%, die Ist-Verdienste um 3,1%; zusätzlich wurde eine Einmalzahlung von 100 € vereinbart. Die Einigung für den öffentlichen Dienst kam erst nach fünf Verhandlungsrunden zustande; die Einkommen wurden im Durchschnitt um 3,3% angehoben. Diese Steigerung setzt sich aus einer bleibenden Erhöhung der Gehälter um 2,7% und einer Einmalzahlung von 175 € zusammen.

Ende 2007 beschleunigte sich der Preisauflauf, die Inflationserwartungen für 2008 wurden merklich nach oben revidiert. Die jüngsten Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde sind zum Teil auch von diesem Aufflammen der Inflation geprägt. Nach einem Abschluss von +2,4% im Vorjahr einigten sich die Tarifparteien in der Holzindustrie auf eine Anhebung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter um 3,5%. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen vereinbarten mit der Arbeitnehmerseite eine Lohnsteigerung von 3,7% und zusätzlich eine Einmalzahlung von 250 € (im Vorjahr: +2,55% mit Einmalzahlung von 200 €). Der Abschluss für den Bausektor sieht erneut zwei Etappen vor: In einem ersten Schritt werden mit 1. Mai 2008 die Mindestlöhne und Zulagen der Bauarbeiter um 3,74% erhöht. Im nächsten Jahr werden die Kollektivvertragslöhne ohne neue Verhandlungen um 3,6% angehoben. Berücksichtigt man auch die Anhebung der Taggeldsätze, die ebenfalls Gegenstand der jüngsten Verhandlung war, so be-

trug die Lohnerhöhung für Arbeiter in Bauindustrie und Baugewerbe knapp 4%. Die Ist-Löhne werden jeweils durch Parallelverschiebung²⁰⁾ angepasst, sodass die kollektivvertragliche Lohnerhöhung das Ausmaß von Überzahlungen nicht schmälert.

Alois Guger (Alois.Guger@wifo.ac.at), Thomas Leoni (Thomas.Leoni@wifo.ac.at)
Statistik: Annamaria Rammel (Annamaria.Rammel@wifo.ac.at)

Der anhaltende gesamtwirtschaftliche Aufschwung schlug sich 2007 wie im Vorjahr in einer so dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nieder, wie sie zuletzt Anfang der neunziger Jahre verzeichnet worden war. Die Expansion der Arbeitskräftenachfrage zeigte sich in einem Anstieg der Zahl der aktiv Erwerbstätigen um 1,9% oder 66.900 auf einen Jahresdurchschnittsbestand von 3,623 Mio.

Ausgeweitet wurde primär die unselbständige Standardbeschäftigung (+65.500 bzw. +2,1%), doch auch die Zahl der Selbständigen stieg insgesamt weiterhin leicht (+1.400 oder +0,4%). Der Trend zu geringfügiger Beschäftigung und Teilzeitarbeit war ebenso ungebrochen wie jener zur Flexibilisierung der Arbeitskräftenachfrage durch die Nutzung von Leiharbeit.

Die neu geschaffenen Arbeitsplätze kamen etwa gleichermaßen Frauen wie Männern zugute. Wegen des niedrigeren Ausgangsniveaus ergab sich deshalb für Frauen eine höhere Steigerungsrate (unselbständige aktive Beschäftigung Frauen +2,3%, Männer +1,9%). Weil die Zahl der selbständigen Frauen sank, wuchs die Erwerbstätigenzahl der Männer absolut deutlich stärker als die der Frauen (+35.600 oder 1,8%, Frauen +31.300 oder +2,0%).

Rund 33% der zusätzlichen Arbeitskräftenachfrage wurden durch ausländische Staatsangehörige gedeckt; zwei Drittel des Beschäftigungsanstiegs entfielen damit auf inländische Erwerbstätige.

Trotz des geringen Wachstums der Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre; laut Statistik Austria +15.500) stieg das Arbeitskräfteangebot um rund 50.000 (Frauen +25.000 bzw. +1,4%, Männer +22.700 bzw. +1,1%).

Die Arbeitslosigkeit sank insgesamt um knapp 17.000 (-7,1%) auf 222.200 im Jahresdurchschnitt. Tatsächlich war der Rückgang noch höher, denn im Zuge der guten Konjunktur ging auch die Beteiligung von Arbeitslosen an Kursmaßnahmen des Arbeitsmarktservice zurück (-4.900 bzw. -8,4%).

Durch diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erhöhte sich die Beschäftigungsquote kräftig (+1 Prozentpunkt auf 64,4%, Frauen von 55,7% auf 56,7%, Männer von 71,3% auf 72,4%). Die Arbeitslosenquote sank nach traditioneller Berechnungsmethode insgesamt um 0,6 Prozentpunkte von 6,8% auf 6,2% (Männer von 7,1% auf 6,4%, Frauen von 6,4% auf 6,0%), laut Eurostat verringerte sie sich von 4,7% auf 4,4%.

Die Ausweitung der Beschäftigung wurde zu rund zwei Dritteln vom Dienstleistungssektor getragen. Dynamischer als im Tertiärsektor mit +1,9% entwickelte sich die Beschäftigung aber in der Sachgütererzeugung (+2,3%, +19.800).

Dazu trug erheblich der Bereich der metallerzeugenden und -verarbeitenden Industrie bei (+13.600 bzw. +5,0%), aber auch in der Chemiebranche (+2,8%) und im Bauwesen (+2,9%) wurde der Beschäftigungsstand im Jahresdurchschnitt erheblich ausgeweitet. Ein Rückgang ergab sich in jenen Branchen, die anhaltendem Druck zur Strukturanpassung ausgesetzt sind (Nahrungsmittel, Textilien und Bekleidung, Möbel und sonstige Konsumgüter). Einen Beschäftigungseinbruch weist die Statistik für die Energie- und Wasserversorgung aus (-9,1%); er spiegelt jedoch keine realen Beschäftigungseinbußen wider, sondern dürfte ausschließlich auf Umbuchungen der Wiener und der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse in die Wirtschaftsklasse 72 (Datenverarbeitung und Datenbanken) zurückzuführen sein.

²⁰⁾ Bei der "Parallelverschiebung" wird der Euro-Betrag, der sich durch die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter ergibt, den Ist-Löhnen und Ist-Gehältern hinzugerechnet. Der absolute Abstand zwischen Kollektivvertrags- und Ist-Bezügen bleibt unverändert, ihr proportionaler Abstand verringert sich.

Markante Beschäftigungsausweitung kennzeichnet den Arbeitsmarkt

Der anhaltende gesamtwirtschaftliche Aufschwung schlug sich 2007 wie im Vorjahr in einer so dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nieder, wie sie zuletzt Anfang der neunziger Jahre verzeichnet worden war.

Arbeitslosigkeit sinkt trotz deutlicher Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes

Beschäftigung steigt in Sachgütererzeugung, Bauwesen und Dienstleistungssektor

Übersicht 27: Der Arbeitsmarkt im Überblick

	2004	2005 Jahresdurchschnitt	2006	2007	Veränderung 2006/07	
					Absolut	In %
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	3.198.591	3.230.286	3.280.878	3.344.039	+ 63.161	+ 1,9
Männer	1.731.138	1.741.025	1.765.210	1.797.982	+ 32.772	+ 1,9
Frauen	1.467.453	1.489.261	1.515.668	1.546.057	+ 30.389	+ 2,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	3.078.544	3.110.406	3.161.931	3.227.449	+ 65.518	+ 2,1
Männer	1.717.691	1.727.336	1.750.372	1.783.610	+ 33.238	+ 1,9
Frauen	1.360.854	1.383.070	1.411.559	1.443.839	+ 32.280	+ 2,3
Inländische Arbeitskräfte	2.716.245	2.736.219	2.771.236	2.814.871	+ 43.635	+ 1,6
Männer	1.498.719	1.501.883	1.515.435	1.536.163	+ 20.728	+ 1,4
Frauen	1.217.527	1.234.336	1.255.801	1.278.708	+ 22.907	+ 1,8
Ausländische Arbeitskräfte	362.299	374.187	390.695	412.578	+ 21.883	+ 5,6
Männer	218.972	225.453	234.937	247.447	+ 12.510	+ 5,3
Frauen	143.327	148.734	155.758	165.131	+ 9.373	+ 6,0
Selbständige und Mithelfende ³⁾	384.700	390.000	394.400	395.800	+ 1.400	+ 0,4
Männer	239.900	244.500	249.300	251.700	+ 2.400	+ 1,0
Frauen	144.800	145.500	145.100	144.100	- 1.000	- 0,7
Aktiv Erwerbstätige	3.463.244	3.500.406	3.556.331	3.623.249	+ 66.918	+ 1,9
Männer	1.957.591	1.971.836	1.999.672	2.035.310	+ 35.638	+ 1,8
Frauen	1.505.654	1.528.570	1.556.659	1.587.939	+ 31.280	+ 2,0
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	243.880	252.654	239.174	222.248	- 16.926	- 7,1
Männer	140.262	144.238	135.778	124.346	- 11.432	- 8,4
Frauen	103.618	108.416	103.396	97.902	- 5.494	- 5,3
Teilnahme an Schulungen ⁴⁾	42.465	48.590	57.504	52.653	- 4.851	- 8,4
Männer	21.356	24.238	27.095	24.648	- 2.447	- 9,0
Frauen	21.109	24.352	30.408	28.005	- 2.403	- 7,9
Erwerbspersonen ⁵⁾	3.707.124	3.753.060	3.795.505	3.845.498	+ 49.993	+ 1,3
Männer	2.097.853	2.116.074	2.135.450	2.159.656	+ 24.206	+ 1,1
Frauen	1.609.272	1.636.986	1.660.055	1.685.841	+ 25.786	+ 1,6
Bevölkerung ⁶⁾	5.561.633	5.577.212	5.595.752	5.611.271	+ 15.519	+ 0,3
Männer	2.783.889	2.792.690	2.802.672	2.809.360	+ 6.688	+ 0,2
Frauen	2.777.744	2.784.522	2.793.080	2.801.911	+ 8.831	+ 0,3
Beim AMS gemeldete sofort verfügbare offene Stellen	23.774	26.209	32.912	38.214	+ 5.302	+ 16,1
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)						
Erwerbsquote ⁵⁾	66,7	67,3	67,8	68,5		
Männer	75,4	75,8	76,2	76,9		
Frauen	57,9	58,8	59,4	60,2		
Beschäftigungsquote ⁷⁾	62,3	62,8	63,6	64,6		
Männer	70,3	70,6	71,3	72,4		
Frauen	54,2	54,9	55,7	56,7		
In %						
Arbeitslosenquote laut AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	7,1	7,3	6,8	6,2		
Männer	7,5	7,7	7,1	6,5		
Frauen	6,6	6,8	6,4	6,0		
Arbeitslosenquote laut Eurostat	4,8	5,2	4,7	4,4		
Männer	4,4	4,9	4,4	3,9		
Frauen	5,3	5,5	5,2	5,0		

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. – 1) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 2) Unselbständige laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ohne Präsenzdienst, Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld und Arbeitslose im Beschäftigungsstand, die an Schulungen teilnehmen; WIFO-Berechnungen. – 3) Laut WIFO. – 4) Laut Arbeitsmarktstatistik. – 5) Aktiv Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose. – 6) Laut Statistik Austria. – 7) Aktiv Erwerbstätige.

Das Bauwesen steigerte die Beschäftigung deutlich. Dabei erwies sich die Arbeitskräftenachfrage mit +7.000 bzw. +2,9% als noch expansiver als im Vorjahr (+4.800 bzw. +2%).

Im Dienstleistungsbereich wurde der Personalstand – wie in den letzten Jahren – besonders in der Erbringung von unternehmensnahen Diensten ausgeweitet (+20.100 oder 6,1%). Eine überdurchschnittliche Entwicklung verzeichneten zudem das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (+9.300 bzw. +5,3%) und der Handel (+11.500

bzw. +2,3%). Unterproportional gesteigert wurde die Beschäftigung im Beherbergungs- und Gaststättenwesen (+900 bzw. +0,5%) und der Bereich "Verkehr, Nachrichtenübermittlung" (+1.500 bzw. +0,7%). In der öffentlichen Verwaltung waren um 3.800 Personen weniger beschäftigt als im Jahr zuvor (-0,8%).

Übersicht 28: Unselbständige Beschäftigung nach Branchen im Jahr 2007

	Männer 2007	Frauen 2007	2007	Insgesamt Veränderung Absolut	2006/07 In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	18.094	10.264	28.358	+ 1.277	+ 4,7
Bergbau, Industrie und Gewerbe	672.383	200.328	872.711	+ 19.792	+ 2,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	11.164	1.699	12.864	+ 142	+ 1,1
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken; Tabakverarbeitung	37.719	34.402	72.120	- 147	- 0,2
Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder	10.371	16.760	27.131	- 477	- 1,7
Be- und Verarbeitung von Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	57.268	20.111	77.378	+ 128	+ 0,2
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen, Rückgewinnung (Recycling)	43.357	17.836	61.193	+ 1.666	+ 2,8
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	22.080	6.865	28.945	+ 544	+ 1,9
Erzeugung und Bearbeitung von Metallen, Herstellung von Metallerzeugnissen	228.736	57.512	286.248	+ 13.620	+ 5,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und anderen Erzeugnissen	26.194	9.611	35.805	- 344	- 1,0
Energie- und Wasserversorgung	19.763	3.823	23.587	- 2.371	- 9,1
Bauwesen	215.731	31.710	247.441	+ 7.032	+ 2,9
Dienstleistungen	1.093.133	1.233.247	2.326.380	+ 44.449	+ 1,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	251.689	272.774	524.463	+ 11.542	+ 2,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	66.873	102.051	168.924	+ 886	+ 0,5
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	168.865	50.573	219.438	+ 1.499	+ 0,7
Kredit- und Versicherungswesen	56.183	54.726	110.909	+ 1.789	+ 1,6
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensnahen Dienstleistungen	182.298	166.624	348.922	+ 20.109	+ 6,1
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	212.235	251.226	463.461	- 3.817	- 0,8
Unterrichtswesen	54.142	95.395	149.537	+ 416	+ 0,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	41.772	142.096	183.867	+ 9.263	+ 5,3
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen, extraterritoriale Organisationen und Körperschaften	58.724	94.753	153.477	+ 2.711	+ 1,8
Private Haushalte	352	3.030	3.381	+ 50	+ 1,5
Summe der Wirtschaftsklassen	1.783.610	1.443.839	3.227.449	+ 65.518	+ 2,1
Präsenzdiener	11.502		11.502	- 545	- 4,5
Personen mit Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldbezug	2.870	102.218	105.088	- 1.811	- 1,7
Insgesamt	1.797.982	1.546.057	3.344.039	+ 63.162	+ 1,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Im Jahresdurchschnitt 2007 waren 412.600 unselbständig Beschäftigte ausländische Staatsangehörige, um 21.900 oder 5,6% mehr als 2006. Damit stieg der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der unselbständigen Beschäftigung von 11,9% 2006 auf 12,3% (2007: Männer 13,8%, Frauen 10,7%).

Wie im Vorjahr nahm die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen mit +5.500 (+2,1%) weniger zu als jene von Personen aus anderen EU-Ländern. Die Zahl der Arbeitskräfte aus den anderen Ländern der EU 15 erhöhte sich um 9.500 auf 81.200 (+13,3%), jene der Arbeitskräfte aus den 12 neuen EU-Ländern um 6.900 auf 69.900 (+10,9%). Damit stammten knapp 37% aller ausländischen Arbeitskräfte aus dem EU-Raum.

Die Zunahme der Arbeitskräftenachfrage betraf die versicherungsrechtlich voll abgesicherten unselbständigen Standardarbeitsverhältnisse ebenso wie Beschäftigungsformen, die noch vor wenigen Jahren als atypisch galten: Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze von Männern nahm zu, jene der Frauen war wie in den Vorjahren rückläufig. Massiv ausgeweitet wurde die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze, primär für Frauen, aber auch für Männer. Dies zeigt sich auch an der Steigerung der Zahl der

**Zustrom ausländischer
Arbeitskräfte knapp zur
Hälfte aus EU 15 und EWR**

**Anstieg in beinahe allen
Beschäftigungsformen**

geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (+10.000 bzw. +4,3%), auf die mittlerweile knapp 11% aller unselbständigen Arbeitsverhältnisse von Frauen entfallen (Männer 4%).

Übersicht 29: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich

	2002	2003	2004 Jahresdurchschnitt	2005	2006	2007	Veränderung Absolut	2006/07 In %
Insgesamt	334.432	350.361	362.299	374.187	390.695	412.578	+ 21.883	+ 5,6
Männer	204.431	212.478	218.972	225.453	234.937	247.447	+ 12.510	+ 5,3
Frauen	130.001	137.884	143.327	148.734	155.758	165.131	+ 9.373	+ 6,0
<i>Herkunft</i>								
14 EU-Länder, EWR	39.608	43.572	53.539	62.331	71.648	81.176	+ 9.528	+ 13,3
12 neue EU-Länder	49.985	52.275	55.533	59.173	63.016	69.877	+ 6.861	+ 10,9
Drittstaaten	244.839	254.514	253.227	252.683	256.031	261.525	+ 5.493	+ 2,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Der zunehmende Arbeitskräftebedarf in Verbindung mit betrieblichen Flexibilitätsanforderungen förderte auch die Ausweitung der Beschäftigung in der Personalüberlassung auf 66.700 (+7.400 oder 12,5%). Hingegen ging die Zahl freier Dienstverträge zurück; auf der Nachfrageseite hängt dies mit der zunehmenden Einbeziehung dieser Gruppe in die Sozialversicherungspflicht zusammen, auf der Angebotsseite mit der Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten in Standardarbeitsverhältnissen.

Übersicht 30: Atypische Beschäftigungsformen

	Personalverleih	Freie Dienstverträge	Geringfügige Beschäftigung	Teilzeit ¹⁾
<i>Männer</i>				
2005	38.271	13.215	68.118	99.900
2006	48.683 ²⁾	13.335	70.891	107.200
2007	54.198	12.549	75.251	119.800 ³⁾
<i>Frauen</i>				
2005	8.408	13.448	161.628	621.700
2006	10.579 ²⁾	14.037	164.915	656.900
2007	12.490	13.528	170.581	684.200 ³⁾
<i>Insgesamt</i>				
2005	46.679	26.663	229.746	721.600
2006	59.262 ²⁾	27.372	235.806	764.100
2007	66.688	26.077	245.832	804.000 ³⁾

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria. – ¹⁾ Wochenarbeitszeit 12 bis 35 Stunden. – ²⁾ Bruch in der Datenreihe. – ³⁾ Laut Mikroszensus, Durchschnitt I. bis III. Quartal.

Arbeitslosigkeit deutlich verringert

Im Jahresdurchschnitt sank die Arbeitslosigkeit (Bestand) um 16.900 auf 222.200 (-7,1%). Nach traditioneller Berechnungsmethode verringerte sich die Arbeitslosenquote damit von 6,8% 2006 auf 6,2% 2007. Im Jahresdurchschnitt hatten rund 23% der Arbeitslosen eine Einstellzusage eines Arbeitgebers. Eine eingeschränkte Arbeitslosenquote ohne diese Gruppe betrug 2007 5,0% nach 5,4% im Jahr 2006 und 6,0% im Jahr 2005. Laut Eurostat ging die Arbeitslosenquote 2007 auf 4,4% zurück (2006: 4,7%).

Ein "erweiterter Arbeitslosenbegriff" würde Schulungsteilnahmen, Pensionsvorschussbezug, Übergangsgeld und sofort verfügbare Lehrstellensuchende einbeziehen, die nicht in der administrativen Arbeitslosenstatistik aufscheinen. Eine so abgegrenzte Arbeitslosigkeit sank ebenso deutlich (-22.300 bzw. -6,8%) wie die Zahl der vorgezeichneten Arbeitslosen. Die erweiterte Arbeitslosenquote nahm damit von 9,1% 2006 auf 8,4% 2007 ab.

Arbeitslosigkeit wird für die Betroffenen dann zu einem Problem, wenn sie nicht in relativ kurzer Zeit wieder einen neuen Arbeitsplatz finden. Entsprechend wichtig ist der Indikator der Arbeitslosigkeitsdauer. Dieser Indikator verbesserte sich gegenüber 2006 deutlich: Die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit sank um 7 Tage

auf 92 Tage. Die Zahl der Langzeitarbeitsuchenden mit einer Vormerkdauer von mindestens einem Jahr verringerte sich sogar um 26% auf rund 6.100.

Während sich die beim Arbeitsmarktservice vorgemerkte Arbeitslosigkeit der Männer um 8,4% verringerte (-11.400), hatte die Zunahme der Nachfrage weniger Auswirkungen auf den Jahresbestand an arbeitslosen Frauen (-5.500 bzw. -5,3%). Laut traditioneller Berechnungsmethode war die Arbeitslosenquote der Frauen mit 6,0% aber noch immer niedriger als die der Männer (6,5%; 2006: Frauen 6,4%, Männer 7,2%). Ein etwas anderes Bild ergibt sich anhand der international vergleichbaren Arbeitslosenquote laut Eurostat: Die Arbeitslosigkeit der Frauen lag nach dieser Quelle mit 5,0% deutlich über jener der Männer (3,9%).

Arbeitslosigkeit von Männern sinkt stärker als die von Frauen

Übersicht 31: Arbeitslose nach Geschlecht und Alter

	Arbeitslose				Personen in Schulung			
	2006 Jahresdurchschnitt	2007 Jahresdurchschnitt	Veränderung 2006/07 Absolut	In %	2006 Jahresdurchschnitt	2007 Jahresdurchschnitt	Veränderung 2006/07 Absolut	In %
Männer	135.777	124.347	- 11.430	- 8,4	27.095	24.648	- 2.445	- 9,0
Bis 24 Jahre	21.413	19.553	- 1.860	- 8,7	10.945	10.151	- 794	- 7,3
25 bis 49 Jahre	85.843	77.798	- 8.045	- 9,4	12.080	10.838	- 1.242	- 10,3
50 Jahre oder älter	28.521	26.996	- 1.525	- 5,3	4.070	3.661	- 409	- 10,0
Frauen	103.395	97.902	- 5.493	- 5,3	30.408	28.005	- 2.401	- 7,9
Bis 24 Jahre	16.681	15.588	- 1.093	- 6,6	10.785	9.843	- 942	- 8,7
25 bis 49 Jahre	70.337	66.428	- 3.909	- 5,6	16.836	15.669	- 1.167	- 6,9
50 Jahre oder älter	16.377	15.886	- 491	- 3,0	2.788	2.496	- 292	- 10,5
Insgesamt	239.174	222.248	- 16.926	- 7,1	57.504	52.653	- 4.851	- 8,4
Bis 24 Jahre	38.094	35.141	- 2.953	- 7,8	21.730	19.994	- 1.736	- 8,0
25 bis 49 Jahre	156.180	144.226	- 11.954	- 7,7	28.916	26.507	- 2.409	- 8,3
50 Jahre oder älter	44.898	42.882	- 2.016	- 4,5	6.858	6.157	- 701	- 10,2

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die Arbeitslosigkeit von österreichischen Staatsangehörigen ging laut Arbeitsmarktservice absolut etwas stärker zurück als die der ausländischen (-7,3% gegenüber -6,2%). Dennoch sank die Arbeitslosenquote ausländischer Arbeitskräfte wegen der Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes stärker als die der inländischen, wenn auch ausgehend von einem deutlich höheren Niveau (von 9,7% 2006 auf 8,8% 2007; inländische Arbeitskräfte 2006 6,4%, 2007 5,9%).

Auch war der absolute Rückgang der Arbeitslosigkeit in jenen Altersgruppen am geringsten, in denen das Arbeitskräfteangebot relativ stark ausgeweitet wurde, während die Arbeitslosenquote dieser Gruppen am stärksten reagierte: So konnte die Arbeitslosigkeit von Älteren absolut weniger stark eingedämmt werden als jene jüngerer Arbeitskräfte (ab 50 Jahren -4,5%, unter 25 Jahren -7,8%). Dieser Befund ist allerdings in Verbindung mit der Zunahme der Erwerbsbeteiligung Älterer infolge der Pensionsreform zu sehen, während die erweiterte Erwerbsquote²¹⁾ der Jugendlichen aufgrund der rückläufigen Erwerbsbeteiligung von jungen Frauen insgesamt stagnierte: Die Arbeitslosenquote sank in jener Altersgruppe am stärksten, in der sie in den letzten Jahren immer am höchsten gewesen war, nämlich im bisherigen Alter für eine vorzeitige Alterspension (Frauen zwischen 55 und 60 Jahren -0,9 Prozentpunkte auf 7,2%, Männer zwischen 60 und 65 Jahren -1,4 Prozentpunkte auf 10,4%).

Das Arbeitslosigkeitsrisiko sinkt mit steigendem Bildungsniveau: 48% der im Jahr 2007 arbeitslos vorgemerkten Frauen und 45% der Männer hatten keine Ausbildung über die Pflichtschule hinaus absolviert. Hingegen hatten 14% der arbeitslosen Frauen und 10% der Männer nach der Matura eine Tertiärausbildung abgeschlossen. Dementsprechend konzentriert sich die Arbeitslosigkeit auf den Bereich geringer und mittlerer Qualifikation.

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2007 profitierten Arbeitsuchende aller Ausbildungsniveaus, am wenigsten jedoch Personen ohne Pflichtschulabschluss

Rückgang der Arbeitslosigkeit insbesondere für einfache und mittlere Qualifikationen

²¹⁾ Erweiterte Zahl der Erwerbepersonen laut administrativer Statistik (arbeitslos Vorgemerkte plus sofort verfügbare Lehrstellensuchende plus Personen in Schulungen plus unselbständig Beschäftigte über der Geringfügigkeitsgrenze plus Selbständige) in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung.

Lehrstellensuche: Bedarf an unterstützenden Maßnahmen

(-3,3%) oder mit Tertiärausbildung (rund -1,0%). Die Arbeitslosigkeit der Frauen verringerte sich dabei relativ gleichmäßig in fast allen Bildungsstufen, vor allem aber für Pflichtschulabsolventinnen ohne weitere Berufsausbildung (-6,0%), während sogar mehr Frauen mit Hochschulabschluss arbeitslos waren als im Vorjahr (+1,5%). Die Arbeitslosigkeit der Männer mit Lehrabschluss ging um 11% zurück, jene der Männer ohne Pflichtschulabschluss um nur 2,6%.

Trotz der guten Konjunkturlage sank die Zahl der dem Arbeitsmarktservice gemeldeten sofort verfügbaren offenen Lehrstellen im Jahresdurchschnitt um 1,8% auf 3.500. Dem stand ein Rückgang der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden um 6,7% auf 5.700 gegenüber. Die Zahl der lehrstellensuchenden Mädchen (-5,3% auf 2.700) nahm dabei weniger stark ab als die der lehrstellensuchenden Burschen (-8,0% auf knapp 3.000). Ende 2007 waren rund 130.000 Lehrlinge in Ausbildung, um rund 4.000 mehr als ein Jahr zuvor. Diese Entwicklung wurde vom "Blum-Bonus" (pauschalierter Zuschuss für Betriebe, die zusätzliche Lehrlinge ausbilden) unterstützt. Zudem wurden rund 9.000 Plätze in Lehrgängen für Jugendliche zur Verfügung gestellt, die keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten.

Weitere Zunahme des Stellenangebotes

Im Jahresdurchschnitt war der Bestand an offenen Stellen 2007 mit 38.200 um 16,1% höher als im Jahr davor. Damit kamen durchschnittlich 5,8 vorgemerkte Arbeitslose auf eine offene Stelle (2006: 7,3). Dies war – mit Ausnahme des Jahres 2000 – der niedrigste Wert seit 15 Jahren. Seit 2000 wurden die aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Reintegration von Arbeitslosen ausgeweitet. Auch einschließlich der Schulungsteilnahmen war die Relation aber größer als 2000 (6,3 Arbeitsuchende je offene Stelle, 2007: 7,2, 2006: 9,0).

Übersicht 32: Arbeitslose nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung

	2006 Jahresdurchschnitt	2007	Veränderung 2006/07	
			Absolut	In %
<i>Männer</i>	135.779	124.346	- 11.433	- 8,4
Keine abgeschlossene Ausbildung	7119	6937	- 182	- 2,6
Pflichtschule	54253	50116	- 4137	- 7,6
Lehre	56098	49934	- 6164	-11,0
Berufsbildende mittlere Schule	4357	4044	- 313	- 7,2
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	9225	8741	- 484	- 5,2
Akademie	230	252	+ 22	+ 9,6
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	3987	3842	- 145	- 3,6
Unbekannt	510	481	- 29	- 5,7
<i>Frauen</i>	103.395	97.902	- 5.493	- 5,3
Keine abgeschlossene Ausbildung	5.857	5.614	- 243	- 4,1
Pflichtschule	44.216	41.562	- 2.654	- 6,0
Lehre	28.470	26.972	- 1.498	- 5,3
Berufsbildende mittlere Schule	9.477	8.923	- 554	- 5,8
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	10.037	9.502	- 535	- 5,3
Akademie	807	776	- 31	- 3,8
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	4.020	4.081	+ 61	+ 1,5
Unbekannt	511	472	- 39	- 7,6
<i>Insgesamt</i>	239.174	222.248	- 16.926	- 7,1
Keine abgeschlossene Ausbildung	12.975	12.551	- 424	- 3,3
Pflichtschule	98.469	91.678	- 6.791	- 6,9
Lehre	84.569	76.907	- 7.661	- 9,1
Berufsbildende mittlere Schule	13.834	12.966	- 868	- 6,3
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	19.262	18.242	- 1.019	- 5,3
Akademie	1.037	1.028	- 9	- 0,9
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	8.007	7.924	- 82	- 1,0
Unbekannt	1.021	953	- 68	- 6,7

Q: Arbeitsmarktservice Österreich

Der Jahresdurchschnitt des beim Arbeitsmarktservice vorliegenden Stellenangebotes sagt allerdings nichts über die eigentliche Größenordnung und insbesondere die Dynamik aus. Zu den insgesamt 406.500 offenen Stellen, die 2007 beim Arbeitsmarkt-

service ausgeschrieben wurden, kamen 495.800 in den österreichischen Printmedien²²⁾.

Insgesamt verzeichnete das AMS im Laufe des Jahres 2007 369.600 Zugänge an offenen Stellen (+10,1% gegenüber 2006). Davon waren 79% als Dauerbeschäftigung konzipiert, 15% als Saisonstelle und 6% als befristeter Arbeitsplatz. Dem standen im Jahr 2007 369.700 Abgänge offener Stellen gegenüber, die zu 63% aus erfolgreichen Vermittlungen im ersten Meldungsmonat resultierten, zu 27% aus Vermittlungen im 2. und 3. Monat. Rund 9% der gemeldeten offenen Stellen blieben mindestens 3 Monate vakant.

Mit der Ausweitung des Stellenangebotes sank der Jahresdurchschnittsbestand an Arbeitslosen, die an AMS-Kursmaßnahmen teilnahmen, um knapp 4.900 (-8,4%) auf rund 52.700. Der relativ stärkste Rückgang ist für Arbeitsuchende ab 50 Jahren festzustellen. Bedingt durch die Förderung der Integration von Wiedereinsteigerinnen nach einer betreuungsbedingten Erwerbsunterbrechung verringerte sich der Bestand der Frauen im Haupterwerbsalter (-7%) und der Arbeitsuchenden unter 25 Jahren (-8%) schwächer.

Die Mittel für aktive Integrationsmaßnahmen blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Dieser Rückgang der Schulungsteilnahmen ist deshalb nicht mit einem geringeren Engagement der Arbeitsmarktförderung gleichzusetzen. Vielmehr wurde das Augenmerk verstärkt auf qualitativ höherwertige und damit relativ kostenintensive Maßnahmen gelegt. So bildete die Ausbildung von Metallfachkräften einen Schwerpunkt, um die Arbeitskräftenachfrage in diesen Berufssparten decken zu können. Ein weiterer Indikator für die Intensivierung der Maßnahmen war die Ausweitung der Arbeitsstiftungen auf 7.600 Förderfälle (+800, +11,6%). Einen Anstieg verzeichneten aber auch die sozialökonomischen Betriebe, welche schwervermittelbaren Arbeitsuchenden vorübergehende Beschäftigung bieten (+3.500 bzw. +38% auf 21.000 Förderfälle).

Hedwig Lutz (Hedwig.Lutz@wifo.ac.at)
Statistik: Stefan Fuchs (Stefan.Fuchs@wifo.ac.at)

Im Jahr 2007 betrug der Anteil der österreichischen Sachgütererzeugung an der Entstehung des realen Bruttoinlandsproduktes (zu Preisen von 2000) 20,1%, ihr Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung 17,6%. Die größten Branchen sind mit rund 79.000 Beschäftigten der Maschinenbau vor der Produktion von Metallerzeugnissen mit 62.000 sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 61.000 Beschäftigten. Die Unternehmen der Sachgütererzeugung erwirtschafteten 2007 mit durchschnittlich 560.000 unselbständig Beschäftigten eine Wertschöpfung von 49,6 Mrd. € zu laufenden Preisen. Die durchschnittliche Wertschöpfung je unselbständige Arbeitskraft lag bei rund 88.000 €.

Die Sachgütererzeugung schloss 2007 an die außergewöhnlich dynamische Konjunktur des Vorjahres an. So erhöhte sich die Wertschöpfung nach dem Rekordwert von +8,8% im Jahr 2006 real neuerlich um 7,2%. Im Jahresverlauf verlangsamte sich das Wachstum aber deutlich: Hatte die Veränderung gegenüber dem Vorquartal im I. Quartal noch +2,1% betragen, so erreichte sie vom II. bis zum IV. Quartal jeweils nur rund 0,8%. Die Vorjahresveränderung verringerte sich kontinuierlich von +9,5% im I. Quartal auf +7,7% im II. Quartal, +6,5% im III. Quartal und +5,4% im IV. Quartal. Die Hochkonjunktur der Jahre 2006 und 2007 ist somit zu Ende. Die Aussichten für 2008 werden von der weiteren Entwicklung der internationalen Konjunktur sowie der Binnennachfrage bestimmt werden. Am wahrscheinlichsten ist ein solides, aber deutlich geringeres Wachstum von etwa 3%. Diese Einschätzung stützt sich vor allem darauf, dass die Auftragsbestände im Jahresverlauf zwar deutlich schwächer wuchsen, aber zum Jahresende weiterhin höher waren als im Vorjahr.

²²⁾ Kosterka, D., Der Stellenmarkt in Österreich 2007. Analyse der Personalnachfrage in Medieninseraten, GfK Austria, AMS-ABI, Wien, 2008.

**Arbeitsmarktpolitik
forciert qualitativ
anspruchsvollere Integ-
rationsmaßnahmen**

**Außergewöhnlich
kräftige Konjunktur in
der Sachgüterer-
zeugung**

Übersicht 33: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Sachgütererzeugung 2007

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität ¹⁾		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Arbeitskosten ²⁾	
	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel und Getränke	118,5	+ 5,8	61.294	- 1,2	118,0	+ 7,1	1.698,1	+ 0,8	92,1	- 4,7
Tabakverarbeitung	116,2	-15,7	955	- 4,1	130,1	-12,2	60,4	+ 3,3	100,9	+ 22,5
Textilien und Textilwaren	82,0	+ 4,2	12.741	- 0,8	113,6	+ 4,5	386,3	+ 2,2	104,0	- 1,9
Bekleidung	90,1	- 0,4	5.740	- 7,9	150,3	+ 8,0	125,4	- 7,9	77,5	- 7,5
Ledererzeugung und -verarbeitung	60,5	- 9,3	3.664	- 3,9	97,7	- 5,5	86,1	- 4,1	125,6	+ 5,8
Be- und Verarbeitung von Holz	152,0	+12,3	30.923	+ 3,2	136,7	+ 8,5	887,7	+ 5,9	86,8	- 5,6
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	122,3	+ 4,0	17.293	- 0,9	121,3	+ 4,8	704,3	+ 2,5	96,5	- 1,5
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	123,3	+ 3,8	21.111	- 0,8	121,8	+ 4,6	859,2	+ 0,9	95,0	- 2,8
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	116,7	+ 1,1	1.639	- 1,5	171,8	+ 2,7	129,0	+ 1,3	64,5	+ 0,1
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	138,6	+ 9,4	26.327	+ 5,5	117,3	+ 3,7	1.171,9	+ 8,8	98,3	- 0,6
Gummi- und Kunststoffwaren	132,2	+ 8,0	26.281	+ 2,6	130,7	+ 5,4	880,7	+ 5,0	89,3	- 2,8
Glas, Waren aus Steinen und Erden	124,9	+ 6,8	32.469	+ 1,5	121,5	+ 5,0	1.188,4	+ 3,8	94,8	- 2,8
Metallerzeugung und -bearbeitung	135,9	+ 8,5	33.827	+ 2,5	127,5	+ 6,0	1.436,3	+ 5,9	93,1	- 2,4
Metallerzeugnisse	173,3	+ 9,8	62.195	+ 1,4	152,9	+ 8,1	2.119,5	+ 2,8	76,5	- 6,4
Maschinenbau	160,9	+11,1	78.932	+ 5,6	134,1	+ 5,4	3.129,6	+ 8,0	88,0	- 2,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	16,5	-62,3	912	-10,3	13,4	-58,1	35,9	- 2,6	1.132,3	+158,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	144,0	+15,1	27.642	+ 6,7	140,5	+ 8,0	1.059,9	+12,1	85,8	- 2,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	94,7	- 3,5	24.264	+ 2,1	112,0	- 5,3	1.182,0	+ 2,5	105,1	+ 6,3
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	132,9	+ 4,6	13.668	+ 5,4	104,2	- 0,4	496,6	+ 6,9	115,8	+ 2,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	144,6	- 3,4	32.599	- 0,0	122,3	- 3,2	1.299,1	+ 4,2	99,3	+ 7,9
Sonstiger Fahrzeugbau	185,0	+ 7,7	10.888	+ 1,0	82,8	+ 6,9	434,7	+ 2,4	122,8	- 4,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	106,4	+ 2,7	33.324	+ 5,1	114,5	- 1,7	975,5	+11,7	110,0	+ 8,7
Sachgütererzeugung	133,7	+ 6,6	559.706	+ 2,2	127,1	+ 4,3	20.379,0	+ 5,1	92,8	- 1,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Produktion pro Kopf der Beschäftigten. – 2) Bruttolohn- und -gehaltssumme je Produktionseinheit.

Auch 2007 war das Produktionswachstum wesentlich von den Exporten getragen (+9,4% nach +12,3% im Jahr 2006). Es war aber im Gegensatz zum Jahr 2006, als die Unternehmen ihren Personalstand nur sehr zögerlich ausgeweitet hatten (+0,2%), von einem markanten Anstieg der Beschäftigung begleitet (+2,6%). Die Stundenproduktivität stieg dadurch etwas langsamer, aber mit +4,2% noch immer etwa wie im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. In der Folge sanken die relativen Lohnstückkosten um 1,0%. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Sachgütererzeugung hat sich dadurch weiter verbessert, allerdings weniger als im Jahr davor.

Übersicht 34: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Nettoproduktionswert real ¹⁾	+ 3,8	+ 5,6	+ 7,1	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 2,3	+ 3,2	+ 8,8	+ 7,2
Beschäftigte ²⁾	+ 0,2	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,6	- 0,8	+ 0,2	+ 2,6
Stundenproduktivität ³⁾	+ 3,7	+ 7,0	+ 7,1	+ 2,2	+ 3,5	+ 1,4	+ 2,1	+ 4,6	+ 8,4	+ 4,2
Relative Lohnstückkosten ⁴⁾	- 0,7	- 3,8	- 5,8	- 1,7	- 0,7	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 2,4	- 1,0
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+ 8,8	+ 6,3	+14,8	+ 6,1	+ 3,1	+ 1,2	+13,4	+ 3,4	+12,3	+ 9,4

Q: WIFO-Prognose, März 2008; WIFO-Datenbank. – 1) Produktion, real, laut VGR. – 2) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2005 bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr (unbereinigt: -2,1%). – 3) Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – 4) In einheitlicher Währung gegenüber Handelspartner; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

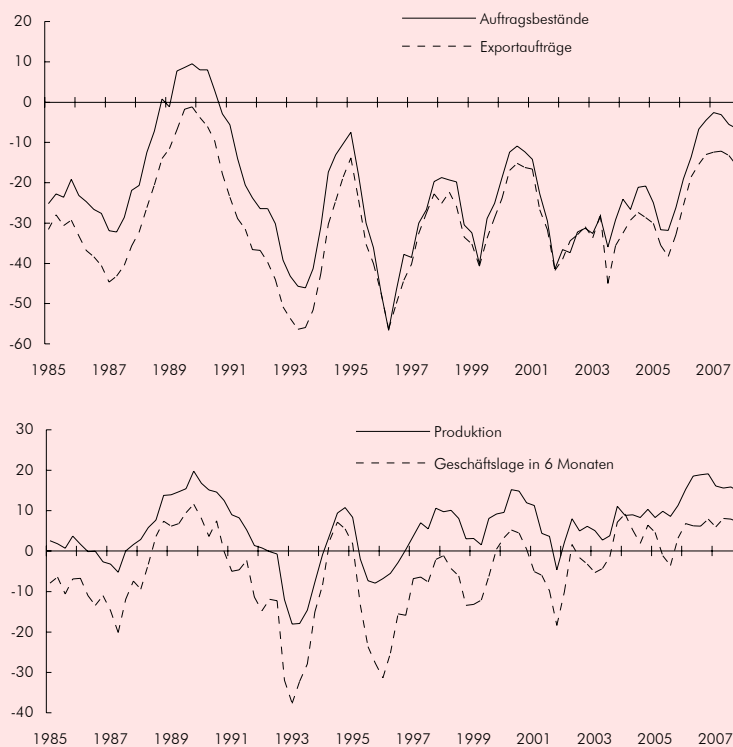
Die meisten der im WIFO-Konjunkturtest erfassten Indikatoren übertrafen den langjährigen Durchschnitt 2007 beträchtlich. Gleichzeitig schwand im Jahresverlauf der Optimismus der erfassten Unternehmen immer mehr. Nach einem Rekordwert von 86% sank insbesondere die Kapazitätsauslastung bis Ende 2007 auf rund 82%. Ein ähnliches Bild ergab sich für die Auftragsbestände und für die erwartete Geschäfts-

lage in den nächsten 6 Monaten. Außergewöhnlich kräftig nahmen 2007 die Investitionen der Sachgütererzeugung zu (nominiell +26,4%)²³⁾.

In der Betrachtung nach Branchen zeigen sich allerdings große Unterschiede. Mit Produktionszuwächsen je Arbeitstag von über 10% konnten die Hersteller von Geräten zur Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä., die Be- und Verarbeitung von Holz sowie der Maschinenbau die gute Industriekonjunktur am besten nutzen. In allen drei Industriezweigen erlaubte das rasche Produktionswachstum eine kräftige Ausweitung der Beschäftigung bei gleichzeitig guter Produktivitätssteigerung. Im längerfristigen Vergleich (seit dem Jahr 2000) erhöhte sich die Produktion allerdings im sonstigen Fahrzeugbau mit +85,0% am stärksten vor den Metallerzeugnissen und dem Maschinenbau.

Abbildung 18: Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Salden aus positiven und negativen Einschätzungen in % aller Meldungen, saisonbereinigt



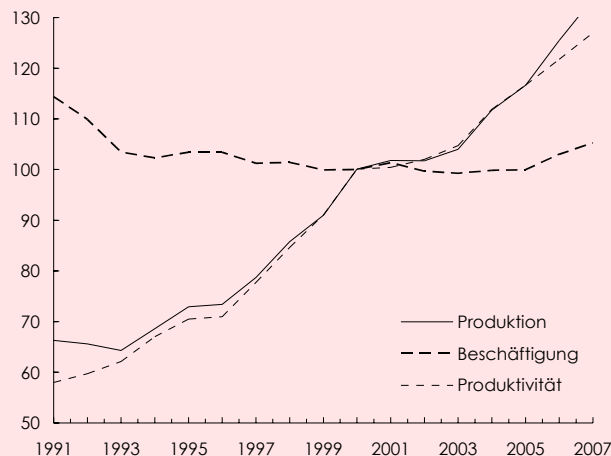
Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abgesehen von den in Österreich relativ kleinen Sektoren Büromaschinen und Datenverarbeitung, Tabakverarbeitung sowie Ledererzeugung und -verarbeitung, war 2007 die Produktion vor allem in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik sowie in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen rückläufig. Während die letztere Branche in den vergangenen Jahren sehr hohe Zuwächse verzeichnet hatte und das enttäuschende Jahresergebnis auf Sondereffekte zurückzuführen ist, setzt sich in der Branche "Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik" ein mehrjähriger Trend fort, durch den die Produktion bereits um mehr als 5% unter das Niveau des Jahres 2000 gesunken ist. Noch ausgeprägter ist der Produktionsrückgang seit dem Jahr 2000 in der Bekleidungs- (-9,9%), Textil- (-18,0%) und Lederindustrie (-39,5%).

²³⁾ Siehe Czerny, M., Falk, M., Schwarz, G., "Investitionen werden 2008 deutlich ausgeweitet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2007", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(2), S. 105-118, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31383&typeid=8&display_mode=2.

Abbildung 19: Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der Sachgütererzeugung

2000 = 100



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Michael Peneder (Michael.Peneder@wifo.ac.at)
 Statistik: Karolina Trebicka (Karolina.Trebicka@wifo.ac.at)

Baukonjunktur schwächt sich ab

Die österreichische Bauwirtschaft erzielte 2007 einen realen Produktionszuwachs von 3,7%, nach +5,1% im Boomjahr 2006. Nach einem noch kräftigen Zuwachs im 1. Halbjahr war die Nachfrage im 2. Halbjahr 2007 gedämpft. Vor allem im Wohnungsbau, aber auch im sonstigen Hochbau ließ die Dynamik deutlich nach. Vor dem Hintergrund der Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sowie der Immobilien- und Finanzkrise in den USA wurden die Aufträge im sonstigen Hochbau nur zurückhaltend vergeben. Im Tiefbau hielt die rege Nachfrage an, besonders der Verkehrswegebau meldete hohe Auftragsbestände (Brücken, Hochstraßen und Tunnelbauten, aber auch Wasserbauten). Insgesamt war die Bauwirtschaft 2007 gut ausgelastet. Das Baunebengewerbe erzielte einen etwas stärkeren Produktionszuwachs als der Hoch- und Tiefbau.

Übersicht 35: Produktionswert des Bauwesens

	2006	2007	2007			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Laut ÖNACE ¹⁾	+ 17,7	+ 7,3	+ 16,3	+ 10,1	+ 5,3	+ 2,3
Hoch- und Tiefbau	+ 14,3	+ 6,4	+ 21,7	+ 9,0	+ 3,8	- 0,3
Baunebengewerbe ²⁾	+ 21,3	+ 8,8	+ 10,0	+ 13,0	+ 8,2	+ 5,7
Laut GNACE ³⁾	+ 14,5	+ 6,7	+ 21,3	+ 9,1	+ 3,7	+ 0,8
Hochbau	+ 13,7	+ 6,6	+ 25,4	+ 8,1	+ 2,3	- 0,2
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 27,1	+ 3,9	+ 27,7	+ 0,5	+ 0,4	- 1,6
Sonstiger Hochbau	+ 14,3	+ 8,6	+ 31,3	+ 13,9	+ 6,3	- 4,2
Adaptierungen im Hochbau	+ 13,2	+ 1,4	+ 13,6	+ 1,4	- 3,0	- 1,2
Tiefbau	+ 13,9	+ 7,2	+ 14,8	+ 12,0	+ 5,6	+ 1,9
Verkehrswegebau ⁴⁾	+ 15,0	+ 7,8	+ 13,9	+ 13,1	+ 6,0	+ 3,1
Sonstiger Tiefbau ⁵⁾	+ 12,6	+ 6,4	+ 15,8	+ 10,6	+ 5,1	+ 0,4

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Klassifikation laut EU, Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ⁴⁾ Brücken- und Hochstraßenbau + Straßenbau + Eisenbahnoberbau + Tunnelbau. – ⁵⁾ Rohrleitungs-Kabelnetzbau + Wasserbau + Spezial- und sonstiger Tiefbau.

In den einzelnen Branchen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Das Bauwesen (laut ÖNACE) steigerte seinen Produktionswert 2007 um 7,3%, das Baunebengewerbe um 8,8% und damit etwas stärker als der Hoch- und Tiefbau (+6,4%). Der nominal-

le Produktionswert (laut GNACE; technische Produktion laut Statistik Austria) erhöhte sich 2007 um 6,7%, während der Tiefbau um 7,2% zunahm. Im Wohnhaus- und Siedlungsbau übertraf der Produktionswert das nominelle Vorjahresniveau um 3,9%; die Bautätigkeit war vor allem im I. Quartal rege und flaute dann ab. Der sonstige Hochbau (+8,6%) verzeichnete im IV. Quartal einen Rückgang der Produktion. Für den Adaptierungssektor ergab sich im Jahresdurchschnitt eine Steigerung um nur 1,4%. Auch hier wurde zu Jahresbeginn eine kräftige Nachfrage verzeichnet, die sich im weiteren Verlauf deutlich abschwächte.

Im Gegensatz zum Hochbau war die Nachfrage im Tiefbau, vor allem im Straßen- und Tunnelbau stabil. Insgesamt wurde der nominelle Produktionswert im Verkehrswegebau um 7,8% gesteigert; die höchsten Zuwachsraten wurden im Tunnelbau (+35,7%) sowie im Brücken- und Hochstraßenbau (+12,2%) erzielt. Der sonstige Tiefbau erhöhte sich insgesamt um 6,4% wegen der etwas stärkeren Dynamik im Rohrleitungs- und Kabelnetzbau sowie im Wasserwirtschaftsbau. Insgesamt war aber der Zuwachs des nominellen Produktionswertes im Bauwesen (laut GNACE) 2007 mit 6,7% nur etwa halb so hoch wie 2006 (+14,5%). Die Auftragsbestände stiegen im Jahresdurchschnitt 2007 um 3,1%, nicht mehr so stark wie im Jahr 2006 (+10,5%).

Übersicht 36: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitslose in der Bauwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>			
2004	235.523	- 1.981	- 0,8
2005	235.588	+ 65	+ 0,0
2006	240.409	+ 4.821	+ 2,0
2007	247.441	+ 7.032	+ 2,9
<i>Arbeitslose²⁾</i>			
2004	42.056	- 578	- 1,4
2005	42.652	+ 596	+ 1,4
2006	39.900	- 2.751	- 6,5
2007	35.291	- 4.609	- 11,6
<i>Offene Stellen</i>			
2004	2.223	+ 489	+ 28,2
2005	2.363	+ 140	+ 6,3
2006	3.273	+ 910	+ 38,5
2007	3.339	+ 66	+ 2,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe. – ²⁾ Nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE).

Die noch rege Baukonjunktur ermöglichte 2007 einen weiteren Anstieg der Beschäftigtenzahl auf 247.400 (+2,9% bzw. rund +7.000 nach +4.800 im Jahr 2006). Die Beschäftigung wurde damit in den letzten zwei Jahren erheblich ausgeweitet, nachdem sie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre beträchtlich geschrumpft war. Die gute Arbeitsmarktlage im Bausektor spiegelte sich 2007 auch in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um 4.600 oder 11,6% auf 35.290. Die Zahl der offenen Stellen war 2007 um nur 2% höher als im Vorjahr – eine merkliche Abflachung des Anstiegs gegenüber 2006 (+38,5%).

Die Bauzulieferindustrie profitierte 2007 von der lebhaften Entwicklung der Baunachfrage. Allerdings blieb die Produktion in der Stein- und keramischen Industrie nach dem starken Zuwachs im I. Quartal bis Ende des Jahres unter dem Vergleichsniveau von 2006. Insgesamt ergab sich damit 2007 eine Steigerung um nur 0,8% (2006 +2,3%). Wesentlich besser ausgelastet waren die Glasindustrie und die Holzverarbeitende Industrie (2007 +4,7% bzw. +9,9%).

Die Baupreise erhöhten sich 2007 besonders stark, vor allem wegen der drastischen Verteuerung von Energie und Rohstoffen. Der Preisindex für den Hoch- und Tiefbau stieg 2007 um 3,8%, um rund 1 Prozentpunkt stärker als 2006 (+2,7%). Die Hochbauleistungen verteuerten sich mit +4,3% deutlicher als der Tiefbau (+3,2%). Der Anstieg der Baupreise lag damit deutlich über jenem des Verbraucherpreisindex (+2,2%). Die

Unternehmen rechnen 2008 mit einem weiteren Preisauftrieb. Die hohen Energiekosten und Rohstoffpreise treiben die Baukosten erheblich in die Höhe. Dies beeinträchtigt die Gewinnsituation der Bauunternehmen und könnte auch einen Anstieg der Insolvenzquote zur Folge haben.

Übersicht 37: Produktionswert der Bauzulieferbranchen

	Stein- und keramische Industrie ¹⁾	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2005	+ 0,6	+ 3,9	+ 5,3
2006	+ 2,3	+ 8,8	+ 14,8
2007	+ 0,8	+ 4,7	+ 9,9
I. Quartal	+ 18,5	+ 15,9	+ 27,0
II. Quartal	- 3,1	+ 4,1	+ 16,1
III. Quartal	- 2,2	+ 2,2	+ 5,5
IV. Quartal	- 3,1	+ 0,2	- 4,0

Q: Statistik Austria; ÖNACE: Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1. - ¹⁾ Gliederung laut Wirtschaftskammer.

Übersicht 38: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

2000 = 100

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Hochbau	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	+ 4,3
Sonstiger Hochbau	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,9	+ 4,4
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 2,8	+ 2,4	+ 4,2	+ 4,2
Baumeisterarbeiten	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,6
Sonstige Baumeisterarbeiten	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,4	+ 4,8
Tiefbau	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,5	+ 3,2
Straßenbau	+ 0,9	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,2
Brückenbau	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,3
Sonstiger Tiefbau	- 0,3	- 0,1	+ 2,4	+ 3,2
Hoch- und Tiefbau	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,8

Q: Statistik Austria.

Übersicht 39: Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände		Auftragseingänge	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2006	7.790	+ 10,5	21.435	+ 5,2
I. Quartal	7.560	+ 14,5	4.819	+ 8,2
II. Quartal	8.175	+ 13,1	5.276	+ 4,1
III. Quartal	8.159	+ 10,9	5.810	+ 4,4
IV. Quartal	7.267	+ 3,7	5.531	+ 4,5
2007	8.032	+ 3,1	23.369	+ 9,0
I. Quartal	7.688	+ 1,7	5.235	+ 8,6
II. Quartal	8.343	+ 2,1	6.185	+ 17,2
III. Quartal	8.439	+ 3,4	6.007	+ 3,4
IV. Quartal	7.657	+ 5,4	5.942	+ 7,4

Q: Statistik Austria, ÖNACE.

Der WIFO-Konjunkturtest zeigt zu Beginn der Bausaison eine Verbesserung der Auftragslage für die kommenden Monate. Die günstige Auftragslage im Tiefbau spiegelt die forcierten Projekte im neuen Rahmenprogramm für die Verkehrsinfrastruktur wider. Im Wohnungsneubau wird die gute Auftragslage nach den Angaben im Konjunkturtest in den kommenden Monaten anhalten. Von der allgemeinen Konjunkturschwäche dürfte der sonstige Hochbau etwas stärker betroffen sein. Die Bauunternehmen gehen weiterhin von einem Anstieg der Baupreise aus. Hingegen sind die

Erwartungen zur Beschäftigungsentwicklung, analog zum Nachlassen der Dynamik in der Auftragsentwicklung, weniger optimistisch als vor einigen Monaten.

Margarete Czerny (Margarete.Czerny@wifo.ac.at)

Statistik: Michael Weingärtler (Michael.Weingaertler@wifo.ac.at)

Der Erdölpreis (Dollar je Barrel) stieg 2007 zum sechsten Mal in Folge (+11,3%); weil zugleich der Euro gegenüber dem Dollar an Wert gewann, betrug der Preisanstieg in Euro jedoch nur 1,5%. Laut VPI war die Preisentwicklung der einzelnen Energieträger 2007 sehr heterogen: Während der Heizölpreis leicht sank (-1,2%), verteuerten sich 2007 Kohle (feste Brennstoffe +5,6%), Gas (+8,3%) und Strom (+9,2%) deutlich. Das war darauf zurückzuführen, dass der Gaspreis mit einer vertraglichen Bindung an den Heizölpreis gekoppelt ist, sodass der Rohölpreisanstieg von 2006 erst im Jahr 2007 wirksam wurde. Gas als wichtigster Input in der Stromerzeugung beeinflusst den Strompreis, zusätzlich wurden auch die Kosten des Emissionshandels 2007 in die Strompreise überwälzt. Aufgrund der technischen Substitutionsbeziehungen ist auch der Kohlepreis an den Preis der Erdölprodukte gekoppelt; zuletzt reagierte er stärker auf Veränderungen des Rohölpreises. Die Treibstoffpreise, die ebenfalls direkt vom Rohölpreis beeinflusst werden, erhöhten sich wesentlich schwächer (Dieselkraftstoff +1,8%, Benzin +2,2%). Sie sind in Österreich eng an die Notierungen der Spotpreise für Benzin und Dieselöl in Rotterdam gekoppelt. Kurzfristige saisonbedingte Abweichungen oder Veränderungen der nationalen Preiskomponenten (Steuerpolitik) stören diese Kopplung. Mittelfristig steigen die Treibstoffpreise in Österreich jedenfalls nicht stärker als die Spotpreise in Rotterdam; das galt auch für 2007.

Ungewöhnlich warme Heizsaison dämpft Energieverbrauch

Das außerordentlich milde Wetter, speziell während der Heizperiode hatte 2007 einen erheblichen Rückgang des Erdöl- und Gasverbrauchs zur Folge. Die Zahl der Heizgradtage war 2007 um 8,7%, in der Heizperiode sogar um gut 13% niedriger als im Vorjahr. Die Heizperiode 2007 war demnach die wärmste seit Vorliegen der Daten nach neuem Konzept (1980). Im Jahr 2006 war die Zahl der Heizgradtage zwar ebenfalls um 6,0% zurückgegangen, in der Heizperiode war sie allerdings ähnlich hoch gewesen wie 2005. Eine ähnlich deutliche Reaktion des Energieverbrauchs auf das im gesamten Jahr mildere Wetter war deshalb 2006 ausgeblieben.

Übersicht 40: Entwicklung der Energiepreise

	2006	2007	2007
	2000 = 100		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Heizöl, extra leicht	152,7	150,9	- 1,2
Strom	109,8	119,9	+ 9,2
Gas	133,0	144,0	+ 8,3
Feste Brennstoffe	121,6	128,3	+ 5,6
Kraftstoffe			
Benzin (Normal und Super)	116,1	118,6	+ 2,2
Dieselmotorkraftstoff	129,5	131,9	+ 1,8

Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindexgruppe Energie.

Übersicht 41: Verbrauch von Mineralölprodukten

	2006	2007	2007
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Verbrauch insgesamt	12.765	11.924	- 6,6
Flüssiggas	179	158	- 11,8
Normalbenzin	513	474	- 7,5
Superbenzin	1.479	1.492	+ 0,9
Flug- und Leuchtpetroleum	685	684	- 0,1
Dieselmotorkraftstoff	6.155	6.296	+ 2,3
Gasöl für Heizzwecke	1.906	1.328	- 30,3
Heizöle	1.057	862	- 18,5
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	792	630	- 20,4

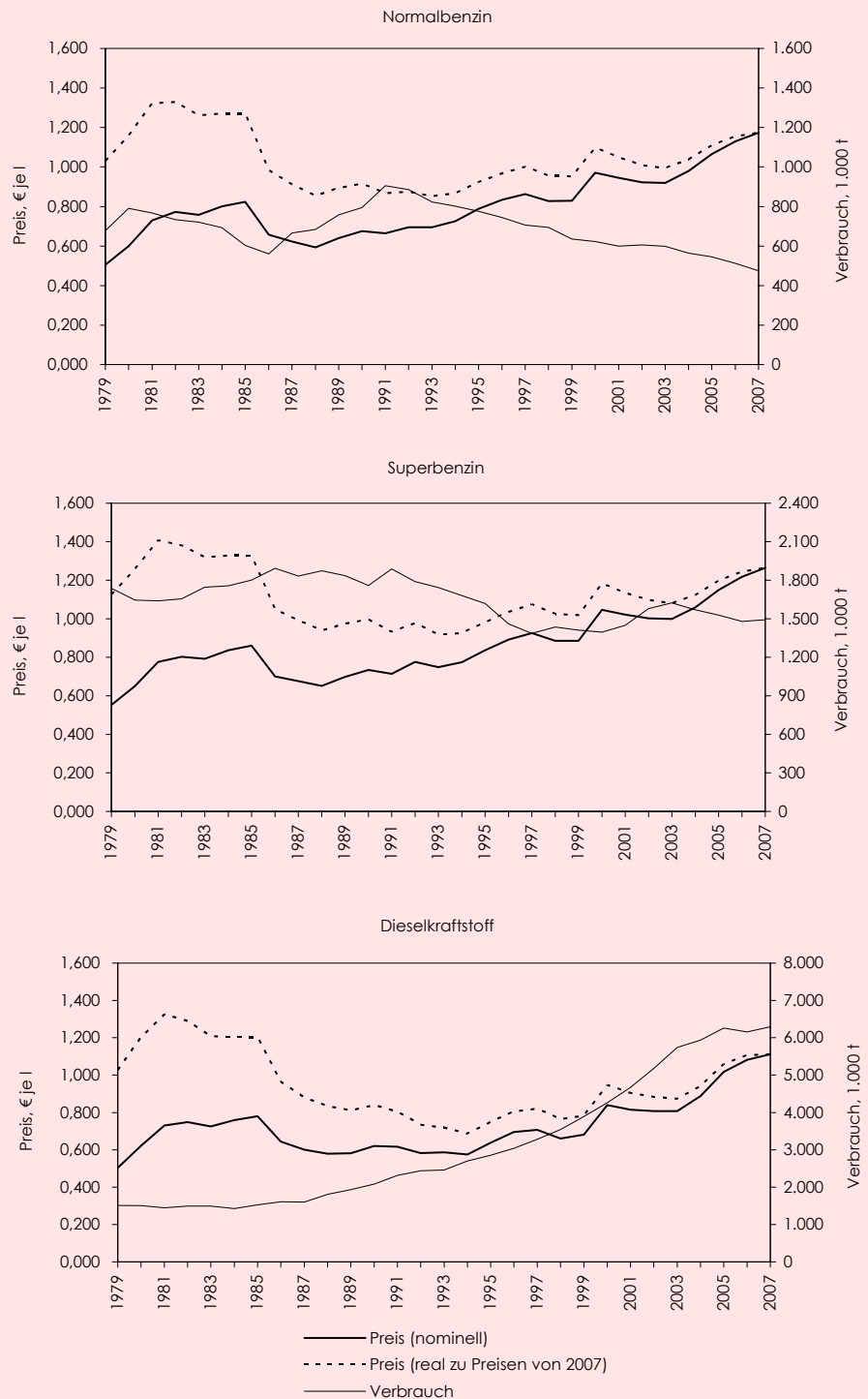
Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Wetterbedingter Rückgang des Brennstoffverbrauchs

Die Entwicklung des Verbrauchs von Mineralölprodukten, Gas und Strom wurde im Jahr 2007 hauptsächlich vom Einfluss des Wetters bestimmt. Ein wesentlicher Faktor, der den Verbrauch drückte, war der markante Rückgang der Zahl der Heizgradtage in der Heizperiode 2007 um gut 13%. Dieser Einfluss ist auch an der Entwicklung des Verbrauchs von Gasöl für Heizzwecke abzulesen (-30,3%). Verbrauch und Witterung

sind auf der Ebene von Jahresdaten nicht immer direkt gekoppelt, da der Verbrauch vom Zeitpunkt des Einkaufs der Brennstoffe abhängt; das Einkaufsverhalten reagiert aber wiederum (mit Verzögerung) auf die Witterung.

Abbildung 20: Vergleich der Preis- und Absatzentwicklung von Kraftstoffen



Q: OMV, Abgabepreise an der Pumpe; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Statistik des Verbrauchs an Erdölprodukten.

Insgesamt blieb der Verbrauch von Mineralölprodukten 2007 um 6,6% unter dem Vorjahresniveau. Nach einem Rückgang im Jahr 2006 wurde der Treibstoffverbrauch 2007 wieder etwas gesteigert, allerdings weit unter dem langfristigen Trend (Superbenzin +0,9%, Dieseltreibstoff +2,3%). Da der Verbrauch anderer Rohölprodukte

ebenfalls stark abnahm, wurde an Rohölprodukten insgesamt beträchtlich weniger verbraucht als im Vorjahr.

Bei einer stabilen Erzeugung von elektrischer Energie insgesamt (nach vorläufigen Zahlen von E-Control +0,5%) stiegen sowohl Importe als auch Exporte 2007 neuerlich (Importe +4,1%, Exporte +7,7%). Die Wasserkrafterzeugung expandierte dabei um 2,4%, während die Erzeugung aus Wärmekraft um 11,1% zurückging. Der Anstieg der sonstigen Erzeugung (+39,2%) enthält sowohl die Zunahme der Stromproduktion aus erneuerbaren Energieträgern (ohne Biomasse – sie ist in der kalorischen Erzeugung enthalten) als auch die in der Statistik noch nicht aufteilbaren Anlagen. Die Zunahme der Exporte passt zur Entwicklung der Wasserkrafterzeugung, beide Größen hängen eng zusammen. Durch diese Entwicklung verringerte sich das Defizit im Außenhandel mit elektrischer Energie 2007 wieder und betrug nur noch 6.600 GWh oder 9,8% des Verbrauchs. 2003 hatte es rund 9% des Verbrauchs ausgemacht, in den Jahren 2004 und 2005 aber nur etwa 4%. 2006 war es ähnlich wie im Jahr 2003 aufgrund des heißen Sommers (Stromknappheit) auf über 10% gestiegen. Der Stromverbrauch blieb 2007 beinahe gleich (+0,7%) und hat sich somit stark vom Wachstum des realen BIP (2007 +3,4%) entkoppelt.

**Nettoimporte von Strom
und Stromverbrauch
stabilisiert**

Übersicht 42: Elektrischer Strom

	2006	2007	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %
		GWh	
Erzeugung	63.402	63.741	+ 0,5
Wasserkraft	34.089	34.893	+ 2,4
Wärmekraft	23.773	21.137	- 11,1
Sonstige	5.540	7.711	+ 39,2
Einfuhr	21.257	22.130	+ 4,1
Ausfuhr	14.407	15.511	+ 7,7
Verbrauch ¹⁾	66.915	67.375	+ 0,7

Q: E-Control. – ¹⁾ Ohne Pumpstrom.

Übersicht 43: Erdgas

	2006	2007	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %
		Mio. cm ³	
Förderung	1.819	1.848	+ 1,6
Einfuhr	9.786	8.982	- 8,2
Ausfuhr	–	–	–
Verbrauch	11.605	10.829	- 6,7

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Der Verbrauch von Erdgas sank 2007 ebenfalls stark (–6,7%); während die Förderung sogar leicht ausgeweitet wurde (+1,6%), blieb die Einfuhr um 8,2% unter dem Vorjahresergebnis. Die Quote der Förderung zum Verbrauch – sie kann als Indikator für die internationale Energieabhängigkeit interpretiert werden – stieg daher 2007 auf 17,1%. Wahrscheinlich war dies aber nur eine kurzfristige Abweichung von einem langfristigen Trend zu einer Importquote von 100%. Der Rückgang des Gasverbrauchs war wetterbedingt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dem potentiell negativen Einfluss der warmen Witterung andere Faktoren gegenüberstehen, die den Gasverbrauch potentiell positiv beeinflussen, nämlich die günstige Konjunkturlage sowie Substitutionsprozesse von anderen Energieträgern zu Erdgas. Der Rückgang des Erdgasverbrauchs war 2007 somit auf einen starken Einfluss der Witterung zurückzuführen.

Kurt Kratena (Kurt.Kratena@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Kräftige Nachfrage nach Transportleistungen

Im Jahr 2007 nahm die Nachfrage im Güterverkehr weiter zu. Besonders stark wuchs die Transportnachfrage im Außenhandel (Transportaufkommen +6,9%). Dabei erreichte das Exportvolumen 59,2 Mio. t, um 11,2% mehr als 2006. Die Importe waren mit 90,6 Mio. t um 4,2% höher als im Jahr zuvor. Die Gütertransporte erhöhten sich parallel zur Konjunktur im produzierenden Sektor und zum Außenhandel. Die Binnentransporte entwickelten sich schwächer, die realen Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel) wuchsen um nur 1%. Die Bereiche Bergbau und Sachgütererzeugung produzierten real um 6,7% mehr als 2006. Von den transportintensiven Branchen erzielten die Be- und Verarbeitung von Holz (+12,6%), die Chemieindustrie (+9,6%), die Metallherstellung (+8,6%), die Glasindustrie (+6,9%) sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+6,0%) besonders hohe reale Zuwächse. Der Bergbau (+2,2%) und die Mineralölindustrie (+1,1%) entwickelten sich schwach. Die Bauwirtschaft steigerte ihren realen Produktionswert um 3,5%.

Übersicht 44: Güterverkehr

		2007 Absolut	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2001/2006 Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mio. n-t-km			+ 1,6
Inland	Mio. n-t-km			+ 2,2
Einfuhr	Mio. n-t-km			+ 0,8
Ausfuhr	Mio. n-t-km			+ 2,8
Transit	Mio. n-t-km			+ 1,2
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	165.835	+ 7,8	+ 2,7
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.221	- 5,1	- 1,1
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.392	- 2,2	- 0,4
Transit	Mio. n-t-km	3.829	- 7,4	- 1,6
Luffahrt ²⁾	1.000 t	194 ³⁾	+ 2,4 ⁴⁾	+ 10,5

Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Vorläufige Werte, ohne Stückgut. – ²⁾ Fracht, An- und Abflug. – ³⁾ WIFO-Schätzung. – ⁴⁾ Jänner bis November 2007.

Von der starken Transportnachfrage profitierte vor allem der Straßengüterverkehr. Als Indikator für den Fernverkehr auf dem heimischen Straßennetz dienen die ASFINAG-Einnahmen aus der fahrleistungsabhängigen Lkw-Maut. Sie stiegen auf 984 Mio. €, um 19,3% mehr als 2006 (die Gebührensätze wurden am 1. Juli 2007 um 18,5% angehoben). Daraus lässt sich auf Jahresbasis eine Steigerung des Straßengütertransports um rund 10% gegenüber 2006 ableiten. Die Investitionen in den Lkw-Fuhrpark wurden entsprechend der günstigen Konjunkturlage ausgeweitet. Die neuzugelassenen Lkw- und Anhängernutzlastkapazitäten lagen mit 165.835 t um 7,8% über dem Vorjahresniveau. Besonders gefragt waren Sattelfahrzeuge (+17,4%) und mittlere Lkw (+11,4%). Die Neuzulassungen an schweren Lkw überstiegen den Vorjahreswert um 2,1%. Das Fuhrgewerbe erhöhte die Lkw-Ankäufe um 10,0%, Anhänger wurden um 14,4% mehr angeschafft.

Die ÖBB weiteten ihre Transportleistungen im Güterverkehr in den ersten drei Quartalen 2007 um 5,0% aus. Besonders kräftig nahm wieder der Transitverkehr zu (+14,6%); der Einfuhrverkehr (-1,0%) und der Ausfuhrverkehr (-2,5%) waren schwächer als in den ersten drei Quartalen 2006. Sehr günstig entwickelte sich der Inlandverkehr (+11,7%). Die Donauschifffahrt, die 2006 unter ungünstigen nautischen Bedingungen gelitten hatte, meldete hohe Zuwächse. Das Transportaufkommen war 2007 um 15,3% größer als 2006; dabei nahmen der Einfuhrverkehr um 25,8%, der Ausfuhrverkehr um 7,9% und der Transitverkehr um 9,4% zu. Wesentlich schwächer als im Vorjahr war der Inlandverkehr (-10,6%). Die Durchsatzleistung der Erdölröhrleitungen war um 5,1% geringer als 2006. In der Luftfracht nahm das Transportaufkommen nur leicht zu (Jänner bis November 2007 +2,4%). Der Marktanteil der heimischen OS-Group (AUA und Tochtergesellschaften; Aufkommen -10,7%) sank auf rund 45%.

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen nahm 2007 wesentlich stärker zu als in den Jahren zuvor. Der Berufsverkehr (Zahl der Beschäftigten +1,9% gegenüber 2006) und der Reiseverkehr (Übernachtungen +1,7%) entwickelten sich relativ günstig. Die Verteuerung von Kraftstoffen förderte den Umstieg vom Pkw zu den öffentli-

Steigerung des öffentlichen Personenverkehrs

chen Verkehrsmitteln. Die städtischen Verkehrsbetriebe meldeten einen Zuwachs der Zahl der beförderten Personen um 2,2%. In Wien stieg die Frequenz um 2,7%. Mit 793 Mio. beförderten Personen betrug der Anteil Wiens am gemeldeten städtischen Personennahverkehr in Österreich 75%. Die Verkehrsleistungen des Schienenverkehrs der ÖBB waren um 7,7% höher als 2006.

Abbildung 21: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, Wiener Linien.

Die Verteuerung der Kraftstoffe drückte die Pkw-Nachfrage. Mit 298.182 lag die Zahl der Neuzulassungen von Pkw um 3,4% unter dem Wert des Jahres 2006. Kleinwagen

und große Limousinen waren wenig gefragt; mit –1% waren die Verkaufseinbußen in der Hubraumklasse über 1.500 cm³ bis 2.000 cm³ am geringsten.

Übersicht 45: Personenverkehr

		2007 Absolut	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2001/2006 Veränderung in %
ÖBB Schiene	Mio. pkm	9.316	+ 7,7	+ 1,0
Wiener Verkehrsbetriebe Luffahrt ¹⁾	Mio. Personen 1.000 Personen	793 23.513 ²⁾	+ 2,7 + 9,7 ³⁾	+ 1,1 + 7,0

Q: ÖBB-Geschäftsberichte, Wiener Linien, Statistik Austria, Austrian Airlines Group. – ¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – ²⁾ WIFO-Schätzung. – ³⁾ Jänner bis November 2007.

Das Wachstum der Luffahrt beschleunigte sich, es wurden um fast 10% mehr an- und abfliegende Passagiere gezählt. Die OS-Group beförderte um 2,1% mehr Fluggäste als 2006, ihr Marktanteil erreichte knapp 44%. 1980 hatte der Marktanteil allein der AUA noch 47% betragen.

Übersicht 46: Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2007 Stück	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2001/2006 Veränderung in %
<i>Pkw</i>	298.182	– 3,4	+ 1,0
Bis 1.500 cm ³	105.281	– 4,2	+ 10,8
1.501 cm ³ und mehr	192.901	– 2,9	– 2,7
<i>Lkw</i>	36.669	+ 6,3	+ 4,3
Bis 1.999 kg	32.414	+ 6,5	+ 4,8
2.000 bis 6.999 kg	1.095	+ 11,4	– 2,0
7.000 kg und mehr	3.160	+ 2,1	+ 2,7
<i>Anhänger</i>	24.449	+ 2,9	+ 0,3
Bis 2.999 kg	18.544	– 0,4	+ 0,2
3.000 bis 6.999 kg	271	+ 17,3	– 7,0
7.000 kg und mehr	5.634	+ 14,7	+ 1,3
Sattelfahrzeuge	4.069	+ 17,4	– 3,1

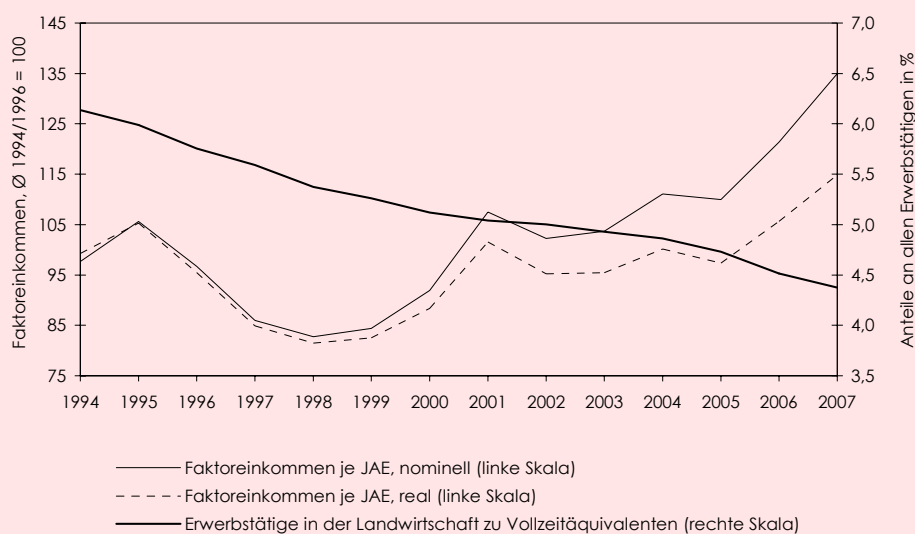
Q: Statistik Austria.

Wilfried Puwein (Wilfried.Puwein@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Hohe Agrarpreise ermöglichen Einkommensteigerung im Agrarsektor

Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2005 folgte das nominelle Einkommen in der Landwirtschaft auch 2007 wieder der seit 2002 beobachteten steigenden Tendenz. Das nominelle Faktoreinkommen des Agrarsektors lag im Jahr 2007 laut der zweiten Vorausschätzung der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung durch Statistik Austria um 9,7% über dem Vorjahreswert. Die seit 2005 günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt trug dazu bei, dass die Abwanderung aus der Landarbeit insgesamt anhielt (2007 –1,4% gegenüber 2006, gemessen in Jahresarbeitseinheiten). Folglich wuchs das nominelle Einkommen je Arbeitskraft stärker (nominell +11,2%, real +8,7% gegenüber dem Vorjahr). Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1996 ergab sich ein realer Anstieg um 14,8%, gegenüber 2000 von 29,9% (siehe Abbildung 22). Der seit einigen Jahren beobachtete Trend einer Zunahme der Zahl der entlohnten Arbeitskräfte hielt an. Die starke Verteuerung vieler Agrarprodukte reichte nicht aus, um der seit Jahren beobachteten Verschlechterung der Terms-of-Trade der Landwirtschaft signifikant entgegen zu wirken. Die hohen Preissteigerungen einzelner Agrarprodukte kamen nur einem Teil der landwirtschaftlichen Betriebe zugute.

Abbildung 22: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Gesamtrechnung, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen, zweite Vorausschätzung (Stand Februar 2008).

Zur Entwicklung auf den Agrarmärkten und in der Agrarpolitik

Bereits vor dem Sommer 2007 zeichnete sich ein Anstieg der Preise wichtiger Agrargüter ab. Sein Ausmaß fiel überraschend hoch aus und hatte weit über den Agrarsektor hinaus Folgen für die Wirtschaft. Gegen Jahresende wurde deutlich, dass die Agrarpreise nicht nur vorübergehend, sondern mittelfristig höher sein dürften als in den Jahren zuvor. Die Ursachen sind sowohl angebots- als auch nachfragebedingt. Das Angebot wird vor allem durch die Verteuerung von Energie und Betriebsmitteln gedrosselt. Die Zunahme der Nachfrage ist eine Folge des Bevölkerungswachstums, durch das der Lebensmittelkonsum steigt. Dazu kommen Maßnahmen der Klimapolitik zur vermehrten Produktion von Treibstoffen auf pflanzlicher Basis.

Neben den Entwicklungen auf den Agrarmärkten waren für die Landwirtschaft zwei agrarpolitische Themen von besonderer Bedeutung:

- Das österreichische Programm der Ländlichen Entwicklung wurde im Herbst 2007 von der Europäischen Kommission genehmigt. Damit stehen für die Jahre 2007 bis 2013 insgesamt 7,8 Mrd. € zur Finanzierung zur Verfügung. Für das Umweltprogramm werden jährlich rund 530 Mio. € bereitgestellt, für das Bergbauprogramm jährlich rund 276 Mio. €. Bereits 2007 wurden Auszahlungen für diese beiden Maßnahmen getätigt. Mit dem Programm sollen darüber hinaus in den kommenden Jahren Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gesetzt werden.
- Die Europäische Kommission hat, wie in der Agrarreform im Jahr 2003 beschlossen, im November Vorschläge zur weiteren Anpassung vorgelegt. Dieser Reformprozess wird "Gesundheitsüberprüfung" ("health check") genannt. Darin werden Maßnahmen vorgeschlagen, um die Direktbeihilfen einfacher und gezielter einzusetzen, die Instrumente der Markteingriffe zu ändern und produktspezifische Förderungen weiter abzubauen. Vorgeschlagen wurden auch kurzfristig wirksame Maßnahmen: die bereits mit der Wintersaat 2007 wirksame Abschaffung der verpflichtenden Stilllegung von Agrarflächen und die Ausweitung der Milchquote ab April 2008 um 2%¹⁾.

¹⁾ Siehe dazu auch Franz Sinabell (WIFO), Erwin Schmid, Die Reform der Milchmarktordnung der EU – Handlungsoptionen der wichtigsten Akteure", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(4), http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31963&typeid=8&display_mode=2 (in diesem Heft).

Wert der pflanzlichen Erzeugung um ein Viertel höher

Sowohl der Wert als auch die Menge der Produktion waren im Pflanzenbau 2006 über dem Vorjahresniveau gelegen. Die Erntemenge des Jahres 2007 konnte mit Ausnahme der Ölsaaten ebenfalls ausgeweitet werden, obwohl geringer Niederschlag zu Jahresbeginn die Ernteaussichten schlecht erscheinen ließ. Insgesamt stieg das Produktionsvolumen im Pflanzenbau um 6,4%. Die Zunahme war im Weinbau mit knapp +17% am höchsten vor Gemüse (+8,7%), Getreide (+7,3%) und Obst (+7,0%).

Übersicht 47: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft

	2006	Wert 2007 Mio. €	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2007 2006 = 100	Preise 2007
Zu Erzeugerpreisen					
Pflanzliche Erzeugung ¹⁾	2.410	3.018	+ 25,2	106,4	117,7
+ Tierische Erzeugung	2.634	2.765	+ 5,0	102,7	102,2
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.044	5.783	+ 14,6	104,4	109,8
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	173	182	+ 5,2	100,0	105,2
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.217	5.965	+ 14,3	104,3	109,6
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	331	336	+ 1,6	98,1	103,6
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.548	6.301	+ 13,6	103,9	109,3
Zu Herstellungspreisen					
Pflanzliche Erzeugung	2.410	3.019	+ 25,3	106,3	117,8
+ Tierische Erzeugung	2.784	2.836	+ 1,9	102,5	99,4
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.194	5.854	+ 12,7	104,3	108,1
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	173	182	+ 5,2	100,0	105,2
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.367	6.036	+ 12,5	104,1	108,0
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	331	336	+ 1,6	98,1	103,6
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.698	6.373	+ 11,8	103,8	107,8
- Vorleistungen insgesamt ¹⁾	3.242	3.613	+ 11,4	100,0	111,4
= Bruttowertschöpfung	2.455	2.760	+ 12,4	108,7	103,4
- Abschreibungen	1.483	1.522	+ 2,6	99,8	102,8
= Nettowertschöpfung	972	1.238	+ 27,4	122,2	104,2
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.480	1.452	- 1,9		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.453	2.690	+ 9,7		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE ²⁾	1.000 €	15,33	17,05	+ 11,2	

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung. 2007: vorläufige Ergebnisse (Stand Februar 2008). – ¹⁾ Einschließlich innerbetrieblich erzeugter oder verbrauchter Futtermittel. – ²⁾ Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht entlohnt).

Mit Ausnahme von Zuckerrüben erhöhten sich die Erzeugerpreise pflanzlicher Produkte im Jahr 2007 durchwegs. Der Rückgang der Zuckerrübenpreise war auf die im Jahr 2005 beschlossenen produktspezifischen agrarpolitischen Maßnahmen zurückzuführen. Im Gegensatz dazu war die erhebliche Verteuerung in einzelnen Produktgruppen die Folge von Knappheiten auf dem Weltmarkt. Die Erzeugerpreise für Getreide stiegen um 63,9%, jene für Ölsaaten um 23,8%, für Obst um 21,8% und jene für Erdäpfel um 11,5%. Nur wenig zogen dagegen die Preise von Frischgemüse (+2,8%) und Wein (+1,4%) an.

In der Tierhaltung wurde die Produktion ebenfalls ausgeweitet (+2,7%). Auch hier stiegen die Preise insgesamt (+2,2%), aber nicht in allen Bereichen. In der Schweinehaltung sanken die Preise trotz Zunahme der Futterkosten um 9,1%. Die Rindfleischproduktion wurde bei nahezu unveränderten Preisen nur leicht ausgedehnt, der Produktionswert erhöhte sich um 2,8%. Da die Milchproduktion durch Quoten beschränkt ist, entsprach der Preisanstieg von 10,8% nahezu dem Anstieg des Produktionswertes (+10,5%). Die Eierproduktion nahm ähnlich kräftig zu (+12,7%).

Einschließlich der landwirtschaftlichen Dienstleistungen (Produktionswert +5,2%) und der nichttrennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten (Produktionswert +1,6%) ergab sich für den landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereich eine Erhöhung des Produktionswertes zu Erzeugerpreisen gegenüber dem Vorjahr um 753,2 Mio. € (+13,6%). Sie war vor allem auf den Preisanstieg (+9,3%) zurückzuführen, denn das Produktionsvolumen nahm um nur 3,9% zu, nachdem es im Jahr 2006 leicht gesunken war. Der Produktionswert zu Herstellungspreisen wuchs um 11,8%, also schwächer als zu Erzeugerpreisen. Die Abweichung ist vor allem auf die Entkopplung der

Prämie zurückzuführen, die bisher Betrieben mit Milchquoten gewährt wurde und ab 2007 in die handelbaren Zahlungsansprüche übergang.

Der Wert der Vorleistungen der Landwirtschaft übertraf das Vorjahresergebnis 2007 um 11,4%. Diese Position enthält Futtermittel, die im Agrarsektor selbst erzeugt wurden. Futtermittel verteuerten sich mit +24,8% besonders deutlich. Der Preisauftrieb von Energie und Schmiermitteln betrug nach einem hohen Anstieg 2006 im Jahr 2007 3,5%.

Die Bruttowertschöpfung der österreichischen Landwirtschaft wuchs zu Herstellungspreisen um 12,4%, vor allem wegen des kräftigen Preisanstiegs im Pflanzenbau. Da sich die Abschreibungen 2006 nur mäßig erhöhten (+2,6%), nahm die Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen im Jahr 2007 nach einem kräftigen Anstieg im Jahr 2006 neuerlich stark zu (+27,4%).

Das Faktoreinkommen der Landwirtschaft stieg schwächer (+9,7%). Dafür war die Einschränkung des Fördervolumens maßgebend. Durch die Umschichtung von bisher an die Produktion gekoppelten Prämien wurde zwar der Umfang der "sonstigen Subventionen" ausgeweitet, die Abnahme der Agrarumweltförderungen um 125 Mio. € reduzierte die Subventionen insgesamt aber auf 1,68 Mrd. €.

**Preisanstieg verbessert
Einkommen trotz Zu-
nahme der Vorleistungs-
kosten**

Übersicht 48: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2005	2006	2007	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.769	1.805	1.679	- 7,0
Gütersubventionen	205	232	144	- 37,8
Pflanzlicher Bereich	7	5	6	+ 6,3
Tierprämien	160	190	97	- 48,8
Sonstiges ¹⁾	38	37	41	+ 11,4
Sonstige Subventionen	1.565	1.573	1.534	- 2,5
Zahlungsansprüche ²⁾	498	508	596	+ 17,4
Agrarumweltförderung	685	671	546	- 18,5
Ausgleichszulage	276	276	275	- 0,5
Übrige	106	118	116	- 1,3
Steuern und Abgaben	150	138	114	- 17,3
Gütersteuern	41	45	32	- 30,0
Sonstige Produktionsabgaben	109	93	82	- 11,1

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, 2007: vorläufige Ergebnisse (Stand Februar 2008).
- ¹⁾ Ab 2005 Mineralölsteuerrückvergütung für Agrardieseltreibstoff. - ²⁾ Die handelbaren Zahlungsansprüche werden häufig auch als "Einheitliche Betriebsprämie" bezeichnet. Sie wurden bis 2004 unter anderen Bedingungen als Gütersubventionen gewährt.

Österreich ist traditionell ein Nettoimporteur von Agrargütern und Nahrungsmitteln. Die Differenz zwischen Importen und Exporten verringerte sich in den letzten Jahren kontinuierlich, im Jahr 2007 änderte sich diese Entwicklung jedoch. Der Überhang der Importe von Agrargütern vergrößerte sich auf 501 Mio. €, nach 166 Mio. € im Jahr 2006. Die Ausweitung der Importüberschüsse ist vor allem auf die Importzunahme zurückzuführen (+13,4% gegenüber 2006), während die Exporte deutlich langsamer wuchsen (+8,7%; Übersicht 49). Ins Gewicht fielen dabei vor allem die Verteuerung und Mengenausweitung der Importe von Ölen und Fetten (KNO-Nomenklatur Kap. 15) sowie von Ölsaaten und ölhaltigen Früchten (Kap. 12).

Auch im Agrarhandel mit der EU 27 nahmen die Exporte weniger rasch zu als die Importe. Der Handel mit den östlichen Nachbarländern intensivierte sich weiter, die außerordentlich hohen Zuwachsraten des Jahres 2005 (Exporte +27,7%, Importe +37,9%) wurden 2007 aber nicht erreicht. Gegenüber 2006 wuchsen die Exporte in die zwölf neuen EU-Länder um 22,7%, die Importe aus dieser Region wurden um 15,6% ausgeweitet. Der positive Saldo des Agrarhandels mit den neuen EU-Ländern stieg von 32,7 Mio. € (2006) auf 98,8 Mio. € im Jahr 2007.

**Agraraußenhandel
weiterhin lebhaft**

Übersicht 49: Agraraußenhandel 2007

Kombinierte Nomenklatur (KNO)

	Export	Import	Insgesamt	Saldo EU 15	EU 27
	Anteile in %			Mio. €	
01 Lebende Tiere	1,6	2,2	- 55,4	- 25,0	- 80,5
02 Fleisch und Fleischwaren	10,4	7,8	+ 150,4	- 8,2	+ 61,6
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,1	2,2	- 163,4	- 127,8	- 130,2
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	12,7	7,5	+ 336,9	+ 293,7	+ 309,3
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	0,8	- 31,0	- 21,8	- 15,4
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,4	4,3	- 298,8	- 300,3	- 295,9
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,5	5,1	- 283,0	- 235,3	- 240,1
08 Früchte	2,2	7,5	- 417,8	- 173,3	- 176,8
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	2,9	4,3	- 121,5	- 8,6	+ 36,2
10 Getreide	3,8	2,4	+ 82,4	+ 141,0	+ 59,4
11 Müllereierzeugnisse	0,8	0,9	- 9,4	- 24,4	- 14,7
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	1,9	2,9	- 82,0	+ 1,2	- 79,7
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,4	- 26,5	- 14,6	- 13,9
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,1	0,0	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,3
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	1,7	4,2	- 200,0	- 176,0	- 198,5
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	3,1	3,5	- 45,5	- 22,4	- 32,2
17 Zucker und Zuckerwaren	1,9	3,9	- 158,4	- 105,4	- 150,7
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,4	4,2	- 3,6	- 67,8	- 33,0
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	6,8	7,7	- 102,2	- 159,5	- 120,6
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,3	7,6	- 126,4	+ 35,8	- 18,7
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	6,3	7,8	- 141,4	- 298,6	- 223,0
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	23,5	5,9	+1.220,0	+ 274,5	+ 376,2
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	3,2	4,0	- 74,1	- 99,3	- 63,6
24 Tabak und Tabakwaren	3,7	2,8	+ 48,5	+ 37,4	+ 56,6
			Mio. €		
Agrarhandel insgesamt laut KNO	7.137,9	7.639,2	- 501,3	-1.082,6	- 985,8
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	7.243,7	7.685,3	- 441,6	-1.010,7	- 888,3
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Agrarhandel insgesamt laut KNO ²⁾	+ 8,7	+ 13,4	- 202,5	- 23,9	- 17,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2007: vorläufige Werte; zur Aktualität der Daten gelten die im Abschnitt "Außenhandel" angeführten Einschränkungen. - ¹⁾ Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des gewählten Aggregationsverfahrens voneinander ab (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4). - ²⁾ Positives Vorzeichen: Rückgang des Importüberschusses.

Landwirtschaftliche Einkommen in der EU neuerlich gewachsen

Gemäß der zweiten Vorausschätzung von Eurostat für die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung erhöhte sich das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft in der EU 27 2007 neuerlich (+5,4% nach +3,3% im Jahr 2006). Der Anstieg ergab sich aus einer Zunahme des realen landwirtschaftlichen Einkommens (+3,1%) und einer Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-2,2%).

Sehr kräftig wuchs das Einkommen in Litauen (+39,3%), Estland (+22,5%) und Tschechien (+20,9%). Auch in Finnland (+14,4%), Luxemburg (+14,3%) und Deutschland (+12,5%) wurden hohe Steigerungsraten verzeichnet. Hohe Einkommenseinbußen ergaben sich hingegen in Rumänien (-16,7%), Bulgarien (-8,5%) und Portugal (-5,0%).

EU-weit stieg der reale landwirtschaftliche Produktionswert im Pflanzenbau kräftig (+7,8%) und blieb in der Tierhaltung nahezu unverändert (+0,6%). Insgesamt ergab sich für den landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereich eine Rate von +4,3%. In der pflanzlichen Erzeugung wurde die Verringerung des Produktionsvolumens (-1,7%) durch das Anziehen der Erzeugerpreise (+10,4%) mehr als ausgeglichen. Neben Obst (-5,7%) fielen auch die Produktionsmengen von Getreide (-2,9%) und frischem Gemüse (-1,7%) geringer aus als im Vorjahr. Am stärksten zogen die Erzeugerpreise für Getreide (+46,2%) und Ölsaaten (+21,9%) an. Für Olivenöl (-19,4%) und Zuckerrüben (-12,8%) wurde viel weniger Erlöst, und zwar als Folge der Reformen auf diesen

Märkten. In der Tierhaltung nahm das Erzeugungsvolumen leicht zu (+1,9%); insgesamt sanken die Erzeugerpreise (-0,5%). Der Verteuerung von Milch (+8,8%) stand eine signifikante Verbilligung von Schweinefleisch (-12,4%) gegenüber.

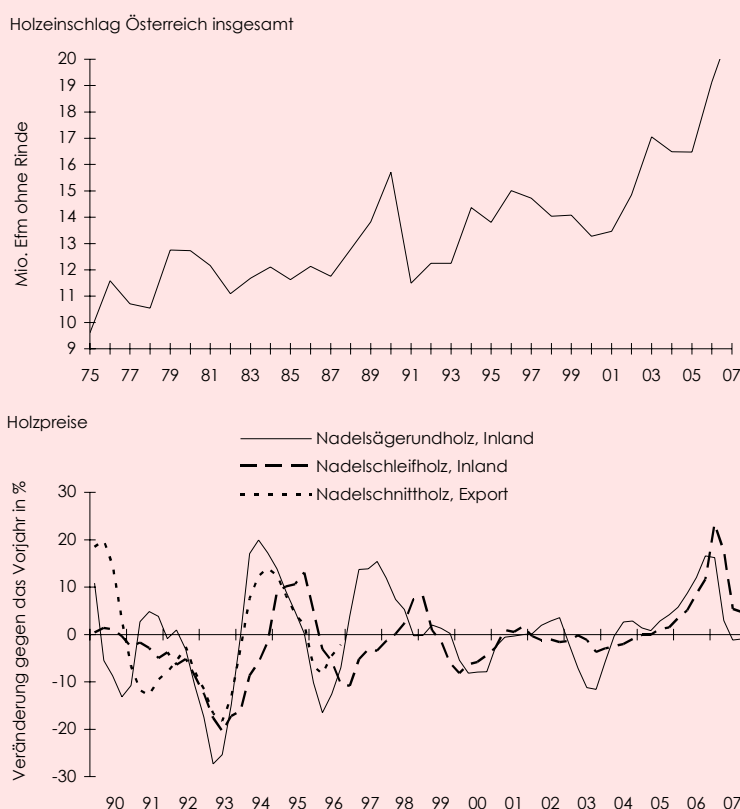
Franz Sinabell (Franz.Sinabell@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Das Wachstum der Nachfrage nach Holz und Holzprodukten schwächte sich im Laufe des Jahres 2007 deutlich ab. Die Papierindustrie meldete eine um 3,9% höhere reale Produktion als 2006, die Zunahme verlangsamte sich aber gegen Ende 2007 spürbar. Die Be- und Verarbeitung von Holz wurde im 1. Halbjahr 2007 kräftig ausgeweitet, im November und Dezember wurde aber bereits weniger erzeugt als im Jahr davor. In der Jahressumme ergab sich ein realer Produktionszuwachs von 12,3%. Die Sägeindustrie profitierte von der anhaltend guten Exportnachfrage (Exporte +16%). Besonders kräftig stieg die Ausfuhr nach Slowenien und in die erdölexportierenden Länder des Nahen Ostens. Fast 68% der Exporte gingen nach Italien (+2% gegenüber 2006). Die heimische Bauwirtschaft steigerte ihre Produktion 2007 um 3,5%.

Abschwächung der Holzkonjunktur im III. Quartal

Abbildung 23: Holzversorgung und Holzpreise



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen.

Die Preise für Holz und Holzprodukte waren im Jahresdurchschnitt 2007 höher als 2006, im Laufe des Jahres sanken sie jedoch merklich. Die Preise für Nadelsägerundholz erreichten bereits im Jänner 2007 einen Höchstwert von 86,32 € je fm, nach einem Einbruch auf 76,07 € im Juni erholte sie sich und betrug im Dezember 84,01 €. Im Jahresdurchschnitt lag das Preisniveau um 4% über dem von 2006. Im Export wurden für Nadelschnittholz im Jahresdurchschnitt ebenfalls um 4% höhere Preise erzielt als 2006. Die Preisspitze wurde bereits im März notiert, im Dezember lagen die Preise um 5% unter dem Niveau vom März. Faser- und Schleifholz verteuerten sich 2007 um 12,4%. Gegen Jahresende zahlte die Papierindustrie für Rohholz fast um 7% weniger als im Februar des Jahres. Importiertes Rundholz war um 7,2% teurer als 2006. Die Ex-

Holzeinschlag

portpreise für Sulfatzellstoff stiegen um 8,5%. Sehr günstig entwickelten sich die Exporte von Spanplatten; der Durchschnittspreis war 2007 um 18% höher als 2006.

Der Holzeinschlag war 2007 durch die Windwurfschäden geprägt, die der Orkan "Kyrill" Mitte Jänner 2007 ausgelöst hatte. In Westeuropa wurde der Schadholanfall auf 47 Mio. fm geschätzt, davon 28 Mio. fm in Deutschland. In Österreich waren die Wälder nördlich der Alpen betroffen. Dem Orkan fielen ungefähr 3 Mio. fm zum Opfer. Die Steigerung des Einschlags auf 21,3 Mio. fm (+11,3% gegenüber 2006) war vor allem dem erhöhten Schadholanfall (+66%) zuzuschreiben; fast die Hälfte der Holzernete entfiel auf diese Zwangsnutzung. Die Bundesforste schlugerten 2,6 Mio. fm (+44%). Sie versuchten durch die Anlage von 300.000 fm Rundholz auf Nasslager den Angebotsdruck zu mildern.

Übersicht 50: Holzeinschlag

	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
	1.000 Efm ohne Rinde				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Starknutzholz (Sägeholz)	10.022	9.892	11.487	.	- 5,3	- 1,3	+16,1	.
Schwachnutzholz (Industrieholz)	2.922	2.893	2.943	.	- 7,0	- 1,0	+ 1,7	.
Brennholz	3.540	3.685	4.705	.	+ 6,1	+ 4,1	+27,7	.
Insgesamt	16.483	16.471	19.135	21.300	- 3,4	- 0,1	+16,2	+11,3

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen.

Österreichs Holzwirtschaft bezog 2007 8,6 Mio. fm Rundholz aus dem Ausland (-5,5% gegenüber 2006). Mit fast 4,5 Mio. fm kam davon mehr als die Hälfte aus Deutschland, weitere wichtige Bezugsländer waren Tschechien und die Schweiz.

Kaum Einfluss der Sturm-schäden auf Rundholz-preise

In den ersten Monaten des Jahres 2008 verwüsteten die Orkane "Paula" und "Emma" erneut die Wälder in Mitteleuropa. "Paula" riss rund 6,3 Mio. fm in Österreich um, "Emma" traf auch die Wälder in Deutschland und Tschechien, die Windwurfschäden wurden auf 9,5 Mio. fm geschätzt. Dieses "Zwangsangebot" kann den Rundholzmarkt in Europa beeinflussen. Gemäß einer Untersuchung des Einflusses großer Schadholvereignisse auf die Inlandpreise für Rundholz in den letzten 23 Jahren²⁴⁾ hängt die Entwicklung der Holzpreise in Österreich primär von der internationalen Holzkonjunktur ab, da Österreich sowohl im Rohstoffbezug als auch im Absatz von Halb- und Fertigwaren stark außenhandelsorientiert ist: Rund 35% des in Österreich be- und verarbeiteten Rundholzes werden importiert; von den wichtigsten Holzprodukten (Schnittholz, Span- und Faserplatten sowie Papier) werden über zwei Drittel exportiert. Die inländischen Rundholzpreise sollten sich daher entsprechend der internationalen Konjunktur entwickeln. Der Zusammenhang wurde mit einer Regressionsanalyse mit relativen Vorjahresdifferenzen von Monatswerten für den Zeitraum 1982 bis 2007 analysiert. Da keine monatlichen Schadhologmeldungen vorliegen, wurden die Auswirkungen von besonders hohem Schadholanfall mit Hilfe einer Dummyvariablen getestet. Schadholog belastete im Untersuchungszeitraum insbesondere in den ersten sechs Monaten der Jahre 1990, 1994, 1996, 2003, 2004, 2006 und 2007 den Rundholzmarkt.

Auf einem exportorientierten Wettbewerbsmarkt mit effizienter Information sollten sich Schwankungen der Exportpreise für Schnittholz unmittelbar in den inländischen Sägerundholzpreisen niederschlagen. Diese Hypothese wurde für die Abhängigkeit der Sägerundholzpreise ab Waldstraße (Fichte, Tanne, Kl. B, Media 2B) und der Nadel-schnittholzpreise frei Grenze (Nadelholz gesägt, Stärke über 6 mm, SITC 24820) untersucht.

Die Regressionsanalysen zeigen eine enge Korrelation ($R^2 = 0,48$) zwischen den Exportpreisen für Nadel-schnittholz und den Inlandpreisen für Nadel-sägerundholz: 48% der Schwankungen der Vorjahresdifferenzen der Sägerundholzpreise werden durch die Schwankungen der Vorjahresdifferenzen der Schnittholzexportpreise erklärt. Der

²⁴⁾ Puwein, W., "Price Formation in the Market for Roundwood in Austria", Wood Research Papers, 2008, (51), erscheint demnächst.

statistisch gesicherte Regressionskoeffizient von 0,76 besagt, dass sich im Untersuchungszeitraum durch einen Anstieg der Schnittholzexportpreise um 10% im selben Monat Rundholz ab Waldstraße durchschnittlich um 7,6% gegenüber dem Vorjahr verteuert. Die Einbeziehung der Wirkungen von Windwurfkatastrophen mittels einer Dummyvariablen verbessert den statistischen Zusammenhang unwesentlich. Der Regressionskoeffizient hat zwar das zu erwartende Vorzeichen (schwerere Sturmkatastrophen drücken ceteris paribus den Sägerundholzpreis um 2,7%), ist aber statistisch nicht gesichert. Schwarzbauer (2007)²⁵⁾ weist auf der Basis von Jahresdurchschnittspreisen ebenso nur einen geringen Einfluss der Schwankungen des Schadholzanfalles auf den Nadelsägerundholzpreis nach.

Weiters wurden die Abhängigkeit des Faserholzpreises (Schleifholz, Fichte, Tanne, 1A/B) ab Waldstraße vom Exportpreis für gebleichten Natronulfatzellstoff aus Nadelholz (SITC 25151) sowie vom Sägerundholz- und dem Brennholzpreis (Brennholz, weich) und der Einfluss des Schadholzanfalls auf den Faserholzpreis getestet. Die geschätzten Koeffizienten sind statistisch schwächer gesichert als jene der Sägerundholzanalyse. Änderungen des Exportpreises für Zellstoff wirken sich verzögert (am stärksten erst nach sechs Monaten) auf die Faserholzpreise aus. Wesentlich größer, aber auch mit einer Verzögerung von sechs Monaten ist der Einfluss der Sägerundholzpreise. Bei großer Schwachholznachfrage der Sägeindustrie ist auch die Zellstoffindustrie gezwungen, höhere Preise zu zahlen. Ähnliches gilt für den Brennholzpreis, hier ist aber die Reaktion der Faserholzpreise auf Änderungen der Brennholzpreise unmittelbarer. Dies alles weist auf eine sehr starke Marktstellung der heimischen Papier- und Plattenindustrie hin, die eher aufgrund der Marktlage für alternative Verwendungszwecke von Schwachholz gezwungen ist, die Preise zu ändern als unmittelbar aufgrund der Marktlage für ihre Produkte. Sturmschäden zeigten keinen Einfluss auf die Faserholzpreise.

Änderungen der Rohölimportpreise (SITC 333) wirken sich unmittelbar nicht auf die Brennholzpreise aus. Die Analyse der nicht verzögerten Werte ergab einen Regressionskoeffizienten mit negativem Vorzeichen. Erst eine Verzögerung von sechs Monaten brachte den zu erwartenden positiven (statistisch aber nicht gesicherten) Zusammenhang. Dies lässt sich durch die ebenso verzögerte Wirkung der Erdölpreise auf Preise anderer Energieträger wie Gas, Strom und Kohle erklären. Zudem erfordert die Umstellung auf Holzheizung einige Zeit, erst dann steigt die Brennholznachfrage. Wesentlich stärker reagiert der Brennholzpreis auf Änderungen des Industriebholzpreises. Hier besteht ein unmittelbares Konkurrenzverhältnis. Sturmkatastrophen wirken sich fast nicht auf die Brennholzpreise aus.

Wilfried Puwein (Wilfried.Puwein@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

The Austrian Economy in 2007: Business Cycle Reaches Its Peak – Summary

In 2007 the Austrian economy has expanded by 3.4 percent. This was the second year in a row of GDP growing by more than 3 percent. The impetus came from exports again with goods as well as services showing vivid growth rates. Investment demand accelerated in 2007 but lagged behind the dynamism usually seen during phases of economic upswing. Gross capital formation advanced by 4.8 percent in real terms. Contrary to 2006, this time investment growth of equipments (machines and vehicles) outperformed those of constructions. Private household consumption again developed untypically weak for this phase of business cycle. Subdue wage development and heading up inflation eroded personal income which allowed private consumption to expand only by a mere 1.4 percent. Annual inflation rate reached just 2.2 percent in 2007, but considerably gained momentum towards the end of the year. Soaring prices for agricultural products and fuel were the main driver of this development. Labour market variables again profited substantially from the brisk economic performance with unemployment falling further and employment expanding swiftly.

²⁵⁾ Schwarzbauer, P., "Einflüsse von Schadholzmengen auf Rohholzpreise. Eine quantitativ-statistische Analyse am Beispiel Österreichs", Allgemeine Forst- und Jagdzeitung, 2007, 178(1), S. 1-8.

Die letzten 12 Hefte

- 4/2007 Marcus Scheiblecker, Konjunkturohoch dauert an – deutliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Prognose für 2007 und 2008 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2007 • Markus Marterbauer et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2006: Konjunkturaufschwung gewinnt an Dynamik • Ina Meyer, Nachhaltige Mobilität und Klimaökonomie • Brigitte Gebetsroither, Michael Getzner, Karl W. Steininger, Quantitative Evaluierung klimarelevanter verkehrspolitischer Maßnahmen in Österreich
- 5/2007 Marcus Scheiblecker, Ewald Walterskirchen, Verstärktes Wachstum im I. Quartal • Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Weitere Verbesserung der Ertragskraft in der österreichischen Sachgütererzeugung. Cash-Flow und Eigenkapital im Jahr 2006 • Vasily Astrov (wiiv), Wirtschaftswachstum in den MOEL zunehmend durch heimische Nachfrage getragen • Peter Huber, Klaus Nowotny, Gerhard Palme, Im Konjunkturaufschwung 2006 Wachstumsvorsprung im Westen Österreichs • Alois Guger, WIFO-Weißbuch: Arbeitsmarktflexibilität und soziale Absicherung
- 6/2007 Sandra Steindl, Starke Industrie treibt Konjunktur • Margit Schratzenstaller, WIFO-Weißbuch: Wachstumsimpulse durch die öffentliche Hand • Klaus S. Friesenbichler, Hannes Leo, WIFO-Weißbuch: Der Rahmen für die Innovationspolitik • Franz Sinabell, Thomas Url, Effizientes Risikomanagement für Naturgefahren am Beispiel von Hochwasser
- 7/2007 Marcus Scheiblecker, Konjunktur bleibt robust – Industrie und Bauwirtschaft bestimmen die Dynamik. Prognose für 2007 und 2008 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. II. Quartal 2007 • Margit Schratzenstaller, WIFO-Weißbuch: Wachstumsimpulse durch die öffentliche Hand • Klaus S. Friesenbichler, Hannes Leo, WIFO-Weißbuch: Der Rahmen für die Innovationspolitik • Franz Sinabell, Thomas Url, Effizientes Risikomanagement für Naturgefahren am Beispiel von Hochwasser
- 8/2007 Ewald Walterskirchen, Anhaltende Hochkonjunktur, aber zunehmende Risiken • Fritz Breuss, Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionsboom in Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2007 • Egon Smeral, Ausrichtung der Tourismusstrategie 2015. Weichenstellung im österreichischen Tourismus zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung
- 9/2007 Sandra Steindl, Turbulenzen auf den Finanzmärkten, österreichische Konjunktur bleibt robust • Marcus Scheiblecker, Datierung von Konjunkturwendepunkten in Österreich • Gudrun Biffli, Sozialhilfe – Armutsbekämpfung an der Schnittstelle zum Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, WIFO-Weißbuch: Gesamtwirtschaftliche Aspekte von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur
- 10/2007 Markus Marterbauer, Starkes Wirtschaftswachstum 2007, erhebliche Risiken für die Konjunktur 2008. Prognose für 2007 und 2008 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2007 • Sandra Steindl, Der Zusammenhang zwischen Konjunktur und Wachstum. Ergebnisse der internationalen Konferenz "The Interrelation of Cycles and Growth" • Thomas Url, Privatversicherungswirtschaft: 2006 durch verhaltenes Prämienwachstum geprägt • Alois Guger, Thomas Leoni, Internationale Lohnstückkostenposition 2006 verbessert
- 11/2007 Ewald Walterskirchen, Anhaltend hohes Wirtschaftswachstum, aber leichte Eintrübung der Stimmung • Stefan Ederer, Markus Marterbauer, Marcus Scheiblecker, Stephan Schulmeister, Sandra Steindl, Ewald Walterskirchen, Kräftiges Wachstum der Weltwirtschaft schwächt sich ab. Prognose der internationalen Konjunktur für 2008 • Angela Köppl, Michael Wüger, Energienachfrage der privaten Haushalte für Wohnen und Verkehr • Kurt Kratena, Ina Meyer, Energieverbrauch und CO₂-Emissionen in Österreich. Die Rolle von Energieeffizienz und Energieträgersubstitution
- 12/2007 Markus Marterbauer, Anhaltend gute Industriekonjunktur, starker Preisauftrieb bremst Konsum • Fritz Breuss, Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung • Hans Pitlik, Theoretische Eckpunkte einer grundlegenden Reform des aktiven Finanzausgleichs • Josef Baumgartner, Franz Sinabell, Erzeugerpreise von Agrarprodukten und Nahrungsmittelpreise in Österreich. Entwicklungen am Beispiel von Getreide und Milch
- 1/2008 Markus Marterbauer, Wirtschaftswachstum verlangsamt sich. Prognose für 2008 und 2009 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2007 • Margit Schratzenstaller-Altzinger, Der neue Finanzausgleich 2008 bis 2013: Grundsätzliche Reform wieder verschoben • Helmut Mahringer, Evaluierung der Förderung betrieblicher Weiterbildung. Zielgruppenorientierung von "Qualifizierungsförderung für Beschäftigte" und "Qualifizierungsberatung für Betriebe" des AMS • Thomas Leoni, Gudrun Biffli, Alois Guger, Krankenstände in Österreich: Bestimmungsfaktoren und Ausblick
- 2/2008 Sandra Steindl, Österreichs Wirtschaft Ende 2007 dynamisch – aktuelle Umfragen zeigen Verlangsamung • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionen werden 2008 deutlich ausgeweitet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2007 • Marcus Scheiblecker, Verkettungsverfahren in der Quartalsrechnung und ihr Einfluss auf die Konjunkturanalyse • Andreas Reinstaller, Fabian Unterlass, Forschungs- und Entwicklungsintensität im österreichischen Unternehmenssektor. Entwicklung und Struktur zwischen 1998 und 2004 im Vergleich mit anderen OECD-Ländern
- 3/2008 Marcus Scheiblecker, Konjunktur klingt in Österreich langsam ab • Stefan Ederer, Markus Marterbauer, Marcus Scheiblecker, Konjunkturaufschwung 2005/2007 kürzer als im letzten Zyklus • Franz R. Hahn, Effizienz von Regionalbanken in Europa, Japan und den USA. Eine Best-Practice-Analyse • Margarete Czerny, Wachstum der europäischen Bauwirtschaft verlangsamt sich bis 2010

Franz Sinabell (WIFO)
Erwin Schmid (BOKU)

■ Analyse von Handlungsoptionen für die Zukunft des Milchmarktes in Österreich

Die Europäische Kommission will die Milchquotenregelung über das Jahr 2015 hinaus nicht fortsetzen. Ziel ist eine allmähliche Anpassung an eine Situation ohne Milchquote. Dazu eignen sich sowohl Maßnahmen zur Lockerung der Beschränkung als auch Schritte zur Senkung der Milcherzeugerpreise in der EU. Wichtige Details der Umsetzung der Milchmarktordnung und des Quotenregimes können national festgelegt werden. Die in Österreich vorgesehene nationale Saldierung der Quotenmenge schafft gute Voraussetzungen für eine flexible Anpassung. Für die österreichische Agrarpolitik steht ein Bündel von Maßnahmen zur Verfügung, und abseits des Ordnungsrahmens der EU können weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Strukturanpassung in der Milchwirtschaft zu erleichtern. Den Betrieben stehen folgende Handlungsoptionen offen: Kooperationen auf betrieblicher Ebene und in der österreichischen Milchwirtschaft, Verbesserung der betrieblichen Abläufe in der Milcherzeugung und -verarbeitung, Produkt- und Prozessinnovationen in der Verarbeitung sowie verstärkte Unterstützung für Betriebe, die die Milchproduktion aufgeben.

- **Executive Summary**

Ziele und Instrumente der Agrarpolitik am Milchmarkt – Wirtschaftliche Rahmenbedingungen – Die Wettbewerbsstellung der österreichischen Milchwirtschaft – Handlungsoptionen zum Quotenausstieg – europäische Institutionen – Handlungsoptionen – österreichische Entscheidungsträger – Handlungsoptionen – Betriebe in Milcherzeugung und -Verarbeitung

- **Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen der Reform der Milchmarktordnung**

Elemente der EU-Milchmarktordnung im Überblick – Kennzahlen zur Milchmarktordnung der EU und zum Milchmarkt – Internationale Rahmenbedingungen

- **Marktentwicklung**

Rückblick auf die Entwicklung der Milchpreise und Annahmen über die künftige Entwicklung von Marktpreisen – Wettbewerbsstellung der österreichischen Milchwirtschaft

- **Agrar- und Umweltpolitische Einflüsse auf den Milchmarkt**

Ziele und Instrumente der Milchmarktordnung – Die Wirkung ausgewählter Instrumente der EU-Milchmarktordnung – Maßnahmen zur Hebung des Anteils von nachwachsenden Rohstoffen als Primärenergieträger

- **Handlungsoptionen der Akteure am Milchmarkt**

Handlungsoptionen zum Quotenausstieg – europäische Institutionen – Handlungsoption Beibehaltung der Milchquote – Handlungsoption der Entscheidungsträger in Österreich – Handlungsoption der Erzeuger und Verarbeiter – Handlungsoptionen und Bewertung im Überblick

Im Auftrag des Bundes-
ministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft • März 2008 •
59 Seiten • 30,00 €, Download
kostenlos

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31543&typeid=8&display_mode=2